



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

Berichte und Dokumente

2024

Berichte und Dokumente

Herausgeber

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)
Schönhauser Allee 182 | 10119 Berlin

Generalsekretär

Marc Frings

Redaktion

Christopher Freese

1. Vorwort	6
Marc Frings, Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK)	
2. Beschlüsse und Erklärungen	
2.1. Demokratie – Respekt – Christliche Verantwortung	9
2.2. ZdK pro Demokratie-Initiativen gegen gesellschaftlichen Rechtsruck	11
2.3. Europa vor der Wahl: Für Demokratie und Menschenwürde stimmen	14
2.4. Verantwortlich wählen und handeln in Zeiten von Digitalisierung und KI	18
2.5. Synodalität – Erfahrungen und Erwartungen im ZdK	21
2.6. Zusammenarbeit im Synodalen Ausschuss	31
2.7. Demokratie wählen. Europa weiterbauen	33
2.8. Zukunft hat die Welt des Friedens	38
2.9. 30 Jahre nach Abschaffung des § 175 StGB: Unsere Mitschuld und unsere Verantwortung im Umgang mit der Kriminalisierung von Homosexualität	42
2.10. Lasst uns reden!	43
2.11. Angesichts geopolitischer Bedrohungen: Eine christliche Perspektive auf die neue Legislaturperiode	46
2.12. Facing geopolitical threats: A Christian perspective on the new legislative term	51

2.13. „Hab Mut, steh auf!“ Das ZdK zur Bundestagswahl.....	55
2.14. Asyl- und Migrationspolitik menschenwürdig gestalten - für Zusammenhalt in der deutschen Einwanderungsgesellschaft	56
2.15. Appell zur Umsetzung des angekündigten Gewalthilfegesetzes	63
2.16. Verzicht auf die Einrede der Verjährung bei zivilrechtlichen Klagen Betroffener sexualisierter Gewalt gegen Bistümer	63
2.17. Ehrenamtlich Tätige stehen in keinem arbeitsrechtlichen Anstellungsverhältnis. Die Grundordnung des kirchlichen Dienstes bedarf einer dringenden Korrektur!.....	64
2.18. Fortsetzung der Ökumenischen Kirchentage	66
2.19. Ergänzung Artikel 3, Absatz 3, Satz 1 Grundgesetz: Niemand darf aufgrund seiner sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität diskriminiert werden	67
2.20. Öffentlichkeitsarbeit für Ergebnisse des Synodalen Weges verstärken	67
2.21. Dialog mit katholischen Gruppen außerhalb des ZdK ausbauen	68
2.22. Leitbild des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.....	69
3. Reden und Beiträge	
3.1. Zum Glück hatten wir Glück!	74
3.2. Ein kritischer Versöhner	77
3.3. Es braucht an allen Orten Menschen des Friedens	80

3.4. 175 Jahre katholische Zivilgesellschaft	89
3.5. Zukunft hat der Mensch des Friedens.	100
3.6. Es gilt, den Frieden in Kriegszeiten vorzubereiten	102
4. Pressemitteilungen.	114
5. Mitglieder und Gremien des ZdK	229



Liebe Leserin, lieber Leser,

Ein Superwahljahr liegt hinter uns.

In Deutschland wurde in Thüringen, Sachsen und Brandenburg gewählt und auch die Europawahl fand statt. Die Wahlbeteiligung war dabei erfreulich hoch. Bedauerlicherweise haben rechtspopulistische Parteien wie die AfD sehr hohe Ergebnisse erzielt. In diesen Zeiten akuter Demokratiegefährdung war es uns besonders wichtig, Haltung zu zeigen. So sind wir mit öffentlichen Aktionen auf den Straßen präsent gewesen, um den Aufstieg des parlamentarischen und außerparlamentarischen Rechtsextremismus stoppen zu helfen.

Auf internationaler Ebene wurde das Jahr von Kriegen und Konflikten geprägt. Der Angriff der Hamas auf Israel jährte sich zum ersten Mal. Immer noch bedeutet dies Schmerz und Leid für Israel und die Zivilbevölkerung des Gazastreifens. Noch immer sind Geiseln verschleppt. Auch der anhaltende Angriffskrieg in der Ukraine beschäftigte uns. Weiterhin erlebt die Bevölkerung die Schrecken dieses Krieges, Tausende sind auf der Flucht und benötigen Schutz. Es muss unsere Aufgabe bleiben, die Ukraine zu unterstützen, damit dieser Krieg ein Ende findet.

Ein für uns besonders bedeutendes Ereignis des Jahres 2024 war der 103. Deutsche Katholikentag in Erfurt. Mehr als 40.000 Besucher*innen haben mit uns unter dem Leitwort „Zukunft hat der Mensch des Friedens“ gefeiert. Viele Menschen aus Kunst, Kultur, Wirtschaft und Politik haben über Demokratie, Krieg und Frieden debattiert. Daneben gab es auch Theaterstücke, Ausstellungen und Musikacts, die alle unter dem Banner der Demokratie und Vielfalt vereint waren. Zudem wurde es bei unseren Gottesdiensten besinnlich, beim Abendsegnen auf dem Domplatz öffnete sich der Katholikentag in besonderer Weise für die Erfurter. Zu unserem Abschlussgottesdienst am Sonntag kamen 10.000 Besucher*innen.

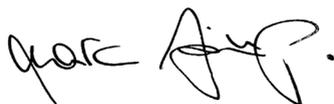
In diesem Jahr mussten wir uns von zwei unserer ehemaligen Präsidenten, Alois Glück und Hans Joachim Meyer, verabschieden. Zwei Menschen, die sich immer für die Demokratie eingesetzt haben, für die das Wohl des Menschen an erster Stelle stand und die sich den Aufgaben der jeweiligen Zeit stellten. Sie leiteten das ZdK voller Hingabe; ihre Visionen haben dazu beigetragen, dass das ZdK zu dem wurde, was es heute ist.

Das Jahr 2024 bedeutete aber nicht nur die Erinnerung an gelungene Prägung des ZdK. Es erzwang auch die Beschäftigung mit einem unrühmlichen Kapitel: Die Missbrauchsvorwürfe gegen Kardinal Franz Hengsbach berühren die Geschichte der katholischen Zivilgesellschaft in den ersten Nachkriegsjahren. Hengsbach war ab 1947 Generalsekretär und später, von 1953 bis 1968, Bischöflicher Generalassistent beim ZdK. Dieses Jahr begann die Arbeit an der Studie zur Aufarbeitung der Missbrauchsvorwürfe gegen ihn. Das ZdK hat neben anderen Organisationen den Auftrag zu dieser unabhängigen Aufarbeitung erteilt.

Auf der Vollversammlung im Herbst 2024 in Berlin wurde ein wichtiger Schritt in Richtung Zukunft gemacht: Wir haben unser Leitbild beschlossen. Wir werden uns weiterhin für eine freie und gerechte Welt einsetzen, in der jeder Mensch die gleichen Rechte und Bedingungen zum Leben hat. Wir stehen für Dialog und wir tragen unsere Anliegen im Gespräch mit Parteien und Verbänden, Ministerien, zivilgesellschaftliche Foren und kirchlichen Gremien vor. Wir setzen uns für eine zukunftsfähige Kirche ein. Eine Kirche, die Geschlechtergerechtigkeit und demokratische Strukturen beinhaltet, in der jeder Mensch willkommen ist und in der geistlicher Missbrauch und sexualisierte Gewalt keinen Platz haben dürfen.

Ich danke allen ehrenamtlichen ZdK-Mitgliedern, unseren Berater*innen und meinen Kolleg*innen im Generalsekretariat für ihr großes Engagement und wünsche eine gute Lektüre der Berichte und Dokumente des Jahres 2024.

Ihr



2. Beschlüsse und Erklärungen

2.1. Demokratie – Respekt – Christliche Verantwortung

Erklärung der ostdeutschen Katholikinnen und Katholiken
zum Wahljahr 2024 vom 26. Januar 2024

Für uns als Christinnen und Christen ist die Würde eines jeden Menschen der Maßstab unseres gesellschaftlichen und politischen Handelns. Das christliche Menschenbild gibt uns Orientierung. Das heißt: Der Mensch mit seinen Stärken und Schwächen zählt. Vielfalt ist keine Bedrohung, sondern ein positiver gesellschaftlicher Wert. Nur in gemeinsamer Verantwortung können wir den drängenden Herausforderungen unserer Zeit wie dem Klimawandel, der Suche nach Wegen zum Frieden und der nach Erhaltung individueller sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit begegnen.

Mit großer Sorge nehmen wir im Wahljahr 2024 gefährliche Tendenzen in unserer Gesellschaft wahr: Menschen werden diskriminiert und ausgegrenzt. Überwunden geglaubte Menschenfeindlichkeit erhält Platz und Stimme, sogar in der Mitte unserer Gesellschaft. Die Grenzen des Sag- und Denkbaren werden ständig verschoben. Eine wertebasierte Standortbestimmung hat es immer schwerer. Für all das ist insbesondere die AfD verantwortlich, von der wir uns klar distanzieren.

Eine wichtige Rolle in den Debatten spielt unsere Sprache. Unbarmherzige, unsachliche Forderungen sind mit dem christlichen Menschenbild nicht vereinbar, ebenso wie Fake News und hasserfüllte Reden. Gegenseitiges Verstehen setzt geduldiges Zuhören voraus. Wir praktizieren und fordern eine klare Sprache, die Probleme benennt, Kritik ausspricht, ohne zu verletzen oder zu dämonisieren, und konstruktiv nach Lösungen sucht. Nur mit diesen „Regeln“ kann ein echter Dialog gelingen.

Die Inhalte eines solchen Dialogs müssen auf gemeinsam anerkannten Wissensstandards basieren. Lügen und böswillige oder fahrlässige Täuschungen

haben keinen Platz. Wir widersprechen populistischen Parolen und böswilligen Verschwörungserzählungen, die scheinbar einfache Lösungen anbieten. Wir leisten Widerstand gegen rechtsextreme Haltungen, die die Menschenwürde verletzen und dem Grundgesetz widersprechen.

Wir Katholikinnen und Katholiken wollen den Zusammenhalt in der Gesellschaft, das Gemeinwohl und unsere Demokratie stärken. Wir fordern alle politischen Parteien auf, sich den drängenden, alltäglichen, hoch relevanten Fragen der Menschen zu widmen. Wir fordern Anstand im Diskurs und setzen auf Respekt und Nächstenliebe.

In diesem Jahr finden Wahlen zum Europäischen Parlament und zu den Landtagen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen sowie Kommunalwahlen statt. Wir rufen alle Menschen auf, sich sachkundig zu machen, sich einzumischen, Verantwortung zu übernehmen und bewusste Wahlentscheidungen auf der Basis der Menschenwürde und des christlichen Menschenbildes zu treffen.

Erfurt, im Februar 2024

Diözesanrat der Katholiken im Bistum Görlitz
Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Berlin
Katholikenrat im Bistum Dresden-Meißen
Katholikenrat im Bistum Erfurt
Katholikenrat im Bistum Magdeburg

2.2. ZdK pro Demokratie-Initiativen gegen gesellschaftlichen Rechtsruck

Beschluss des Hauptausschusses des ZdK vom 26. Januar 2024

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) sieht mit Sorge das Erstarren rechtsextremer, antidemokratischer und antisemitischer Überzeugungen und Bewegungen - auch in der Mitte von Kirche und Gesellschaft. Ein friedvolles, gewaltfreies Miteinander muss in einer Zeit großer Herausforderungen und damit einhergehender Verunsicherungen in weiten Teilen der Bevölkerung als Wert neu installiert, gepflegt und bestärkt werden.

Ausgrenzung, Hass und Hetze bieten keine Lösung für akute Probleme. Wir verwahren uns gegen diese Reaktionen auf andere, und zwar aus christlicher Überzeugung. Menschenfeindlichkeit ist mit dem Christentum nicht vereinbar.

Das beste Mittel gegen Rechtsextremismus und -populismus ist gute Politik. Das ZdK bekennt sich zur demokratischen Gestalt unserer Gesellschaft. Mitglieder des ZdK stehen öffentlich und vernehmbar für die Demokratie und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ein. Das erfordert Entschlossenheit – gerade in einer Zeit der öffentlichen Angriffe auf Menschen und Menschengruppen.

Gleichzeitig verwirklichen wir demokratische Prinzipien in Verbänden, Kirchengemeinden, gewählten Räten und aktiven Organisationen. Sie sind somit auch ein Grundstein unserer Arbeit als ZdK in der Kirche.

Das ZdK setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen gleiche Teilhabechancen haben. Allen Formen von Diskriminierung und Benachteiligung, die Menschen beispielsweise aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihres Geschlechtes, ihrer sexuellen Orientierung, ihres sozialen Status erfahren, treten wir entgegen.

Wir wollen das, was unsere Demokratie ausmacht, glaubwürdig vermitteln, um auch diejenigen zu erreichen, die sich in unserer Gesellschaft benachteiligt fühlen und sich von vordergründigen Lösungsangeboten rechtspopulistischer Strömungen ansprechen lassen. Wir sehen uns in der Verantwortung, Wege des Dialogs mit allen Interessierten zu suchen, über demokratisch gefundene Kompromisse zu kommunizieren und das Vertrauen zwischen Bürger*innen und demokratischen Politiker*innen neu zu stärken.

Der Hauptausschuss des ZdK bestärkt den [Beschluss der Vollversammlung vom 24. November 2023](#), ein Handlungskonzept zur Bewahrung der Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit zu entwickeln. Er begrüßt die Demonstrationen und Willensbekundungen von Millionen Menschen in diesen Wochen, die sich für Demokratie, gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus stark machen. Der Hauptausschuss sieht im 103. Deutschen Katholikentag in Erfurt (29. Mai bis 2. Juni 2024) eine Großveranstaltung, die dieses demokratische Engagement aufnimmt und weiterführt. Der Katholikentag selbst ist ein Ort der Bestärkung der Demokratie, des Pluralismus und des Respekts. Alle sind eingeladen, daran teilzunehmen. Der Katholikentag ist seit Januar Mitglied des Bündnisses [„Thüringen weltoffen“](#).

Das ZdK wird auch die Europawahl 2024 zum Anlass nehmen, auf die Bedeutung der Demokratie und der Menschenwürde hinzuweisen und zur Wahl aufzurufen. Aus Demonstrationen müssen Stimmen für demokratische Parteien werden – in Europa, in Deutschland, in Bundesländern und Kommunen. Um darauf hinzuwirken, ist die Kooperation in bundesweiten Bündnissen von entsprechenden Initiativen anzustreben.

Es war richtig und wichtig, dass alle Diözesanbischöfe der sechs ostdeutschen Bistümer in einer [gemeinsamen Erklärung](#) vor einer Wahl der AfD gewarnt haben. Das ZdK unterstützt es, wenn diese Position öffentlich auch von den anderen Bischöfen, katholischen Organisationen und Diözesanräten, sofern

dies nicht schon geschehen ist, geteilt wird. Der Hauptausschuss weist darauf hin, dass das ZdK die Unvereinbarkeit von AfD-Positionen mit dem Christsein bereits seit vielen Monaten öffentlich erklärt. Er stellt sich ausdrücklich hinter die Aussage der ZdK-Präsidentin, die die Mitgliedschaft in der AfD mit einem kirchlichen Amt für unvereinbar hält.

Morgen, am 27. Januar 2024, denken wir an die Opfer des Holocaust und gedenken der Millionen Menschen, die während der Zeit des deutschen Nationalsozialismus ermordet wurden. Der Jahrestag der Befreiung von Auschwitz vor 79 Jahren durch die Rote Armee erinnert uns immer wieder an das unermessliche Leid und die Verbrechen, die in diesem dunklen Kapitel unserer Geschichte verübt wurden. Dieses Gedenken ist in diesen Tagen, in denen der Hass gegen Juden in Israel und weltweit nach dem verbrecherischen völkermörderischen Angriff der Hamas offen auftritt, von größter Bedeutung. Seit dem Angriff der islamistischen Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober ist die Zahl antisemitischer Vorfälle international stark gestiegen. Wir verurteilen, dass diverse Splittergruppen am 27. Januar zu einer Demonstration in Berlin gegen Israel aufgerufen haben. Der Versuch, Gedenktage zu nutzen und diese mit eigenen Inhalten zu belegen, ist nicht neu: In Berlin wurde schon mehrfach am 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, Kundgebungen gegen den jüdischen Staat veranstaltet. Der Antisemitismus aus allen Richtungen – inklusive der Mitte der Gesellschaft – hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter verstetigt. Dies darf nicht sein, hier sind wir verpflichtet, uns aktiv dagegen zu stellen.

Auschwitz steht wie kein anderer Ort für die Verbrechen des Nationalsozialismus, insbesondere für den Holocaust. Das Versagen der deutschen Gesellschaft und insbesondere der Eliten fordert uns heraus, das Führungs- und Verantwortungsverständnis von Organisationen im Hier und Jetzt zu reflektieren.

Morgen, wenn wir der Opfer gedenken und die Überlebenden ehren, müssen wir auch über die Gegenwart nachdenken. Das Wiederaufleben rechtsextre-

mer Ideologien und spaltender Narrative in Europa und weltweit vergegenwärtigt in besorgniserregender Weise die Vergangenheit. Es erinnert uns an die Konsequenzen der Untätigkeit und führt uns die Notwendigkeit vor Augen, sich zu engagieren. Wir rufen dazu auf, sich dieser Verantwortung zu stellen und gemeinsam dafür zu sorgen, dass das Versprechen ‚Nie wieder‘ in unserer heutigen Welt eine echte Bedeutung erhält.

Aus kollektiven Erfahrungen zu lernen ist der Schlüssel, um dazu beizutragen, dass sich derartige Katastrophen nicht wiederholen werden.

2.3. Europa vor der Wahl: Für Demokratie und Menschenwürde stimmen

Erklärung der Initiative Christen für Europa vom 02. März 2024

Eine echte Wahl zu haben, gehört zu den Vorzügen der Demokratie. In diesem Jahr entscheiden die Wahlberechtigten in der EU neu über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments, indirekt auch über die von den Parteienfamilien nominierten Spitzenkandidat*innen für den Vorsitz der Kommission, und markieren damit den politischen Gestaltungsspielraum der nächsten fünf Jahre. Als christliches Netzwerk wirbt IXE – Initiative Christen für Europa – darum, am 6.-9. Juni 2024 zur Wahl zu gehen und eine verantwortungsvolle Entscheidung im Sinne des Friedens und der Menschenwürde zu treffen.

Insgesamt wurden in der vergangenen Legislaturperiode viele entscheidende und beispiellose Erfolge erzielt: Die Europäische Union hat gemeinsam Impfstoffe beschafft, an alle Mitgliedstaaten unabhängig vom Wohlstand verteilt und die Pandemie auch in ökonomischer Hinsicht überwunden. Sie hat die Green Deal-Gesetzgebung auf den Weg gebracht und damit einen klimapolitischen Aufbruch markiert. Der Ukraine hat sie infolge des russischen Angriffskrieges massive Unterstützung bereitgestellt. Um migrationspolitische

Lösungen wurde gerungen; mit der finalen Fassung des Paktes über Asyl und Migration wurde eine gemeinsame Grundlage geschaffen. Die Herausforderungen bleiben jedoch immens. Der Dialog mit den Bürger*innen muss fortgesetzt werden.

Deshalb darf die Wahl nicht auf einen Akt des Protestes reduziert werden: Es geht um eine politische Auswahl. Das Wahlergebnis ist die Voraussetzung für den Fortbestand der europäischen Einigung in den nächsten fünf Jahren. Nach der Wahl braucht es parlamentarische Mehrheiten, die Menschlichkeit und Solidarität, Nachhaltigkeit und Subsidiarität als grundlegende Prinzipien anerkennen, Rechtsstaatlichkeit verteidigen und Nationalismen, Diskriminierung und Abschottung entgegentreten. Die EU hat großen Einfluss auf diverse Politikfelder – die Wähler*innen entscheiden, in welche Richtung sich der Kontinent entwickeln wird. Eine zentrale Frage lautet, wie Europa die herausfordernden geopolitischen Bedingungen meistern wird.

Der Schutz von Menschen, die verfolgt werden und um ihr Leben fürchten, ist grund- und völkerrechtlich geboten und darf nicht zur Disposition stehen. Aus christlicher Sicht fördern wir die Solidarität mit allen Menschen, die gezwungen sind, ihr Land zu verlassen, insbesondere mit Geflüchteten. Menschenrechtsverstöße an den EU-Außengrenzen sind unerträglich. Pushbacks müssen aufhören. Wir müssen neue legale Zugangswege nach Europa eröffnen. Die Bewährungsprobe des neuen Gemeinsamen Europäischen Asylsystems steht aus. Es wurde eine gewisse Ausweitung der solidarischen Verteilung von Geflüchteten erreicht, um gemeinsam Verantwortung für die Schutzsuchenden zu übernehmen und keinen Staat zu überfordern.

In der Klimapolitik schließt sich das Zeitfenster, um die Pariser Klimaziele einzuhalten und eine weitere Verschärfung der Klimakrise einzudämmen. Deshalb drängen wir zu einer raschen Einigung auf das Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2040 um 90 % im Vergleich zu 1990 zu senken. Mit einer konsequenten

Klimapolitik muss die EU in allen Sektoren starke Anreize für die sozial-ökologische Transformation setzen und aufrechterhalten, um das 55 %-Zwischenziel für 2030 nicht nur zu erreichen, sondern möglichst zu übertreffen. Sie muss für tragfähige Lieferketten für wichtige Rohstoffe wie Lithium sorgen und sich bemühen, diese fair und resilient zu gestalten. Wir plädieren dafür, die gescheiterte Sorgfaltspflichtenrichtlinie neu aufzusetzen und zum Erfolg zu führen.¹ Klimapolitik und Armutsbekämpfung müssen Hand in Hand gehen: Die EU ist gefordert, Klimaschutz sozial zu flankieren, damit bei der Dekarbonisierung keine Region und kein Mensch abgehängt wird. Gute Klimapolitik schafft sozialen Ausgleich, schützt Menschenleben, fördert die Unabhängigkeit von fossilen Energien und erhöht damit die Sicherheit und berücksichtigt die internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas.

Gerade in diesem Jahrzehnt, in dem in vielen Ländern weltweit Autokratien entstehen, erstarken und die demokratischen Grundsätze in Europa und in der Welt erschüttern, muss Europa standhaft bleiben. Im Interesse des Gemeinwohls muss die Demokratie in Europa geschützt werden – gegen Angriffe und Desinformationen von außen im Vorfeld der Wahlen, einschließlich des Missbrauchs künstlicher Intelligenz. Zukünftig sollten neue Technologien demokratie- und grundrechtskompatibel reguliert werden. Das KI-Gesetz ist ein gutes Beispiel dafür. Die EU ist zu einem Vorreiter beim digitalen Schutz geworden, muss die digitale Transformation vorantreiben und digitale Teilhabe und Rechte für alle ermöglichen.

Als Christ*innen kennen wir jene Einheit in Vielfalt, welche auch die Regierungen der EU-Staaten immer wieder mühsam einüben müssen. Wir nehmen wahr, dass die modernen Gesellschaften jene Werte, auf denen sie beruhen, immer weniger begründen können und stehen bereit, einen Dialog über gemeinsame europäische Werte und Identität zu führen.

Als Gläubige möchten wir tatkräftig daran mitwirken, die vor uns liegenden Aufgaben zu bewältigen. Dies kommt nicht nur in einer christlichen Wahl-

entscheidung zum Ausdruck, sondern auch im alltäglichen kirchlichen Engagement. Wir setzen uns in den europäischen Gesellschaften dafür ein, das Gemeinwohl immer wieder in den Fokus politischen Handelns zu rücken. Wir wirken zentrifugalen Kräften und der sozialen Entfremdung entgegen, leben Subsidiarität und Solidarität und widerstehen einer Globalisierung der Gleichgültigkeit und Resignation. Für uns steht fest: Ein Wahlerfolg von Rechtsextremist*innen und anderen nationalistischen Populist*innen würde den Fortbestand Europas gefährden. Deshalb erinnern wir an das Ziel der Europäischen Union, das auch Papst Franziskus bei seinem Besuch in Lissabon aus dem dort 2007 geschlossenen Vertrag zitiert hat: „Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern. In ihren Beziehungen zur übrigen Welt [...] leistet [sie] einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern, zu freiem und gerechtem Handel, zur Beseitigung der Armut und zum Schutz der Menschenrechte“².

Matteo Bracciali, ITALY, Federazione delle ACLI Internazionali

Josian Caproens, BELGIUM, Interdiocesan Pastoral Council (IPB) / European Forum of National Laity Committees (ELF)

Raphael de Araújo Bittner, GERMANY, Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Dr. Stefan Eschbach, GERMANY, Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Dr. Fr Roman Fihás, UKRAINE, Institute of Ecumenical Studies, Lviv

Isabelle de Gaulmyn, FRANCE, Semaines Sociales de France

Claudia Gawrich, GERMANY, Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Janko Korošec, SLOVENIA, Socialna akademija

Norbert Kreuzkamp, GERMANY, Acli Deutschland

Mary McHugh, UNITED KINGDOM, National Board of Catholic Women of England and Wales

Petr Mucha, CZECH REPUBLIC, Czech Christian Academy

Théo Péporté, LUXEMBOURG, Journées sociales de Luxembourg ASBL

Neven Šimac, CROATIA, Centre d'études et de documentation européennes R. Schuman

Sabine Slawik, GERMANY, ANDANTE. *European Alliance of Catholic Women Associations*

Marie Louise van Wijk-van de Ven, NETHERLANDS, *Network of Catholic Women in the Netherlands*

Henryk Woźniakowski, POLAND, *Znak Christian Culture Foundation*

Die Initiative Christen für Europa (IXE) ist ein Zusammenschluss von Laienorganisationen und engagierten Christen aus verschiedenen europäischen Ländern. Allgemeines Anliegen von IXE ist es, ein lebendigeres Bewusstsein für ein vereintes Europa in die nationalen Debatten einzubringen. Ziel der Initiative ist es, die Begegnung von Christen in Europa zu fördern und die Soziallehre der Kirche voranzubringen, um ein besseres gegenseitiges Kennenlernen und Verständnis der historischen und kulturellen Unterschiede zu erreichen. Mehr Informationen finden Sie unter <https://christiansforeurope.com/>.

2.4. Verantwortlich wählen und handeln in Zeiten von Digitalisierung und KI

Erklärung des Präsidiums auf der Grundlage eines Inputs des Sachbereichs 3 vom 08. Mai 2024

2024 finden weltweit wichtige Wahlen statt, darunter in Deutschland die Europawahl und drei Landtagswahlen. Es gilt, ein starkes Zeichen für die Demokratie zu setzen. Digitale soziale Netzwerke und Plattformen gewinnen im demokratischen Meinungsbildungsprozess immer mehr an Bedeutung. Sie dürfen nicht antidemokratischen Kräften überlassen werden. Das ZdK fordert eine breite gesellschaftliche Debatte, eine effektive Anstrengung der Konzerne und klare politische Entscheidungen.

Digitalisierung gehört für die meisten Menschen längst zum Alltag. Die digitale Transformation demokratischer Gesellschaften hängt entscheidend von einem gelingenden Zusammenspiel zwischen Mensch und Technologie ab.

Auch im digitalen Raum gibt es Werte, die für alle gelten: Respekt vor anderen, die Achtung ihrer Würde und der Schutz vor Falschinformationen.

Das ZdK ist vom positiven Potenzial der Digitalisierung überzeugt. Aber die negativen Auswirkungen, die KI-generierte Inhalte und digitale Kommunikationen auf Wahlkämpfe, den politischen Prozess und das gesellschaftliche Zusammenleben haben können, müssen entschieden gekämpft werden.

Die positiven Effekte: Informationen zu politischen Entwicklungen sind jederzeit abrufbar. Menschen können sich in verschiedenen Kommunikationskanälen gesellschaftlich und politisch beteiligen. Sie können sich vernetzen und politische Initiativen starten. Sie können sich für den Schutz politisch Verfolgter einsetzen und Öffentlichkeit für demokratische Projekte schaffen.

Die negativen Effekte: Diktatorische Staaten, populistische Kräfte und autoritäre Parteien nutzen das Internet, um Falschinformationen und Deepfakes zu verbreiten. Manipulationen werden so geschickt platziert, dass man ihnen die Fälschung kaum anmerkt. Der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten, Donald Trump, hat „fake news“ zu einem politischen Kampfbegriff gemacht, um seriöse Medien zu attackieren.

In erster Linie müssen Anbieter und Betreiber von Social-Media-Plattformen ihrer Verantwortung gerecht werden: Sie müssen Hetze und Fälschungen im Netz effektiv unterbinden. Die Meinungsfreiheit muss garantiert bleiben, aber die Freiheitsrechte anderer dürfen nicht verletzt werden.

Der Staat ist gefordert, rechtliche Grundlagen für den Schutz der Persönlichkeit und die Garantie der Meinungsfreiheit zu schaffen. Der Zugang zum Netz muss für alle gesichert sein. Die Förderung digitaler Medienkompetenz gehört prominent auf die Bildungsagenda.

Auch die User sind gefragt. Papst Franziskus hat am Welttag der sozialen Kommunikationsmittel 2024 darauf hingewiesen, dass jeder Mensch entscheiden müsse, ob er „zum Futter für Algorithmen (werde) oder ob er sein Herz mit der Freiheit nährt“. Digitalisierung kann größere Diskursräume eröffnen und so demokratische Beteiligung erleichtern. Sie muss aber für Begegnungen und Dialog genutzt werden und darf keine selbstverstärkende Rückzugsorte schaffen.

Das ZdK begrüßt deshalb, dass die EU im Dezember 2023 eine „Verordnung zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für Künstliche Intelligenz“ verabschiedet hat. Damit wird ein wichtiger Beitrag zu mehr Transparenz geleistet, um insbesondere vulnerable Gruppen vor Manipulation zu schützen. Wahlen, soziale Dienstleistungen und kritische Infrastruktur werden mittels strenger Regeln in den Blick genommen. Dies kann ein Ansporn für nationale Gesetzgebungsprozesse sein, um Künstlicher Intelligenz u begebenen.

Das ZdK fordert:

1. Der Zugang zum Internet muss sichergestellt werden, damit Menschen die Teilhabechancen nutzen können, die ihnen die Digitalisierung bietet. Deshalb braucht es die Bereitstellung einer flächendeckenden technischen Infrastruktur. Vor allem in ländlichen Regionen bleibt der Ausbau schneller Internetzugänge unerlässlich. Menschen mit geringen finanziellen Mitteln brauchen bezahlbare Angebote. Menschen mit Beeinträchtigungen haben Anspruch auf barrierefreie Zugänge. Bei netzpolitisch relevanten Gesetzgebungen und Webdesigns ist dieser Standard zu erfüllen.

2. Der Umgang mit dem Internet muss trainiert werden, damit Menschen Medienkompetenz als Schlüsselqualifikation erwerben, die ihnen Teilhabe sichert. Mit der Einführung der generativen KI in der Alltagspraxis hat die Bildung hin zu einer selbstbestimmten Mediennutzung an Bedeutung

gewonnen. Schulen müssen so ausgestattet sein, dass sie dieser Bildungsaufgabe gerecht werden können.

3. Die Qualität im Internet muss verbessert werden, damit Menschen leichter Orientierung in der digitalen Welt finden, die ihnen zahlreiche neue Informationen und Meinungen bietet. Entscheidend sind die Einführung einer verbindlichen Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Texte und Bilder, die entschiedene Unterbindung von Hass und Hetze und die Priorisierung seriöser Informationen.

Ein Wahlkampf kann nicht fair sein, wenn Falschinformationen Menschen beeinflussen. Die Grundlage für faire politische Wahlen in einer liberalen Demokratie ist die umfassende Teilhabe aller an den Prozessen und Entscheidungen, die sie betreffen. Digitalisierung und KI bieten Chancen für mehr Transparenz und Teilhabe in der Demokratie. Nutzen wir sie – für unser Land und für ein weltoffenes Europa.

2.5. Synodalität – Erfahrungen und Erwartungen im ZdK

Beschluss des Hauptausschusses des ZdK vom 22. Mai 2024

Die Fragenimpulse aus dem römischen Synodensekretariat fokussieren zwei Aufgaben:

- Stärkung der Partizipation aller an der Sendung der Kirche
- Stärkung der Balance zwischen der *una sancta* und den Ortskirchen

Im Blick auf diese beiden Perspektiven werden die Antworten fokussiert.

1. Was lebt bei uns an Synodalität?

Das ZdK ist die von der Bischofskonferenz anerkannte Organisation der Gläubigen in der katholischen Kirche. Es ist von Anbeginn ein synodales Projekt, ohne dass es das Wort schon gegeben hätte. Das ZdK positioniert sich in allen gesellschaftlichen, politischen, kulturellen, sozialen und kirchlichen Fragen unabhängig und in eigener Verantwortung, aber an entscheidenden Stellen kontinuierlich in Abstimmung der Deutschen Bischofskonferenz. Es setzt sich konsequent für die Institutionalisierung kirchlicher Organe ein, in denen Beraten und Entscheiden zusammengehören, sowohl auf der Ebene von Pfarreien als auch auf der Ebene der (Erz-)Diözesen und auf der überdiözesanen Ebene.

- Die Vereine und Verbände, die im ZdK Mitglied sind, haben nach dem II. Vatikanum Formen der Synodalität entwickelt, mit gemeinsamen Beratungen und Entscheidungen, einschließlich der Wahl von Kontaktbischöfen, „Präsidenten“ und Geistlichen Begleitungen. In der katholischen Kirche in Deutschland sind diese Mitwirkungsstrukturen voll akzeptiert.
- Die „Räte“ bringen die synodalen Prozesse in das ZdK ein, die von den Pfarreien aus über die Dekanate zu den (Erz-)Diözesen führen. Die genauen Strukturen weichen von Bistum zu Bistum ein wenig ab, sind aber im Ganzen auf Kooperation in pastoralen Fragen angelegt; daneben gibt es Gremien, die sich speziell mit Finanzen befassen, dort auch mit Mitentscheidungskompetenzen der „Laien“. Diese Kooperationen tragen zum Frieden und zur Gemeinschaft in der katholischen Kirche bei.

Die Qualität einer strukturierten Synodalität hat sich auch auf der Bundesebene positiv entwickelt. Das ZdK hat bereits bei der Würzburger Synode (1971-1975), die in Verantwortung der Bischofskonferenz stand, eine wichtige Rolle gespielt. Es ist gleichberechtigter Partner im Beratungsorgan der „Gemeinsamen Konferenz“. Viele Mitglieder haben sich auf dem Gesprächsforum

„Im Heute glauben“ (2010-2015) der Bischofskonferenz engagiert. Das ZdK ist 2019 der Bitte der Bischofskonferenz nachgekommen, den „Synodalen Weg“ vorzubereiten und zu beschreiten, der die systemischen Konsequenzen des Missbrauchs bearbeitet. Es hat 2023 das Statut des Synodalen Ausschusses beschlossen und ist bereit, gemeinsam mit der Deutschen Bischofskonferenz einen Synodalen Rat für die katholische Kirche in Deutschland zu tragen.

Die Akzeptanz der Kirche in der Gesellschaft profitiert von wirksamen Strukturen der Beteiligung, Transparenz und Kontrolle. Synodalität dient der Inkulturation in die Demokratie. Für die Ökumene ist Synodalität ein großer Gewinn.

2. Welche Gremien der Mitberatung und Mitentscheidung gibt es im ZdK, und wie wird in der Arbeit dieser Gremien Synodalität realisiert?

Das ZdK ist in sich synodal strukturiert.

- Sein höchstes Organ ist die Vollversammlung, die aus ca. 230 gewählten Mitgliedern besteht. Für das ZdK spricht in der kirchlichen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit die von der Vollversammlung gewählte Präsidentin resp. der von ihr gewählte Präsident. Ein Präsidium aus zwei Frauen und zwei Männern unterstützt die Präsidentin resp. den Präsidenten. Der Hauptausschuss ist das Beratungs- und Beschlussorgan zwischen den Vollversammlungen.
- Ein vom ZdK gewählter und von der DBK bestellter Diözesanbischof ist als „Geistlicher Assistent“ die Verbindungsperson zwischen der Repräsentation der „Laien“ und der Bischofskonferenz.

Synodalität wird durch eine offene, diskursive, kritische, problem- und lösungsorientierte Gesprächskultur geprägt, durch proaktiv gesuchten Austausch mit relevanten Akteuren aus Politik, Gesellschaft und Kultur sowie der Ökumene, durch die Konzentration auf aktuelle Themen, die eine Positionierung aus

christlichem Geist verlangen. Synodalität wächst in einer Atmosphäre der Aufmerksamkeit für Gottes Geist durch gemeinsame Gebete und durch die regelmäßige Feier der Eucharistie. „Aufbruch statt Rückzug“ ist das Leitmotiv, das die Programmschrift 2020 über die Rolle der Kirche in der Öffentlichkeit ausführt.

Synodalität wird im ZdK als geistliche Dimension und als Strukturprinzip der katholischen Kirche verwirklicht. Ihre Formate bedürfen der ständigen Einübung, Reflexion und Erneuerung. Ihr Ziel ist keine um sich selbst kreisende, in sich abgeschlossene Kirche. Sondern ihre Mission ist es, das Evangelium „heute“ zu verkünden, die zeitgenössische Kultur im Geist des Evangeliums zu gestalten und als Kirche für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung und die unveräußerliche Würde des Menschen einzutreten. Die Förderung der Ökumene ist wichtig. Zwar sind die katholischen, orthodoxen und protestantischen Konzepte von Synodalität klar zu unterscheiden; aber überall hilft Synodalität, das gemeinsame Zeugnis zu stärken.

3. Vor welche Herausforderungen und Probleme sehen wir uns in diesen Prozessen gestellt?

Auf der internationalen Ebene besteht die Herausforderung, die Chancen einer Partnerschaft auf Augenhöhe zwischen dem ZdK und der DBK zu vermitteln, die aus der synodalen Kultur in Deutschland erwachsen ist. Dies verlangt eine intensive Kommunikation mit der römischen Kurie, aber auch mit anderen Formen markanter Synodalität, so z.B. in Lateinamerika und Australien. Wie in Teil I der Weltsynode angezeigt, sind Änderungen des Kirchenrechts nötig, die Rechenschaft, Transparenz und Kontrolle von Entscheidungen auf Leitungsebene garantieren. Das ZdK setzt sich für Synodalität mit aktiver Partizipation des ganzen Gottesvolkes an den *munera docendi, regendi und sanctificandi* ein.

Auf der Bundesebene besteht die Herausforderung, Synodalität in wesentlichen Finanz-, Personal- und Strukturfragen sowie in Fragen der kirchlich-theologischen, politischen und (sozial-) ethischen Positionierung nachhaltig wirksam werden zu lassen, ohne die Autorität der DBK zu schmälern oder die Unabhängigkeit des ZdK zu gefährden. Dem dienen die Gemeinsame Konferenz, der Synodale Ausschuss und perspektivisch der Synodale Rat.

Auf der Bistumsebene besteht die Herausforderung, in Verbindung mit dem Bischof Prozesse anzustoßen, die Beratung und Entscheidung in Finanz-, Personal- und Strukturfragen sowie kirchliche Positionierungen zu aktuellen Fragen zu einem integrativen Prozess der geteilten Verantwortung („corresponsibility“) machen; hilfreich ist der Begriff „circularity“, weil er die fortdauernde Prozesssteuerung qualifiziert. Einerseits bedarf es einer neuen Kultur, andererseits aber auch einer kirchenrechtlichen Stärkung von Synodalität.

Auf allen Ebenen besteht die Herausforderung, die im Missbrauchskomplex offenkundig gewordenen systemischen Fehler in der Struktur der katholischen Kirche zu bearbeiten: fehlende Machtbalance und -kontrolle, fehlende Geschlechtergerechtigkeit, mangelnde Achtung vor der sexuellen Integrität und Selbstbestimmung des und der Einzelnen, unzureichende Einbindung des sakramentalen Amtes in den Glauben des Gottesvolkes. Für das ZdK ist es wichtig, die in den Gemeinden und Verbänden virulenten Fragen, die sich insbesondere um pastorale Aufgaben der Kirche drehen und deren Glaubwürdigkeit stärken wollen, mit den systemischen Aufgaben der Missbrauchsprävention und Ressourcennutzung durch entwickelte Synodalität zu verbinden. Die Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung 2023 spiegelt hohe Erwartungen an die Relevanz und Präsenz der Kirche, aber auch große Enttäuschungen hinsichtlich ihrer mangelnden Reformwilligkeit.

4. Was kann weiterentwickelt werden?

Die Frage, wie die gemeinsame Verantwortung weiterentwickelt werden kann, verlangt die Stärkung der Praxis, die bereits geübt wird, die Verbesserung der kirchenrechtlichen Rahmenbedingungen und die Aufnahme synodaler Impulse aus anderen Ortskirchen. Ziel ist es, zu einer strukturellen Verstetigung und inhaltlichen Vertiefung von Synodalität auf allen Ebenen beizutragen.

Gemäß dem Synodalbeschluss „Synodalität nachhaltig stärken. Ein Synodaler Rat für die katholische Kirche“ gilt es auf der Bundesebene, im Gespräch mit der Weltsynode einen Begriff der Synodalität zu prägen, der die Grundsätze der katholischen Ekklesiologie des Zweiten Vatikanischen Konzils aufnimmt und rechtlich besser als bisher konkretisiert, so dass die Rechte des Gottesvolkes abgebildet und nachhaltig gestärkt werden. Dies setzt sowohl Qualifizierung und Bildung aller Mitglieder der Kirche voraus, die sich beteiligen wollen, können und sollen, als auch Strukturen, in denen verlässlich Beratungs- und Entscheidungsprozesse stattfinden. Die Gesamtverantwortung trägt der Bischof; entscheidend ist die aktive Beteiligung der Gläubigen. Für die Zukunft ist relevant, das Hirtenamt der Bischöfe und den Glaubenssinn des Volkes Gottes mehr als in der Vergangenheit im Zusammenwirken zu verstehen.

- Gemäß der Beschlussvorlage „Gemeinsam beraten und entscheiden“ des Synodalen Wegs ist es die Aufgabe, *in den (Erz-)Diözesen* die bestehenden Beratungsgremien in Beratungs- und Entscheidungsgremien zu verwandeln. Es werden nicht neue Gremien geschaffen; vielmehr wird die Zahl und Struktur der Gremien verschlankt und das Gewicht der Gremien erhöht. Der Bischof bindet sich an die gemeinsam entwickelte und von ihm erlassene Ordnung. Gegen den Bischof wird kein Beschluss wirksam; der Bischof entscheidet aber auch nicht allein oder über die Gremien hinweg. Er legt gegenüber den Gläubigen seines Bistums regelmäßig Rechenschaft ab; er garantiert Transparenz; er öffnet sich einer Kontrolle durch Vertretungen des Kirchenvolkes. Für den Konfliktfall gibt es verbindliche Lösungsprozeduren, die vorab vereinbart sind.

Dieser Prozess der Umwandlung und formalen Stärkung bestehender Gremien berücksichtigt regionale Besonderheiten und Herausforderungen. Er erfolgt im Austausch der Bistümer untereinander, ggf. unterstützt durch Musterordnungen, und unterschreitet nirgendwo die Maßgabe gemeinsamen Beratens und Entscheidens.

- *Das ZdK selbst* geht in eine Strukturreform, um Repräsentanz, Relevanz und Agilität zu erhöhen. Die Säule der katholischen Organisationen öffnet sich neuen katholischen Fachorganisationen und Projekten; die Säule der Räte wird dadurch gestärkt, dass die Wahlbeteiligung an der Basis durch verbrieftete Gremienrechte verbessert wird; die Wahl von Einzelpersonlichkeiten dient dem Knüpfen eines Netzwerkes in die Politik, Gesellschaft und Kultur sowie der Gewinnung wissenschaftlicher Expertise, nicht zuletzt in der Theologie.
- *Vernetzungen und Partnerschaften* mit ökumenischen Geschwisterorganisationen sowie mit Laienverbänden anderer Länder und Regionen werden ausgebaut.

Erfolgreich und nachhaltig wirksam ist diese Synodalität dann, wenn nicht künstlich neue Organe geschaffen und weitere (ehrenamtliche) Kräfte gebunden, sondern die bestehenden Gremien organisch fortentwickelt und mit höherer formaler Kompetenz ausgestattet werden. Entscheidend ist, dass dieser Prozess spirituell, theologisch und (pastoral-)soziologisch kundig begleitet wird.

5. Von welchen Erfahrungen gelingender Veränderung hin zu einer synodalen Kirche der Sendung können wir berichten?

Die synodale Kultur der katholischen Kirche hat sich in Deutschland positiv entwickelt. Der Synodale Weg war auch ein Weg der Erprobung und Einübung von mehr Partizipation und Geschlechtergerechtigkeit in der katholischen

Kirche. Zu den wichtigen Erfahrungen dieses Prozesses gehören konfliktive Momente, die durch wechselseitigen Respekt und argumentative Klärungen zu konstruktiven Lösungen geführt haben. Es wurden Kompromisse gefunden und Konsense errungen, die den Rückhalt sehr großer Mehrheiten (i.d.R. über 80 %) der Synodenmitglieder haben. Transparenz (namentliche, geschlechts- und standesbezogene Abstimmungen), gleiche Diskursbedingungen für alle und Schritte hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Kirche haben synodales Bewusstsein gestärkt und effektive Synodalität ermöglicht.

Zwar verbreiten kleine neokonservative Gruppen gegenteilige Meinungen; es gibt auch eine Minderheit der Bischöfe, die sich einer synodalen Zusammenarbeit mit dem ZdK verweigern. Nicht zuletzt haben verschiedene Briefe aus Rom den Eindruck erweckt, dass in Deutschland die Synodalität auf Kosten der Autorität von Bischöfen und der Bischofskonferenz verwirklicht werden solle. Das ZdK ist überzeugt und hat erklärt, dass dieser Eindruck dadurch entstanden ist, dass die Beschlusstexte des Synodalen Weges anders gelesen werden, als sie beraten und entschieden worden sind. Die große Mehrheit der Bischöfe und mit ihr die beiden Vorsitzenden seit Beginn des synodalen Weges Kardinal Marx und Bischof Bätzing stehen hinter einer kontinuierlichen Weiterarbeit und Weiterentwicklung von Synodalität in Deutschland.

Das ZdK ist seinerseits bereit, die synodale Zusammenarbeit mit allen Bischöfen und der gesamten Bischofskonferenz voranzutreiben. Es hält sich an die synodalen Beschlüsse, die auf dem Synodalen Weg gefasst worden sind, und erwartet deren zügige Umsetzung. Es setzt sich für synodale Veränderungen ein, die stärker als bislang die gemeinsame Sendung der Kirche betonen. Dazu gehören substantielle Veränderungen hin zu gemeinsamen Entscheidungen über die Finanzen der Katholischen Kirche auf Bundesebene.

6. Welche Modelle einer missionarischen Pastoral, die an die Ränder geht, werden im ZdK entwickelt und erprobt? Welches sind hier wesentliche Fragestellungen und Themen?

Das ZdK vertritt Millionen Mitglieder katholischer Vereine und Verbände und Tausende von gewählten Pastoralräten; es verbindet Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, die in ihrer christlichen Verantwortung katholische Positionen beziehen. Regierung und demokratische Parteien in Deutschland suchen das Gespräch mit dem ZdK als Vertretung der Katholikinnen und Katholiken in Deutschland.

Das ZdK denkt die Sendung der Kirche integrativ: Sie umfasst Wort und Tat; sie ist liturgisch, katechetisch und diakonisch zu denken. Sie besteht nicht nur darin, die christliche Tradition zu verheutigen, um sie neuen Generationen weiterzugeben; sie besteht auch darin, die Welt zu deuten, in der Menschen heute leben, früher gelebt haben und künftig leben wollen. Zur Sendung der Kirche gehört die Positionierung in theologisch-kirchlichen, politischen und (sozial-)ethischen Fragen aus dem Evangelium heraus.

Menschen, die hauptamtlich im kirchlichen Dienst stehen, ohne Teil des Ordo zu sein, leisten als „lay ministers“ einen Dienst, der wertvoll und konstitutiv für das kirchliche Leben ist. Das ZdK vertritt auch deren Berufsverbände (Religionslehrer*innen, Gemeinde- und Pastoralreferent*innen, theologische Arbeitsgemeinschaften und Verbände) und setzt sich für eine angemessene Abbildung ihrer Aufgaben und Verantwortung in einem weiter entwickelten Tableau kirchlicher Dienste und Ämter ein. Diese Öffnung setzt eine Überwindung des Klerikalismus voraus: eines überkommenen Standesdenkens, das die Kompetenz, verbindlich das Evangelium auszulegen und praktische Konsequenzen daraus abzuleiten, an die Weihe bindet und diese Männern vorbehält.

Zur missionarischen Pastoral, die an die Ränder geht, gehört im ZdK das kirchliche Empowerment und Engagement von Frauen und LGBTIQ Personen. Es ist eine „missionarische Pastoral“; denn die strukturelle und doktrинelle Marginalisierung von Frauen und LGBTIQ-Personen sowie eine teils prekäre Sexuallehre der katholischen Kirche verdunkelt die Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft der Botschaft Jesu Christi.

Die katholische Kirche schafft selbst „Ränder“, indem sie Menschen desintegriert und in ihrer religiösen und menschlichen Entwicklung behindert, die Unterstützung und Solidarität brauchen und oftmals das kirchliche Leben vor Ort tragen. Im ZdK sind Gruppen und Einzelpersonlichkeiten vertreten und vernetzt, die sich für entsprechende Bewusstseinsbildung und Entwicklungen in kirchlicher Lehre und im kirchlichen (Arbeits-)Recht engagieren. Eigens genannt sei das Engagement für schwangere Frauen in Konfliktsituationen, bei dem das ZdK seit vielen Jahren kirchliche Verantwortung in der Gesellschaft übernimmt.

Eine große Wirkung erzielt das ZdK mit der Organisation der Katholikentage, die alle zwei Jahre mit einem Partnerbistum organisiert werden. Sie ziehen Zehntausende Besucher an, die ihren Glauben feiern, vertiefen und bezeugen wollen. Der 103. Katholikentag wird 2024 in Erfurt, der 104. 2026 in Würzburg gefeiert.

Das ZdK integriert seit seiner Gründung vor 175 Jahren die unterschiedlichsten katholischen Verbände und Organisationen, von den Hilfswerken, der Caritas, den Frauen- und Jugendverbänden bis hin zur Vielfalt von Berufs- und Fachverbänden und schafft eine gemeinsame Struktur der „Laien“ im Zusammenwirken mit den Delegierten aus den diözesanen Räten und den Einzelpersonlichkeiten. Als Akteur im synodalen Geschehen vermittelt das ZdK horizontal und vertikal: zwischen Einzelverbänden, zwischen den Generationen und zwischen den verschiedenen pastoralen Ebenen (Pfarrei, Diözese, Bundesebene).

Das ZdK ist bereit, seine Integrationskraft auch in Zukunft in den Dienst einer synodalen Kultur zu stellen und das Miteinander von Gläubigen und Bischöfen zu stärken.

2.6. Zusammenarbeit im Synodalen Ausschuss

Beschluss der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) vom 28. Mai 2024

Am 22. April 2024 hat der Ständige Rat der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) über eine Kandidatin für das Amt der Bundeskurat*in der Deutschen Pfadfinder*innenschaft Sankt Georg (DPSG) beraten. Die Kandidatin erreichte in der abschließenden Abstimmung nicht die erforderliche Mehrheit. Die Zustimmung der DBK und die damit verbundene kirchliche Beauftragung ist jedoch Voraussetzung für die Kandidatur zur Geistlichen Leitung des Verbands. Daher konnte die DPSG-Bundesversammlung keine Person zum*zur Bundeskurat*in wählen.

Dieser Vorgang ist irritierend und verstörend. Er hat weitreichende Auswirkungen auf das Vertrauensverhältnis von DBK und Lai*innenstrukturen in der Kirche, insbesondere kurzfristig mit Blick auf den Synodalen Ausschuss.

Die Tatsache, dass die Gründe für die Ablehnung durch den Ständigen Rat bis heute nicht öffentlich bekannt sind, löst Spekulationen und Fragen aus. Es liegt nahe, dass Bischöfe auf das kritische Agieren in kirchlichen Gremien reagieren.

Angesichts dieser Situation stellen wir fest:

1. Der Ständige Rat hat durch seine Entscheidung eine konstruktive, vertrauensvolle Zusammenarbeit im Synodalen Ausschuss massiv in Frage gestellt. Kritische Anfragen an die katholische Kirche, an kirchliche Systeme, an deren Leitungsebenen und an die Lehre müssen Teil der Debatte im Synodalen Aus-

schluss sein. Nur durch dieses kritische Agieren kann es die katholische Kirche schaffen, sich grundlegend zu verändern und zu reformieren. Diese Debatte darf nie angstbehaftet geführt werden, da sie dann nicht konstruktiv und ziel führend ist.

2. Die Bischöfe haben durch ihre Entscheidung Zweifel aufkommen lassen, inwiefern sie die zentralen Beschlüsse des Synodalen Weges respektieren, sich selbst daran binden und als zentralen Bestandteil ihres Leitungshandelns verstehen. Aktuell gibt ihr Agieren leider Anlass zur Annahme, dass eine konkrete Umsetzung der Beschlüsse in eigenes Leitungshandeln nur begrenzt stattfindet oder gar verhindert werden soll.

3. Die DBK verantwortet durch ihre Entscheidung einen erneuten Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust bei den Gläubigen. Gläubige und insbesondere künftige Mitarbeiter*innen fragen sich, zu welchen Konditionen sie ihre Berufung leben können und wollen bzw. ob sie überhaupt noch in dieser Kirche tätig werden wollen.

Wir sind als ZdK im Synodalen Ausschuss gleichwertige Partner der DBK. Weil dies so ist, müssen wir angesichts der Entwicklungen vor der nächsten Sitzung des Synodalen Ausschusses am 14. und 15. Juni 2024 in Mainz Klarheit schaffen. Das ZdK fordert die Bischöfe daher auf, vor Beginn der Beratungen insbesondere die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie soll vertrauensvolles und gemeinsames Handeln auf dem Synodalen Weg gelingen, wenn Entscheidungen der Bischöfe von vergleichbarer Tragweite weiterhin intransparent und ohne Erklärung getroffen werden?

2. Wie und wann werden die bereits getroffenen Beschlüsse des Synodalen Wegs in den Bistümern umgesetzt?

3. Wie stellen die Bischöfe die Ernsthaftigkeit zukünftiger Beratungen und die Verbindlichkeit von Beschlüssen auf dem Synodalen Weg in der Bischofskonferenz sowie in den einzelnen Bistümern sicher?
4. Wie werden sich die Bischöfe in die inhaltliche Arbeit des Synodalen Ausschusses einbringen?
5. Wie werden die Bischöfe mit römischen Vorbehalten/Widerständen umgehen?
6. Wie werden die Bischöfe ihr Vorgehen im Synodalen Ausschuss beraten und kommunizieren?

Das ZdK setzt sich weiterführend dafür ein, dass über diese aktuelle Situation zu Beginn der zweiten Plenarversammlung des Synodalen Ausschusses eine Aussprache in der Tagesordnung vorgesehen wird.

Das ZdK behält sich vor, im Licht der Antworten der Bischöfe und der anschließenden Beratungen im Synodalen Ausschuss über die weitere Zusammenarbeit zu beschließen.

2.7. Demokratie wählen. Europa weiterbauen

Beschluss der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) vom 29. Mai 2024

Die Europawahl ist die Richtungsentscheidung für den Kontinent, in welcher der politische Gestaltungsspielraum der nächsten fünf Jahre markiert wird. Wir rufen zur Teilnahme an der Europawahl auf – für ein starkes demokratisches Votum, mit dem das Projekt eines in Vielfalt geeinten, freien und gerechten Europas eine Zukunft hat. Nationalismus und Extremismus, Diskriminierung und Ausgrenzung bedrohen die Errungenschaften der europäischen Integra-

tion und den Kern unserer Demokratie. Wir stehen ein für eine Politik, welche die Menschenwürde, die Rechtsstaatlichkeit und die Demokratie verteidigt. Personalität, Solidarität, Subsidiarität und Nachhaltigkeit – jene Prinzipien, an denen die christliche Sozialethik ihre Vorschläge für eine gerechtere Welt ausrichtet – sind für uns auch europapolitische Leitplanken. Es braucht nach der Wahl eine auf diesen Werten fußende stabile parlamentarische Mehrheit und eine handlungsfähige Europäische Kommission. Die Verantwortlichen müssen den Herausforderungen begegnen und die EU stärker und zukunftssicher aufstellen. Wir wenden uns entschieden gegen extremistische und populistische Strömungen.

(1) Eine reformierte und handlungsfähigere Europäische Union

Auf Initiative des Europäischen Parlaments wird der Europäische Rat im Juni 2024 eine Road Map vorlegen, um das Verfahren für eine institutionelle Reform zu skizzieren. Die geopolitischen Bedrohungen erhöhen den Reformdruck. Auch deshalb werben wir für ein ambitioniertes Vorgehen. Die Europäische Union steht vor der Herausforderung, geschlossen einen Reformprozess zu durchlaufen, welcher insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik Handlungsfähigkeit durch mehr qualifizierte Mehrheitsentscheidungen statt der bisherigen Konsensentscheidungen ermöglicht. Die Reform soll die EU befähigen, weitere Staaten aufzunehmen, indem sie dysfunktionale und träge Entscheidungsstrukturen abschafft. Dabei ist Europas wirtschaftliche Kraft eine wichtige Grundlage für seine politische Behauptung.

(2) Eine erweiterte Europäische Union

Seit der russischen Invasion 2014 ist die Ukraine Europas klaffende Wunde. Die EU hat angesichts des erneuten völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 und des daraus resultierenden Kriegs umfangreiche Unterstützung bereitgestellt und eine ukrainische Beitrittsperspektive eröffnet. Auch im Hinblick auf Georgien, Moldau und die Länder des Westbalkans hat ein Umdenken eingesetzt. Die Erweiterung der EU sollte Hand

in Hand mit institutionellen Reformen gehen. Erwartungen, Enttäuschungen und Ängste, die in diesen Prozessen mitschwingen, müssen konstruktiv aufgefangen werden. Wir werben dafür, die Unterstützung der Beitrittskandidaten mit einer auf Raten ausgelegten, schrittweisen Integration gezielt fortzusetzen und die angestoßenen Dialoge engagiert zu Erfolgen zu führen. Wenn die EU diese Länder nicht integriert, werden andere weltpolitische Kräfte ihren Einfluss massiv erhöhen.

(3) Eine rechtsstaatliche Europäische Union

Weltweit entstehen und erstarken Autokratien. Europa muss gerade deshalb demokratisch standhaft bleiben, entschieden gegen Desinformation und Korruption vorgehen und die im Vertrag über die Europäische Union, in der EU-Grundrechtecharta und der Europäischen Menschenrechtskonvention verbindlich festgelegten Rechte und Werte verteidigen. Wenn die Rechtsstaatlichkeit erodiert, ist das Fundament der Europäischen Union bedroht. Die EU setzt deshalb auf Rechtsstaatsberichte, den Rechtsstaatsdialog, den Rechtsstaatsmechanismus zum Schutz des EU-Haushalts und nötigenfalls das Grundwerteverfahren (Art. 7 EUV). Sie darf nicht nachlassen, präventive und sanktionierende Instrumente einzusetzen, und muss bei eklatanten Verstößen Vertragsverletzungsverfahren einleiten.

(4) Eine nachhaltige Europäische Union

In der neuen Legislaturperiode wird sich zeigen, ob die Europäische Union ihr Ziel erreichen wird, bis 2030 jährlich 55 % weniger Treibhausgase als 1990 zu emittieren. Wir werben dafür, dieses Rahmenwerk voll umzusetzen und rasch eine Einigung über das neue Klimaziel zu schaffen, wonach die Einsparung bis 2040 bei 90 % liegen soll. Gleichzeitig plädieren wir dafür, möglichst beide Zielmarken durch einen effektiven Nexus von klimapolitischer Konsequenz, ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit und wirksamer Armutsbekämpfung zu übertreffen. Schöpfungsverantwortung bedeutet für uns, den Green Deal nicht zur Disposition zu stellen, sondern ihn energisch weiter voranzutreiben.

Dazu gehört eine mutige Neuaufstellung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik, die spätestens in der neuen Förderperiode ab 2028 gemeinwohlorientierter ausgerichtet werden muss. Um effektive Umwelt- und Gemeinwohlleistungen besser zu fördern muss der bürokratische Aufwand minimiert werden, damit wird die Beantragung von Fördermitteln effektiver gestaltet. Die Mitgliedstaaten müssen so schnell wie möglich die Vorgabe aus dem Europäischen Recht umsetzen: Nicht nur die Mittel aus dem Klimasozialfonds, sondern alle Einnahmen aus dem Emissionshandelssystem für den Gebäudesektor und den Straßenverkehr (ETS II) müssen gezielt unter Berücksichtigung sozialer Aspekte eingesetzt werden. Menschen mit unterdurchschnittlichen Einkommen müssen viel stärker als bisher unterstützt werden, zum Beispiel durch eine Förderung der Sanierung von Mietwohnungen, welche die Mieterinnen und Mieter wirksam entlastet. In allen Sektoren müssen starke Anreize für die Transformation aufrechterhalten werden. Die Eindämmung von Armut und Klimakrise muss Hand in Hand gehen. Dies bedeutet auch, Lieferketten fair und resilient zu gestalten.

(5) Eine schützende Europäische Union

Die EU-Grundrechtecharta und die Genfer Flüchtlingskonvention sind die rechtlichen Anker für Schutzsuchende in der Europäischen Union. Wir stehen solidarisch dafür ein, den Zugang zu individuellem Flüchtlingsschutz in der EU zu gewährleisten. Die Bestimmung von sogenannten sicheren Drittstaaten darf nur im Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention vorgenommen werden. Die EU muss Menschenrechtsverstöße an ihren Außengrenzen konsequent vermeiden und verfolgen. Um das Leid und das Sterben auf dem Mittelmeer zu beenden, braucht es mehr legale und sichere Zugänge in die Europäische Union. Ein Ausbau der solidarischen Verteilung der Geflüchteten bleibt unverzichtbar, um die Verantwortung für die Schutzsuchenden gemeinsam wahrzunehmen und keinen Staat zu überfordern. Das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten haben sich auf ein neues Gemeinsames Asylsystem geeinigt. Bestehende Missstände dürfen aber nicht legalisiert werden.

Deshalb sind jetzt eine menschenrechtskonforme Umsetzung und eine stetige Überprüfung in der Praxis geboten. Der dank der Aktivierung der Richtlinie über vorübergehenden Schutz entbürokratisierte Umgang mit Geflüchteten aus der Ukraine war eine positive Erfahrung, aus der die EU für ihre künftige Asylpolitik lernen muss.

(6) Eine jugendgerechte Europäische Union

Junge Menschen organisieren sich, um gemeinsam mehr zu erreichen. Demokratische Jugendverbände sind Werkstätten der Demokratie und der Interessensvertretung. Sie müssen in Gesetzgebungsprozesse einbezogen und finanziell gefördert werden. Förderungsmöglichkeiten wie Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps müssen ausgebaut und bedarfsgerecht gestaltet werden. Die Bekanntheit dieser Programme muss gesteigert und die Antragsstellung vereinfacht werden, damit die Förderung bei den jungen Menschen ankommt. Zudem braucht es eine planbare und bedarfsgerechte Ausstattung von Jugendverbänden in den EU-Mitgliedsstaaten sowie von länderübergreifenden oder europaweiten Jugendverbänden. Dabei muss auch eine strukturelle Förderung der Verbände durch europäische Mittel sichergestellt werden. Eine reine Projektförderung reicht nicht aus, um die für die Zukunft der Demokratie enorm wichtige Arbeit der Jugendverbände zu gewährleisten.

(7) Eine Kirche, die mitwirkt

Wir nehmen wahr, dass sich in den europäischen Gesellschaften die Wertebindungen der Bürgerinnen und Bürger grundlegend verändern. Als glaubens- und wertebasierter Akteur bringen wir uns aktiv in den gesellschaftlichen Dialog ein. Als Gläubige wirken wir auch am Wahltag daran mit, die vor uns liegenden Aufgaben mit Zuversicht zu bewältigen. Mit unserer christlichen Haltung wirken wir Spaltung, Resignation, Menschenfeindlichkeit und Demokratieverachtung entgegen. Auch in unserem alltäglichen kirchlichen Engagement setzen wir uns dafür ein, dass die Würde jedes Menschen, die soziale

Gerechtigkeit und die ökologische Nachhaltigkeit die Kriterien sind, welche nicht nur die Entscheidung der Wahlberechtigten, sondern auch das Handeln der politisch Gewählten maßgeblich bestimmen.

2.8. Zukunft hat die Welt des Friedens

Erklärung der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) vom 29. Mai 2024

(1) Einleitung

In der Positionierung „Friedensethik in Kriegszeiten“ hat das ZdK im September 2022 verteidigungspolitische Leitlinien veröffentlicht. Im Februar 2024 legte die DBK ihr aktualisiertes friedensethisches Grundlagenwerk „Friede diesem Haus“ vor. Der vorliegende Text nimmt Impulse des Friedenswortes auf, schreibt die ZdK-Erklärung fort und formuliert im Zuge einer Selbstvergewisserung erneut Standpunkte im Spannungsfeld zwischen dem Recht auf Verteidigung und dem Gebot der Gewaltlosigkeit.

(2) Selbstverteidigung im völkerrechtlichen Rahmen

Angesichts der aktuellen Krisen stehen wir weiterhin zum Recht auf Selbstverteidigung. Friedensethisch folgen wir der Argumentation, dass Gewaltanwendung gerechtfertigt ist, wenn sie dem Zweck der Selbstverteidigung dient. Zugleich sehen wir es auch als christliche Überzeugung und Pflicht, Unterstützung zu leisten, wenn Menschen Leid erfahren.

Das Recht auf Verteidigung gilt keineswegs uneingeschränkt. Es darf und muss diskutiert werden, wie weit dieses Recht geht und welche Maßnahmen dafür gerechtfertigt sind. Für uns ist es unverzichtbar, dass Gewaltmittel nur legitim sein können, wenn sie durch das Völkerrecht legitimiert sind und sich auf dem Boden internationaler Vereinbarungen bewegen. Das Recht auf Selbstverteidigung rechtfertigt keine Kriegsverbrechen.

(3) Waffengewalt als ultima ratio

Grundsätzlich ist es legitim, sich auf den Schutz des eigenen Landes und von Verbündeten auch militärisch vorzubereiten. Die militärische Verteidigung muss um resiliente gesellschaftliche Strukturen ergänzt werden, in denen gewaltfreie Verteidigung eingeübt werden kann. Als ZdK wollen wir weiterhin am Gebot der Gewaltlosigkeit und der Gewaltüberwindung festhalten: Krieg ist kein legitimes politisches Instrument. Daher können wir nicht allein und keineswegs dauerhaft auf Waffengewalt setzen. Vielmehr müssen wir auch auf andere Mittel wie die Diplomatie und zivile Konfliktbearbeitung zur Verhinderung, Eindämmung und schnellen Beendigung von kriegerischen Konflikten abzielen. Dies beinhaltet die Pflicht, immer wieder Gewaltanwendungen zu hinterfragen und die Verhältnismäßigkeit von Gewaltmitteln zu prüfen.

(4) Kein Frieden ohne globale Gerechtigkeit

Ein umfassender Frieden im Sinne eines positiven und gerechten Friedens ist nicht nur militärisch, sondern in erster Linie politisch, sozial und ökologisch. Die Klimakrise ist nicht nur ein Sicherheitsrisiko; sie bedroht den Fortbestand des Menschen und vielfältiger Tierarten. Folglich gibt es im 21. Jahrhundert ohne Klimagerechtigkeit keinen Frieden. Deshalb ist das 1,5 Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens auch sicherheitspolitisch von sehr hoher Bedeutung und muss weiter konsequent verfolgt werden. Angesichts der rasanten klimatischen Veränderungen müssen wir uns mit dem Überschreiten des 1,5 Grad-Ziels jedoch realistisch auseinandersetzen. Es gilt, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um diese Zielmarke nur so geringfügig und so kurzzeitig wie möglich zu überschreiten. Die christliche Perspektive nimmt jene Regionen und Staaten in den Blick, welche in besonders drastischer Weise die Leidtragenden der infolge der Industrialisierung erzeugten Klimakrise sind. Finanzielle Zuwendungen für Schäden und Verluste sowie für die dringend benötigte Anpassung an die klimatischen Veränderungen ist das Mindeste, was die Vulnerablen ver-

dienen. Die Verbrennung von Öl, Gas und Kohle hat die Klimakrise verursacht. Als fossile, global ungleich verteilte Rohstoffe verursachen und befördern sie Kriege, in welchen nicht nur unzählige Menschenleben vernichtet, sondern auch massiv Treibhausgase emittiert werden. Eine weitgehend autarke Energieversorgung aus erneuerbaren Energiequellen verhindert Konflikte, schützt Menschenleben und befähigt Nationalstaaten, anstelle von Aufrüstung in Klimaschutz und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu investieren. Wir setzen uns darüber hinaus für einen gerechten Ressourcenverbrauch und faire Lieferketten ein, auch und gerade dort, wo Lithium, Cobalt und weitere Schlüsselrohstoffe für die Energiewende abgebaut werden. An diesen Orten entscheidet sich, ob die dringend notwendige sozial-ökologische Transformation auch notwendig sein wird.

(5) Kein Frieden ohne Freiheit

Menschen brauchen mehr denn je einen Lebensraum, den sie in Frieden und Freiheit gestalten können. Entwicklungspolitische Programme können für vulnerable Gruppen Unterstützung bieten. Sind ein Leben in Frieden und Freiheit durch Kriege, Vertreibung und terroristische Übergriffe nicht mehr im angestammten Land möglich, haben diese Menschen das Recht, zu fliehen und in geregelten Verfahren ihren Anspruch auf Asyl geltend zu machen. Dieses Recht ist ein Menschenrecht und darf nicht durch Aufnahmekontingente oder Abschottungspolitik eingeschränkt werden. Immer mehr Menschen verlieren klimakrisenbedingt ihren Lebensraum - sei es durch extreme Dürre, die Ausbreitung von Wüsten, Fluten oder das Versalzen von Böden durch den steigenden Meeresspiegel. Besonders betroffen sind Frauen und Kinder. Es gilt, diesen drohenden massiven Heimatverlust durch eine entschlossene Bekämpfung der Klimakrise und eine wirksam finanzierte Anpassung zu verhindern bzw. einzudämmen. Für jene Menschen, die im Kontext von Naturkatastrophen und Klimawandel vertrieben werden, braucht es rechtssichere Schutz- und Aufnahmemechanismen.

(6) Multilaterale Friedensordnung

Die veränderte, multipolare Welt braucht einen neuen Multilateralismus. Nur ein reformiertes Institutionengefüge kann Schieflagen wirksam bearbeiten. Wir begrüßen die fortgesetzten Bemühungen der G4 (Japan, Indien, Brasilien, Deutschland), der Afrikanischen Gruppe so-wie der L.69-Gruppe für eine Erweiterung des UN-Sicherheitsrates und sehen damit verbunden die Chance, den Autoritätsverlust der Vereinten Nationen aufzuhalten und zukunftsfähige, global gerechte Strukturen aufzubauen. Es gilt immer wieder auszuloten, wie eine verlässliche Verteidigungsfähigkeit im transatlantischen Bündnis sichergestellt werden kann. Die Europäische Union muss in dieser fluiden Welt künftig mehr denn je Friedensstifterin sein und ist deshalb gefordert, geschlossen einen Reformprozess zu durchlaufen, welcher in der Außen- und Sicherheitspolitik Handlungsfähigkeit durch mehr qualifizierte Mehrheitsentscheidungen ermöglicht. Langfristig braucht es eine neue Friedens- und Sicherheitsarchitektur, in welcher Abschreckung, Rüstungskontrolle, Koexistenz und Kooperation neu austariert werden.

(7) Interreligiöser Dialog als Hebel

Nicht nur supranationale und staatliche Akteure, sondern auch Religionsgemeinschaften stehen in der Verantwortung, Frieden zu stiften. Religionen dürfen nicht als Legitimation für Gewalt missbraucht werden, sondern müssen sich als Brücken in eine Welt mit immer weniger Gewalt bewähren. Interreligiöser Dialog und Versöhnungsarbeit unterstützen Prozesse, in denen Narben heilen können, welche durch aktuelle Konflikte und Kriege verursacht werden und über das eigentliche Kriegsgeschehen hinaus spürbar bleiben. Dafür ist eine Dialogbereitschaft notwendig, die von Respekt, Vertrauen und Toleranz geprägt ist. Als Teil der Katholischen Kirche verpflichten wir uns selbst und appellieren an alle Religionsgemeinschaften, an ziviler Konfliktprävention mitzuwirken und die Pflicht zur Friedensarbeit und Versöhnung ernst- und wahrzunehmen.

(8) Fazit

Eine Welt des Friedens beginnt beim Individuum, beim Menschen des Friedens. Als Gläubige bringen wir uns alltäglich, gesellschaftlich und politisch ein, begegnen der Fragilität dieser Welt mit unserer Hoffnung und mit konkreten friedenspolitischen Positionen. Wir werben dafür, zur Achtung der Menschenwürde für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit einzustehen und jegliche Form der Gewalt zu überwinden.

2.9. 30 Jahre nach Abschaffung des § 175 StGB: Unsere Mitschuld und unsere Verantwortung im Umgang mit der Kriminalisierung von Homosexualität

Beschluss der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) vom 29. Mai 2024

1. Menschen, die wegen ihrer queeren Identität von der Kirche ausgegrenzt, ihre Anstellung verloren oder aus Ehrenämtern entfernt wurden, sollen, auch posthum, rehabilitiert werden. Das Forum katholischer Männer als Mitgliedsverband des ZdK wird als Clearingstelle fungieren, an die sich Betroffene, Angehörige und Freund*innen von Betroffenen wenden können, und sie bei Bedarf unterstützen. Auf dieser Basis sollen die Bischöfe aller Diözesen nach Maßgabe der Betroffenen diese Personen offiziell und öffentlich rehabilitieren.

2. Das ZdK kann die Vergangenheit nicht ungeschehen machen. Es kann aber dazu beitragen, dass Erinnerung lebendig bleibt und in die Zukunft wirkt. Deshalb wird das ZdK eine wissenschaftlich-historische Aufarbeitung der Mitschuld der Kirche bei der Kriminalisierung queerer Identitäten initiieren. Unter der Federführung der Kommission für Zeitgeschichte in Bonn wird eine unabhängige wissenschaftliche Studie zur historischen Erforschung der Beteiligung der katholischen Kirche an der Aufrechterhaltung des Strafrechtsparagraphen in der deutschen Gesetzgebung angestrebt. Nach gesicherter abschließlicher Finanzierung durch Drittmittel wird mit der Erstellung begonnen.

2.10. Lasst uns reden!

Erklärung des Gesprächskreises „Juden und Christen“ beim ZdK vom 07. Oktober 2024

Fassungslos blicken wir als Gesprächskreis „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der Deutschen Katholiken auf den Terrorangriff der Hamas auf Zivilisten in Israel am 7. Oktober 2023 zurück.

Wie Menschen gut miteinander leben und Gesellschaft gestalten können, ist seit jeher eine Herausforderung. In der jüdischen Tradition hat man die Idee der sieben Gebote entwickelt, die Gott Noah gegeben habe: das Verbot von Götzenanbetung, das Verbot von Gotteslästerung, von Mord und Raub, das Verbot von unmoralischen sexuellen Handlungen wie Inzest und Vergewaltigung, das Verbot des Verzehrs von Fleisch von einem lebendigen Tier und die Etablierung von Gerichten und Polizisten als Ausdruck der Wahrung des Rechtsprinzips. Diese Vorschriften gelten im Judentum als das Minimum zivilisatorischer Moral. Jeder Mensch, der sich an diese Gebote hält, hat Anspruch auf einen Anteil an der kommenden Welt. Daher missioniert das Judentum auch nicht, denn man muss kein Jude sein, um ins Paradies zu kommen. Man muss nur menschlich sein.

Die Killerkommandos der Hamas haben bei ihrem Angriff auf Israel am 7. Oktober letzten Jahres all diese Gebote der Menschlichkeit gleichzeitig übertreten, ja sie haben sie aufs Grausamste in ihr Gegenteil verkehrt:

- Es ist Götzendienst, eine Gottheit anzubeten, von der man annimmt, sie würde diese Gräueltaten gutheißen.
- Es ist Blasphemie für jeden gläubigen Menschen und insbesondere für jeden gläubigen Muslim, wenn man bei solch einer Barbarei auch noch „G'tt ist groß“, „Allahu Akbar“ ruft. So versichern es uns die muslimischen Partner:innen, mit denen wir im Gespräch sind. Sie dürften für die allermeisten Muslime in Deutschland sprechen.

- An jenem schwarzen Schabbat – der eigentlich ein Festtag der Freude am Judentum hätte sein sollen – haben wir Mord, Vergewaltigung und Raub gesehen. Sie sind in ihrer Grausamkeit und öffentlichen Zurschaustellung an Barbarei kaum zu übertreffen.
- Das sechste Gebot verbietet es, Tiere zu verstümmeln. Was verboten ist, Tieren anzutun, wurde am 7. Oktober mit Menschen gemacht.
- Und was die Wahrung des Rechtsprinzips angeht: Wir bangen weiter um das Leben von 100 Entführten. Und statt die eigene Bevölkerung zu schützen, benutzt die Hamas die Palästinenser:innen als menschliche Schutzschilder, um Israel vor der Welt als Aggressor dazustellen.

Angesichts der unfassbaren Dimension dieses Grauens ist die Reaktion auf den 7. Oktober umso verstörender. Es gab keine breite Solidarität mit Israel und mit den Angehörigen der Ermordeten und Verschleppten. Sondern eine erschreckende Zunahme an Juden- und Israelhass. In Deutschland wurde der Terrorangriff teilweise zu einem (legitimen) Akt des Widerstandes gegen die Politik der israelischen Regierung umgedeutet und auf der Straße sogar gefeiert. Die Zahl antisemitischer Straftaten stieg auch hierzulande um ein Vielfaches. Mit ihrer Fassungslosigkeit, Trauer und Wut stehen Jüdinnen und Juden oft allein.

Als katholische Mitglieder des Gesprächskreises „Juden und Christen“ beim ZdK bedrückt uns der Schmerz unserer jüdischen Kolleg:innen und Freund:innen zutiefst. Viele haben Angehörige und Freunde in Israel, trauern um die Opfer, bangen mit den Familien der Geiseln. Die bohrende Frage ist: Warum lässt das Leid von Juden und von Israelis die Mehrheit in Deutschland so kalt? Warum stehen Christinnen und Christen nach einem solchen Menschheitsverbrechen nicht ohne Wenn und Aber an der Seite ihrer Geschwister im Glauben?

Wir hören: Das sei nicht möglich angesichts der Folgen des Kampfes von Israel gegen den Terror.

Dem widersprechen wir als Gesprächskreis „Juden und Christen“:

- Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, Empathie mit den Opfern des Krieges und mit den Menschen im Gazastreifen und im Libanon zu empfinden und Mitgefühl mit denen, die in Deutschland um palästinensische Verwandte und Freunde trauern und bangen. Genauso ist es ein Gebot der Menschlichkeit, Mitgefühl mit den Opfern des 7. Oktober 2023 und Solidarität mit Juden und Jüdinnen zu zeigen. In der Anerkennung des Leids der Menschen darf es kein Entweder-Oder geben.
- Bei allem Mitgefühl mit der Zivilbevölkerung im Gazastreifen und im Libanon und bei aller Diskussion um die gewählten Mittel im Kampf gegen den Terror darf niemals vergessen werden, wer für die derzeitige Eskalation der Lage im Nahen Osten verantwortlich ist und was der Auslöser war: der Terror vom 7. Oktober 2023.
- Der Hamas, der Hisbollah, den Huthi-Milizen und dem Iran, der all diese Gruppen finanziert, ausbildet und auch steuert, geht es mitnichten um die Verbesserung der Lebensbedingungen für die Palästinenser:innen und deren Selbstbestimmung. Sie wollen erklärtermaßen Israel auslöschen und Hass gegen Juden und Jüdinnen weltweit schüren. Israel kämpft gegen Terrororganisationen und in der Auseinandersetzung mit dem Iran um seine Existenz.

Wer wirklich glaubt, dass Antisemitismus eine Sünde wider Gott und die Menschen ist, muss jetzt solidarisch an der Seite von Juden und Jüdinnen stehen. Wer wirklich für Gerechtigkeit und Selbstbestimmung für die Palästinenser:innen eintritt, muss entschieden den Kampf gegen die Hamas und die Hisbollah unterstützen, unter denen auch die Bewohner:innen des Gazastreifens und im Libanon seit Jahren leiden.

Alle drei abrahamitischen Religionen verpflichten die Gläubigen darauf, sich für Frieden, Schalom, arabisch: Salām, für Gerechtigkeit, Tzedaka, arabisch:

Sadaka, und für barmherzige Liebe, Rachamim, arabisch: Raḥmah einzusetzen. Als Gesprächskreis „Juden und Christen“ suchen wir deshalb auch das Gespräch mit unserem Nachbargesprächskreis „Christen und Muslime“. Wir können den Nahostkonflikt in Deutschland nicht lösen – aber wir können gemeinsam der Logik der Verfeindung hier entgegentreten und miteinander im Gespräch sein.

In der Bibel hat G'tt Noah und uns allen als Zeichen des Bundes den Regenbogen gegeben. Er ist nicht nur ein Zeichen der Harmonie, sondern mahnt uns auch, aktiv für diese Harmonie einzustehen. Auch wenn wir im Moment den Weg noch nicht sehen: Geben wir die Hoffnung nicht auf, dass Verständigung und Frieden möglich sind!

Für den Gesprächskreis „Juden und Christen“ beim ZdK

Dagmar Mensink, Rabbiner Prof. Dr. Andreas Nachama, Rabbiner Julian-Chaim Soussan

2.11. Angesichts geopolitischer Bedrohungen: Eine christliche Perspektive auf die neue Legislaturperiode

Erklärung der Initiative Christen für Europa vom 27. Oktober 2024

Die Europäische Union steht am Beginn einer neuen Legislaturperiode. Die Wähler haben im Juni 2024 ein neues Parlament gewählt; die neue Kommission nimmt ihre Arbeit auf. Währenddessen ist die internationale Ordnung im Umbruch und die EU befindet sich inmitten einer geopolitischen Polarisierung. Unter diesen Umständen muss die EU entschiedene Maßnahmen ergreifen, um ihre Position als gerechte Friedensvermittlerin zu stärken, die sich für eine regelbasierte internationale Ordnung einsetzt.

Als gemeinsame Stimme der europäischen christlichen Laienverbände sind wir der katholischen Sozialethik sowie der Versöhnung und dem Frieden

verpflichtet. Wir sprechen uns dagegen aus, diplomatische und militärische Mittel gegeneinander auszuspielen. Beide Elemente sind keine Alternativen, sondern zwei Hälften einer Strategie. Neben den militärischen Fähigkeiten muss die EU durch zivile Konfliktbearbeitung und multilaterale Verhandlungen Konfrontationen minimieren. Wir schätzen den Beitrag der Zivilgesellschaft, besonders die Rolle von Frauen, zur Konfliktlösung und zum Frieden.

Eine tiefere Europäisierung der Verteidigungspolitik

In dieser Legislaturperiode muss die EU über den Ansatz des „Strategischen Kompasses“ hinausgehen, den wir als einen ersten Schritt betrachten. **Wir fordern eine stärkere Europäisierung der Verteidigungspolitik sowie eine dauerhafte Unterstützung der gemeinsamen Beschaffung durch die Mitgliedstaaten, die derzeit bis 2026 begrenzt ist.** Die gemeinsame Beschaffung fördert die Interoperabilität. Der Kommissar für Verteidigung hat bei diesen Aufgaben eine Schlüsselrolle zu spielen. Die Entwicklung dieser neuen Strukturen sollte einer wirksamen parlamentarischen Kontrolle durch das Europäische Parlament unterliegen.

Wir unterstützen den Solidaritätsmechanismus der NATO vollumfänglich, erkennen an, dass 22 EU-Mitgliedstaaten und das Vereinigte Königreich an diesen Vertrag gebunden sind, und wenden uns deutlich gegen alle Versuche, ihn zu schwächen. Wir fordern eine begrenzte militärische Kapazität der EU als europäischen Pfeiler in der NATO, die schrittweise aufgebaut werden soll. Wir sind überzeugt, dass die EU nicht nur eine wirtschaftliche und politische, sondern auch eine sicherheitspolitische Union sein soll.

Unsere Werte gegen russische Aggression verteidigen

Die Vertreibung der Menschen innerhalb der Ukraine seit dem russischen Angriff im Jahr 2014 und die von Russland im Zuge des massiven völkerrechtswidrigen Angriffs vorangetriebene militärische Eskalation seit Februar

2022 haben unermessliches Leid verursacht. Auch in der Vergangenheit hat Russland Kriege wie den in Syrien angezettelt und eskaliert, die Millionen unschuldiger Menschen dazu brachten, aus ihrer Heimat zu fliehen und in Europa Schutz zu suchen, wie es die internationale Charta der Menschenrechte garantiert. Die Ukraine und ihr Volk darf weder auf kurze noch auf lange Sicht aufgegeben werden. In der Ukraine werden die europäische Freiheit, die Demokratie und die Menschenrechte verteidigt. Wir wollen einen gerechten Frieden, aber nicht um den Preis von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten. Die EU muss im engen transatlantischen Bündnis und mit ihren Partnern, dafür sorgen, dass sich die Ukraine und andere gefährdete Staaten gegen Angriffe verteidigen und ihre territoriale Integrität wiederherstellen. **Die Ukraine verdient einen gerechten und dauerhaften Frieden, der auf den Grundsätzen des Völkerrechts, insbesondere der UN-Charta, beruht und ihre Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität respektiert.** Russland darf weder den Krieg gewinnen noch einen neuen beginnen. Dies ist die geopolitische Priorität dieses Jahrzehnts. Sogenannte Vorschläge und Kompromisse für einen Frieden dürfen nicht auf Kosten eines Landes gehen, das Opfer einer militärischen Aggression ist. Eine dauerhafte Unterstützung der Ukraine sowie eine einheitliche Außenpolitik der EU-Mitgliedstaaten sind eine Herausforderung, aber unverzichtbar.

Es ist keineswegs einfach, eine klare und gemeinsame Haltung in der Außenpolitik zu finden, wie das EU-interne Ringen um die Annahme und Durchsetzung von Sanktionen beweist. Wenn es Europa an Einigkeit in Sicherheitsfragen mangelt, wird der Weg für militärische autokratische Aggressionen geebnet. Wir befürworten daher die Einführung von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen im Rat für Auswärtige Angelegenheiten und fordern den Europäischen Rat auf, diese schrittweise unter Nutzung der Passerelle-Klauseln einzuführen. **In einem ersten Schritt sollte die qualifizierte Mehrheit bei Sanktionen angewendet werden.** Darüber hinaus sollte das Europäische Parlament eine stärkere Stimme in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik haben. Langfristig brauchen wir eine neue Friedens- und Sicherheits-

architektur, in der Abschreckung, Rüstungskontrolle, Koexistenz und Kooperation gut austariert werden.

Mehr strategische Unabhängigkeit für Europa

Wir unterstützen den Abbau strategischer Abhängigkeit der EU, die zugleich ihre entschlossene Haltung zur Förderung der Menschenrechte beibehalten muss. Nach einer Debatte über die europäische strategische Abhängigkeit von China, die aus unserer Sicht gesenkt werden muss, sollte eine gemeinsame Strategie entwickelt werden. Die EU muss für ihr gemeinsames wirtschaftliches Interesse und die Menschenrechte eintreten, da wir schwächer sind, wenn wir gespalten auftreten.

Die ökologische Krise bedroht uns letztlich alle. Die Dekarbonisierung führt zur **Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen**, reduziert fatale Energieabhängigkeiten und erhöht die Sicherheit, indem sie eine entscheidende Finanzquelle bestimmter autokratischer Systeme versiegen lässt. **Wir sind überzeugt, dass sie daher nicht zuletzt auch ein geopolitisches Instrument ist.** Um erfolgreich zu sein, muss eine ehrgeizige Klimapolitik eng mit der Armutsbekämpfung verknüpft sein und die internationale Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigen. Die Bepreisung von Kohlenstoff ist unerlässlich, um kurzfristige Nachteile auszugleichen.

Für die Wahrheit aufstehen

Während Nationalismus und Autokratien aufkommen und Demokratien erschüttern, muss Europa standhaft bleiben und wirksame Maßnahmen gegen Desinformation als eines der erosivsten Elemente ergreifen. Populisten schüren nur Probleme, manchmal erfinden sie sie sogar - Probleme lösen sie nie. **Wir sind für ein starkes Europa, das in einer globalen Allianz der Demokratien handlungsfähig ist.** Als Christen werden wir uns widersetzen, wo die Würde des Menschen angegriffen wird, und bleiben dem Kampf für das Gemeinwohl verpflichtet.

- Maria Carmen Aragonès**, SPAIN, Teresian Association
- Josian Caproens**, BELGIUM, Interdiocesan Pastoral Council (IPB) / European Forum of National Laity Committees (ELF)
- Raphael de Araújo Bittner**, GERMANY, Zentralkomitee der deutschen Katholiken
- Isabelle de Gaulmyn**, FRANCE, Semaines Sociales de France
- Dr. Stefan Eschbach**, GERMANY, Zentralkomitee der deutschen Katholiken
- Dr. Fr Roman Fihás**, UKRAINE, Institute of Ecumenical Studies, Lviv
- Janko Korošec**, SLOVENIA, Socialna akademija
- Mary McHugh**, UNITED KINGDOM, National Board of Catholic Women of England and Wales
- Petr Mucha**, CZECH REPUBLIC, Czech Christian Academy
- Adela Muchova**, CZECH REPUBLIC, Czech Christian Academy
- Luís Miguel Roquete**, PORTUGAL, Conferência Nacional de Associações de Apostolado dos Leigos
- Sabine Slawik**, GERMANY, ANDANTE. European Alliance of Catholic Women Associations
- Marie-Louise van Wijk-van de Ven**, NETHERLANDS, Network of Catholic Women in the Netherlands
- Benoit Willemaers**, BELGIUM, Jesuit European Social Centre (JESC)
- Henryk Woźniakowski**, POLAND, Znak Christian Culture Foundation

Die Initiative Christen für Europa (IXE) ist ein Zusammenschluss von Laienorganisationen und engagierten Christen aus verschiedenen europäischen Ländern. Allgemeines Anliegen von IXE ist es, ein lebendigeres Bewusstsein für ein vereintes Europa in die nationalen Debatten einzubringen. Ziel der Initiative ist es, die Begegnung von Christen in Europa zu fördern und die Soziallehre der Kirche voranzubringen, um ein besseres gegenseitiges Kennenlernen und Verständnis der historischen und kulturellen Unterschiede zu erreichen. Mehr Informationen finden Sie unter <https://christiansforeurope.com/>.

2.12. Facing geopolitical threats: A Christian perspective on the new legislative term

Declaration of the Initiative of Christians for Europe (IXE) of October 27th 2024

The European Union is at the beginning of a new legislative term. Voters elected a new Parliament in June 2024, the new Commission is about to start its work. Meanwhile, the international order is in a state of upheaval and the EU finds itself in the midst of geopolitical polarisation. Under these circumstances, the EU must take decisive action to strengthen its position as a just peace broker to act in favour of a rule-based international order.

As joint voice of European Christian lay associations, we are committed to the Catholic social ethics and to reconciliation and peace. We are against playing diplomatic and military means off against each other. Both elements are not alternatives, but two halves of one strategy. In addition to military capability, the EU has to minimise confrontations through civil conflict management and multilateral negotiations. We appreciate the contribution of civil society, especially the role of women, to conflict resolution and peace.

A deeper Europeanisation of defence policy

In this legislative period, the EU must go beyond the approach of the 'Strategic Compass' that we see as a first step. **We call for a deeper Europeanisation of defence policy and permanent support for joint procurement by the Member States, which is currently limited until 2026.** Joint procurement promotes interoperability. The Commissioner for Defence is to play a key role in these tasks. The development of these new structures should be subject to effective parliamentary control by the European Parliament.

We fully support the solidarity mechanism of NATO, recognize that 22 EU member states and the United Kingdom are bound by this treaty and we cle-

arly oppose any attempts to weaken it. We underline that we appeal for a limited EU military capacity as the European Pillar in NATO to be built step by step. We call for the EU to be not only an economic and political, but also a Security Union.

Defending our values against Russian aggression

The displacement of people within Ukraine since Russia attacked in 2014 and the military escalation driven by Russia in the course of the massive attack in violation of international law since February 2022 have caused immeasurable suffering. Also before, Russia has engaged and escalated wars like in Syria, which have made millions of innocent people flee their homes and seek shelter in Europe, as guaranteed by the international Charter of Human Rights. Ukraine and its people must not be abandoned in the short or long term. In Ukraine, European freedom, democracy and human rights are defended. We want a just peace, but not at the price of freedom, democracy and human rights.¹ The EU has to ensure in close transatlantic alliance and with its partners, that Ukraine and other endangered states withstand the attacks and restore their territorial integrity. **Ukraine deserves a just and lasting peace based on the principles of international law, in particular the UN Charter, respecting its sovereignty, independence and territorial integrity.** Russia must neither win the war nor start another one. This is the geopolitical priority of this decade. So called peace proposals and compromises must not be at the expense of a country, which is the victim of military aggression. Permanent support for Ukraine as well as a unified foreign policy of the EU member states are challenging, but indispensable.

It is anything but easy to find a clear and common attitude in foreign affairs, as the internal EU struggle for the adoption and enforcement of sanctions proves. When Europe lacks unity on security issues, it paves the way for military autocratic aggression. Therefore, we are in favour of the introduction of quali-

fied majority decisions in the Foreign Affairs Council and call on the European Council to gradually introduce these by utilising the passerelle clauses. **As a first step, qualified majority should be applied when it comes to sanctions.** In addition, the European Parliament should have a stronger voice addressing the Common Foreign and Security Policy. In the long term, we need a new peace and security architecture in which deterrence, arms control, coexistence and cooperation are well-balanced.

More strategic independence for Europe

We state our support for reducing EU strategic dependence while preserving its firm stance on human rights promotion. After a debate on European strategic dependence on China, which must be reduced from our point of view, a joint strategy should be developed. The EU itself must stand up for its common economic interest and human rights, as we are weaker, when we are divided.

The ecological crisis threatens us all. As promoted by the Green Deal, decarbonisation leads to **independence from fossil fuels**, reduces fatal energy dependencies, and increases security by drying up one crucial financial source of certain autocratic systems. **We argue that it is therefore not least an important geopolitical instrument.** To be successful, an ambitious climate policy must be strongly linked with poverty reduction and take into account the international competitiveness. A fair carbon taxation also of imports is essential to compensate for short-term disadvantages.

Standing up for truth

While nationalism and autocracies are emerging and shaking the democracies, Europe must remain steadfast and take effective measures against disinformation as one of the most erosive elements. Populists only raise problems, at times even invent them – they never solve problems. **We are in favour of**

a strong Europe that is able to act in a global alliance of democracies. As Christians, we will oppose where human dignity comes under attack and we will remain committed to the struggle for the common good.

Maria Carmen Aragonès, SPAIN, Teresian Association

Josian Caproens, BELGIUM, Interdiocesan Pastoral Council (IPB) / European Forum of National Laity Committees (ELF)

Raphael de Araújo Bittner, GERMANY, Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Isabelle de Gaulmyn, FRANCE, Semaines Sociales de France

Dr. Stefan Eschbach, GERMANY, Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Dr. Fr Roman Fihás, UKRAINE, Institute of Ecumenical Studies, Lviv

Janko Korošec, SLOVENIA, Socialna akademija

Mary McHugh, UNITED KINGDOM, National Board of Catholic Women of England and Wales

Petr Mucha, CZECH REPUBLIC, Czech Christian Academy

Adela Muchova, CZECH REPUBLIC, Czech Christian Academy

Luís Miguel Roquete, PORTUGAL, Conferência Nacional de Associações de Apostolado dos Leigos

Sabine Slawik, GERMANY, ANDANTE. European Alliance of Catholic Women Associations

Marie-Louise van Wijk-van de Ven, NETHERLANDS, Network of Catholic Women in the Netherlands

Benoit Willemaers, BELGIUM, Jesuit European Social Centre (JESC)

Henryk Woźniakowski, POLAND, Znak Christian Culture Foundation

The Initiative of Christians for Europe (IXE) is an association of lay organizations and committed Christians from different European countries. General concern of IXE is to incorporate a more vivid awareness of a united Europe in the national debates. The initiative aims at fostering the encounter of Christians in Europe and to promote the Social Doctrine of the Church in order to achieve a better mutual knowledge and understanding of historical and cultural differences. Read more on christiansforeurope.com.

2.13. „Hab Mut, steh auf!“ Das ZdK zur Bundestagswahl.

Beschluss der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) vom 22. November 2024

Wir sehen

Die politische Lage ist kritisch. Just zum Zeitpunkt, an dem Europa ein stabiles Deutschland in seiner Mitte aufgrund der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten dringend braucht, scheitert die Ampelregierung. Die Klimakrise und die geopolitischen Spannungen, die Kriege in der Ukraine und in Nahost, aber auch die innenpolitischen Herausforderungen sind so groß, dass es jetzt darauf ankommt, den Unsicherheiten und wachsenden Ängsten der Bürger*innen zu begegnen und beherzt zu handeln, indem Probleme gelöst werden. Dabei geht es auch darum, in Zeiten zunehmender Desinformation unsere Demokratie zu schützen und das gesellschaftliche Fundament für ein vertrauensvolles Miteinander – nach innen und nach außen – zu stärken.

Wir antworten

Das ZdK bekräftigt in dieser risikoreichen Situation seinen Einsatz für Demokratie, Vielfalt und den Schutz von Menschenrechten. Es setzt sich für Gerechtigkeit, Solidarität und die Würde des Einzelnen ein. Ein Abbau der Rechtsstaatlichkeit, Angriffe auf Minderheiten und eine völkische Ideologie sind menschenfeindlich und gefährden die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Der Gefahr, dass Sündenböcke für die Entwicklung gesucht werden, begegnen wir mit unserem ungebrochenen Engagement gegen Antisemitismus, Rassismus, Antifeminismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Gemeinsam mit allen gleichgesinnten Kräften im Land, die jetzt besonnen agieren, wollen wir Diskursräume offenhalten, für Dialog sorgen und die Bereitschaft zu Kompromissen in den Mittelpunkt rücken. Allen Sogkräften populistischer Verführungen gilt es entschieden zu begegnen. Jetzt ist die Zeit zur Erarbeitung von seriösen sachlichen Lösungen

für die gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Orientierung gibt uns das Leitwort des Katholikentags 2026: „Hab Mut, steh auf!“ Von solchen Resonanzorten braucht diese Gesellschaft noch mehr.

Wir handeln

Handlungsleitend sind für uns die unverfügbare Menschenwürde und das christliche Menschenbild. Daraus folgt unser Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Wir stehen für verantwortliche Freiheit, für gerechte Teilhabe, für Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit, für den Schutz des Rechts auf Asyl und für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Umweltschutz, Klimagerechtigkeit und der Erhalt der Biodiversität sind entscheidend. Eine nachhaltige und sozial gerechte Transformation unserer Wirtschaft kann Werkzeuge, Innovationen und Ressourcen bereitstellen, um ökologische Ziele zu erreichen – mit effizienteren Technologien, erneuerbaren Energien und nachhaltigen Produktionsprozessen. Dafür braucht es wirtschaftliche Anreize. Wir leisten in unseren Gemeinden und durch unsere Organisationen und Hilfswerke mit über 700.000 Mitarbeitenden einen wirksamen Beitrag. Wir rufen alle Katholik*innen im Land dazu auf, die demokratischen Kräfte zu stärken und sich in den Wettstreit der politischen Programme aktiv einzumischen. Im Wahlkampf werden wir uns als ZdK mit einem detaillierten Politikprogramm zu Wort melden.

2.14. Asyl- und Migrationspolitik menschenwürdig gestalten - für Zusammenhalt in der deutschen Einwanderungsgesellschaft

Beschluss der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) vom 22. November 2024

Seit Jahren wird die politische und gesellschaftliche Debatte um Migration in Deutschland überwiegend hitzig und ereignisgetrieben geführt. Dabei mangelt es auch an einem differenzierten Diskurs. Wir fordern, dass migrations-

politische Maßnahmen nicht anlassbezogen ergriffen werden, sondern dass nachhaltig Politik gestaltet wird. Nachhaltig meint dabei mehr als dauerhaft: Sie muss dem Anspruch der Menschenwürde und der Menschenrechte genügen und fair gestaltet sein.

Wir verkennen nicht, dass Migration viele Kommunen vor große sozialpolitische Herausforderungen stellt. Es ist sachlich falsch und politisch nicht zielführend, Menschen mit Einwanderungsgeschichte für die existierenden, teils gravierenden Probleme auf dem Wohnungsmarkt, in den Universitäten, Krankenhäusern und Arztpraxen verantwortlich zu machen. Diese Rhetorik delegiert die Verantwortung für bestehende, strukturelle Missstände von der politischen Ebene zu einer äußerst heterogenen Personengruppe. Es ist unredlich, wenn Migration als Ursache für die Missstände vorgeschoben wird, anstatt in die soziale Infrastruktur zu investieren.

Eine Europäische Union, in dem Geflüchtete kein Schutzgesuch mehr stellen können, wäre ein entsolidarisierter Ort. Ist ein Leben in Frieden und Freiheit etwa durch Kriege, Vertreibung und terroristische Angriffe nicht mehr im angestammten Land möglich, haben diese Menschen das Recht, zu fliehen und in geregelten Verfahren ihren Anspruch auf Schutz geltend zu machen. Der auch verfassungsrechtlich verbrieft Schutzanspruch von Geflüchteten darf weder infrage gestellt noch ausgelagert werden. Fluchtmigration ist ein Symptom dafür, dass die Welt aufgrund von Kriegen und der dreifachen planetaren Krise – der Klimakrise, des Verlusts der biologischen Vielfalt und der Verschmutzung der Umwelt – vielerorts einen lebensgefährlichen Ort darstellt. Global massiv steigende Flüchtlingszahlen weisen darauf hin, wie weit die Weltgemeinschaft von einer nachhaltigen, friedlichen und gerechten Erde entfernt ist.

Immer wieder kam es in den vergangenen Jahren zu Fällen, in denen Straftäterinnen und Straftäter ein Asylgesuch gestellt haben und dann auch hierzu-

lande straffällig wurden. Und es gibt Asylsuchende, die sich in Deutschland radikalieren und dann extremistisch motivierte Gewalttaten begehen. Abschiebungen dürfen in einem Föderalstaat nicht an unklaren Zuständigkeiten und engen Fristen scheitern. Wir wehren uns jedoch entschieden gegen eine Engführung, Migration und Kriminalität in einem Atemzug zu nennen und rassistische Vorurteile zu bedienen. Wir plädieren für differenzierte und wirksame Konzepte im Umgang mit Erwerbsmigration, Fluchtmigration und Extremismusbekämpfung.

Vor dem Hintergrund dieser Überzeugungen formuliert das ZdK migrationspolitische Leitplanken für das Bundestagswahljahr 2025.

(1) Fortschritte gibt es nur europäisch

Wesentliche Fortschritte, Migration menschenwürdig zu organisieren, sind aus unserer Sicht jenseits der Nationalgrenzen in einem vereinten Europa zu finden. Wir bekennen uns zum Schengen-Raum als Errungenschaft der Europäischen Integration. Wir kritisieren, dass Deutschland diese untergräbt, indem es an allen Grenzen dauerhafte Grenzkontrollen durchführt. Es ist befremdlich, dass die Nachbarländer von der Einführung dieser Grenzkontrollen überrascht wurden. Nationale Alleingänge schaden dem europäischen Zusammenhalt. Die EU-Grundrechtecharta, die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention sind und bleiben unverzichtbare rechtliche Anker für Schutzsuchende in der Europäischen Union. Wir sprechen uns dafür aus, den Zugang zu individuellem Flüchtlingsschutz in der EU zu gewährleisten.

(2) Europäische Asylrechtsreform menschenrechtskonform umsetzen

Die im Frühjahr 2024 beschlossene Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems hat in den Mitgliedstaaten der EU starke Reaktionen ausgelöst.

Während die einen die damit erwiesene Kompromissfähigkeit der EU hervorhoben, kritisierten die anderen die beschlossenen Verschärfungen als Teil einer Abschottungspolitik, die Scheinlösungen verspricht. In der Implementierungsphase mahnt das ZdK an, das neue System unter Achtung der universellen Menschenrechte einzuführen und in der Debatte darauf zu verzichten, die Spirale immer restriktiverer Forderungen weiterzudrehen. Das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem bedarf im Zuge der Einführung und in der Praxis eines stetigen Monitorings. Ein Ausbau der solidarischen Verteilung der Geflüchteten bleibt unverzichtbar, um die Verantwortung für die Schutzsuchenden gemeinsam wahrzunehmen, keinen Staat zu überfordern und das dysfunktionale Dublin-System schrittweise zu reformieren.

(3) Pushbacks an den Außengrenzen beenden

Wir kritisieren das unerträgliche Leid und das Sterben an den Außengrenzen der Europäischen Union. Was dort geschieht, widerspricht dem Prinzip der Nicht-Zurückweisung und den europäischen Werten. Diese Zustände ergeben sich aus einer Missachtung des Rechts und der Würde der betroffenen Menschen einerseits und einer unzureichenden bzw. ausbleibenden Sanktionierung der verantwortlichen Mitgliedstaaten andererseits.

Migration kann nur dann verlässlich und menschenwürdig gestaltet werden, wenn der gesetzliche Rahmen eingehalten wird. Die EU-Kommission steht als Hüterin der Verträge in der Pflicht, die Mitgliedstaaten zur Umsetzung der erzielten Kompromisse zu bewegen und notfalls Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten. Wir fordern, Unrecht zu verfolgen und zu sanktionieren, Recht konsequent durchzusetzen und die oftmals tödlichen Pushbacks zu beenden. Um das Leid und das Sterben auf dem Mittelmeer zu beenden, braucht es mehr legale und sichere Zugänge in die Europäische Union. Menschen, die Geflüchtete aus Seenot retten, dürfen nicht kriminalisiert werden.

(4) Keine Auslagerung: Migrationsabkommen nur auf Augenhöhe

Die Bestimmung von sogenannten sicheren Drittstaaten darf nur im Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention vorgenommen werden. Wir plädieren dafür, dass auch künftig nur Personen auf einen sicheren Drittstaat verwiesen werden sollen, die zu diesem Drittstaat eine wirkliche, beispielsweise familiäre, Verbindung haben. Eine Abschaffung dieses Verbindungselements lehnen wir ab.

Internationalen Migrationspartnerschaften, von denen alle beteiligten Staaten sowie die betroffenen Menschen profitieren, stehen wir offen gegenüber. Hinter den derzeit diskutierten Drittstaatenmodellen verbergen sich allerdings menschenunwürdige, intransparente, ineffektive und teure Ansätze. Sie dienen letztlich der Auslagerung von Asylverfahren, deren menschenrechtskonforme Durchführung die EU aber nicht kontrollieren kann. Das Scheitern des von der früheren britischen Regierung ersonnenen „Ruanda-Modells“ unterstreicht, wie groß die Fallhöhe und wie klein das Lösungspotenzial solcher Versprechen sind.

(5) Menschenwürde statt Segregation

Einzelne politische Parteien gehen unverfroren mit Forderungen nach massenhafter Vertreibung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte auf Stimmenfang. Rechtsstaatlich durchgeführte Ausreisen von Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, gehören zur Asylpolitik. Die selbständige geförderte Ausreise ist der Abschiebung als Ultima Ratio vorzuziehen. Wir widersprechen aber deutlich, wenn Abschiebungen zum Baustein schriller Forderungen und völkischer Umsiedlungsfantasien werden. Eine solche Unkultur der Segregation kann niemals christlich sein. Im parteipolitischen Wettbieten um die härtesten Lösungsvorschläge geraten die Menschen mit ihrer Würde und ihren Rechten aus dem Blick. Die oftmals simplifizierenden

und nicht umsetzbaren Forderungen schüren hohe Erwartungen und konterkarieren die mühsame und vielschichtige migrationspolitische Wirklichkeit.

Zu einer menschenwürdigen Gesellschaft gehört für uns, dass Familien zusammenleben dürfen. Deshalb fordern wir weiterhin, die beliebig gesetzte Obergrenze für den Nachzug zu subsidiär Schutzberechtigten abzuschaffen sowie nicht nur minderjährigen Kindern, sondern auch deren Geschwistern einen Nachzug zu ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, im Aufenthaltsgesetz einen Rechtsanspruch auf Geschwisternachzug zu verankern. Um Hürden für den Geschwisternachzug und somit die gemeinsame legale Einreise von Eltern und Geschwistern zu senken, plädieren wir dafür, die minderjährigen Geschwister der als Flüchtling anerkannten minderjährigen Person oder subsidiär Schutzberechtigten als privilegiert nachzugsberechtigzte Personen einzustufen. Wir fordern darüber hinaus eine einheitliche Regelung zur Bestimmung der Minderjährigkeit. Die Feststellung des Alters sollte grundsätzlich an den Zeitpunkt der Antragstellung geknüpft werden.

Arbeit schafft Teilhabe. Wir sprechen uns dafür aus, Beschäftigungsverbote abzuschaffen und Schutzsuchende dazu zu ermutigen, ihre Fähigkeiten auszubauen und in abgesicherten Arbeitsverhältnissen einzubringen. Dazu braucht es den Abbau von Bürokratie, um die Anerkennung ausländischer Ausbildungen zu vereinfachen. Betriebe, die Geflüchtete einstellen wollen, sollten dabei keine hohen Hürden nehmen müssen.

Gleichzeitig lehnen wir es ab, Menschen maßgeblich nach ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit zu bewerten und öffentlich „Rentabilitätserwartungen“ zu schüren, die enttäuscht werden können. Dadurch werden letztlich Vertrauen in politisches Handeln beschädigt und Ressentiments gegenüber Geflüchteten verstärkt. Der Schutz anerkannter Flüchtlinge ist in erster Linie eine humanitäre Verpflichtung.

(6) Soziale Infrastruktur als Basis gesellschaftlichen Zusammenhalts

Um die Gesellschaft zusammenzuhalten, gilt es, Chancen sowohl für die Aufgenommenen als auch für die Aufnehmenden zu vergrößern. Lösungsansätze werden seit Jahren von Wissenschaft und Zivilgesellschaft erarbeitet. Ein Beispiel dafür ist etwa der Umgang mit der Wohnsitzauflage: Die Entfristung der Wohnsitzauflage für Geflüchtete hat deren Integration gehemmt.¹ Geflüchtete sollten stattdessen im Sinne eines Matchings mit ihren Bedürfnissen und Kompetenzen passend auf die Kommunen und die dortigen unterschiedlichen Lebensbedingungen und Arbeitsperspektiven verteilt werden. Es sind die Kommunen, welche die lokalen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Geflüchteten und die aufnehmende Gesellschaft gut zusammenleben können. Regelmäßige Konsultationen zwischen der kommunalen Ebene und dem Bundesministerium des Innern und für Heimat können dazu beitragen, die lokalen Perspektiven und Bedarfe kontinuierlich bundespolitisch zu berücksichtigen. Es braucht erhebliche Investitionen in Unterbringungskapazitäten, in die Asylverfahrensberatung sowie in Integrationskurse, sondern auch grundsätzlich in den Wohnungsbau, in Kindertagesstätten und Bildungseinrichtungen. Davon profitieren wir alle. Bund, Länder und Kommunen müssen sich auf ein Finanzierungsmodell verständigen, das den Realitäten und Bedarfen dauerhaft gerecht wird. Wir wollen mehr Zusammenhalt in der deutschen Einwanderungsgesellschaft.

¹Vgl. Sachverständigenrat für Integration und Migration: Jahresgutachten 2024. Kontinuität oder Paradigmenwechsel? Die Integrations- und Migrationspolitik der letzten Jahre. URL: <https://www.svr-migration.de/wpcontent/uploads/2024/06/Jahresgutachten-2024-Barrierefrei.pdf>, S. 9-10.

2.15. Appell zur Umsetzung des angekündigten Gewalthilfegesetzes

Beschluss der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) vom 22. November 2024

Das ZdK ruft in Ergänzung [seiner Erklärung vom 20.11.2021 zur Stärkung des Gewaltschutzes](#) den Bundestag und Bundesrat dazu auf, im Zusammenwirken mit den Ländern und Kommunen noch in dieser Legislaturperiode eine gesetzliche Regelung zu verabschieden, die der Verantwortungsübernahme aller Ebenen zur Umsetzung der verbindlichen Istanbul-Konvention Rechnung trägt. Hierzu gehören insbesondere die Verabschiedung des vorgelegten Referentenentwurfes zum sogenannten Gewalthilfegesetzes zur bundesweiten finanziellen Absicherung des Hilfesystems sowie die Verankerung des Gewaltschutzes in Regelungen zum Sorge- und Umgangsrecht.

2.16. Verzicht auf die Einrede der Verjährung bei zivilrechtlichen Klagen Betroffener sexualisierter Gewalt gegen Bistümer

Beschluss der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) vom 22. November 2024

Das Zentralkomitee der Katholiken fordert die deutschen Bistümer auf, bei zivilrechtlichen Klagen von Betroffenen sexueller Gewalt auf Zahlung von Schadenersatz auf die Einrede der Verjährung zu verzichten und sich auch im Rahmen der zivilrechtlicher Auseinandersetzungen der eigenen Verantwortung zu stellen, statt sich auf juristischem Wege dieser zu entziehen.

2.17. Ehrenamtlich Tätige stehen in keinem arbeitsrechtlichen Anstellungsverhältnis. Die Grundordnung des kirchlichen Dienstes bedarf einer dringenden Korrektur!

Beschluss der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) vom 22. November 2024

Am 22. November 2022 wurde durch die Vollversammlung des Verbandes der Diözesen Deutschlands (VDD) die Grundordnung des kirchlichen Dienstes (GrO) in grundlegend überarbeiteter Form verabschiedet. Eine Reform war vor allem mit Blick auf Fragen der persönlichen Lebensführung von hauptamtlichen und hauptberuflichen Mitarbeiter*innen im kirchlichen Dienst geboten. Die diesbezüglichen Änderungen werden von der ZdK-Vollversammlung ausdrücklich begrüßt. Bundesweit wurde inzwischen die Grundordnung von allen (Erz)Bischöfen für ihre (Erz)Diözese, weitgehend ohne synodale Beteiligung, in Kraft gesetzt.

In Artikel I, Absatz (3) f) der Grundordnung wurden ehrenamtlich Tätige, die Organmitglieder sind, als Mitarbeiter*innen im Sinne dieser Grundordnung subsumiert. Diese Neuerung bedeutet, dass nun auch ehrenamtlich Tätige, ohne dass sie in einem arbeitsrechtlichen Anstellungsverhältnis stehen und auch, wenn ihnen durch eine Wahl ein Mandat übertragen wurde, der Grundordnung unterliegen.

Sie begrüßt ausdrücklich, dass mit der Neufassung der Grundordnung der dringend notwendige Paradigmenwechsel – weg von den Loyalitätsobliegenheiten der einzelnen Mitarbeiter*innen hin zur Dienstgemeinschaft – vollzogen wurde. Auch eine Erwähnung von Ehrenamtlichen als Teil dieser Dienstgemeinschaft wird durchaus begrüßt, sofern sie nicht der Grundordnung unterstellt werden.

Kirche lebt davon, dass Menschen sich freiwillig engagieren, füreinander einsetzen, ihr Leben und ihren Glauben miteinander teilen. Sehr wichtig sind dafür Ehrenamtliche, die sich in den Pfarreien und kirchlichen Einrichtungen, in den katholischen Verbänden und Organisationen mit Freude und Begeisterung, Tatkraft und Kompetenz einbringen und Verantwortung wahrnehmen.

Das ZdK ist der Rechtsauffassung, dass die Grundordnung in ihrer aktuellen Fassung ausschließlich für ehrenamtliche Organmitglieder in einem Rechtsträger gilt. Das ZdK stellt außerdem fest, dass gegen Ehrenamtliche keine arbeitsrechtlichen Maßnahmen möglich sind. Auch die Sanktionierbarkeit von Ehrenamtlichen bei Verstößen gegen die Grundordnung ist abzulehnen. Dies gilt insbesondere für Personen, die in demokratischen Verfahren in Gremien gewählt sind, da auf die Wahlentscheidung des wählenden Gremiums kein Einfluss genommen werden kann. Durch die Aufnahme Ehrenamtlicher in die Grundordnung vergrößert sich der Personenkreis, der potenziell Bedenken bzw. Angst vor der Übernahme einer Aufgabe in einem kirchlichen Gremium haben kann.

Damit dieses gelingt, braucht es ein gutes Zusammenwirken der ehrenamtlichen und hauptberuflichen Mitarbeiter*innen und Leitungsverantwortlichen. Dieses wichtige Anliegen sollte sich auch zukünftig in der Grundordnung enthalten sein mit der Formulierung „... zur Dienstgemeinschaft gehören auch ehrenamtliche Mitarbeiter*innen, die jedoch nicht der Grundordnung unterliegen ...“ wiederfinden.

Die ZdK-Vollversammlung fordert die Bischöfe auf, umgehend diesbezügliche Bestimmungen in der Grundordnung des kirchlichen Dienstes – als auch in den „Bischöflichen Erläuterungen zum kirchlichen Dienst“ – zu streichen. Mit der neuen Formulierung „... zur Dienstgemeinschaft gehören auch ehrenamtliche Mitarbeitende, die jedoch nicht der Grundordnung unterliegen ...“ wird die Wichtigkeit der Dienstgemeinschaft inklusive Ehrenamtlicher verankert.

Der VDD wird weiterhin aufgefordert mitzuteilen, wie mit dem jetzigen Tatbestand bis zur Änderung umgegangen werden soll.

Das ZdK-Präsidium wird beauftragt, sich gegenüber der Deutschen Bischofskonferenz für eine entsprechende Änderung der Grundordnung einzusetzen, ebenso die Rätemitglieder im ZdK gegenüber ihren Bistumsleitungen.

2.18. Fortsetzung der Ökumenischen Kirchentage

Beschluss der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) vom 22. November 2024

Ökumenische Kirchentage setzen ein Zeichen der ökumenischen Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen, sind wichtige Bausteine für die Stärkung der ökumenischen Beziehungen in Zeiten zunehmender Tendenzen der Spaltungen und Konflikte auf zahlreichen Ebenen der Gesellschaft und verstärken die gemeinsamen Impulse aller Christ*innen für eine menschliche Gesellschaft des Zusammenlebens in der Vielfalt und auf der Grundlage christlicher Werte. Die Vollversammlung des ZdK unterstützt ausdrücklich die Beschlüsse des ZdK- Hauptausschusses und des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentages, den Katholiken- und Kirchentagen zukünftig eine noch stärkere ökumenische Ausrichtung zu geben. Darüber hinaus setzt sich die Vollversammlung des ZdK dafür ein, die gute Tradition der bisherigen Ökumenischen Kirchentage von Berlin, München und Frankfurt beizubehalten. Um innerhalb der nächsten 10 Jahre einen 4. Ökumenischen Kirchentag zu realisieren, wird das Präsidium gebeten, mit den christlichen Geschwisterkirchen das Gespräch zu suchen, um die notwendigen Schritte zur Umsetzung zu vereinbaren.

2.19. Ergänzung Artikel 3, Absatz 3, Satz 1 Grundgesetz: Niemand darf aufgrund seiner sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität diskriminiert werden

Beschluss der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) vom 22. November 2024

Niemand darf aufgrund seiner sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität diskriminiert werden. Bundestag und Bundesrat werden aufgefordert, die entsprechende Ergänzung in Artikel 3, Absatz 3, Satz 1 des Grundgesetzes vorzunehmen und damit die Rechte von LSBTIQ+-Personen zu stärken und den Schutz vor Diskriminierung zu erhöhen.

2.20. Öffentlichkeitsarbeit für Ergebnisse des Synodalen Weges verstärken

Beschluss der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) vom 22. November 2024

Die Vollversammlung des ZdK bittet darum, dass auf Ebene der Generalsekretariate von ZdK und Bischofskonferenz sowie im Präsidium des Synodalen Ausschusses die Öffentlichkeitsarbeit für die Themen und Ergebnisse des Synodalen Weges intensiviert wird. Dabei vernetzt sie sich mit der Kommission 2 des Synodalen Ausschusses, deren Aufgabe Evaluation und Monitoring der Umsetzung der Beschlüsse des Synodalen Weges ist.

Angesichts knapper Ressourcen kann auf bestehendes Material von Räten, Vereinen und Diözesen etc. zurückgegriffen werden. Außerdem wird die Beteiligung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit aus Bistümern, Räten, Einrichtungen etc. geprüft, da es sich hier um ein Anliegen aus der Tiefe und in die Breite des katholischen Lebens handelt.

Organisatorisches Ziel ist, dass in knapper und ansprechender Weise über die Beschlüsse des Synodalen Weges und des Synodalen Ausschusses - auch im Licht der Weltsynode - informiert wird. Zielgruppe sollen Interessierte der kircheninternen und kirchenexternen Öffentlichkeit sein.

Wege könnten ein Flyer und an den konkreten Ergebnissen orientierte Onlineinformationen auf www.synodalerweg.de und Social Media sowie Vorschläge für Gespräche in Gruppen und Bildungsarbeit sein. Auf der Homepage könnten auch „Best Practice“-Beispiele für die Arbeit vor Ort eingestellt werden.

Inhaltliches Ziel ist es, dass die Beschlüsse transparent kommuniziert werden, damit sie auch umgesetzt werden können. Deshalb soll die Öffentlichkeitsarbeit darüber informieren, was schon jetzt konkret geändert werden kann und wo und wie weitere Entscheidungen befördert werden können – etwa durch Anträge in Diözesanräten. Erreicht werden soll damit auch eine größere Transparenz und Vergleichbarkeit der Umsetzung in den Diözesen.

Die Ergebnisse werden der nächsten Vollversammlung berichtet.

2.21. Dialog mit katholischen Gruppen außerhalb des ZdK ausbauen

Beschluss der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) vom 22. November 2024

Die Vollversammlung des ZdK beauftragt den Hauptausschuss damit, Dialogformate mit Gruppen, Initiativen und Bewegungen zu finden oder auszubauen, die nicht im ZdK und der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Organisationen Deutschlands (AGKOD) vertreten sind. Ziel muss es sein, die Vielfalt des Katholischseins als Chance und Wert mit gegenseitiger Wertschätzung erfahrbar werden zu lassen und Wege des Dialoges zu finden, wo leider manchmal auch Sprachlosigkeit, Ab- und Ausgrenzung stattfinden. Ein Ort dieses Dialoges könnte der Katholikentag in Würzburg werden.

2.22. Leitbild des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Beschluss der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) vom 22. November 2024

Unser Selbstverständnis

Wir, das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), vertreten die Anliegen der katholischen Gläubigen in Deutschland und geben ihnen eine Stimme. Aus unserem Glauben leiten wir den Auftrag ab, Kirche, Gesellschaft und Politik aktiv mitzugestalten.

Wir sind demokratisch organisiert, stehen miteinander im Austausch und nehmen vielfältige Perspektiven auf. Dafür arbeiten im ZdK katholische Verbände, Organisationen und Hilfswerke, die Räte in den Diözesen, geistliche Gemeinschaften sowie katholische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zusammen.

Unser Glaube an den menschengewordenen Gott ist die Grundlage unseres Handelns. Mit unserem Engagement geben wir Zeugnis von der Hoffnung, die uns erfüllt. (1. Petrusbrief 3,15). Wir stehen ein für die Erwartung eines Lebens in Fülle, auf das wir schon hier auf Erden hinarbeiten. Aus dem Evangelium und der christlichen Tradition gewinnen wir die Grundsätze unseres Engagements. Die christliche Sozialethik mit ihren Prinzipien – Personalität, Solidarität, Subsidiarität, Gemeinwohl und Nachhaltigkeit – bietet Orientierung und Wertmaßstäbe für das Handeln in konkreten Situationen.

Wir arbeiten auf der Bundesebene. Wir greifen dort aktuelle Themen aus Gesellschaft und Kirche auf, die in den Verbänden und Organisationen sowie in den diözesanen Räten diskutiert werden. So entwickeln wir unsere Positionen in transparenten, demokratischen Meinungsbildungsprozessen und beziehen dabei Stimmen aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft und Publizistik

ein. Wir praktizieren und fördern den Dialog mit dem Judentum und dem Islam. Der Austausch in der Ökumene und die gemeinsame christliche Praxis geben Zeugnis von unserem Glauben. Katholikentage und Ökumenische Kirchentage sind Orte, um unsere Positionen zu vertreten und weiterzuentwickeln.

Grundlage unserer Arbeit sind die Beschlüsse des 2. Vatikanischen Konzils, die allen Getauften eine eigenständige Urteilsbildung und ein eigenverantwortliches Handeln garantieren. Ebenso basiert unser Engagement auf den Ergebnissen der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland und der Pastoral_synode der Katholischen Kirche in der DDR.

Unsere Ziele

Für eine freie und gerechte Welt

Seit 1848 beschäftigen sich Katholikentage mit sozialer Gerechtigkeit, Bildung, demokratischen Rechten und dem Verhältnis zwischen Kirche und Staat. Heute setzen wir uns ein für die Freiheit des Menschen und den Schutz seiner von Gott gegebenen unveräußerlichen und unverletzlichen Würde. Sie ist gefährdet durch Armut und Ungerechtigkeit, Gewalt und Rücksichtslosigkeit. Daraus folgt ein konsequenter Einsatz für die Menschenrechte.

Wir stehen ein für den Schutz des Lebens von seinem Anfang bis zu seinem Ende.

Wir treten ein für eine Wirtschaftsordnung, die allen ein menschenwürdiges Leben und volle Entfaltung ermöglicht. Wir engagieren uns für eine faire, solidarische und verlässliche Sozialpolitik. Wir setzen uns ein für Geschlechter- und Bildungsgerechtigkeit sowie Chancengleichheit.

Wir stellen uns den drängenden Bedrohungen der Schöpfung. Wir engagieren uns gegen Intoleranz, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und jegliche Form

von Extremismus. Wir setzen uns ein für Frieden und Gerechtigkeit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Für einen Dialog mit Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur

Wir nehmen die Zeichen der Zeit wahr und versuchen sie aus dem Evangelium zu deuten. Durch die Beschäftigung mit gesellschaftlichen und politischen Fragen kommen wir zu gemeinsamen Positionen, die wir in der Öffentlichkeit vertreten. Damit beteiligen wir uns an gesellschaftlichen und kirchlichen Diskursen und gestalten diese aktiv. Unsere Anliegen vertreten wir gegenüber Parlamenten, Ministerien, Behörden, Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Foren und kirchlichen Gremien. Wir stimmen uns ab mit unseren ökumenischen und interreligiösen Partner*innen und vernetzen uns mit weiteren Bündnispartner*innen. Bei all unserem Tun verstehen wir uns als lernende Organisation. Durch den Einsatz der katholischen Verbände, Organisationen und Hilfswerke, der Diözesanräte und Einzelpersonlichkeiten arbeiten wir für eine gerechte Welt. Wir verteidigen die Errungenschaften der Europäischen Union und anderer internationaler Organisationen, die für Frieden und Gerechtigkeit, Stabilität und Demokratie stehen. Mit Mitgliedern europäischer Partnerorganisationen tauschen wir uns regelmäßig eng aus.

Für eine zukunftsfähige Kirche

Für die katholische Kirche des dritten Jahrtausends sind Synodalität und Diakonie prägend. Synodalität realisiert sich in unserem gemeinsamen Beraten und Entscheiden mit den Bischöfen als Prinzip des kirchlichen Miteinanders. Mit dem Pontifikat von Papst Franziskus sind Wege in diese Richtung auch weltweit eröffnet. Wir arbeiten dafür, Strukturen, die geistlichen Missbrauch und sexualisierte Gewalt in unserer Kirche ermöglichen, zu beseitigen. Wir sind als Teil der Weltkirche in lebendiger Verbindung mit den anderen Ortskirchen und ihren Vertretungen. Mit ihnen gemeinsam setzen wir uns im respektvollen und offenen Umgang im Miteinander ein für Reformen. Als ZdK stehen wir ein für Geschlechtergerechtigkeit und demokratische Strukturen in der Kir-

che. Dazu zählt für uns der Zugang von Frauen zu allen Diensten und Ämtern. So übernehmen wir Verantwortung für die Zukunft unserer Kirche und geben im Sinne der Evangelisierung die frohe Botschaft unseres Glaubens weiter.

3. Reden und Beiträge

3.1. Zum Glück hatten wir Glück!

Trauerrede der ZdK-Präsidentin Dr. Irme Stetter-Karp beim Trauerakt am 9. März 2024 in München - es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte, liebe Frau Glück, liebe Angehörige,
sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,
verehrter Kardinal Marx,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Söder,
liebe Trauergemeinde,

„Zum Glück hatten wir Glück!“ Dieser Satz fiel im Zentralkomitee der deutschen Katholiken öfter. Er fiel auch schon während der Amtszeit von Alois Glück als Präsident des ZdK. Da hieß es: „Zum Glück haben wir Glück!“ Von 2009 bis 2015 konnte das ZdK sich mit diesem Satz auf einen verlässlichen Mann stützen. Alois Glück war ein prominenter, ein souveräner Vertreter der katholischen Zivilgesellschaft in Deutschland.

Seine Jahre als Präsident waren Zeiten des Umbruchs. Der Umwelt- und Kulturwandel forderte heraus, es gab viele Diskussionen. Auch in der Kirche kam es zu deutlichen Veränderungen, die Alois Glück mitgestaltete und da steuerte, wo es ihm möglich war.

Viele atmeten in diesen Jahren auf, wenn irgendwo sein Name fiel. Denn Alois Glück war kompetent, strategisch geschickt, aufrecht im Denken und Handeln. Man konnte sich auf ihn verlassen. Vor allem aber war er ein Mensch. Zugewandt, herzlich, an seinem Gegenüber interessiert. Was er wollte – in Kirche und Gesellschaft – hat er dem ZdK im vergangenen Jahr in einer Podcast-Reihe mit ehemaligen ZdK-Präsidenten ins Stammbuch geschrieben: „Mitgestalten! Nach den Werten, die wir mit unserem Glauben verbinden!“ So sagte er das. Und so haben viele ihn erlebt: als Mitgestalter und gläubi-

gen Menschen. „Damit Ihr Hoffnung habt“, lautete das Leitwort des zweiten Ökumenischen Kirchentags 2010, hier in München, dem Alois Glück als katholischer Präsident vorstand, an seiner Seite Eckhard Nagel vom Evangelischen Kirchentag. Wir hatten Hoffnung dank des Engagements von Alois Glück für unsere Kirche, für unsere Stimme in der Politik, für die Ökumene.

Seine Leidenschaft war das Bergsteigen. Wie man mit Ausdauer und ruhigem Schritt den Gipfel erreicht, hatte er früh gelernt. Dieses Können bewies er auch im Amt des ZdK-Präsidenten. Er machte die katholische Zivilgesellschaft in Deutschland mit langem Atem zu einem Motor des gesellschaftlichen Zusammenhalts. In der Kirche setzte er auf Vermittlung und Dialog. Zu seinem 80. Geburtstag schrieb ihm sein Nachfolger im Amt, Prof. Thomas Sternberg: „Du warst und bist ein Glücksfall für die katholische Kirche in Deutschland... Ohne je unangemessen zuzuspitzen oder zu polarisieren, hast Du in aller Klarheit Position bezogen, in unserer Kirche und in Politik und Gesellschaft.“

Alois Glück engagierte sich für den Schutz des ungeborenen Lebens, für eine nachhaltige Familienpolitik und für ein würdiges Sterben mit Hospiz- und Palliativversorgung. Die Liebe zur Schöpfung zeigte sich auch darin, wie er sich für den Erhalt der Natur einsetzte. 2019 begann er seine erfolgreiche Vermittlung zwischen Bienenschützern und Bauern in Bayern, die sich über das Volksbegehren „Artenvielfalt – Rettet die Bienen!“ verhakt hatten.

Alois Glück galt als „wandelnder Vermittlungsausschuss“. Nicht nur in der Politik. Als Rom die deutschen Katholiken 1999 zum Ausstieg aus der staatlich anerkannten Schwangeren-Konfliktberatung zwang, gehörte er zur Gründungsriege von „Donum Vitae“. Als er sich 2009 zur Wahl als ZdK-Präsident stellte, forderte ihm das einen Kompromiss ab. „Glücks Opfer für die Laienarbeit“, wie eine Zeitung damals titelte, bestand darin, dass er seine leitende Mitarbeit in Stiftung und Förderkreis von Donum Vitae ruhen ließ. Nur so war mit der erforderlichen Mehrheit der deutschen Bischöfe für seine Präsidenten-

schaft zu rechnen. Denn den meisten Bischöfen galt „Donum Vitae“ offiziell nicht als katholisch. Mit ihnen in Verbindung und in produktivem Gespräch zu bleiben, war eine zentrale Aufgabe des ZdK. Glück meisterte sie. Er blieb Mitglied des Vereins Donum Vitae. Schließlich ging es auch hier um sein Lebens-thema: Schöpfung bewahren. Auch dann, wenn’s schwierig wird.

Als Alois Glück sich nach seiner ersten Amtsperiode 2013 erneut zur Wahl als ZdK-Präsident stellte, wurde er mit 97 Prozent der Stimmen von unserer Vollversammlung wiedergewählt. Hier zeigte sich die Wertschätzung für seine herausragende Fähigkeit, in allen Lagen das Kletterseil mit festem Griff in der Hand zu behalten.

Das hatte er auch im Jahr 2010 bewiesen, als der Missbrauchsskandal öffentlich wurde. Alois Glück war entsetzt. Und sah einen entscheidenden Weg hin zu einer effektiven Aufarbeitung im „Überdiözesanen Gesprächsprozess ‚Im Heute leben‘“. Er selbst suchte den Dialog mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch. Dass Alois Glück so viel entschlossener auf Reformen setzte, sich so viel ehrlicher machte als sein Gegenüber, wurde einer breiten Öffentlichkeit erst 2023 offenbar.

An diesem Punkt lässt sich festmachen, dass Katholischsein für Alois Glück bedeutete, ein kritischer Katholik zu sein. Selber denken! So handeln, dass man vor sich selbst geradestehen kann! Das war seine Maxime. Als er sich 2009 für das ZdK „frei machte“, sich zur Kandidatur für das Präsidentenamt bereiterklärte, war er schon 26 Jahre Mitglied des ZdK. Er hatte aufreibende Jahre in der Politik hinter sich, zum Schluss als Landtagspräsident. Ehrenamt war für ihn Ehrensache: als stellvertretender Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, Initiator und Vorsitzender des Netzwerks Hospiz in seinem Heimatlandkreis, Vorsitzender weiterer Vereine – darunter der Bergwacht Bayern.

Die Berge. Für ihn blieben sie Zeit seines Lebens Heimat. Wenn er nachdenken musste, wenn eine schwierige Entscheidung zu treffen war, zog es ihn in

die Natur. Manchmal allein, oft auch im Zwiegespräch. ZdK-Mitglieder, die ihn gut kannten, berichten von solchen Spaziergängen, auf denen Positionen entwickelt und Entscheidungen vorgedacht wurden.

Das Leben Alois Glücks blieb gehalten und getragen von seinem Glauben und seiner Fähigkeit, auch die schwersten Berge mit ruhigem Schritt zu meistern. Er war auch auf schwierigen Etappen seines Lebens im Gespräch. Ihm gelang die Verbindung zu Menschen. Ihm gelang Veränderung. Vor allem gelang es ihm, mit Gott zu gehen, wie mir scheint. In Zeiten des Umbruchs blieb sein Glaube sein Kompass.

Wir trauern ganz besonders mit Ihnen, liebe Frau Glück, Ihren Kindern und der ganzen Familie. Das ZdK ist Alois Glück zu höchstem Dank verpflichtet. Seine Stimme ist uns Mahnung und Ansporn, nicht nachzulassen im Engagement für ein zukunftsfähiges Christsein.

Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des ZdK

3.2. Ein kritischer Versöhner

Trauerrede der ZdK-Präsidentin Dr. Irme Stetter-Karp beim Requiem für Prof. Dr. Dr. h. c. Hans Joachim Meyer in Potsdam-Babelsberg - es gilt das gesprochene Wort vom 12. April 2024

Sehr geehrte, liebe Frau Meyer, liebe Angehörige,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmer,
verehrter Herr Erzbischof Koch,
liebe Trauergemeinde,

wir verabschieden uns heute von einem Mann, dessen Leben mit der deutsch-deutschen Wiedervereinigung aufs Engste verbunden war. Prof. Hans Joachim Meyer, Katholik in der DDR, stand trotz aller Benachteiligungen durch

staatliche Stellen zu seiner Kirche und zu seinem Glauben. Er engagierte sich als Christ – unter anderem als Mitglied der Dresdner Pastoralynode in den 1970er Jahren und in den Jahren 1989/90 in hohem Maße für ein Miteinander der Katholiken in Ost und West. Im Frühjahr 1990 wurde er zum Vorsitzenden des Gemeinsamen Aktionsausschusses katholischer Christen in der DDR gewählt. Kurz darauf fand sein großer Wunsch Eingang in die sog. „Berliner Erklärung“ vom Mai 1990. Darin positionierten sich Katholikinnen und Katholiken aus ganz Deutschland zu ihrer gemeinsamen Zukunft. Seine Hoffnung floss ein in einen abschließenden Satz: dass „die neu gewonnenen Energien zur Verwirklichung von Demokratie, für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung eingesetzt“ würden. Könnte er sich jetzt noch einmal zur Lage im Jahr 2024 äußern, wäre es ihm wohl ein Anliegen, alle Energien darauf zu verwenden, die neue Gefährdung all der großen Werte abzuwenden, für die er selbst einstand.

Wer an ihn zurückdenkt, hat einen Mann vor Augen, der sich nicht beirren ließ in seiner Haltung. So erlebten wir ihn als Minister in Berlin, in den letzten Monaten der DDR, später als Sächsischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst. Nicht zuletzt aber als Präsident der katholischen Zivilgesellschaft in Deutschland. Er hat den Laienkatholizismus am Beginn des neuen Jahrtausends und an einem Wendepunkt deutscher Geschichte maßgeblich geprägt.

Ich bin als Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken dankbar, dass ich ihn zu meinen Vorgängern zählen darf. Hans Joachim Meyer hatte das Amt, das ich heute bekleide, von 1997 bis 2009 inne. Er lebte und handelte aus einer engen Verbindung seiner politischen Überzeugungen und seines Glaubens heraus. Durch seine Geradlinigkeit und seinen in der Zeit der DDR erworbenen untrüglichen Sinn für die Achtung und den Respekt vor der Würde jedes Menschen erwarb er sich bei allen politischen, gesellschaftlichen und kirchlichen Kräften in Deutschland höchsten Respekt.

Dieser Respekt ermöglichte es ihm, in entscheidenden Situationen selbstbewusst für das einzutreten, was er wichtig fand. Hans Joachim Meyer wurde gehört – und gesehen. Ich denke ganz besonders an seinen Einsatz für die Schwangerenkonfliktberatung in Deutschland, für die Gründung von Donum Vitae. Ich denke aber auch daran, dass er zum ersten katholischen Präsidenten eines Ökumenischen Kirchentages in Deutschland wurde, 2003 – in Berlin. Und ich denke an seine gleichermaßen mahnenden und auffordernden Worte an die Deutschen in Ost und West, eine gemeinsame, geschichtlich gewachsene Identität nach 1989 weiterzuentwickeln und sich wechselseitig zu wertschätzen.

Hans Joachim Meyer war ein kritischer Versöhner, gerade dort, wo die Wunden der über vierzig Jahren währenden deutsch-deutschen Teilung besonders zu spüren waren. Indem er alle kritisierte, wenn es ihm nötig schien, und gleichzeitig alle an der Vision eines neuen Miteinanders teilhaben ließ, war er tief glaubwürdig. Sein Glaube half ihm, herrschaftsfreie Räume zu schaffen und sie zu schätzen, wo er sie bereits vorfand. Für ihn zählte immer die Kraft des besseren Arguments. Wie gut wäre es, diese Haltung heute NEU als selbstverständliche Basis der Auseinandersetzungen in Politik und Gesellschaft zu erleben!

Wir trauern mit Ihnen, liebe Frau Meyer, mit Ihren Kindern und der ganzen Familie. Wir sind Hans Joachim Meyer für so vieles unendlich dankbar. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren und uns an den Mann erinnern, der uns als Ostdeutscher lehrte, wie wir gemeinsam und versöhnt in diesem Land in eine gute Zukunft gehen können. Mögen sich viele an seine Worte und Taten erinnern!

Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des ZdK

3.3. Es braucht an allen Orten Menschen des Friedens

Rede der ZdK-Präsidentin Dr. Irme Stetter-Karp im Rahmen der ZdK-Vollversammlung vom 28./29. Mai 2024 - es gilt das gesprochene Wort

„Zukunft hat der Mensch des Friedens“. Das Leitwort des Katholikentages prägt auch unsere Vollversammlung und begleitet uns durch die kommenden Tage. Es ist ein ermutigendes Wort aus Psalm 37: Der Mensch des Friedens hat Zukunft! Der Blick auf die aktuellen Entwicklungen in Gesellschaft, Politik und Kirche, der in bewährter Weise am Beginn unserer Beratungen steht, macht deutlich, wie aktuell dieser Zuspruch angesichts der nachhaltig großen und sich kumulierenden Herausforderungen ist, vor denen wir stehen.

Nach Dresden im Jahr 1994 und Leipzig im Jahr 2016 findet jetzt wieder ein Katholikentag im Osten Deutschlands statt, das allererste Mal überhaupt in Erfurt. Ich freue mich, dass wir gemeinsam mit dem gastgebenden Bistum, mit Bischof Dr. Ulrich Neymeyr und den vielen engagierten Katholikinnen und Katholiken hier vor Ort die spannende Aufgabe angenommen haben, in einem der kleineren deutschen Bistümer in der ostdeutschen Diaspora einen Katholikentag durchzuführen. Die bewährte und erfolgreiche „Marke“ Katholikentag wird wieder sichtbar sein. Vieles wird aber auch anders und neu. Nicht zuletzt wurde das Programm deutlich gestrafft. Herausgekommen sind 500 Veranstaltungen mit einem starken Fokus auf den Menschen als friedenssuchendes Wesen. Die allermeisten von Ihnen werden den Katholikentag in den nächsten Tagen hier in Erfurt erleben und aktiv mitgestalten. Freuen wir uns gemeinsam darauf.

In den Vorbereitungen zum Katholikentag haben wir uns von Beginn an auch den spezifischen Fragen und Herausforderungen in einem ostdeutschen Bistum und Bundesland angenommen. Katholik*innen aus dem Bistum haben in allen Gremien und Arbeitskreisen mitgearbeitet und ihre Erfahrungen in

das Programm eingebracht. Die Tatsache, dass hier Katholik*innen in einer sehr kleinen Minderheit und mit wenig Ressourcen engagiert und in starker Gemeinschaft ihren Glauben leben und die Gesellschaft mitgestalten, ist vielleicht ein Bild für die Zukunft der Kirche in ganz Deutschland, auf das wir uns alle einstellen müssen. Wir können und wollen davon lernen. Besonders einprägsam waren auch die Eindrücke, die Generalsekretär Marc Frings und andere Kolleg*innen bei einer Vorbereitungsreise durch das Eichsfeld gewinnen konnten. Dort, wo Katholiken wie in einer Enklave zwischen Hessen, Niedersachsen und Thüringen eine große Gruppe bilden, wurde durch die ganze DDR-Zeit und wird bis heute die katholische Tradition hochgehalten.

Vorgestern fanden hier in Thüringen die Kommunalwahlen statt. Ein erster Stimmungsbarometer in einem Superwahljahr, das es in sich hat. In der kommenden Woche folgen nicht nur in vielen thüringischen Landkreisen und Städten die Stichwahlen, sondern auch in acht weiteren Bundesländern die Kommunalwahlen und in 27 Staaten Europawahlen – und diese endlich auch für 16- und 17-Jährige! Der Frühsommer verspricht in diesem Jahr also eine Hochzeit der Demokratie – oder sollte ich vielleicht lieber sagen, einen Härtestest? Denn ich nehme mit großer Sorge wahr, dass die freiheitliche Grundordnung in Europa und auch bei uns unter Druck gerät. Politiker*innen werden bedroht und angepöbelt, jüngst sogar angegriffen und verletzt.

Wir spüren es wohl alle: die Demokratie und auch faire Wahlen sind keine Selbstverständlichkeit, sie müssen geschützt und aktiv verteidigt werden. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – so beginnt das Grundgesetz, das vor 75 Jahren in Kraft trat und seit 34 Jahren auch für unsere ostdeutschen Mitbürger*innen gilt. Ich würde es begrüßen, wenn Art. 146 GG – eine Abstimmung über unsere Verfassung durch die Bürger*innen – nachgeholt würde. Die Menschenwürde, liebe Mitglieder, wird durch die Demokratie und das gelebte Gemeinwohl gesichert. Wir halten nicht still, wenn die Axt an die Grundfesten unseres Zusammenlebens gelegt und die menschliche Würde

relativiert wird. Bei den Landtagswahlen, die hier in Thüringen, aber auch in Sachsen und in Brandenburg bevorstehen, droht das parteipolitische Koordinatensystem neu ausbuchstabiert zu werden. Die Umfragewerte zeigen: Noch ist eine parlamentarische Mehrheit jenseits populistischer und extremistischer Kräfte möglich, aber sicher ist sie nicht!

Wir halten nicht still, wenn es um die Demokratie geht. Das hat in den letzten Monaten konkret bedeutet, Allianzen zu schmieden. Denn ich bin überzeugt: Nur wenn viele zusammenstehen, um den Feind*innen der Demokratie das Wasser abzugraben, stärken wir das Miteinander in unserer Gesellschaft. Es ist gut, dass sich die Bischofskonferenz bei ihrer Frühjahrsvollversammlung mit der Erklärung „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar“ eindeutig positioniert hat. Der 103. Deutsche Katholikentag Erfurt e.V. ist Teil der Initiative *Weltoffenes Thüringen*. Als Zentralkomitee sind wir Mitgründer des Bündnisses *Zusammen für Demokratie*, das am 21. März an die Öffentlichkeit gegangen ist. Es vereint eine große Bandbreite zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure in Deutschland – vom Deutschen Gewerkschaftsbund, über Amnesty International bis hin zu unseren großen kirchlichen und religiösen Organisationen. Mit den Bündnispartner*innen stehen wir ganz konkret ein für Demokratie und Menschenwürde und fördern lokale Initiativen, die sich demokratisch engagieren. Ich denke das ist es, was es in diesen Zeiten braucht: Eine klare Haltung – und konkretes Engagement vor Ort.

Und es geht weiter, auch nach den Wahlen. So viele von Ihnen engagieren sich zu dem Thema, das wollen wir auch als Zentralkomitee zusammenbringen und stärken. Bei der Vollversammlung im Herbst wird es daher ein Bar-Camp geben. So wollen wir gemeinsam als ZdK unsere Strategie für Demokratie und gegen Rechtsextremismus tragfähig weiterentwickeln.

Die Wahlumfragen prognostizieren für die kommende Woche einen deutlichen Rechtsruck. Wir werden nicht schweigen, wenn Radikale und Extremis-

ten versuchen sollten, die EU von Rechtsaußen abzuwickeln. Wir werden widersprechen und für ein geeintes Europa eintreten. Nach dieser Europawahl müssen die Weichen auf Zukunft gestellt werden: Wie gelingt gerechter und stabiler Frieden in Europa? Welche Formen der verteidigungspolitischen Kooperation braucht es angesichts der autokratischen Aggression? Wie bleibt Europa auf Kurs, um in zweieinhalb Dekaden tatsächlich der erste klimaneutrale Kontinent zu sein? Und wie gelingt es überzeugende Lösungen für weniger Bürokratie zu finden? Antworten auf diese Fragen gibt es nur gemeinsam.

Vor zwanzig Jahren, im Mai 2004, wuchs die EU im Zuge der Osterweiterung stärker, als sie es bei allen vorangegangenen Beitritten getan hatte. Für die acht mittelosteuropäischen der insgesamt zehn Staaten, die sich damals der Europäischen Union anschlossen, war es wie eine „Rückkehr nach Europa“. Ein einst geteilter Kontinent wuchs noch weiter zusammen. Auch die NATO wuchs 2007 um sieben osteuropäische Staaten. Zwei Jahrzehnte später klopfen mit Georgien und Moldau, mit den Staaten des Westbalkans und nicht zuletzt der Ukraine wieder etliche Länder ans Tor zur EU. Meine Damen und Herren, die Weichen auf Zukunft stellen, das heißt auch, die EU strukturell nach Kräften zu stärken. Entschlossene Reformen sind dringend nötig, um die Handlungsfähigkeit der EU zu stärken! Staaten, die der EU beitreten wollen, sollte Brüssel die ausgestreckte Hand reichen, um eine Annäherung bis hin zu einer Vollmitgliedschaft zu ermöglichen!

Wir bringen unsere Positionen ein, damit Europa nach vorn und nicht rückwärts gedacht wird. Als ZdK stehen wir für den europäischen Dialog und üben ihn selbst immer wieder ein – sei es bei den Reisen des Präsidiums nach Warschau oder zuletzt im April in Wien oder in unseren internationalen Netzwerken, etwa in einer deutsch-polnischen Erklärung zum Asylsystem oder einem deutsch-französischen Statement zum Lieferkettengesetz. Ich lege Ihnen allen den Europatag ans Herz: viele Expert*innen und Politiker*innen stehen Rede und Antwort während des Katholikentags!

Heute vor einem Jahr besuchte ich gemeinsam mit dem ZdK-Präsidium und der Maximilian-Kolbe-Stiftung Auschwitz. Die Erinnerungen an diesen Besuch gehen mir bis heute nahe. Der faschistische Massenmord der Nationalsozialisten wird an diesem Ort wie an keinem anderen sichtbar. Die Europäische Einigung, als Antwort auf die nationalsozialistische Diktatur, ist ein historischer Glücksfall, eine Errungenschaft, die wir unter keinen Umständen zurückdrehen dürfen.

Mit tiefer Sorge blicken wir auf die Entwicklungen in Israel und im Gazastreifen seit dem 7. Oktober. Immer noch sind mehr als 120 israelische Geiseln in der Hand der Hamas. Die Hoffnung darauf, dass sie noch leben, schwindet Tag für Tag. Die humanitäre Situation im Gazastreifen ist katastrophal. Mehr als 35.000 Menschen sind seit dem Beginn des Krieges getötet worden, die Orte im Gazastreifen sind auf lange Sicht hin unbewohnbar. Die dringenden Appelle zur Freilassung der Geiseln, zu einem Ende der Kampfhandlungen und zur Versorgung der palästinensischen Zivilbevölkerung mit den überlebensnotwendigen Gütern dürfen nicht weiter ungehört verhallen. Mit Shira Efron, Forschungsleiterin, im Israel Policy Forum, und Omar Shaban, Direktor des Pal-Think for Strategic Studies, werden Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses beim Katholikentag im Rahmen eines Podiums die Konsequenzen aus dem Angriff der Hamas und dem Krieg in Gaza diskutieren und dabei auch auf die Verantwortung Deutschlands schauen. Auch bin ich mir sicher, dass sich die Außenministerin bei ihrem Besuch auf dem Katholikentag am Samstag zur Lage in Israel und Palästina äußern wird. Innenpolitisch bleibt es leider unerlässlich, klar Kante gegen den weiter zunehmenden Antisemitismus und die wachsende Muslimfeindlichkeit zu zeigen. Zu dem mit Marina Chernivsky ursprünglich für den Februar vorgesehene Workshop zum Israelbezogenen Antisemitismus konnten wir inzwischen zum 1. Oktober einladen.

Auch in der Ukraine verschärft sich das unfassbare Leiden massiv. Die russische Aggression schreitet fort und sorgt für den Tod unzähliger Menschen

und die Zerstörung ziviler Infrastruktur. Die geopolitische Zuspitzung ist auch an den Demonstrationen in Georgien ablesbar. Zehntausende Menschen protestierten dort wochenlang gegen das Gesetz gegen „ausländische Einflussnahme“, mit dem die zivilgesellschaftlichen Spielräume eingeschränkt werden. Ihnen zolle ich größte Anerkennung! Während in Deutschland und vielen anderen Mitgliedstaaten EU-Skepsis lauter wird, riskieren in jenen Ländern, die auf dem Weg in die EU sind, viele Menschen ihr Leben für Freiheit und Demokratie. Die jüngsten Ermittlungen und Festnahmen wegen Korruptions- und Spionageverdachts zeigen auf, wo ausländische Einflussnahme tatsächlich besteht und brandgefährlich ist: Die autokratischen Angriffe reichen offenbar bis in die AfD-Büros in Berlin und Brüssel.

Auch im Globalen Süden bauen Russland und China ihren Einfluss massiv aus. Wir müssen Sicherheit mehr denn je ganzheitlich betrachten: Entwicklungspolitik ist Sicherheitspolitik. Kürzungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sind in diesem Kontext hochproblematisch und werden von uns deutlich kritisiert.

Ein kurzes Wort zur Innenpolitik: Es ist sozialpolitisch ein Desaster, dass es der Bundesregierung nicht gelingt, die geplanten und dringenden Reformprojekte, allen voran die Kindergrundsicherung wirksam voranzutreiben. Es kann doch nicht wahr sein, dass über die tatsächlichen Ausmaße der Kinderarmut Gleichgültigkeit regiert.

Zukunftsrelevant wäre es auch, dem derzeit alles bremsenden Fach- und Arbeitskräftemangel zu begegnen. Einiges wurde auf den Weg gebracht, um Fach- und Arbeitskräften die Einwanderung leichter zu machen und z.B. geduldete Geflüchtete endlich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Aber trotz neuer Ausbildungsgarantie bleiben 2,9 Millionen junge Erwachsene ohne Berufsabschluss, das ist – laut aktuellem Berufsbildungsbericht – mit 19 Prozent der 20- bis 34-Jährigen ein neuer trauriger Rekord. Vor allem junge Familien

erleben gerade, was es heißt, wenn hunderttausende Erzieher*innen und pädagogische Fachkräfte fehlen – von einer Vereinbarkeit von Carearbeit und Erwerbsarbeit sind wir – und das in der Regel gerade zu Lasten von Frauen – weit entfernt.

Arbeitsbedingungen müssen fair und gerecht sein – auch für Menschen, die zum Beispiel aus dem Osten Europas zu uns kommen, um hier in der häuslichen Pflege oder auf dem Bau zu arbeiten. Wir brauchen gute Löhne – und einen armutsfesten Mindestlohn!

Nicht nur in der Migrationspolitik ist die Würde des Menschen unsere Richtschnur. Mit Blick auf die zweijährige Einführung des neuen Gemeinsamen Europäischen Asylsystems mit verpflichtenden Verfahren an den Außengrenzen werden wir die neuen Regelungen daran messen, ob die menschen- und flüchtlingsrechtlichen Standards gewahrt bleiben, ob Zugang zu unabhängiger Rechtsberatung besteht und die Unterbringung an den Außengrenzen menschenwürdig ist. Dass Familien nicht aus den Grenzverfahren ausgeklammert werden, wie es unser Hauptausschuss in einem Beschluss gefordert hatte, sehe ich mit großer Sorge.

Menschenwürde und Bürokratie waren Begriffe, die auch im Zusammenhang mit dem europäischen Lieferkettengesetz immer wieder genannt wurden. Als ZdK hatten wir uns vor zwei Jahren in Stuttgart in einem Beschluss klar für die Fortschreibung des deutschen Lieferkettengesetzes auf europäischer Ebene ausgesprochen. Die Bundesregierung hat im Gesetzgebungsverfahren zunächst konstruktiv mitgewirkt und hatte Anteil daran, dass im Dezember ein beachtlicher Kompromiss zwischen Mitgliedstaaten und Parlament erzielt worden war. Aufgrund des Widerstands der FDP wurde dieser Kompromiss allerdings aufgeweicht; die Ampel enthielt sich. Am Ende des Prozesses steht ein Lieferkettengesetz, das in vielerlei Hinsicht weit hinter dem zurückbleibt, wofür wir uns eingesetzt haben.

Ebenso wenig überzeugt mich das neue Klimaschutzgesetz. Die Novelle suggeriert, im Sinne eines Gebens und Nehmens könnten Emissionseinsparungen nun dort gelingen, wo sie am effizientesten zu erreichen sind, um die Rückstände in anderen Bereichen auszugleichen. Fakt ist: Kein Sektor ist auf Kurs, wenn es um die Klimaziele geht. Dass nun zusätzliche Maßnahmen zur Emissionssenkung erst dann verpflichtend sein werden, wenn die Gesamtbilanz aller Sektoren in zwei aufeinanderfolgenden Jahren unzureichend ist, ist kein Signal für klimapolitischen Ehrgeiz.

Die Notwendigkeit des entschiedenen Handelns angesichts der Klimakrise betont das Dikasterium für die Glaubenslehre auch in der Erklärung *Dignitas infinita* über die menschliche Würde. Zwar werden viele konkrete Menschenrechtsverletzungen aufgegriffen. Doch sind die Ausführungen normativ geprägt und es fehlt der kritische Blick auf die eigenen Positionierungen etwa zu den Rechten der Frau oder auch im Kontext der sexualisierten Gewalt, wo das eigene Versagen lediglich eine knappe Erwähnung findet.

Ende April hat die Kommission der Bundesregierung für reproduktive Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin ihren Bericht zu den Themen des Schwangerschaftsabbruchs, der Eizellspende und der Leihmutterchaft vorgestellt. Die Kommission ist zu dem Schluss gekommen, dass Schwangerschaftsabbrüche in der Frühphase der Schwangerschaft legalisiert werden müssen. Das Lebensrecht des Ungeborenen trete zu Beginn der Schwangerschaft hinter die Rechte der Frau zurück. Mich überzeugt die Kommission damit nicht! Ich bleibe dabei, dass die aktuelle Regelung von §218 StGB einen guten, gesellschaftlichen Kompromiss darstellt. Denn es geht um Schutz und nicht um Strafe, wie viele meinen. Ich halte es für gefährlich, wenn an diesem Kompromiss ohne Not gerüttelt wird. Das Konzept der doppelten Anwaltschaft für Frau und Kind, das diesem Paragraphen zugrunde liegt, hat sich bewährt. Die gesellschaftliche und politische Debatte über die Empfehlungen der Kommission beginnt erst jetzt. Wir werden als ZdK nicht vor diesen schwierigen Debatten zurückschrecken und zum Beispiel hier auf dem Katholikentag mit Bundesministerin Paus darüber diskutieren.

Zur Eizellspende und der altruistischen Leihmutterchaft enthält der Kommissionsbericht wichtige ethische Hinweise und Abwägungen. Risiken müssen wir deutlich analysieren und unsere Vorbehalte klarmachen.

Auch die Debatte um Suizidassistentz und -prävention nimmt wieder Fahrt auf. Am 10. Juni werden wir in Berlin gemeinsam mit den Maltesern und der VRK-Akademie einen Fachtag mit Expert*innen und Abgeordneten gestalten. Wir müssen weiterhin deutlich machen, dass es dringend eine gesetzliche Regelung für den assistierten Suizid braucht! Auch die Suizidprävention muss gesetzlich verbindlich gestärkt werden.

Neben den gesellschaftlichen Transformationsprozessen bleiben auch die notwendigen Veränderungen in unserer Kirche ein drängendes Anliegen des ZdK. Auch die Deutsche Bischofskonferenz hat die Satzung des Synodalen Ausschusses verabschiedet. Was dabei immer wieder die Berichterstattung dominierte, war die Frage, wie die Weltkirche auf die synodalen Prozesse in Deutschland blickt. Dass dabei die Perspektiven differenzierter und diverser sind als manch skeptischer Würdenträger betont, wurde in Gesprächen immer wieder deutlich. Deshalb geben wir bei dieser Vollversammlung internationalen Perspektiven auf den Synodalen Weg und den Synodalen Ausschuss Raum. Ich freue mich, dass Klara Csiszar und Christoph Theobald, beides Berater*innen bei der Weltsynode, unserer Einladung gefolgt sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, allein die Vielfalt der angesprochenen Themen macht deutlich, wie groß die Herausforderungen sind, vor denen wir kirchlich, gesellschaftlich und politisch stehen. In diese Situation hinein klingt das Leitwort des Katholikentages: Zukunft hat der Mensch des Friedens. Es formuliert die klare Überzeugung, dass es eine Zukunft gibt für die Menschen des Friedens und ermutigt uns so, zuversichtlich zu sein. Zugleich wird deutlich, was uns aufgetragen ist und das hat, auch wenn der Text aus einer längst vergangenen Zeit zu uns spricht, nichts an seiner Gültigkeit verloren: Es

braucht an allen Orten Menschen des Friedens, die sich leidenschaftlich für die Zukunft aller Menschen einsetzen. Das ist unsere Aufgabe und die Debatte darüber, wie das konkret gelingen kann, wird unser Zusammensein in den kommenden Tagen prägen.

Ich erinnerte bereits daran, dass wir als Präsidium im vergangenen Jahr gemeinsam mit der Maximilian-Kolbe-Stiftung in Warschau waren. Nach dem guten und informativen Gespräch, das wir dort mit dem Klub der Katholischen Intelligenz geführt haben, freue ich mich sehr, hier und heute eine der Vizepräsidentinnen des KiK, Maryna Czaplínska, den Generalsekretär Jan Murawski sowie Adam Ostrowski begrüßen zu dürfen, die gestern unser ZdK-Generalsekretariat in Berlin besucht haben, heute bei unserer Vollversammlung sind und ab morgen am Katholikentag teilnehmen werden. Seien Sie herzlich willkommen! Liebe Frau Czaplínska, ich darf Sie bitten, auf die Bühne zu kommen und ein paar Worte an uns zu richten.

3.4. 175 Jahre katholische Zivilgesellschaft

Rede Katrin Göring-Eckardts im Rahmen der ZdK-Vollversammlung vom 28./29. Mai 2024 - es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Frau Präsidentin –
liebe Frau Doktor Stetter-Karp,
sehr geehrter Herr Generalsekretär – lieber Herr Frings,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die freundliche Begrüßung hier in Erfurt.

Herzlich willkommen in Thüringen, meinem Heimatland. Besonders freut es mich, dass der 103. Katholikentag hier in meiner Heimat in Erfurt stattfindet.

Herzlich willkommen in Erfurt, der katholischen und evangelischen Stadt.

Denn Erfurt ist als Bischofsstadt natürlich – neben dem Eichsfeld – die katholische Hochburg in Thüringen. Und schon wegen der KÜCHENDORFER drum herum sehr berühmt. Zugleich aber ist das Augustinerkloster ein wichtiger Ursprungs- und Gegenwart-Ort der protestantischen Kirchengeschichte.

2011 habe ich Papst Benedikt in der Augustinerkirche begrüßt und in ökumenischer Verbundenheit als Bruder angesprochen. Als Frau in einem kirchlichen Leitungsamt. Eine wichtige ökumenische Begegnung, mit vielen Erwartungen und Hoffnungen von beiden Konfessionen belegt. Manche konnten nicht erfüllt werden.

Erfurt ist heute auch eine säkulare Stadt. Doch mit dem Katholikentag kommt diese besondere Stimmung in die Stadt zurück. Ich freue mich so darauf und darüber! Der Katholikentag bringt Menschen zusammen. Aus ganz Deutschland. Und darüber hinaus. Um gemeinsam zu feiern. Und gemeinsam über die Zukunft von Kirche, Gesellschaft und Demokratie nachzudenken.

Der Katholikentag ist eine Standortbestimmung des Katholizismus in Deutschland. Er zeigt, wie vielfältig, wie bunt, wie modern und gleichzeitig traditionsreich die katholische Zivilgesellschaft ist.

Der Katholikentag ist aber vor allem ein Fest der Begegnung. Christenmenschen, die spüren und zeigen wollen, dass sie zwei oder drei, katholisch, evangelisch, mit jüdischen und muslimischen, agnostischen und säkularen Traditionen gemeinsam der Stadt Bestens suchen können und wollen. In Zeiten, in denen schon diese Suche nach dem Besten der Stadt unter dem Druck von Erfolgswang einerseits und grundständiger Ablehnung andererseits eine Herausforderung ist, aber auch eine besondere Chance, unverzagt zu bleiben - trotz oder wegen allem und allen!

Und ich empfinde es als ein schönes Zeichen, dieses katholische Fest hier auszurichten: 35 Jahre nach der Friedlichen Revolution.

1989 waren hier und überall in Ostdeutschland viele auf den Straßen, um für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte zu demonstrieren. Ich war mit Säugling im Tragetuch dabei. Viele der Menschen auf diesen Demonstrationen kamen aus den Kirchen oder hatten sich unter Kirchendächern versammelt.

Schon 1978 hat es anlässlich der Einführung des „Wehrkundeunterrichtes“ nämlich hier in Erfurt in der katholischen St. Lorenz-Kirche am Anger das erste Ökumenische Friedensgebet in der DDR gegeben. Seitdem findet es ununterbrochen dort statt, immer donnerstags. Deshalb gab es in Erfurt 1989 auch Donnerstags-Demonstrationen und nicht wie in Leipzig Montagsdemonstrationen.

Nur eine der vielen Wurzeln der Friedlichen Revolution. Sie alle führten zum Kollaps des SED-Staates. Mit friedlichen Mitteln. Ganz entscheidend aus der kirchlichen Zivilgesellschaft getragen.

Die Bürgerrechtsbewegung der DDR war eingebettet in die Revolutionen in den osteuropäischen Staaten: 1953 in der DDR, die Gewerkschaftsbewegung Solidarność, die Charta77, die Entwicklung in Ungarn und anderes mehr.

Wenn wir nachher zum Gottesdienst auf dem Domplatz gehen, denken Sie sich einen Moment in das Jahr 1988. Damals gab es dort einen evangelischen Kirchentag. Direkt nebenan in der Andreasstraße war die Zentrale der Staatssicherheit und das Stasi-Gefängnis. Die Westpolitiker Egon Bahr und Erhard Eppler mussten wieder ausgeladen werden - so viel Offenheit traute sich die DDR-Diktatur ganz offensichtlich nicht zu.

Der Kirchentag „Umkehr führt weiter“ war ein Teil der ökumenischen Versammlung: Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung waren die drei großen Leitworte. Und es gab einen Brief an die Kinder. Darin heißt es: „Die Erde, auf der wir leben, ist sehr bedroht. Schuld daran sind wir, die Erwachsenen. Aber einige haben es noch nicht gemerkt. Deswegen haben sich zum

3. Mal viele Menschen getroffen, um darüber nachzudenken, was zur Rettung der Erde geschehen muss...“. Auf dem Domplatz gab es dann eine riesenhafte Weltkugel, die von Händen zu Händen gereicht wurde.

Die Welt, die Freiheit, den Schutz von Mensch und Natur, das können wir bis heute nur gemeinsam halten und erhalten. Damals alles unter den Augen von Stasispitzeln und anderen Systemtreuen oder auch vielen Mitläufern, das war für mich ein unendlich erhebender Moment. Beim Losgehen noch mit ganz viel ängstlichem Mut. Beim Ankommen und Sehen, dass wir so viele sind, wurde aus dem Mut die Macht der Vielen. Und die Sicherheit, dass es für das Leben in der Diktatur zwar welche gibt, die meinten sagen zu sollen, wo es lang geht, Christinnen und Christen aber in der Gewissheit waren, dass ihr HERR Gott ist, der Liebende, der Tolerante. So wie es im 2 Kor 3,17 heißt: „Wo der Geist der Herrn ist, da ist Freiheit.“

Sehr geehrte Damen und Herren,
noch ein anderes stolzes Jubiläum gilt es heute zu würdigen: 175 Jahre organisierte katholische Zivilgesellschaft. Und es ist bei all dem Vorreden gerade sehr besonders, dass auch hier eine Revolution den Anfang gab.

Die Wurzeln der katholischen Zivilgesellschaft reichen in die Revolutionsjahre 1848/49 zurück – sie waren ein Katalysator der politischen Öffentlichkeit. Was lange unvorstellbar war, schien plötzlich möglich: demokratische Mitbestimmung, mündiges Bürgertum. Eine vielfältige Interessenorganisation.

Das war auf katholischer wie auf evangelischer Seite so. 1848 hielt auch Wichern seine berühmte Stehgreifrede auf dem Wittenberger Kirchentag, die zum Ausgangspunkt der Inneren Mission und Diakonie wurde.

1848 war aber ebenso die Geburtsstunde der Arbeiterbewegung. Im katholischen Bereich vor allem mit Namen wie dem Mainzer Bischof von Ketteler, später mit Adolph Kolping oder Franz Hitze verbunden.

Damals begann auch die politische Emanzipation der Frauen: Die katholische Frauenbewegung entstand ebenfalls in dieser Zeit. Und heute? Hat das ZdK eine Präsidentin, der Caritas-Verband auch. Und sogar die Bischofskonferenz hat eine Generalsekretärin.

Damals waren beide Kirchen sehr amtskirchlich, unbeweglich, doktrinär geworden, mit dem antimodernistischen Vaticanum I als Höhepunkt. Die zivilgesellschaftliche Bewegung wurde zum Besten, was den Kirchen passieren konnte: neues Leben, neuer Aufbruch, neue auch geistliche Impulse.

Ob wir heute mit unseren Kirchen in einer vergleichbaren Situation sind? Jedenfalls ist in meinen protestantischen Augen der Synodale Weg auch ein Versuch, Erstarrungen aufzulösen, als Dienst an der Kirche, nicht gegen sie.

Mitte des 19. Jahrhunderts gehörten die deutschen Katholikinnen und Katholiken zu den aktivsten Verfechtern der demokratischen Gleichheits- und der liberalen Freiheitsrechte.

1.142 katholische Petitionen mit rund 273.000 Unterschriften erreichten das Frankfurter Parlament im Sommer 1848. Heute würden wir sagen: Starke Lobbyarbeit!

Die Paulskirchenverfassung von 1849 schrieb die Meinungs- und Pressefreiheit, die Freiheit von Vereinen und Versammlungen und vor allem die Glaubens- und Religionsfreiheit fest. Auch wenn die Verfassung letztlich nicht in Kraft gesetzt wurde, bedienten sich unter anderem die Katholiken dieser erstmals festgeschriebenen Freiheiten: Sie gründeten Vereine für religiöse Freiheit.

Innerhalb weniger Monate entstanden im Revolutionsjahr 1848 rund 400 „Pius-Vereine“ mit etwa 100.000 Mitgliedern. Was für eine Organisationsleistung

– lange vor Erfindung des Telefons, der Mail-Verteiler, der Videokonferenz oder der Messenger. De facto waren das die ersten politischen Massenbewegung in unserer Geschichte.

Die katholischen Laien merkten: Mit gebündelten Kräften hatten sie eine Chance, in Staat und Gesellschaft etwas zu erreichen. Ihr Selbstbewusstsein erwachte – nicht nur gegenüber dem Staat, auch gegenüber dem Papst. Die Katholiken wollten ihre Überzeugungen offen leben. Die Gesellschaft mitgestalten. Wie das ZdK heute.

Sehr geehrte Damen und Herren,
wenn Freiheits- und Mitbestimmungsrechte einmal in der Welt sind, entfalten sie ihre eigene Kraft und Dynamik.

Im Oktober 1848 versammelten sich Delegierte der „Pius-Vereine“ zu ihrer ersten Generalversammlung in Mainz: Der Katholikentag war geboren. Und mit ihm die katholische Laienbewegung.

Ihr Leitmotiv war in der Erklärung des Katholischen Vereins Deutschlands festgeschrieben: „Die Freiheit der Kirche ist die Mutter einer besseren Zukunft.“

Schon damit ging die Kirche über sich selbst hinaus und „suchte eben der Stadt Bestes“, wie Jeremia sagt, nämlich eine bessere Zukunft für die ganze Gesellschaft. Daraus erklärt sich das politische und soziale Engagement der Katholiken.

Ich finde es beeindruckend, wie stark und lebendig die katholischen Zivilgesellschaft innerhalb kurzer Zeit geworden ist. Mehr als 800.000 Mitglieder engagierten sich Anfang des 20. Jahrhunderts in Arbeiter-, Frauen- oder Jugendvereinen. Hunderttausende nahmen an den Katholikentagen teil. So entstand eine offen-gelebte Kultur der Verantwortung für das Gemeinwohl – eine Voraussetzung für ein funktionierendes demokratisches Gemeinwesen.

Ich möchte exemplarisch an einige Persönlichkeiten erinnern, die den Katholizismus ebenso wie die deutsche Gesellschaft ihrer Zeit geprägt haben – auch weil ihre Themen (leider) alles andere als erledigt sind:

Ludwig Windthorst gründete die Zentrumsparterie als Verfassungspartei und wurde im Kulturkampf zum Gegenspieler Bismarcks. Zugleich trat er gegen Antisemitismus auf und forderte gleiche Rechte für die jüdische Bevölkerung.

Oswald von Nell-Breuning war der Vater der katholischen Soziallehre, die mit ihren Prinzipien Gemeinwohl, Solidarität und Subsidiarität großen Einfluss auf die Entstehung unserer Sozialen Marktwirtschaft hatte.

Der Mönchengladbacher Unternehmer Franz Brandts war mit seinem „Volksverein für das katholische Deutschland“ einer der Pioniere der Erwachsenenbildung. Mit dieser „Galoppuniversität“ wollte er die Massen belehren und ihre Mündigkeit fördern.

Und: Helene Weber war eine der ersten Parlamentarierinnen im Reichstag, im Preußischen Landtag und im Deutschen Bundestag. Als eine von wenigen setzte sie sich im Zentrum gegen das Ermächtigungsgesetz ein. Ihr verdanken wir den Gleichberechtigungsartikel unseres Grundgesetzes und die erste Frau im Kabinett Adenauer 1961.

Zuletzt Hans Joachim Meyer, Präsident des ZdK von 1997 bis 2009. Der erste aus Ostdeutschland. Mit klarem Kompass hielt er gegen römische Vorgaben stand und wurde zum Paten der katholischen Schwangerschaftskonfliktberatung donum vitae. Mit ökumenischem Sinn war er Präsident des Ök. Kirchentages 2003 in Berlin. Ich bin sehr glücklich, ihn immer wieder getroffen zu haben - in ökumenischer Mission vor allem. Wir Ostdeutschen hatten es damit über die Zeiten wegen der Repressionen einerseits und der Diasporasituation andererseits etwas leichter. Vor wenigen Wochen haben Sie von ihm Abschied nehmen müssen und ihn gewürdigt.

Es ist diese Orientierung am Gemeinwohl, die die katholische Zivilgesellschaft nun seit 175 Jahren prägt.

Die Katholikentage befassten sich immer mit drängenden Fragen der Zeit. Bis heute. Sie sind damit ein wichtiger Teil der öffentlichen Meinungsbildung.

Die Stellungnahmen des ZdK lesen sich wie ein roter Faden der gesellschaftlichen Entwicklung im Laufe der Jahrzehnte. Ob Nato-Doppelbeschluss, Anti-Atom-Bewegung, Deutsche Einheit, Flüchtlingskrise, Klimawandel oder innerkirchliche Debatten – etwa zum Missbrauchsskandal.

Als Bundestagsvizepräsidentin und auch ganz persönlich freut mich besonders ihr gegenwärtiges Engagement zur Stärkung der Wahlbeteiligung. Und: ZdK und Katholikentag haben sich klar gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck positioniert. Der Katholikentag Erfurt ist Teil des Netzwerkes „Thüringen welt-offen“. Die Mobilisierung der Demokraten ist ein Schlüssel zur Begrenzung der Rechtsradikalen.

Schon im November vergangenen Jahres hatte sich das ZdK, im Januar dann die nord-ostdeutschen Bischöfe als erste klar gegen eine Wahl von Rechtspopulisten ausgesprochen. Ihr Beispiel hat seitdem Schule gemacht, wenig später folgten die Diözesan- und Katholikenräte mit einer ähnlichen Erklärung, später auch die evangelischen Bischöfe 😊 Gut so!

Sehr geehrte Damen und Herren,
es war ein langer Weg, den die Katholikinnen und Katholiken im Wechsel der politischen Systeme gegangen sind: von der bevormundeten Minderheit in den Ländern des Deutschen Bundes über die Ausgrenzung im Kulturkampf, die politische Emanzipation in der Weimarer Republik, die furchtbaren Jahre des Nationalsozialismus bis zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Staat in der Bundesrepublik.

In der DDR blieb die kath. Kirche im „fremden Haus“. Einerseits durch ihre Westbindung: Die Gebiete Erfurt, Magdeburg und Schwerin blieben Teil von westdeutschen Bistümern. Andererseits durch die Weltkirchlichkeit. Unvergessen Kardinal Bengsch: „Meine Zentrale ist in Rom.“

Die Protestanten haben es sich, nun ja ... etwas schwerer gemacht. Wir haben ja nicht diesen weltlichen Zwischenstopp in Rom. Also gab es eine strittige Debatte, ob man nun Kirche im Sozialismus, Kirche statt Sozialismus oder Kirche trotz Sozialismus sein wolle...

Beide Kirchen verstanden sich als Rückzugs- und Schutzraum, beispielsweise für die entstehende Friedensbewegung der Bausoldaten, die oft aus christlicher Überzeugung der Dienst an der Waffe ablehnten.

Ein Meilenstein war sicher die Elisabethwallfahrt zum 500. Todestag der ökumenischen Heiligen 1981 hier in Erfurt. 65 000 Katholik*innen kamen zusammen und zahlreiche ausländische Gäste. Ein einmaliges Gemeinschaftserlebnis, von den staatlichen Autoritäten beargwöhnt.

Zwei Jahre später gab es im Lutherjahr 1983 mit dem regionalen Kirchentag in Dresden mit 100.000 Menschen die teilnehmerreichste kirchliche Veranstaltung, die die DDR jemals gesehen hatte.

1987 dann das Katholikentreffen ebenfalls in Dresden. Ein Katholikentag, der nicht so heißen durfte. Sein Leitwort „Gottes Macht — unsere Hoffnung“: eine Absage an säkulare Hoffnungsträger. Im Rückblick spürt man schon den Anlauf zur Friedlichen Revolution.

In den oppositionellen Basisgruppen trafen sich Katholik*innen wie Protestant*innen, ebenso wie später bei den Montagsdemonstrationen. In ökumenischer Gemeinschaft brachten wir den SED-Staat zu Fall. Erkämpften uns

Demokratie und Freiheitsrechte. Ein Meilenstein der ökumenischen Zivilgesellschaft.

Auch in den vergangenen Monaten haben Bürgerinnen und Bürger überall in unserem Land gezeigt, dass sie für unsere Verfassung einstehen – unter ihnen viele Christinnen und Christen. Menschen, die zum Teil noch nie auf einer Demo waren, hatten das Gefühl: Jetzt ist es soweit. In vielen Orten waren es die größten Demonstrationen in Ostdeutschland seit der Friedlichen Revolution. Und es stimmt: Was wir vor 35 Jahren erstritten haben, das müssen wir immer wieder verteidigen, gerade auch jetzt.

Das haben die Kommunalwahlen in Thüringen am Sonntag gezeigt. Wo die Zivilgesellschaft zusammenstand, auch die aus den Kirchengemeinden, da ist es oft gelungen, die Demokratiefeinde zumindest einzudämmen. Aber wir sollten uns nichts vormachen. In vielen Kommunalparlamenten wird es schwerer werden für Menschen, die anders sind, leben oder glauben, für Menschen, die sich einsetzen für Weltoffenheit und Demokratie. Viele haben heute Angst, was sie erwartet. Die meisten aber sind dennoch entschlossen! Sie werden auch den Schutz, die Klarheit und die Haltung brauchen, die wir Christenmenschen individuell wie institutionell bereits deutlich gemacht haben. Und, weil es etwas ist, das nur wir können: Beten wir auch für sie.

Diese Demokratie ist nicht selbstverständlich! Sehr geehrte Damen und Herren, die freiheitliche Demokratie und ihre Werte brauchen das Engagement der ganzen Gesellschaft.

Ganz praktisch und nur als Beispiel: Rund 660.000 katholische Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene engagieren sich in den Verbänden. So manche politische Karriere hat ihren Anfang in der Kirche genommen. Parteiübergreifend. Von Joschka Fischer über Norbert Blüm, Alois Glück und Wolfgang Thierse bis zu Andrea Nahles und dem ehemaligen OB von Erfurt Manfred Ruge, der sich schon vor der friedlichen Revolution weltkirchlich engagierte.

Gerade vor einigen Wochen fand wieder bundesweit die 72-Stunden-Aktion statt. Auch in Thüringen. Da wurden Stolpersteine geputzt in Arnstadt und Weimar oder in Pflegeheimen eine Begegnung der Generationen organisiert. In Erfurt war auch die Evangelische Jugend dabei. Ein tolles Beispiel für das gesellschaftliche Engagement der Kirche.

Sehr geehrte Damen und Herren,
können wir trotz all der Austritte, der Taufzurückhaltung und den moralischen Abgründen der sexuellen Gewalt zuversichtlich sagen, dass die Kirchen und ihre zivilgesellschaftlichen Kräfte eine wichtige Größe in Deutschland bleiben werden? Ich weiß es natürlich auch nicht, aber sicher bin ich: Ohne dieses zivilgesellschaftliche Engagement der Christen*innen wird der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft nicht besser.

Liebe Schwestern und Brüder,
Ich weiß, wie schwer und aufreibend und im Ergebnis auch nicht wirklich befriedend der Synodale Weg ist. Ich weiß um die Enttäuschungen und die bleibende Hoffnung auch. Gleichwohl: In aller Unvollkommenheit, bei allem Schmerz – dieser Weg ist auch beispielgebend. Gerade nicht, weil alles richtig war und ist. Eine Gesellschaft kann davon lernen. Gerade in Umbruchzeiten und Krisen.

Und es bleibt ja: Die Kirchen bauen Brücken in alle Schichten. Sie verfügen über ein enges Netz in der Gesellschaft: In praktisch jedem Dorf gibt es eine Kirchengemeinde oder wenigstens zwei oder drei, die sich versammeln. Die Kirchen sind keine „Bundesagentur für Werte“. Aber sie zeigen Haltung. Immer wieder. Sie stehen an der Seite der Schwachen und begleiten die Menschen in guten wie in schlechten Zeiten. Sie setzen sich für Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung ein. Sie leisten Versöhnungsarbeit. Und sie sind wichtige Partnerinnen des Staates in sozialen Fragen.

Das Land, in dem wir heute leben, ist nicht das, von dem wir einst träumten. Auch nicht die Mütter und Väter des Grundgesetzes, die die Würde des Menschen ganz an den Anfang stellten und nicht die friedlichen Revolutionäre. Aber was heißt das? Dass wir eben nicht im Paradies leben... Und dass es Arbeit gibt.

„Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen ...“ heißt es in der Präambel des Grundgesetzes. Besser kann es kein Mensch sagen, aber größer kann die Aufgabe auch kaum sein.

Also, rausgehen und beieinanderbleiben. Annehmen, der oder die andere könnte auch recht haben. Zuhören und nicht zutexten. Widersprechen, wo nötig, aber ohne Schaum vorm Mund.

Das ZdK und der Katholikentag sind ein wirklich guter Ort dafür. Auch deswegen bin ich heute so gern hier bei Ihnen. Ich danke Ihnen sehr für Ihr Engagement. Und freue mich auf unsere Diskussion. Heiter, unverzagt und behütet.

3.5. Zukunft hat der Mensch des Friedens

Rede der ZdK-Präsidentin Irme Stetter-Karp beim Abschluss-gottesdienst des 103. Deutschen Katholikentags in Erfurt am 02. Juni 2024 - es gilt das gesprochene Wort

Liebe Besucherinnen und Besucher dieses Katholikentags,
liebe Erfurterinnen und Erfurter,

wir haben fünf Tage der Gemeinschaft erlebt. Tage mit offenen Herzen! Tage mit offenen Händen, die wir einander gereicht haben. Das war wichtig! Es war eine Botschaft in dieses Land hinein: Wir wollen miteinander leben – nicht

gegeneinander! Wir wollen den Frieden suchen – und dem Hass widerstehen. Wir wollen unsere Demokratie mit Leben füllen – und als Kirche ein Haus sein, dass unsere Sehnsucht nach mehr stillt, nach einem Leben in Fülle.

Demokratie und Christsein – das passt gut zusammen. Das haben diese Tage hier in Erfurt gezeigt. Als Christen glauben wir, dass wir am Frieden arbeiten können. Wir setzen auf die Würde eines jeden Menschen! Sie darf niemals mit Füßen getreten werden. Stattdessen müssen wir sie hoch in den Himmel heben! Diese Botschaft hatte der 103. Deutsche Katholikentag hier in Erfurt. Was wir hier öffentlich bestärkt haben, muss auch in Zukunft gesagt werden können: Die Würde des Menschen ist unantastbar! Damit das so bleibt, müssen wir den öffentlichen Raum verteidigen. Er ist die Heimat der Demokratie. Er ist die Heimat der Freiheit. Und er ist die Heimat der Christen.

Denn unser Glaube befreit uns aus Angst und Kleinmut. Er gibt uns auf, öffentlich für die Würde unserer Mitmenschen einzustehen, für die unserer Nachbarn UND der Fremden. Er gibt uns auf, die Meinungsfreiheit zu verteidigen und das Miteinander in unserer Gesellschaft zu stärken.

Diese Tage in Erfurt haben mich auch persönlich gestärkt. Ich hoffe, es geht Ihnen allen ebenso – danke, dass Sie hier waren!

Viele Monate der Arbeit gehen einem solchen Katholikentag voraus. Es ist wunderbar, dass es Menschen gibt, die dies alles auf sich nehmen – für andere!

Ich danke allen, die diesen Katholikentag in Erfurt möglich gemacht haben:

dem gastgebenden Bistum und dem Verband der Diözesen Deutschlands, der Stadt Erfurt und dem Land Thüringen, den über 900 Helferinnen und Helfern, den Sanitätern, allen Rettungs- und Ordnungskräften, der Polizei und der Feuerwehr, unseren Unterstützerinnen überall im Land und im Bund, den gastfreundlichen Erfurterinnen und Erfurtern.

Auch unseren evangelischen Geschwistern und unseren Schwestern und Brüdern in den Religionen, die mit uns gemeinsam dieses Treffen zu einem Ökumenischen Katholikentag gemacht haben. Und natürlich den vielen, vielen Menschen, die sich in der Vorbereitung und Durchführung des Programms engagiert haben.

Seien Sie behütet! Und kehren Sie mit Freude im Herzen nach Hause zurück in dem klaren Bewusstsein: Zukunft hat der Mensch des Friedens! Zukunft haben WIR ALLE als Menschen des Friedens.

3.6. Es gilt, den Frieden in Kriegszeiten vorzubereiten

Rede der ZdK-Präsidentin Dr. Irme Stetter-Karp im Rahmen der ZdK-Vollversammlung vom 22./23. November 2024 - es gilt das gesprochene Wort

Der 6. November war ein transatlantisches Politbeben. Am Morgen gewinnt Donald Trump mit großem Vorsprung die Präsidentschaftswahl; die Republikaner sichern sich zudem die Mehrheit im Repräsentantenhaus und im Senat. Am Abend zerbricht die Ampel-Koalition, die nun ohne Mehrheit weiterregiert. Da geht fast unter, dass am Nachmittag im fragmentierten Sächsischen Landtag die Sondierungen für eine Brombeer-Koalition scheiterten und es keine Optionen für alternative Mehrheiten gibt.

Die Lage könnte – auch angesichts des fortwährenden russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und der Situation in Israel und Palästina - kaum schwieriger sein. Und gerade deshalb ist Resignation keine Option. Denn es geht um Großes und Grundsätzliches: Darum, dass die Menschenwürde unantastbar bleibt, dass Teilhabe für alle Wirklichkeit wird und die sozial-ökologische Transformation gelingt. Und darum, das demokratische Gemeinwesen, das weltweit doppelt und dreifach unter Druck geraten ist, wieder resilient, stark und attraktiv zu machen!

Kirchen(politische) Themen

Unter Druck steht auch unsere Kirche. Vor gut einem Monat endete die Weltsynode „Für eine synodale Kirche: Gemeinschaft, Teilhabe und Sendung“ in Rom. In den Berichten zeigt sich, dass die Anwesenheit und Beteiligung von Laiinnen und Laien die Gesprächskultur verändert hat. Gemeinschaft war möglich und ebenso wurde auf erfreuliche Weise die Vielfalt der katholischen Welt spürbar.

Und trotzdem müssen wir weiterhin feststellen, dass auch diese Weltsynode eine Bischofssynode war. Eine Veränderung der Gesprächskultur allein ist nicht ausreichend genug, sie ermöglicht keine gleichwertige Teilhabe. Es ist und bleibt für mich eine große Enttäuschung, dass die Gleichrangigkeit der Geschlechter, die sich aus der unveräußerlichen Würde jedes Menschen herleitet, weiter nicht beachtet wird. Der große Anspruch, die Kirche wolle zuhören lernen, erweist sich hier erneut als Leerformel. Gleichzeitig gibt es Erfreuliches: es ist der Energie und dem Einsatz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Synode zu verdanken, dass wichtige Themen nicht einfach nur in Arbeitsgruppen verschwunden sind. Diesem Einsatz ist es ebenso zu verdanken, dass die Frage der Weihe von Diakoninnen offengehalten worden ist. Nicht, dass das irgend hinreichend wäre. Dennoch: Das Thema Zugang von Frauen zu Weiheämtern lässt sich einfach nicht mehr von der Agenda streichen!

Gleichzeitig hat Papst Franziskus selbst zum Abschluss der Synode ein Zeichen gesetzt – ein Zeichen, das ich durchaus als kleine Sensation bezeichnen würde: mit seinem Verzicht auf ein Nachsynodales Schreiben zum Abschluss der Synode hat er der Weltsynode eine große Bedeutung im synodalen Prozess zuerkannt. Damit sollen ihre Beschlüsse in der Weltkirche direkt umgesetzt werden - mit allem Interpretationsspielraum, den dieses Dokument mit sich bringt. Dieses gewichtige Zeichen der Wertschätzung einer synodalen Kirche und den dafür notwendigen synodalen Prozessen wollen wir als Bestärkung

für unser gemeinsames synodales Arbeiten sehen und als Rückenwind in dieses Arbeiten mitnehmen!

Denn unser gemeinsames synodale Arbeiten werden wir schon heute in drei Wochen weiter einüben. Am dritten Adventswochenende kommt der Synodale Ausschuss zu seiner dritten Sitzung in Wiesbaden Naurod zusammen. Seit der letzten Sitzung haben sich die drei Kommissionen konstituiert und ihre Arbeit aufgenommen. Der Synodale Ausschuss wird sich im Dezember also nicht nur mit dem Abschlussdokument der Weltsynode beschäftigen, sondern ebenso die ersten Zwischenergebnisse aus der Arbeit der drei Kommissionen beraten, die sich mit der Synodalität als Strukturprinzip der Kirche und der Ordnung eines Synodalen Rates (Kommission I), mit der Evaluation und dem Monitoring der Umsetzung der Beschlüsse des Synodalen Weges (Kommission II) sowie der Weiterführung der Initiativen des Synodalen Weges (Kommission III) befassen. Wir arbeiten somit kontinuierlich und unermüdlich weiter daran, dass aus Worten Taten werden!

Papst Franziskus hat in seiner Abschlussrede zur Weltsynode Auszüge aus einem Gedicht von Madeleine Delbrel zitiert und dabei festgehalten, dass diese Verse „ein Gebet sind“. Die Verfasserin dieser Verse ist für mich ein leuchtendes und ermutigendes Beispiel dafür, dass Wort und Tat, Herz und Hand gebraucht werden, um die Welt zum Besseren zu verändern. Wort und Tat, Herz und Hand braucht es auch, damit unsere Kirche zu einer synodalen Kirche wird.

Neben der Bekämpfung der strukturellen Ursachen des Missbrauchs innerhalb der katholischen Kirche fordern wir als ZdK seit langem eine gesetzliche Absicherung des Amtes der Unabhängigen Beauftragten sowie des Betroffenenrates und der Aufarbeitungskommission. Die Erfahrung in unserer Kirche hat doch gezeigt: Öffentlicher Druck ist maßgeblich, damit sich Institutionen einer Aufarbeitung stellen. Deshalb unterstützen wir den vorliegenden Gesetzesentwurf zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und

Jugendlichen mit Nachdruck, auch wenn wir an konkreten Punkten Nachbesserungsbedarf sehen.

Das Gesetz muss explizit Betroffene von Missbrauch stärken, unter anderem durch ein Recht auf individuelle Aufarbeitung sowie ein dezentrales und gut ausgestattetes Beratungs- und Unterstützungssystem.

Dass der Fonds sexueller Missbrauch nicht im Gesetz verankert wurde, ist aus unserer Sicht ein massives Versäumnis.

Es braucht zudem dringend gesetzliche Vorgaben und einheitliche Standards im Bereich von Prävention und Aufarbeitung, die auch für nicht-öffentliche Kinder- und Jugendeinrichtungen verpflichtend sind.

Unsere Positionen konnte Marc Frings Anfang November als Sachverständiger im zuständigen Familienausschuss des Bundestags vortragen und markieren. Durch die Verabschiedung des Gesetzes mit überparteilicher Unterstützung kann der Deutsche Bundestag jetzt ein starkes und dringend notwendiges Zeichen der Solidarität mit den Betroffenen von sexuellem Missbrauch setzen. Wenn dies nicht vor den Neuwahlen geschieht, wird das Gesetz vermutlich um Monate zurückgeworfen. Es liegt in der Verantwortung der Abgeordneten, dafür zu sorgen, dass der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt weiter vorangebracht wird!

Lassen Sie mich an dieser Stelle auf die Aufarbeitung in der Causa Hengsbach eingehen, die Ende Oktober auch von den Medien aufgegriffen wurde. Mit den zwei Studien werden wir uns unserer eigenen Vergangenheit stellen, das ist gut und wichtig. Mehr dazu morgen von unserem Generalsekretär.

Internationale Herausforderungen

In sechzig Tagen wird in Washington ein neuer Präsident vereidigt. Die Rückkehr von Donald Trump ins Weiße Haus ist gerade mit Blick auf die geopolitischen Herausforderungen eine Katastrophe zur Unzeit.

Russland führt seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine fort und setzt darauf, dass die Solidarität bröckelt und die Waffenlieferungen zum Erliegen kommen. Die hybride Kriegsführung reicht auch nach Deutschland. Desinformationskampagnen machen viele Menschen empfänglich für Simplifizierungen und Propaganda.

Als katholische Zivilgesellschaft müssen wir widersprechen und auch gegenüber der neuen Bundesregierung darauf bestehen, dass die Ukraine zu einem gerechten und dauerhaften Frieden kommt. Es gilt, den Frieden in Kriegszeiten vorzubereiten. Diplomatie und zivile Konfliktbearbeitung sind dabei gleichermaßen unverzichtbar. Auch wenn die Einsicht schmerzt, möchte ich sie klar benennen: Waffenlieferungen sind und bleiben notwendig, um die Verteidigung der Ukraine sicherzustellen.

Mit großer Sorge beobachten wir die weiteren Entwicklungen in Israel, Gaza und dem Libanon. Immer noch sind 101 Geiseln in der Gewalt der Hamas. Die israelische Bevölkerung ist zutiefst gespalten. Die Kritik am Vorgehen der rechten Regierung Netanjahus wächst zunehmend, innenpolitisch wie international.

Aus der West Bank berichten christliche Palästinenser*innen von der zunehmenden Gewalteskalation durch radikale Siedler. Ganz konkrete Berichte erreichten mich von der lutherischen Gemeinde aus Bethlehem, deren Dar al-Kalima Universität von der IDF angegriffen wurde; Gott sei Dank kam es nicht zu Toten oder Verletzten. An der Uni werden mehrheitlich muslimische Studierende ausgebildet – eines von vielen Beispielen, die belegen, wie wichtig die christliche Präsenz für alle Menschen in den besetzten Gebieten ist.

Weiter ist die humanitäre Lage im Gazastreifen verheerend, die Menschen leiden unter Dehydrierung und Unterernährung. Auch die katholischen Hilfswerke rufen dringend zu Spenden auf.

Ähnlich verheerend ist die Situation im Libanon. Millionen Menschen sind auf der Flucht. Mehr als 80 % der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze.

Wir sehnen uns gemeinsam mit den vom Krieg geplagten Menschen nach einer Überwindung der Gewalt und einer stabilen Friedensordnung – und sind mit ihnen im Gebet verbunden.

Ich bin überzeugt davon, dass den multiplen Krisen der Gegenwart, auch in den vergessenen Konflikten dieser Welt außerhalb Europas nur mit einem noch unermüdlicheren Einsatz für eine gerechtere Welt begegnet werden kann. Konkret heißt das, in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts entschlossener denn je an den UN-Nachhaltigkeitszielen zu arbeiten. Entwicklungszusammenarbeit ist dafür ein unverzichtbarer Pfeiler – und unsere weltkirchlichen Werke maßgebliche Akteure, die konsequent für einen gerechten Planeten eintreten. Der Notwendigkeit humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit lässt sich nicht mit drastischen Haushaltskürzungen beugen.

Bei der Weltnaturkonferenz in Kolumbien gelang keine Einigung darüber, wie die dringend benötigten Gelder ausgezahlt werden sollen, um bis 2030 weltweit dreißig Prozent aller Flächen unter Schutz zu stellen. Für dieses Ziel hatten wir uns vor zwei Jahren in der Vollversammlung ausgesprochen. Das Artensterben schreitet voran – und mit ihm der Verlust unserer Lebensgrundlagen.

Heute endet die Weltklimakonferenz in der aserbaidjanischen Hauptstadt Baku. Auch dort geht es darum, die Finanzierung zu sichern, um Emissionen massiv zu senken, Anpassungen umzusetzen und die vulnerabelsten Welt-

regionen zu entschädigen. Einen Loss-and-damage-Fonds, der das Verursacherprinzip ernstnimmt und mit jährlich 400 Milliarden Dollar ausgestattet ist, haben wir vor einem Jahr als Vollversammlung gefordert. Nun gibt es ihn, aber er ist chronisch unterfinanziert. Die COP in Baku darf nicht ohne ein neues Klimafinanzierungsziel enden, das alle drei Bereiche – Emissionsminderung, Klimaanpassung sowie Verluste und Schäden – adressiert. Nichtstun ist teurer als Klimaschutz! Als ZdK fordern wir, dass die CO₂-Preise steigen, und dass es endlich einen Kompensationsmechanismus gibt!

Migrationsdiskurs in Deutschland

Wir erleben, dass im Diskurs um Flucht und Migration in diesem Herbst der Konflikt zwischen Offenheit und Restriktion neu entflammt ist. In einer von Krisen ermüdeten Gesellschaft fiel die verschärfte Rhetorik auf fruchtbaren Boden, auch an den Wahlurnen in Ostdeutschland. Es gibt eine schrittweise Veränderung der Migrationspolitik, aber keine sachliche, lösungsorientierte Debatte, die nach angemessenen Maßnahmen sucht. Stattdessen sehen wir auch bundespolitischen Aktionismus: An allen Grenzen wurden ohne Absprache mit unseren europäischen Nachbarn kurzfristig Kontrollen eingeführt. Solingen hat offengelegt, dass Abschiebungen scheitern, weil Zuständigkeiten im föderalen System unklar sind und Fristen verstreichen, während die Radikalisierung eines Täters unbemerkt bleibt. Statt Grenzpopulismus braucht es klarere Entscheidungsstrukturen bei Rückführungen und mehr Handlungsfähigkeit in der Extremismusbekämpfung!

Das durch Abschottung verursachte Leid gerät oft aus dem Blick. Als ZdK müssen wir im Bundestagswahljahr bereit sein, unsere Stimme zu erheben und auf ein zukunftsfähiges Konzept in der Migrationspolitik zu drängen, dass die Menschenrechte der Geflüchteten wahrt und in dem Migration und Kriminalität keine Synonyme darstellen. Heute haben wir mit dem vorliegenden Antrag die Gelegenheit dazu, unsere Position zu schärfen.

Es ist nicht zu leugnen, dass Landkreise und Kommunen bei der Unterbringung der Geflüchteten vor großen Herausforderungen stehen. Falsch ist es jedoch, Menschen mit Einwanderungsgeschichte für Probleme auf dem Wohnungsmarkt oder im Gesundheitssektor verantwortlich zu machen. Fluchtmigration ist nicht die Ursache dieser Missstände, sondern legt sie schonungslos offen. Aus christlicher Perspektive müssen wir dafür einstehen, dass Gräben zwischen Zugezogenen und der Aufnahmegesellschaft nicht vertieft werden.

Bioethische Fragen

Auch in den bioethischen Fragen ist unser Engagement gefragt. Die Debatte rund um § 218 StGB und Schwangerschaftsabbrüche nimmt deutlich Fahrt auf. In der letzten Woche hat eine interfraktionelle Abgeordnetengruppe einen Entwurf eingereicht, mit dem der Schwangerschaftsabbruch außerhalb des Strafgesetzbuchs geregelt und bis zur 12. Woche rechtmäßig werden soll. Die Beratungspflicht soll erhalten bleiben, die Drei-Tage Frist aber abgeschafft werden. Wir müssen diesen Gesetzentwurf deutlich kritisieren: Die doppelte Anwaltschaft für das ungeborene Leben und die Frauen muss unverändert bestehen bleiben. Und es darf keinen abgestuften Lebensschutz geben. Ich warne davor, diesen Gesetzentwurf in dieser unsicheren politischen Lage im Eilverfahren verabschieden zu wollen. Dieses existenzielle, bioethische Thema muss in Ruhe diskutiert und abgewogen werden. Das habe ich wiederholt eingefordert. Für eine gesellschaftliche Debatte dazu verbleibt bis zur Neuwahl nicht genügend Zeit. Hier muss der Bundestag und müssen alle Parteien die Tragweite einer gesetzlichen Neujustierung im Blick behalten. Für ein Hau-ruckverfahren ist der Lebensschutz denkbar ungeeignet!

Auch Fragen der Eizellenspende, Organspende und Suizidassistentz werden uns weiterhin beschäftigen. Wir sind inhaltlich gut darauf vorbereitet – durch die intensive Arbeit der Ad hoc AG Suizidassistentz und -prävention und die bioethische Veranstaltungsreihe in den letzten Wochen. Tagesaktuell ergän-

ze ich: mehr als 100 Abgeordnete wollen in ihrem Antrag die Einführung der Widerspruchslösung im Bundestag zur Entscheidung bringen. Vor dem Hintergrund einer neuen Studie des Max-Planck-Instituts sind Fragen zu stellen. Im Hauptausschuss im Januar wollen wir uns damit befassen.

Wahlen und Stand der Demokratie

Wir stehen nun 93 Tage vor der Bundestagswahl. Mit dem Initiativantrag des Präsidiums und der Sprecher*innen liegt ein kraftvoller Text vor, in dem wir vor den Sogkräften populistischer Verführungen warnen und entschieden dafür plädieren, um seriöse und sachliche Lösungen zu ringen und diese in der neuen Legislaturperiode umzusetzen. Ich werbe bereits an dieser Stelle um Ihre Unterstützung für diesen Antrag.

Im Januar werden wir im Hauptausschuss mit dem Politischen Programm ein Portfolio der ZdK-Positionen und unsere Forderungen zur Bundestagswahl abstimmen, um uns dann im Wahlkampf und in den Koalitionsverhandlungen zu Wort zu melden.

Das ZdK steht entschieden für die parlamentarische Demokratie ein, die unter äußerem und innerem Druck steht. Im Bündnis „Zusammen für Demokratie“ tritt das ZdK gemeinsam mit Gewerkschaften, Kirche, der Wohlfahrtspflege und vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen für die unteilbaren Menschenrechte, für soziale Gerechtigkeit und eine klimagerechte Zukunft ein. Ich möchte hinzufügen: Als Gottes Ebenbild geschaffen, haben alle Menschen die gleiche Würde und gleiche Rechte. Angriffe auf Minderheiten und völkische Ideologie sind menschenfeindlich und gefährden die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Selbstverständlich gilt für uns: Muslim*innen und Jüd*innen sind Bestandteil der deutschen Gesellschaft. Angesichts der erschreckenden Zunahme

antisemitischer Übergriffe fordern wir wirksame Maßnahmen zum Schutz des jüdischen Lebens. Dafür bedarf es einer verstärkten öffentlichen Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen im Bildungsbereich, von Dialog und Prävention gegen Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit, von Rassismus und Rechtsextremismus – diesen erleben wir eben nicht nur an den extremen Rändern, sondern zunehmend auch in der Mitte der Gesellschaft.

Seit der Gründung 1999 zeichnet sich die Zusammenarbeit von Christ*innen und Muslim*innen im Gesprächskreis des ZdK durch ein hohes Maß an Vertrauen und Respekt aus. Die Gleichberechtigung, die dieses Miteinander prägt, wird künftig durch einen Vorsitz von zwei Personen, einem christlichen und einem muslimischen Mitglied des Kreises, sichtbar werden. Den christlichen Vorsitz wird weiterhin Prof. Dr. Anja Middelbeck-Varwick wahrnehmen, wofür ich an dieser Stelle mit Nachdruck danke. Mit ihr wird künftig Dr. Esnaf Begić den Gesprächskreis leiten. Begić ist Bosniake, arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Islamische Theologie in Osnabrück, war Gründungs-Geschäftsführer des Islamkollegs Deutschland und ist seit vielen Jahren im interreligiösen Dialog engagiert.

Am 30. September haben sich die beiden Gesprächskreise „Juden und Christen“ und „Christen und Muslime“ in Frankfurt getroffen, um sich über die schwierigen Erfahrungen im interreligiösen Dialog nach dem 7. Oktober 2023 auszutauschen.

Angesichts der vielerorts angespannten Situation in der interreligiösen Zusammenarbeit ist es ein starkes politisches Zeichen, dass unsere Gesprächskreise gemeinsam im Dialog bleiben und sich den Herausforderungen im Miteinander stellen. Der Austausch war von Vertrauen und Respekt geprägt und die beiden Gesprächskreise möchten ihn bei regelmäßigen Treffen fortführen.

Jetzt gleich erproben wir diese Haltung im Rahmen des Demokratie-Barcamps. Mit dieser demokratisch-partizipativen Methode können Sie Alle sich

einbringen. Wir wollen den breiten Erfahrungsschatz der Verbände, Räte und Einzelpersonlichkeiten sichtbar machen, sowie Ideen und Projekte, mit denen Sie die Demokratie stärken, vernetzen. Jetzt ist die Zeit den nächsten Schritt zu tun und eine starke, strategische Allianz zu bilden!

4. Pressemitteilungen

Dienstag, 16. Januar 2024

Startschuss für den Katholikentag in Würzburg

Trägerverein unter Leitung von Alexander Schraml gegründet

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum 104. Deutschen Katholikentag 2026 in Würzburg ist gemacht: Heute (Dienstag, 16. Januar 2024) hat sich im „Kilia-neum-Haus der Jugend“ in Würzburg der Trägerverein für das Großereignis gegründet. Der Katholikentag findet vom 13. bis 17. Mai 2026 statt. Er wird vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) veranstaltet, Gastgeber ist das Bistum Würzburg

Bei jedem Katholikentag wird zur organisatorischen, rechtlichen und finanziellen Abwicklung ein eigener Trägerverein ins Leben gerufen. Der neue Verein trägt den Namen „104. Deutscher Katholikentag Würzburg 2026 e.V.“

Zum Vorsitzenden wählten die Gründungsmitglieder den Juristen und Hochschullehrer Prof. Dr. Alexander Schraml, der bis 2023 Vorstand der Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg war. Der Würzburger Bischof Dr. Franz Jung, zu Gast in der Gründungsversammlung, verlieh seiner Freude Ausdruck, „dass große Bereitschaft in Würzburg besteht, sich für diesen Katholikentag zu engagieren“.

Zum Geschäftsführer wurde Roland Vilsmaier bestellt. Weitere Mitglieder des Trägervereins sind Domkapitular Clemens Bieber, Andrea Czech, Vorstandsmitglied des Diözesanrats Würzburg, Marc Frings, Generalsekretär des ZdK, ZdK-Vizepräsident Wolfgang Klose, Dr. Andreas Kratel, Leiter der Abteilung Katholikentage und Großveranstaltungen beim ZdK, Rechtsanwältin Ulrike Lang, stellvertretende Vorsitzende des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) in Würzburg, Bundestagsabgeordneter Paul Lehrieder, Ralf Sauer, stellvertretender Vorsitzender des Diözesanrats Würzburg, die Ärztin Dr. Mathilde Schaab-Hench, langjährig engagiert im Trägerverein der Burg Rothenfels, der

evangelisch-lutherische Dekan Dr. Wenrich Slenczka und Dr. Jürgen Vorndran, Generalvikar der Diözese Würzburg. Ständiger Gast des Trägervereins wird Domkapitular Albin Krämer, Leiter der Hauptabteilung Seelsorge, Beauftragter des Bistums für den Katholikentag.

„Ich freue mich sehr, dass wir heute mit der Gründung des Trägervereins den Startschuss geben und ich in verantwortungsvoller Position am Gelingen des Katholikentages 2026 mitwirken darf. Der Katholikentag ist eine sehr wichtige Veranstaltung für Kirche und Gesellschaft. Würzburg bietet für die Vielzahl und Vielfalt der Veranstaltungen einen hervorragenden Rahmen“, sagte Alexander Schraml.

Als Gäste der Gründungsversammlung nahmen auch Christine Haupt-Kreutzer, stellvertretende Landrätin des Landkreises Würzburg, sowie Würzburgs Oberbürgermeister Christian Schuchardt teil. Er sagte: „Würzburgs Silhouette ist geprägt von den unzähligen Sakralbauten und den Kirchturmspitzen. Allein die 49 katholischen Kirchen in unserer Stadt bilden eine prächtige und geschichtsträchtige Kulisse für den Katholikentag 2026.“ Er freue sich, dass diese wichtige Zusammenkunft im Zeichen des Glaubens zum ersten Mal seit 1907 wieder in Würzburg stattfinde und sich die Stadt Zehntausenden Besuchern aus nah und fern als idealer Gastgeber präsentieren könne. „Gerne steigen wir als Stadtverwaltung frühzeitig in die Organisation dieses Großereignisses mit ein und unterstützen die Vorbereitungen, wo wir nur können.“ Christine Haupt-Kreutzer zeigte sich überzeugt, dass der Katholikentag Gelegenheit sei, „sich mit wichtigen religiösen Themen auseinanderzusetzen, über soziale Gerechtigkeit zu sprechen und das Gemeinschaftsgefühl der katholischen Kirche zu stärken. Auch wir im Landkreis Würzburg freuen uns, dass dieses wichtige Ereignis 2026 in Würzburg stattfindet und sind uns sicher, dass es über die Landesgrenzen hinaus Strahlkraft und Anziehungskraft haben wird.“ Der Landkreis stehe mit seinen Netzwerken zur Verfügung.

Für Roland Vilismaier, den Geschäftsführer des Katholikentags, liegt ein Fokus auf wichtigen organisatorischen Fragen: „Zentral ist für uns jetzt auch schon die Suche nach geeigneten Veranstaltungsorten und Hotels in Würzburg.“ Im Spätsommer 2024 wird das Organisationsteam von Erfurt nach Würzburg umziehen. In Erfurt wird aktuell der 103. Deutsche Katholikentag vorbereitet – für die Zeit vom 29. Mai bis 2. Juni 2024.

Der 104. Deutsche Katholikentag ist eine Großveranstaltung, bei der Themen aus Kirche, Politik und Gesellschaft diskutiert werden. Er findet vom 13. bis 17. Mai 2026 in Würzburg statt. Erwartet werden mehrere zehntausend Gäste aus dem gesamten Bundesgebiet. Katholikentage werden vom ZdK in der Regel alle zwei Jahre an wechselnden Orten veranstaltet.

Dienstag, 23. Januar 2024

Jan Helge Kestel neuer Vorsitzender des Trägervereins des Katholikentags in Erfurt

Jan Helge Kestel, Präsident der Rechtsanwaltskammer Thüringen, ist heute zum neuen Vorsitzenden des Trägervereins für den 103. Deutschen Katholikentag in Erfurt gewählt worden. Der Rechtsanwalt folgt dem langjährigen Erfurter Oberbürgermeister Manfred Ruge nach, der im Dezember 2023 zurückgetreten war.

Kestel wurde am heutigen Nachmittag in die Mitgliederversammlung des Trägervereins aufgenommen und anschließend zum Vorsitzenden gewählt. „Ich freue mich auf die neuen Aufgaben, die ich in diesem Ehrenamt wahrzunehmen habe und danke für das mir entgegengebrachte Vertrauen“, sagte Kestel. „Der Katholikentag, der Ende Mai in Erfurt eröffnet wird, ist ein wichtiges Großereignis. Gäste aus ganz Deutschland werden hier hoffentlich ein wunderbares Fest des Glaubens und des Engagements für eine solidarische, demokratische Gesellschaft erleben. Mein Ziel ist es, das Katholikentagsmotto

„Zukunft hat der Mensch des Friedens‘ bei den weiteren Vorbereitungen im Blick zu behalten und bisherige Kritik soweit möglich aufzunehmen und zu berücksichtigen“, begründet er seine Bereitschaft zur Mitarbeit.

Kestel, 1971 in Erfurt geboren, machte zunächst eine Ausbildung zum Silberschmied, bevor er ein Studium der Rechtswissenschaft in Freiburg aufnahm. Seit 2000 ist er Rechtsanwalt in Erfurt, seit 2020 in eigener Kanzlei. 2015 wurde er Präsident der Rechtsanwaltskammer Thüringen. Kestel ist auch Sprecher des Thüringer Schlichtungsbeirats.

„Ich bin dankbar, dass wir mit Jan Helge Kestel an der Spitze des Trägervereins eine Persönlichkeit gefunden haben, die in Erfurt bekannt und geschätzt ist“, sagte der Erfurter Bischof Dr. Ulrich Neymeyr. Die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp verlieh ihrer Freude Ausdruck, „dass der Verein nun wieder einen Vorsitzenden hat, von dem ich überzeugt bin, dass er mit Kopf und Herz für diesen Katholikentag engagiert sein wird.“

Der 103. Deutsche Katholikentag findet vom 29. Mai bis 2. Juni 2024 in Erfurt statt. Er wird vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) veranstaltet, Gastgeber ist das Bistum Erfurt.

Freitag, 26. Januar 2024

ZdK pro Demokratie-Initiativen gegen gesellschaftlichen Rechtsruck

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) schaut „mit Sorge auf das Erstarken rechtspopulistischer, antidemokratischer und antisemitischer Überzeugungen und Bewegungen – auch in der Mitte von Kirche und Gesellschaft“. Ausgrenzung, Hass und Hetze böten keine Lösungen für akute Probleme. „Wir verwahren uns gegen diese Reaktionen auf andere, und zwar

aus christlicher Überzeugung. Menschenfeindlichkeit ist mit dem Christentum nicht vereinbar“, erklärte heute der ZdK-Hauptausschuss.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) unterstütze deshalb die bundesweiten Demonstrationen für Demokratie, gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus. Es sei notwendig, dass sich „in einer Zeit großer Herausforderungen und damit einhergehender Verunsicherungen in weiten Teilen der Bevölkerung“ eine solche Bewegung neu formiere. Der Hauptausschuss sieht „im 103. Deutschen Katholikentag in Erfurt (29. Mai – 2. Juni 2024) eine Großveranstaltung, die dieses demokratische Engagement aufnimmt und weiterführt“.

Das Gremium blickte auch auf den morgigen Gedenktag für die Opfer des Holocaust. Das Gedenken sei in diesen Tagen, in denen der Hass gegen Juden in Israel und weltweit offen zutage trete, von größter Bedeutung. „Seit dem Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober ist die Zahl antisemitischer Vorfälle international stark gestiegen. Wir verurteilen, dass diverse Splittergruppen am 27. Januar zu einer Demonstration in Berlin gegen Israel aufgerufen haben.“ Der Versuch, Gedenktage zu nutzen und diese mit eigenen Inhalten zu belegen, sei nicht neu: „Der Antisemitismus aus allen Richtungen - inklusive der Mitte der Gesellschaft – hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter verstetigt, dies darf nicht sein, hier sind wir verpflichtet, uns aktiv dagegen zu stellen.“ Das beste Mittel gegen grassierenden Populismus sei gute Politik. Deshalb werde das ZdK „auch die Europawahl 2024 zum Anlass nehmen, auf die Bedeutung der Demokratie und Menschenwürde hinzuweisen und zur Wahl aufzurufen. Aus Demonstrationen müssen Wahlentscheidungen für demokratische Parteien werden – in Europa, in Deutschland, in Bundesländern und Kommunen. Um darauf hinzuwirken, ist die Kooperation in bundes- und europaweiten Bündnissen von entsprechenden Initiativen anzustreben.“

Der Hauptausschuss begrüßte die Erklärung von sechs Bischöfen ostdeutscher Bistümer, die jüngst vor einer Wahl der AfD gewarnt hatten. Das ZdK unterstützte es, wenn diese Position öffentlich auch von den anderen Bischöfen, katholischen Organisationen und Diözesanräten geteilt werde. „Der Hauptausschuss weist darauf hin, dass das ZdK die Unvereinbarkeit von AfD-Positionen mit dem Christsein bereits seit vielen Monaten öffentlich erklärt. Er stellt sich ausdrücklich hinter die Aussage der ZdK-Präsidentin Irme Stetter-Karp, die die Mitgliedschaft in der AfD mit einem kirchlichen Amt für unvereinbar hält.“

Freitag, 26. Januar 2024

ZdK-Präsidentin fordert „entschlossene EU-Kooperation in der Migrationspolitik“

Ein funktionierendes EU-Asylsystem ist ein langfristiges Projekt. Ebenso ausbaufähig ist das Konzept der Migrationspartnerschaften zwischen einzelnen Ländern. „Nur dann, wenn die EU und Deutschland die Interessen und Zwänge ihrer Partner adäquat berücksichtigen, können Migrations-Hebel ihre Wirkung entfalten“, sagte die Migrationsexpertin Dr. Marie Walter-Franke heute vor dem Hauptausschuss des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK).

Wer Migration steuern wolle, müsse entsprechende Anreize setzen, sagte sie. „Es gibt reichlich Potenzial, die bestehenden Hebel klüger zu nutzen. Die EU und Deutschland müssen mit ihren strategischen Partnern Lösungen entwickeln, die für beide Seiten vorteilhaft sind.“ Walter-Franke erforschte bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) bis Ende 2023 Migrationspartnerschaften. Seit 2024 arbeitet sie im Sachverständigenrat Integration und Migration (SVR) an einem Projekt zum Thema „Zugang zur Staatsbürgerschaft für Geflüchtete“.

Als Beispiel für strategische Fehler der EU in der Migrationszusammenarbeit nannte Walter-Franke die Kommunikation zum Migrationsabkommen der EU

mit Tunesien im Juli 2023. „Die EU präsentierte öffentlichkeitwirksam ihr Abkommen mit dem Land als migrationspolitischer Erfolg. Für Tunesien war es aber innenpolitisch wichtig, dass Migration neben den Bereichen Energie, Infrastruktur, Bildung und Budgethilfe nur ein Punkt unter vielen sein sollte. Die Gegenreaktion der tunesischen Regierung war also vorprogrammiert.“ „Aus diesen Fehlern sollten die EU und Deutschland Lehren ziehen“, so Walter-Franke. „Wenn Politiker*innen in Deutschland und Europa ihrer Wählerschaft migrationspolitische Erfolge signalisieren – worunter viele das Eindämmen von Migration verstehen –, wird das im Partnerland genau wahrgenommen. Das kann die Kooperationsbereitschaft der Partner erheblich einschränken.“

Die Präsidentin des ZdK, Dr. Irme Stetter-Karp, forderte eine „entschlossene EU-Kooperation in der Migrationspolitik“. Sie sagte: „Migration ist eine Realität, die gestaltet werden muss. Sie birgt große Chancen. Sie sorgt für Innovation in der Gesellschaft. Und sie gibt Zukunft.“ Gleichzeitig müssten die Ursachen für Migration genau angeschaut werden: „Es ist ein Skandal, dass Migrationsbewegungen weltweit vor allem durch Krieg, Not- und Mangelerfahrungen ausgelöst werden. Wir können uns der Mitverantwortung für ein menschenwürdiges Leben anderer nicht entziehen. Gleichzeitig können wir stärker als bisher wertschätzen lernen, dass Migrationspartnerschaften auch der deutschen Gesellschaft nützen.“

Walter-Franke warb für einen Fokus auf die Glaubwürdigkeit migrationspolitischen Handelns. „Nur das schafft langfristig Vertrauen. Und Vertrauen ist die Grundlage dafür, Migration gemeinsam gestalten zu können.“ Abkommen beeinflussten zudem nicht nur das Verhältnis zwischen der EU und dem jeweiligen Land, sondern auch Nachbarländer. „Für Ägypten ist es zum Beispiel schwer verständlich, dass Tunesien Geld dafür bekommt, seine Grenzen besser zu kontrollieren, während Ägypten dies bereits tut.“

Deutschland stehe mit dem Aufbau von Migrationspartnerschaften „ziemlich am Anfang“. Abkommen wurden bisher lediglich mit Indien (2022), Georgien

(2023) und Marokko (2024) vereinbart. Es sei der richtige Weg, „durch umfassende Migrationspartnerschaften die verschiedenen Interessen Deutschlands im Bereich Migration besser nachzugehen, anstatt sich auf Rückkehr zu fokussieren“, so Walter-Franke. Gleichzeitig seien realistische Zielvorstellungen wichtig: „Migrationspartnerschaften sind nur eine von vielen Maßnahmen, mit denen Deutschland dem Fachkräftemangel und der irregulären Migration begegnen kann.“

Irme Stetter-Karp forderte, „bei geplanten Migrationspartnerschaften sensibel auf das Timing zu achten. Gerade anstehende Wahlen können in beiden Partnerländern dazu verleiten, Druck und Anreize zu propagieren, die bei Wähler*innen kurzfristig gut ankommen, aber langfristig nicht funktionieren. Das belastet die Migrationspartnerschaft und macht sie weniger erfolgreich.“

Freitag, 02. Februar 2024

„Haltung zeigen für unternehmerische Verantwortung und Menschenwürde“

ZdK wirbt um Zustimmung zum EU-Lieferkettengesetz

Vor der finalen Abstimmung zum Lieferkettengesetz im Rat der Europäischen Union, die am kommenden Freitag stattfinden soll, ringt die Bundesregierung um ihr Votum. Wolfgang Klose, Vizepräsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, fordert eine deutsche Zustimmung zur Richtlinie: „Die Bundesregierung darf die europäische Chance, Menschenrechte und Umwelt konsequent entlang von Wertschöpfungsketten zu schützen, nicht verschenken.“

Hintergrund des Appells ist die Befürchtung, Deutschland könnte sich bei der Abstimmung enthalten, weil die FDP das EU-Lieferkettengesetz in der vorliegenden Fassung ablehnt. „Die Bundesregierung muss ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag einlösen und das Lieferkettengesetz unterstützen“, sagt Klose. „Der Menschenwürde darf sie nicht mit Enthaltung begegnen.“

Die Sprecherin für nachhaltige Entwicklung und globale Verantwortung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Bundesministerin a.D. Annegret Kramp-Karrenbauer, wünscht sich das Zustandekommen des EU-Lieferkettengesetzes: „Seit zwei Jahren wurde in den Institutionen der EU an der Richtlinie gefeilt. Der errungene Kompromiss ist im Ergebnis ein vertretbarer Interessenausgleich und ein gangbarer Weg, der nicht blockiert werden sollte.“

Das EU-Lieferkettengesetz in der abzustimmenden Fassung eröffnet Betroffenen den Zugang zu Gerichten in Europa. Zugleich legt es differenzierte Schwellenwerte vor, anhand derer Unternehmen von der EU-Richtlinie erfasst werden. Dabei kommt es auf die Zahl der Mitarbeitenden, auf den Jahresumsatz und die Risikosektoren des Unternehmens an.

Das ZdK will die europäische Fortschreibung des deutschen Lieferkettengesetzes und setzt sich für eine Richtlinie ein, welche die gesamte Liefer- und Wertschöpfungskette von Unternehmen adressiert und diese dazu verpflichtet, die Menschenrechte, die ILO-Arbeitsnormen sowie Umwelt und Klima zu achten. Gemeinsam mit seinem europäischen Netzwerk Initiative [Christen für Europa \(IXE\)](#) hatte das ZdK insbesondere gefordert, den Finanzsektor aufgrund seiner Schlüsselrolle bei der Finanzierung wirtschaftlicher Aktivitäten einzubeziehen. Auch wenn die Finanzbranche bis auf Weiteres ausgeklammert bleiben und die nachgelagerte Lieferkette nicht reguliert werden soll, unterstützt das ZdK die mühsam erarbeitete Richtlinie. Wolfgang Klose kommentiert: „Mit dem EU-Lieferkettengesetz würden nicht nur fairere und nachhaltigere Handelsbeziehungen entstehen, sondern auch einheitliche Rahmenbedingungen mit Blick auf die Sorgfaltspflichten von Unternehmen in der Europäischen Union. Wenn Europa das Signal senden will, dass eine gerechtere Globalisierung möglich ist, darf Deutschland sich nicht querstellen.“

Samstag, 03. Februar 2024

Diözesanräte bekennen sich zu christlichem Engagement gegen Ausgrenzung und Rechtsextremismus

Vertreter*innen von fünf ostdeutschen diözesanen Räten sehen „im Wahljahr 2024 gefährliche Tendenzen“ in der Gesellschaft. „Menschen werden diskriminiert und ausgegrenzt. Überwunden geglaubte Menschenfeindlichkeit erhält Platz und Stimme. Die Grenzen des Sag- und Denkbaren werden ständig verschoben“, heißt es in einer Erklärung, die heute von ihnen in Erfurt verabschiedet wurde. Die ostdeutschen Räte machen für die gesellschaftliche Stimmung „insbesondere die AfD verantwortlich, von der wir uns klar distanzieren.“

Die Erklärung unter dem Titel „Demokratie – Respekt – Christliche Verantwortung“ ist von den Diözesanräten der Katholik*innen im Erzbistum Berlin und im Bistum Görlitz sowie von den Katholikenräten der Bistümer Dresden-Meißen, Erfurt und Magdeburg unterzeichnet. Sie wurde auf der Konferenz der deutschen Diözesanräte in Erfurt verabschiedet und einstimmig von dieser Konferenz unterstützt. Der Konferenz gehören Vertreter*innen der 29 diözesanen Räte in Deutschland an. Darunter sind die Vorsitzenden der Räte, deren Geschäftsführende sowie weitere Mitglieder des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) in diesen Räten.

„Wir Katholik*innen wollen den Zusammenhalt in der Gesellschaft, das Gemeinwohl und unsere Demokratie stärken“, heißt es in der Erklärung der ostdeutschen Räte. „Vielfalt ist keine Bedrohung, sondern ein positiver gesellschaftlicher Wert. Nur in gemeinsamer Verantwortung können wir den drängenden Herausforderungen unserer Zeit wie dem Klimawandel, der Suche nach Wegen zum Frieden und der nach Erhaltung individueller sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit begegnen.“

Donnerstag, 15. Februar 2024

„Sicherheit ganzheitlich denken“

ZdK drängt auf verlässliche Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit

Anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz, die am Freitag beginnt, kritisiert Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), die haushaltspolitischen Prioritäten der Bundesregierung: „Mit dem Ungleichgewicht zwischen Verteidigung und Entwicklung sendet der Bundeshaushalt ein verheerendes Signal“, sagt sie. „Die Zeitenwende darf nicht in den aussichtslosen Versuch münden, Sicherheit mit schrumpfender Entwicklungszusammenarbeit herstellen zu wollen.“

Das Kabinett hatte sich auf einschneidende Kürzungen in den Budgets des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung verständigt. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hatte sie teils zurückgenommen, teils aber auch weiter verschärft.

Stetter-Karp ist überzeugt: „Die Bundesregierung muss ihre Zusage einlösen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe einzusetzen. Stattdessen fallen die Kürzungen im jüngst verabschiedeten Bundeshaushalt drastischer denn je aus und treffen gerade das weltkirchliche Engagement ganz massiv. Zivile Konfliktlösungen und zivilgesellschaftliche Netzwerke, die zur Bekämpfung der Ungleichheit und Armut in vielen Ländern unverzichtbar sind, drohen unterzugehen.“

Stetter-Karp hat gemeinsam mit weiteren Persönlichkeiten den Aufruf „Ohne Entwicklung keine Sicherheit!“ unterzeichnet, der von der Nichtregierungsorganisation ONE lanciert und zu Beginn der Münchner Sicherheitskonferenz in der Süddeutschen Zeitung veröffentlicht wird. Den Aufruf zeichnen auch

Annegret Kramp-Karrenbauer, ZdK-Sprecherin für nachhaltige Entwicklung und globale Verantwortung, sowie Prof. Horst Köhler, Prof. Norbert Lammert, Sigmar Gabriel, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Dr. Gerd Müller und Dr. Christoph Heusgen. Sie fordern von Deutschland und anderen Staaten des Globalen Nordens „eine Rückkehr zum 0,7-Prozent-Ziel und eine Aufstockung des Entwicklungsbudgets“. Sicherheit beruhe „neben Investitionen in die Verteidigungsfähigkeit genauso auf Investitionen in die globale Entwicklung“.

Der Zuschnitt des Appells entspreche der Position des ZdK, bekräftigt Stetter-Karp: „Wir erneuern unsere Forderung, den entwicklungspolitischen Etat, wie es im Koalitionsvertrag der Bundesregierung angekündigt worden war, an die Verteidigungsausgaben zu koppeln.“ Die ZdK-Präsidentin kritisiert zudem, dass bislang unberücksichtigte Haushaltsposten wie die Unterbringungskosten für Geflüchtete und die Studienplatzkosten für Menschen aus dem Globalen Süden mittlerweile als Entwicklungsgelder ausgewiesen würden: „Wir brauchen keine neuen Berechnungen, sondern Mut bei den Regierenden, zugunsten globaler Gerechtigkeit mehr Fortschritt zu wagen.“

Das ZdK-Präsidium hatte in seinen Erklärungen [„Zwischenruf zu Deutschlands globaler Verantwortung“](#) und [„Friedensethik in Kriegszeiten: Impulse für die Verteidigungspolitik der 20er-Jahre“](#) skizziert, wie Verteidigung und Entwicklung – auch haushaltspolitisch – aufeinander bezogen werden sollten. Im Beschluss der ZdK-Vollversammlung [„Ernährungs- und Agrarwende jetzt!“](#) wird zudem gefordert, Kompensationen für klimakrisenbedingte Schäden und Verluste sowie die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen an die klimakrisenbedingten Veränderungen sicherzustellen sowie die Mittel für das Welternährungsprogramm zum Kauf von Getreide so lange auf einem hohen Niveau bereitzustellen, wie sie in den vulnerablen Staaten gebraucht werden.

Sonntag, 18. Februar 2024**„Arbeit muss weitergehen“**

ZdK erwartet schnelle Entscheidung für den Synodalem Ausschuss

Mit Irritation reagiert die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, auf die römische Intervention in den Synodalen Weg. „Rom hat die Deutsche Bischofskonferenz quasi per Eilpost gebeten, bei ihrer Frühjahrsvollversammlung nicht über die Satzung des Synodalen Ausschusses abzustimmen und zunächst Gespräche in Rom abzuwarten. Der Tagesordnungspunkt ist seit gestern Abend abgesetzt. Das bedeutet eine weitere Verzögerung der dringend notwendigen Reformen in der Kirche“, so Stetter-Karp.

Der Synodale Ausschuss soll einen Synodalen Rat für die katholische Kirche in Deutschland vorbereiten. Ein entsprechender Beschluss der Synodalversammlung vom Herbst 2022 fand auch die nötige Zweidrittelmehrheit der Bischöfe in der Versammlung. In der konstituierenden Sitzung des Synodalen Ausschusses im November 2023 in Essen war die Satzung einstimmig verabschiedet worden. Das ZdK hatte die Satzung bei seiner Vollversammlung Ende November bestätigt. Eine Ratifizierung der Satzung durch die Deutsche Bischofskonferenz steht noch aus.

„Das ZdK erwartet, dass der Synodale Ausschuss bei seiner nächsten Sitzung im Juni voll arbeitsfähig ist“, so Stetter-Karp. „Wir arbeiten konstruktiv mit der Deutschen Bischofskonferenz zusammen. Dafür muss die Grundlage der Kooperation im Synodalen Ausschuss geklärt sein.“ Stetter-Karp erinnert daran, dass das ZdK 2019 von den deutschen Bischöfen einstimmig darum gebeten wurde, mit ihnen auf den Synodalen Weg zu gehen. „Wir erwarten von Rom, dass es das gute Miteinander der deutschen Bischöfe mit der Vertretung der Laien nicht unterminiert, sondern wertschätzt und als Ressource wahrnimmt.“

Die katholische Kirche in Deutschland hat keine zweite Chance, wenn sie jetzt den Synodalen Weg stoppt.“

„Es ist ein Widerspruch, wenn Rom synodale Prozesse fördert und fordert, dann aber mit einem Stoppschild versieht“, sagt auch ZdK-Vizepräsident Prof. Thomas Söding. „Ich gehe davon aus, dass die deutschen Bischöfe verlässlich zu ihren eigenen Beschlüssen stehen. Wir erwarten eine zeitnahe Entscheidung, die Ratifizierung der Satzung und die konstruktive Weiterarbeit auf dem Synodalen Weg. Im Gespräch mit Rom werden die deutschen Bischöfe die Dringlichkeit der Weiterarbeit deutlich machen müssen.“

Montag, 26. Februar 2024

„Ein Mann klarer Worte in Kirche und Gesellschaft“

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) trauert um seinen ehemaligen Präsidenten Alois Glück.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) trauert um seinen ehemaligen Präsidenten, Alois Glück, der heute Morgen im Alter von 84 Jahren verstorben ist. „Alois Glück war das Gesicht der katholischen Zivilgesellschaft in bewegten Zeiten“, sagt die ZdK-Präsidentin Dr. Irme Stetter-Karp. „Seine Amtszeit war von wachsenden Spannungen in unserer Kirche geprägt. Er forcierte einen Dialogprozess zwischen Bischöfen und Laien, an den wir mit dem Synodalen Weg angeknüpft haben. Wie viel bis heute in seiner Kirche im Argen liegt, hat Alois Glück bewegt und geschmerzt. Seine Stimme ist uns Mahnung und Ansporn, nicht nachzulassen im Engagement für eine zukunftsfähiges Christsein.“

Der ehemalige bayerische Landtagspräsident (CSU), seit 1983 Mitglied im ZdK, war von 2009 bis 2015 dessen Präsident. Er engagierte sich stark im kirchlichen Reformprozess, nachdem im Jahr 2010 der Missbrauchsskandal in der Kirche öffentlich wurde. 1999 gehörte er mit zu den Gründern von Donum

Vitae, der katholisch geprägten Schwangerenkonfliktberatung in Deutschland. Er blieb auch als ZdK-Präsident Mitglied des Vereins, wiewohl Teile des Episkopats Donum Vitae sehr kritisch bis ablehnend gegenüberstanden. Sein Profil war aber auch durch seine klare Haltung in der Umwelt- und Sozialpolitik geprägt. „Er war ein Vorreiter der Nachhaltigkeit, gleichzeitig hatte er immer die Förderung von Familien im Blick“, so Stetter-Karp. „Im kirchlichen Dialogprozess zwischen Bischöfen und Laien sprach er schon damals an, wie grundlegend sich die Kirche wandeln müsse.“

Glück war auch Mitglied im Präsidium des 1. Ökumenischen Kirchentags in Deutschland 2003 in Berlin und zusammen mit Eckhard Nagel Präsident des 2. Ökumenischen Kirchentags in München 2010.

„Es ist ihm sehr zu danken, dass er dem ZdK so viele Jahre mit Weitblick, Herz und Hand zur Verfügung stand. Ganz gleich, welche politischen Herausforderungen sein Leben für ihn bereithielt. Wir sind tief traurig über seinen Tod. In diesen schweren Stunden sind wir in Gedanken bei seiner Frau und seinen Kindern“, so die ZdK-Präsidentin. „Alois Glück bleibt mir in Erinnerung als ein Mann klarer Worte in Kirche und Gesellschaft. Das ZdK wird ihm und seinem Lebenswerk eng verbunden bleiben.“

Dienstag, 27. Februar 2024

„Mitgestalten! Nach den Werten, die wir mit unserem Glauben verbinden“

Portrait des ehemaligen ZdK-Präsidenten Alois Glück

Seine Leidenschaft war das Bergsteigen. Wie man mit Ausdauer und ruhigem Schritt den Gipfel erreicht, hatte er früh gelernt. Dieses Können bewies er auch im Amt des ZdK-Präsidenten. Denn was Alois Glück sich vornahm, erforderte langen Atem. Mit ihm spürte man die Bedeutung der katholischen Zivilgesellschaft für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland. In

der Kirche setzte er auf Vermittlung und Dialog. Er starb im Alter von 84 Jahren am Montagmorgen in München.

„Mitgestalten! Nach den Werten, die wir mit unserem Glauben verbinden.“ In einer Podcast-Reihe des ZdK fasste Alois Glück im Juli 2023 seine Motivation in Worte. Er sprach von „Zeiten des Umbruchs“, in denen er Präsident des ZdK gewesen sei. „Der Umwelt- und Kulturwandel“ habe die katholische Zivilgesellschaft herausgefordert, „es gab viele Diskussionen“. Auch an der Kirche selbst sei dieser Wandel nicht vorbeigegangen.

Alois Glück meisterte den Wandel mit jenem ruhigen, festen Schritt, den es auch zum Bergsteigen braucht. Zu seinem 80. Geburtstag schrieb ihm sein Nachfolger im Amt des ZdK-Präsidenten, Thomas Sternberg, in seinem Glückwunsch: „Du warst und bist ein Glücksfall für die katholische Kirche in Deutschland. Mit Deiner großen Erfahrung hast Du es als ZdK-Präsident mit schier unvorstellbarem Einsatz und großer kommunikativer Kompetenz verstanden, der krisengeschüttelten Kirche eine glaubwürdige Stimme zu geben. Ohne je unangemessen zuzuspitzen oder zu polarisieren, hast Du in aller Klarheit Position bezogen, in unserer Kirche und in Politik und Gesellschaft. Dein Wort findet Gehör. Durch Deine Art hast Du den Gläubigen neues Selbstbewusstsein gegeben und zugleich dem kirchlichen Amt in sehr schwierigen Situationen geholfen.“

Alois Glück kämpfte für das, was er als richtig empfand. Dazu gehörte, was Christen „Bewahrung der Schöpfung“ nennen. Glück engagierte sich für den Schutz des ungeborenen Lebens, für eine nachhaltige Familienpolitik und für ein würdiges Sterben mit Hospiz- und Palliativversorgung. Die Liebe zur Schöpfung zeigte sich auch darin, wie er sich für den Erhalt der Natur einsetzte. 2019 begann er seine erfolgreiche Vermittlung zwischen Bienenschützern und Bauern in Bayern, die sich über das Volksbegehren „Artenvielfalt – Rettet die Bienen!“ verhakt hatten.

Glück galt nicht nur in der Politik als „wandelnder Vermittlungsausschuss“. Er zeigte dieses Können auch in der Kirche. Als Rom die deutschen Katholiken 1999 zum Ausstieg aus der staatlich anerkannten Schwangeren-Konfliktberatung zwang, gehörte er zur Gründungsriege von „Donum Vitae“. Als er sich 2009 zur Wahl als ZdK-Chef stellte, forderte ihm das einen Kompromiss ab. „Glücks Opfer für die Laienarbeit“, wie der Münchner Merkur damals titelte, bestand darin, dass er seine leitende Mitarbeit in Stiftung und Förderkreis von Donum Vitae ruhen ließ. Nur so war – unausgesprochen – mit der erforderlichen Mehrheit der deutschen Bischöfe für seine Präsidentschaft zu rechnen. Den meisten Bischöfen galt Donum Vitae offiziell als „nicht katholisch“, sie deklarierten den Verein als „Vereinigung außerhalb der katholischen Kirche“. Mit ihnen in Verbindung und produktivem Gespräch zu bleiben, war eine zentrale Aufgabe des ZdK. Glück meisterte sie. Er blieb Mitglied des Vereins Donum Vitae und schaffte, zusammen mit Kardinal Marx, später eine indirekte Anerkennung. Das freute ihn. Schließlich ging es auch hier um sein Lebensthema: Schöpfung bewahren. Auch dann, wenn’s schwierig wird.

Als Alois Glück sich nach seiner ersten Amtsperiode 2013 erneut zur Wahl als ZdK-Präsident stellte, wurde er mit 97 Prozent der Stimmen von der Vollversammlung wiedergewählt. Hier zeigte sich die Wertschätzung für seine herausragende Fähigkeit, in schwierigen Lagen das Kletterseil mit festem Griff in der Hand zu behalten.

Das galt bereits für das Jahr 2010. In Berlin hatte der Jesuit und Leiter des Canisius-Kollegs, Klaus Mertes, zusammen mit ehemaligen Schülern einen Missbrauchsskandal an seiner Schule öffentlich gemacht. Es war der Auftakt zu einer sich schnell entwickelnden Ahnung, die nach und nach Bestätigung fand: In der Kirche war es bundesweit über Jahrzehnte in großem Ausmaß zu sexueller und spiritueller Gewalt gekommen. Alois Glück war entsetzt. Und sah einen entscheidenden Weg hin zu einer effektiven Aufarbeitung im „Überdiözesanen Gesprächsprozess ‚Im Heute leben‘“. Er selbst suchte immer wieder

den Dialog mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch. Zum Katholikentag in Mannheim 2012 erschien das Buch „Vitamin K. Warum wir die katholische Kirche brauchen“. Die Journalistin Christiane Florin interviewte beide in acht Kapiteln dazu, was nun zu tun sei – und wie die Kirche reformiert werden könne. Dass Glück so viel entschlossener auf Reformen setzte, sich so viel ehrlicher machte als sein bischöfliches Gegenüber, wurde 2023 offenbar. In diesem Jahr wurde öffentlich, dass Bischof Zollitsch nicht wirklich entschlossen an Aufarbeitung gedacht hatte – sondern von der Öffentlichkeit unbemerkt fortfuhr, Fälle aus seinem Erzbistum zu vertuschen.

„Wir danken Dir, dass Du dem ZdK treu geblieben bist“, schrieb Sternberg in seinem Brief zum 80. Geburtstag Glücks im Januar 2020. „In einer für das Zentralkomitee sehr schweren Situation hast Du Dich, ganz gegen Deine persönlichen Pläne und auf das Drängen Vieler in die Pflicht nehmen lassen und für das Amt des ZdK-Präsidenten zur Verfügung gestellt. Wir hoffen auf Deinen Rat und Deine Freundschaft auch weiterhin.“

Diesen Rat, diese Freundschaft hat Alois Glück dem ZdK immer entgegengebracht. Es war ihm ein Herzensanliegen, Kirche und Gesellschaft mitzugestalten – eben „nach den Werten, die wir mit unserem Glauben verbinden“, wie er es im Hochsommer 2023 noch einmal im Gespräch mit Elsa Fiebig aus der Pressestelle des ZdK formulierte.

Andere hätten sich vielleicht nach einem anstrengenden, emotional fordernden Engagement in der Politik in einen Ruhestand begeben, der das Wort verdient. Nicht so Alois Glück. Von 1970 bis 2008 Mitglied des Bayerischen Landtags, von 1988 bis 2003 Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion und von 2003 bis 2008 Landtagspräsident, machte er sich ab 2009 sozusagen „frei“ für das ZdK. Sein Leben war neben Beruf und Familie geprägt von ehrenamtlichem Engagement, das ihn eng mit Bayern verband: als stellvertretender Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, Initiator und Vorsitzender des Netzwerks Hospiz in seinem Heimatlandkreis, Vorsitzender des Fördervereins Caritas-Kin-

derdorf Irschenberg, Vorsitzender des Freundeskreises der Benediktinerinnen-Abtei Frauenwörth – und Vorsitzender der Bergwacht Bayern.

Die Berge. Für ihn blieben sie Zeit seines Lebens Haltepunkt. Herausforderung. Und Heimat. Mit 17 Jahren hatte er die elterliche Landwirtschaft übernommen; sein Vater war im Krieg gefallen. Auf dem morgendlichen Weg in den Stall schweifte sein Blick in die Weite der Natur. Glücksgefühle verband Alois Glück Zeit seines Lebens mit diesem Umfeld, seinem Zuhause.

Doch in ihm war auch der Drang in die Welt, hin zu gesellschaftlichem und politischem Engagement. Ab 1964 als Landessekretär der Katholischen Landjugendbewegung Bayerns unterwegs, lernte er hier auch seine Frau Katharina kennen. Mit ihr bekam er zwei Kinder. Sein Leben blieb gehalten und getragen von seinem Glauben und von seiner Fähigkeit, auch die schwersten Berge mit ruhigem Schritt zu meistern. Was er in der Natur erlebte, übertrug er auf seine politische Arbeit und sein Engagement im ZdK. Der ruhige Schritt, beharrlich und ausdauernd, brachte ihn voran. Mit ihm gelang es auch, die Wegstrecke nie allein meistern zu müssen. Alois Glück war immer im Gespräch, auch auf schwierigen Etappen. Ihm gelang die Verbindung zu Menschen. Ihm gelang Veränderung. Vor allem aber gelang es ihm, mit Gott zu gehen. „In Zeiten des starken Umbruchs“, an die er sich im Sommer 2023 erinnerte, blieb sein Glaube sein Kompass. „Er war ein Mann klarer Worte in Kirche und Gesellschaft. Wir bleiben ihm und seinem Lebenswerk eng verbunden“, sagt die amtierende ZdK-Präsidentin Irme Stetter-Karp. Das ZdK sei Alois Glück zu höchstem Dank verpflichtet. „Seine Stimme ist uns Mahnung und Ansporn, nicht nachzulassen im Engagement für ein zukunftsfähiges Christsein.“

(Britta Baas)

Montag, 04. März 2024

„Europawahl fordert unsere Entscheidung“

Initiative Christen für Europa setzt Zeichen für Demokratie und Menschenwürde

Im Vorfeld der Europawahl 2024 ruft die [Initiative Christen für Europa \(IXE\)](#) dazu auf, Europa zu stärken und „das Gemeinwohl immer wieder in den Fokus politischen Handelns zu rücken“. Es sei wichtig, zur Wahl zu gehen und „eine verantwortungsvolle Entscheidung im Sinne des Friedens und der Menschenwürde zu treffen“. In einer Erklärung, die IXE jetzt öffentlich macht, heißt es weiter: „Das Wahlergebnis ist die Voraussetzung für den Fortbestand der europäischen Einigung in den nächsten fünf Jahren.“

„Nach der Wahl braucht es parlamentarische Mehrheiten, die Menschlichkeit und Solidarität, Nachhaltigkeit und Subsidiarität als grundlegende Prinzipien anerkennen, Rechtsstaatlichkeit verteidigen und Nationalismen, Diskriminierung und Abschottung entgegentreten“, heißt es in der Erklärung der Initiative unter dem Titel [Europa vor der Wahl: Für Demokratie und Menschenwürde stimmen](#). In Deutschland wird am 9. Juni 2024 gewählt.

„Die Erklärung von IXE markiert deutlich, wofür wir uns als Zentralkomitee der deutschen Katholiken schon lange stark machen“, sagt die ZdK-Präsidentin, Dr. Irme Stetter-Karp. „Wir fordern ein solidarisches Europa, das vom Grundprinzip der Menschenwürde aller ausgeht. Das heißt unter anderem, eine gemeinsame, nachhaltige Klimapolitik zu machen. Es heißt auch, dass Geflüchtete keine Menschenrechtsverstöße erleben dürfen, wenn sie an den EU-Außengrenzen stehen. Ein Rechtsruck bei der Europawahl würde den europäischen Spielraum entscheidend verkleinern“, warnt sie. „Deshalb wehren wir uns gegen Vereinfachungen im politischen Diskurs und widersprechen, wenn Hass und Hetze an die Stelle eines menschenwürdigen Umgangs treten.“

„In der Klimapolitik stehen weitere Weichenstellungen an, die Migrationspolitik wird auch nach der Einigung auf ein neues gemeinsames Asylsystem eine große Aufgabe bleiben“, betont Dr. Stefan Eschbach, stellvertretender europapolitischer Sprecher des ZdK und Mitglied der Initiative Christen für Europa. „Mit den Themen ‚Künstliche Intelligenz‘ und ‚Verteidigung‘ sind zwei weitere Herausforderungen benannt, denen letztlich nur europäisch begegnet werden kann.“

In der Erklärung finden sich neben den katholischen Prinzipien auch europapolitische Leitlinien, für die das ZdK und die anderen Mitglieder von IXE stehen. Es wird betont, dass der Schutz von verfolgten Menschen nicht zur Disposition stehen dürfe. Es brauche „neue legale Zugangswege nach Europa“. Klimapolitisch fordert IXE „in allen Sektoren starke Anreize für die sozial-ökologische Transformation“. Das Ziel müsse sein, die anvisierte Senkung der Treibhausgas-Emissionen um 55 Prozent bis 2030 im Vergleich zu 1990 „nicht nur zu erreichen, sondern möglichst zu übertreffen“. Dazu brauche es faire und resiliente Lieferketten. Deshalb wirbt die Initiative für einen neuen Anlauf beim EU-Lieferkettengesetz, [für das sich IXE ausgesprochen hatte](#), welches jedoch in der vergangenen Woche auch aufgrund einer Enthaltung der Bundesregierung einen Rückschlag erlebte.

„Einheit in Vielfalt – das kennen nicht nur die politisch Verantwortlichen in Brüssel und Straßburg. Dies üben wir auch in der Kirche immer wieder ein. Eine Abwicklung der Europäischen Einigung darf es nicht geben. Dafür setzen wir uns mit unserer Stimme nicht nur bei der Wahl ein, sondern auch in unserem alltäglichen christlichen Engagement“, sagt Stefan Eschbach.

Die [Initiative Christen für Europa \(IXE\)](#) ist ein Zusammenschluss von Laienorganisationen und engagierten Christen aus verschiedenen europäischen Ländern. Ihr Anliegen ist es, ein lebendiges Bewusstsein für ein vereintes Europa in die nationalen Debatten einzubringen. IXE fördert die Begegnung

von Christen in Europa und die Umsetzung der Soziallehre der Kirche. Das ZdK trägt die Initiative gemeinsam mit den Semaines Sociales de France.

Mittwoch, 06. März 2024

500 Veranstaltungen in fünf Tagen beim Katholikentag

In Erfurt ist das Programm auf Frieden eingestellt

„Zukunft hat der Mensch des Friedens“ - diese visionäre Aussage aus Psalm 37, 37b ist Leitwort des 103. Deutschen Katholikentags, der vom 29. Mai bis 2. Juni 2024 stattfinden wird. Etwa 20.000 Teilnehmende werden erwartet.

„Das Leitwort eröffnet eine Hoffnungsperspektive: Christinnen und Christen trauen sich selbst etwas zu! Sie glauben, dass sie am Frieden arbeiten können“, sagte die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Irme Stetter-Karp, bei der heutigen Programm-Presskonferenz in Erfurt. „Christinnen und Christen übernehmen damit auch Verantwortung: Sie tun, was sie glauben. Sie engagieren sich für den Frieden, wo immer sie können.“ Der Katholikentag sei eine Veranstaltung mit Haltung. „Unsere Haltung heißt: Frieden braucht mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden braucht Menschen, die sich täglich darum bemühen, dass Gewalt, Ausgrenzung, Hass und Hetze keinen Platz haben in der Welt.“

Bischof Ulrich Neymeyr, dessen Bistum Gastgeber des Katholikentags ist, bekannte sich als „Fan dieser großartigen Begegnungsveranstaltungen“, die er seit 1978 besuche. In Erfurt bildeten Christ:innen eine Minderheit. „Deswegen ist es uns wichtig, den Dialog mit allen Menschen zu suchen.“ Der Katholikentag sei offen, aber nicht beliebig: „Wir stehen ein für die Menschenwürde aller, für Solidarität mit Benachteiligten, für die Bewahrung unserer Umwelt, für die Suche nach Frieden.“

Andreas Kratel, Leiter der Abteilung Katholikentage und Großveranstaltungen beim ZdK, stellte das Programm im Detail vor. Der „Rote Faden Demokratie

und Vielfalt“ kennzeichnet darin Veranstaltungen mit Demokratie-Schwerpunkt – eines der Profithemen des Katholikentags.

Insgesamt sind rund 500 Veranstaltungen im Programm, davon über 80 mit einem ausgewiesenen Bezug zu Thüringen, zur Geschichte der deutsch-deutschen Einigung und zu den Erfahrungen von Christ:innen in der DDR und während der Friedlichen Revolution. Vierzig Podien ermöglichen „Debatten im großen Raum“, wie Kratel sagte. „Thematisch ist dort eine breite Palette zu finden, vom interreligiösen Dialog über Klimagerechtigkeit bis zu Frieden und Versöhnung.“ Aus aktuellem Anlass kurzfristig ins Programm aufgenommen wurden Podien zur Krise und dem Konflikt in Israel und Gaza sowie zum Thema „Demokratischer Frieden in Zeiten des Populismus“. Ein Europatag am Samstag soll den Gedanken des europäischen Miteinanders in den Mittelpunkt rücken – im Jahr der Europawahl, die direkt auf den Katholikentag folgt. Insgesamt habe man sich mit der Konzentration auf 500 Veranstaltungen ganz bewusst fokussiert. „Der Katholikentag verändert sich, dazu gehört auch diese Entwicklung“, sagte Kratel.

Der Katholikentag sei für ganz Erfurt ein Ereignis, eine Reihe von Angeboten seien kostenlos. „Es wird sechs größere und kleinere Bühnen in der Stadt geben, man wird beim Schlendern auf ein buntes Programm stoßen“. Unter den rund 150 Kulturveranstaltungen mit Musik, Theater, Tanz, Kabarett und vielem mehr sei auch ein Lichtkunstprojekt, an dem man bereits im Vorfeld aktiv mitwirken könne. Die großen Gottesdienste des Katholikentags am Donnerstag, Freitag und Sonntag seien mit Dialogpredigten zwischen einem Mann und einer Frau geplant.

Prominenz sei wie immer bei Katholikentagen zu erwarten. Unter den Gästen seien der Bundespräsident, der Bundeskanzler, mehrere Bundes- und Landesminister:innen, Thüringens Ministerpräsident und weitere Ministerpräsident:innen anderer Bundesländer.

Marc Frings, Generalsekretär des ZdK, betonte, der Katholikentag solle im Superwahljahr 2024 eine klare Demonstration für Demokratie und Vielfalt sein. „für den Rechtsstaat und ein vereintes Europa“. Die Veranstaltungen sollten zeigen, „dass man unter Einhaltung fairer Spielregeln kontrovers diskutieren kann“. Damit reihe sich diese Großveranstaltung ein „in die vielen pro-demokratischen Demonstrationen der zurückliegenden Monate“.

Das Programm ist auf katholikentag.de ab sofort freigeschaltet. Die Katholikentags-App ist ebenfalls abrufbar. Nach einem rein digitalen Programm beim Katholikentag in Stuttgart 2022 ist es nun wieder möglich, ein Programmheft mit allen Details auch analog zu erwerben. Das gedruckte Exemplar ist in etwa drei Wochen gegen eine Schutzgebühr im Katholikentagshop erhältlich.

Samstag, 09. März 2024

Zum Glück hatten wir Glück!

ZdK-Präsidentin Dr. Irme Stetter-Karp würdigt verstorbenen Alois Glück beim Trauerstaatsakt in München

„Zum Glück hatten wir Glück!“ Mit diesen Worten würdigte Irme Stetter-Karp das langjährige Wirken Alois Glücks im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK). Beim heutigen Trauerstaatsakt im Münchner Liebfrauenturm erinnerte sie an seine großen Verdienste um die katholische Zivilgesellschaft in Deutschland.

Seine Jahre als ZdK-Präsident von 2009 bis 2015 seien „Zeiten des Umbruchs“ gewesen. „Der Umwelt- und Kulturwandel forderte heraus, es gab viele Diskussionen. Auch in der Kirche kam es zu deutlichen Veränderungen, die Alois Glück mitgestaltete und da steuerte, wo es ihm möglich war.“ Glück, der in Politik und Kirche als „wandelnder Vermittlungsausschuss“ gegolten habe, habe klare Ziele verfolgt, mit Fairness, Herzlichkeit und Durchsetzungsvermögen. „Mitgestalten! Nach den Werten, die wir mit unserem Glauben verbind-

den!“ Diese Maxime sei für ihn handlungsleitend gewesen, wie er es selbst noch vor wenigen Monaten in einer Gesprächsreihe des ZdK formuliert habe.

Alois Glück habe sich für den Schutz des ungeborenen Lebens, für eine nachhaltige Familienpolitik und für ein würdiges Sterben mit Hospiz- und Palliativversorgung engagiert. „Die Liebe zur Schöpfung“ habe sich auch darin gezeigt, wie er sich für den Erhalt der Natur einsetzte.

Stetter-Karp erinnerte an Alois Glücks Engagement für Donum Vitae und sein unbeirrtes Werben für die staatlich anerkannte Schwangerenkonfliktberatung gegenüber den deutschen Bischöfen und Rom. 2010, nach dem Bekanntwerden des Missbrauchsskandals in der katholischen Kirche, sei Glück ein entschlossener Verfechter der Aufarbeitung und des offenen Dialogs gewesen.

Als er sich nach seiner ersten Amtsperiode 2013 erneut zur Wahl als ZdK-Präsident gestellt habe, sei diese Geradlinigkeit gewürdigt worden: „Er wurde er mit 97 Prozent der Stimmen von unserer Vollversammlung wiedergewählt.“

Für Glück habe Katholischsein immer bedeutetet, ein kritischer Katholik zu sein. „So handeln, dass man vor sich selbst geradestehen kann! Das war seine Richtschnur.“ Das Leben des Bayern sei gehalten und getragen gewesen von seinem Glauben und seiner Fähigkeit, auch auf schwierigen Etappen das Gespräch zu suchen. „Ihm gelang die Verbindung zu Menschen. Ihm gelang Veränderung. In Zeiten des Umbruchs blieb sein Glaube sein Kompass“, sagte Irme Stetter-Karp. Das ZdK sei Glück „zu höchstem Dank verpflichtet. Seine Stimme ist uns Mahnung und Ansporn, nicht nachzulassen im Engagement für ein zukunftsfähiges Christsein.“

Freitag, 15. März 2024

ZdK bedauert Verwässerung des EU-Lieferkettengesetzes

Präsidentin Stetter-Karp kritisiert „deutsche Haltungslosigkeit“

Während sich die Bundesregierung erneut enthielt, stimmte bei der heutigen finalen Abstimmung zum Lieferkettengesetz im Rat der Europäischen Union eine Mehrheit für den neu ausgehandelten Entwurf. „Die Chance, Menschenrechte und Umwelt entlang von Wertschöpfungsketten zu schützen, wird nun doch noch vor der Wahl genutzt. Wir begrüßen dies im Grundsatz, nachdem wir jahrelang darauf gedrängt haben, eine europäische Lösung zu finden“, kommentiert Wolfgang Klose, Vizepräsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), das Votum. „Allerdings ist dies nun ein Lieferkettengesetz, das weit hinter dem zurückbleibt, was wir erwartet haben.“

Nachdem im Februar die erforderliche Mehrheit verfehlt worden war, wurde der vorliegende Entwurf in Verhandlungen modifiziert, um auch ohne die Zustimmung der Bundesregierung eine Mehrheit zu organisieren. Nicht nur die Reichweite wurde drastisch reduziert, sondern auch die Liste der Risikosektoren gekürzt und die Sorgfaltspflichten für die nachgelagerte Lieferkette abgeschwächt, beispielsweise bei der Pestizidnutzung. Volle Gültigkeit wird die Regulierung erst in acht Jahren entfalten.

Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des ZdK, bedauert diese Entkernung des Gesetzes: „Der heutige Tag stellt den Durchbruch für dieses wichtige europäische Projekt dar. Leider ist es aber nicht der Meilenstein für Menschenrechte und Umweltschutz, der zu Beginn des Jahres noch greifbar war. Die von der FDP forcierte Uneinigkeit in der Ampel-Koalition führte zur Enthaltung und zu Nachverhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten. Die deutsche Haltungslosigkeit hat nun dafür gesorgt, dass das EU-Lieferkettengesetz deutlich hinter dem ursprünglichen beachtlichen Kompromiss zurückbleibt, der im Dezember gefunden worden war. Im Zuge der Umsetzung werden in Deutschland weniger Unternehmen erfasst sein als durch das deutsche Lieferkettengesetz.“

Dennoch gehe vom heutigen Tag ein vorsichtiges Signal für eine gerechtere Globalisierung aus: „Die Missachtung von Menschenrechten und Umweltschutz in Handelsbeziehungen wird durch die einheitliche europäische Regelung zumindest reduziert. Auch die Neufassung eröffnet Betroffenen erstmals den Zugang zu Gerichten in Europa. In der Umsetzung gilt es nun, jene kleinbäuerlichen Betriebe im Globalen Süden adäquat zu unterstützen, für welche die vorgesehenen Berichtspflichten eine Herausforderung darstellen.“ Zunächst muss noch das Europäische Parlament über den neuen Gesetzestext abstimmen, damit es noch vor der Europawahl beschlossen werden kann.

Das ZdK setzt sich seit Jahren für die europäische Fortschreibung des deutschen [Lieferkettengesetzes](#) ein und hat für eine entsprechende Richtlinie plädiert, die die gesamte Liefer- und Wertschöpfungskette von Unternehmen adressiert und diese dazu verpflichtet, die Menschenrechte, die ILO-Arbeitsnormen sowie Umwelt und Klima zu achten. Gemeinsam mit seinem europäischen Netzwerk Initiative [Christen für Europa \(IXE\)](#) hatte das ZdK insbesondere gefordert, den [Finanzsektor](#) aufgrund seiner Schlüsselrolle bei der Finanzierung wirtschaftlicher Aktivitäten einzubeziehen.

Sonntag, 31. März 2024

„Er stand für das Zusammenwachsen der Katholiken in Ost und West“

ZdK trauert um seinen ehemaligen Präsidenten Hans Joachim Meyer

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) trauert um seinen ehemaligen Präsidenten, Prof. Hans Joachim Meyer, der am 29. März 2024 im Alter von 87 Jahren verstorben ist. „Hans Joachim Meyer war als Präsident mit ostdeutscher Biografie ein Glücksfall für das ZdK“, sagt ZdK-Präsidentin Dr. Irme Stetter-Karp. „Er hatte maßgeblichen Einfluss auf das Zusammenwachsen der Katholiken in Ost und West, verstand es, Lebenswelten zusammenzuführen

und mit brillanten Analysen der deutsch-deutschen Wirklichkeit für ein wechselseitiges Verstehen zu werben.“

Meyer hatte das Amt des ZdK-Präsidenten von 1997 bis 2009 inne. Seit November 1990 war er Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des ZdK, seit 1992 Vizepräsident, bevor er fünf Jahre später an die Spitze des Verbandes gewählt wurde. Von 1990 bis 2002 war er – teils parallel zu diesem fordernden Ehrenamt – Sächsischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst (CDU), zuvor von April bis Oktober 1990 in der einzigen frei gewählten Regierung der DDR unter Lothar de Maizière Minister für Bildung und Wissenschaft. 2017 wurde er mit dem päpstlichen Gregorius-Orden ausgezeichnet.

Unmittelbar nach der Friedlichen Revolution im Herbst 1989 hatte der neu gegründete Gemeinsame Aktionsausschuss katholischer Christen in der DDR Hans Joachim Meyer im Frühjahr 1990 zum Vorsitzenden gewählt. „In dieser Position trat er mit großer Umsicht und Kenntnisreichtum für die Einigung der katholischen Laienbewegung in Deutschland ein, die er maßgeblich voranbrachte“, sagt Stetter-Karp.

Als Katholik in der DDR aufgewachsen, stand Meyer trotz aller persönlichen Benachteiligungen durch staatliche Stellen zu seiner Kirche und seinem Glauben. So engagierte er sich als führende Laienpersönlichkeit in seiner Kirche, unter anderem zwischen 1973 und 1975 als Mitglied der Dresdner Pastoral-synode. Nicht zuletzt aufgrund seiner Erfahrungen in der DDR war ihm die Ökumene ein Anliegen. Den Ersten Ökumenischen Kirchentag 2003 in Berlin gestaltete er als dessen katholischer Präsident und setzte damit für die ökumenische Zusammenarbeit ein Zeichen.

„Wie gut es Hans Joachim Meyer verstand, dem Katholischen eine politisch relevante Stimme in der Gesellschaft zu geben, sahen viele Menschen im Jahr 1999. Im Konflikt mit Rom um die Schwangerenkonfliktberatung in Deutschland stand er hinter der Gründung des Beratungsvereins Donum Vitae. Die

Hauptinitiative dazu kam aus dem ZdK, und Meyer stand dafür ein, dass sich verantwortungsvolle Katholizität auch darin beweisen musste, sich für ein bleibendes Engagement in diesem Bereich stark zu machen. Dafür war er bereit, den Konflikt mit Bischöfen und Kardinälen auszuhalten und auszutragen“, sagt die ZdK-Präsidentin.

„Hans Joachim Meyer hat den Laienkatholizismus am Beginn des neuen Jahrtausends und an einem Wendepunkt deutscher Geschichte maßgeblich geprägt“, so Stetter-Karp. „Er lebte und handelte aus einer engen Verbindung seiner politischen Überzeugungen und seines Glaubens heraus. Durch seine Geradlinigkeit und seinen in der Zeit der DDR erworbenen untrüglichen Sinn für die Achtung und den Respekt vor der Würde jedes Menschen hat er sich bei allen politischen, gesellschaftlichen und kirchlichen Kräften in Deutschland höchsten Respekt erworben. Wir sind dem Vorbild und Lebenswerk von Hans Joachim Meyer verpflichtet. Wir trauern mit seiner Familie und gedenken seiner im Gebet.“

Mittwoch, 02. April 2024

Ein kritischer Versöhner

Portrait des ehemaligen ZdK-Präsidenten Hans Joachim Meyer

Hans Joachim Meyer war ein großer Analytiker „der beiden deutschen Gesellschaften“. So beschrieb er die durch Mauer und Stacheldraht getrennten Menschen, deren Blick auf die Welt er über Jahrzehnte genau bedachte. Als 1990 das Ende der DDR besiegelt wurde, war er Minister für Bildung und Wissenschaft in der Regierung de Maizière, der einzig frei gewählten der DDR. Für Meyer war diese Zeit der Auftakt zu einem Leben im vereinten Deutschland, von dem er sich erhoffte, dass „die neu gewonnenen Energien zur Verwirklichung von Demokratie, für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung eingesetzt werden“. Der CDU-Politiker, Professor für Angewandte

Sprachwissenschaft und langjährige Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) starb am Karfreitag, 29. März 2024, im Alter von 87 Jahren.

Sein Vermächtnis bleibt jener Wunsch aus dem Mai 1990. Würde er sich jetzt noch einmal zur Lage im Jahr 2024 äußern können, wäre es ihm wohl ein Anliegen, alle Energien darauf zu verwenden, die neue Gefährdung all der großen Werte abzuwenden, für die er selbst entschieden einstand. Im Mai 1990 hatte er gemeinsam mit anderen die „Berliner Erklärung“ zu Papier gebracht. Darin positionierten sich Katholik*innen in Deutschland zu ihrer gemeinsamen Zukunft, zu Zielen, Hoffnungen und Idealen. Die Vollversammlung des ZdK, der Gemeinsame Aktionsausschuss katholischer Christen in der DDR und die Vertreter*innen des Laienapostolats aus den Jurisdiktionsbezirken der Berliner Bischofskonferenzen wollten ein Zeichen setzen: Wir sind da. Wir sind viele. Und wir werden dieses Land mitgestalten.

Für Hans Joachim Meyer ist dieser Wunsch Wirklichkeit geworden. Als Minister in Berlin. Später als Sächsischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst (1990-2002) und als Präsident des ZdK von 1997 bis 2009.

Wer an ihn zurückdenkt, hat einen Mann vor Augen, der sich nicht beirren ließ in seiner Haltung. „Er hat den Laienkatholizismus am Beginn des neuen Jahrtausends und an einem Wendepunkt deutscher Geschichte maßgeblich geprägt“, sagt die amtierende ZdK-Präsidentin Irme Stetter-Karp. „Er lebte und handelte aus einer engen Verbindung seiner politischen Überzeugungen und seines Glaubens heraus. Durch seine Geradlinigkeit und seinen in der Zeit der DDR erworbenen untrüglichen Sinn für die Achtung und den Respekt vor der Würde jedes Menschen hat er sich bei allen politischen, gesellschaftlichen und kirchlichen Kräften in Deutschland höchsten Respekt erworben.“

Birgit Mock, Vizepräsidentin des ZdK, hat Meyer in einer herausfordernden Zeit als ZdK-Präsident erlebt: „Vor allem in Bezug auf Donum Vitae haben wir

ihm viel zu verdanken“, erinnert sie sich. „Seine ostdeutsch geprägte Klarheit und Sturheit haben dem ZdK damals sehr gutgetan.“

Klarheit und Sturheit – Hans Joachim Meyer hätte beides als Kompliment genommen. Er befand es nie für nötig, um den heißen Brei herumzureden. Schon gar nicht verlor er seine Ziele aus den Augen. So auch nicht im Jahr 1999, auf das Birgit Mock anspielt. Im Konflikt mit Rom um die Schwangerenkonfliktberatung in Deutschland stand er hinter der Gründung des Beratungsvereins *Donum Vitae*. Die Hauptinitiative dazu kam aus dem ZdK, und Meyer stand dafür ein, dass sich verantwortungsvolle Katholizität auch darin beweisen musste, sich für ein bleibendes Engagement in diesem Bereich stark zu machen. Dafür war er bereit, den Konflikt mit Bischöfen und Kardinälen auszuhalten und auszutragen.

Im Bistum Augsburg erhielt er deshalb noch 2012 ein Auftrittsverbot. Was ihn nicht davon abhielt, öffentlich daran zu erinnern, dass es „eine gröbliche Unterlassung“ Papst Johannes Pauls II. gewesen sei, „dass Rom nicht mit den Evangelischen geredet hat“. Wäre dies geschehen, so Meyer, wäre dem Papst vielleicht klar geworden, wie wichtig eine gemeinsame christliche Haltung im deutschen Beratungssystem gewesen sei. So wurde der Ausstieg der katholischen Seite von Rom aus dekretiert – und das ZdK leistete unter Meyer seinen eigenen Beitrag zum Erhalt der christlichen Haltung in der Schwangerenkonfliktberatung.

Als Katholik in der DDR aufgewachsen, stand Meyer trotz aller persönlichen Benachteiligungen durch staatliche Stellen zu seiner Kirche und seinem Glauben. So engagierte er sich als führende Laienpersönlichkeit in seiner Kirche, unter anderem zwischen 1973 und 1975 als Mitglied der Dresdner Pastoral-synode. Nicht zuletzt aufgrund seiner Erfahrungen in der DDR war ihm die Ökumene ein Anliegen. Den Ersten Ökumenischen Kirchentag 2003 in Berlin gestaltete er als dessen katholischer Präsident - und setzte damit für die ökumenische Zusammenarbeit ein wichtiges Zeichen.

„Er war auch ein großer Fan unserer Katholikentage“, sagt die Rheinländerin Birgit Mock, die darauf anspielt, dass das ZdK sich im Westen Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg als fester Veranstalter dieser christlichen Großtreffen wieder etabliert hatte. Meyer sei es maßgeblich zu verdanken, dass ostdeutsche Basiskultur in die Katholikentage einzog: „Die Begriffe ‚Forum‘ und ‚Feiern‘ sind von ihm – beides Attribute, die bis heute zu den Katholikentagen in Deutschland gehören.“

„Er hatte maßgeblichen Einfluss auf das Zusammenwachsen der Katholiken in Ost und West, verstand es, Lebenswelten zusammenzuführen und mit brillanten Analysen der deutsch-deutschen Wirklichkeit für ein wechselseitiges Verstehen zu werben“, würdigt ihn Irme Stetter-Karp.

Wechselseitiges Verstehen – dazu gehörte für Meyer, Kritik in alle Richtungen zu verteilen. Den Westdeutschen warf er vor, sich spätestens mit der 68er-Revolution von „der Existenz einer deutschen Kultur und der Vorstellung von einer geschichtlich gewachsenen und sich natürlich auch verändernden kulturellen Identität der Deutschen“ verabschiedet zu haben. Das habe auch die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung in den Hintergrund rücken lassen. „Für viele Nachachtundsechziger ist es charakteristisch, alles Deutsche generell in den Verdacht des Nationalismus und Rassismus zu bringen“, schrieb er noch 2018 in einem Beitrag zum Buch „Revolte in der Kirche? Das Jahr 1968 und seine Folgen“. Das schmerzte ihn umso mehr, als er fassungslos mit ansah, wie sich rechte Kräfte des Begriffes „Leitkultur“ bemächtigt und ihn gegen Vielfalt, Freiheit und Solidarität zu wenden begannen.

Den Ostdeutschen, insbesondere den ostdeutschen Katholik*innen, machte Meyer dagegen ihre viel zu lange währende „vorsichtige Zurückhaltung“, ihre „schweigende Distanz“ zum SED-Regime zum Vorwurf. Die katholische Kirche in der DDR habe die Zeichen der Veränderung in den 1980er Jahren zu spät erkannt, die evangelischen Kirchen seien „ungleich mutiger und sehr viel

früher“ bereit gewesen, in ihren Häusern den entstehenden unabhängigen Gruppen Raum und Schutz zu geben. Gleichzeitig habe gerade die katholische Abständigkeit dazu geführt, dass sich Katholik*innen keine Illusion über eine „Reformierung der DDR“ gemacht hätten. Sie hätten stattdessen auf die Wiedervereinigung Deutschlands gesetzt.

Unmittelbar nach der Friedlichen Revolution im Herbst 1989 wurde Hans Joachim Meyer im Frühjahr 1990 zum Vorsitzenden des neu gegründeten Gemeinsamen Aktionsausschusses katholischer Christen in der DDR gewählt. „In dieser Position trat er mit großer Umsicht und Kenntnisreichtum für die Einigung der katholischen Laienbewegung in Deutschland ein, die er maßgeblich voranbrachte“, sagt Stetter-Karp.

Hans Joachim Meyer war ein kritischer Versöhner, gerade dort, wo die Wunden der über vierzig Jahre währenden deutsch-deutschen Teilung besonders zu spüren waren. Indem er alle kritisierte, wenn es ihm nötig schien, und gleichzeitig alle an der Vision eines neuen Miteinanders teilhaben ließ, war er tief glaubwürdig. Sein Glaube half ihm, herrschaftsfreie Räume zu schaffen und sie zu schätzen, wo er sie bereits vorfand. „Wir haben ihm gleichermaßen eine Kulturstärkung und einen Kulturwandel im ZdK zu verdanken“, sagt Irme Stetter-Karp. „Hans Joachim Meyer sorgte für eine klare Positionierung des ZdK nach außen und innen für eine schnörkellose, direkte Debattenkultur. Für ihn zählte immer die Kraft des besseren Arguments. Wie gut wäre es, diese Haltung heute neu als selbstverständliche Basis der Auseinandersetzungen in Politik und Gesellschaft zu erleben.“

(Britta Baas)

Freitag, 12. April 2024

„Geradliniger Katholik aus dem Osten Deutschlands“

ZdK-Präsidentin Irme Stetter-Karp würdigt verstorbenen Hans Joachim Meyer im Requiem in Potsdam

Im Requiem für Prof. Hans Joachim Meyer hat die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, heute „dessen Geradlinigkeit und seinen in der Zeit der DDR erworbenen untrüglichen Sinn für die Achtung und den Respekt vor der Würde eines jeden Menschen“ gewürdigt. Meyer, von 1997 bis 2009 Präsident des ZdK, war am 29. März im Alter von 87 Jahren verstorben.

„Er handelte aus einer engen Verbindung seiner politischen Überzeugungen und seines Glaubens heraus“, sagte Stetter-Karp. „Ich denke ganz besonders an seinen Einsatz für die Schwangerenkonfliktberatung in Deutschland, für die Gründung von Donum Vitae. Ich denke aber auch daran, dass er zum ersten katholischen Präsidenten eines Ökumenischen Kirchentages in Deutschland wurde, 2003 in Berlin. Und ich denke an seine gleichermaßen mahnenden und auffordernden Worte an die Deutschen in Ost und West, eine gemeinsame, geschichtlich gewachsene Identität nach 1989 weiterzuentwickeln und sich wechselseitig zu wertschätzen.“

Die amtierende ZdK-Präsidentin erinnerte daran, wie Hans Joachim Meyer, „Katholik in der DDR, trotz aller Benachteiligungen durch staatliche Stellen zu seiner Kirche und zu seinem Glauben stand. Er engagierte sich als Christ – unter anderem als Mitglied der Dresdner Pastoral synode in den 1970er Jahren und in den Jahren 1989/90 in hohem Maße für ein Miteinander der Katholiken in Ost und West. Im Frühjahr 1990 wurde er zum Vorsitzenden des Gemeinsamen Aktionsausschusses katholischer Christen in der DDR gewählt.“

Meyer, Minister in Berlin in der letzten, erstmals frei gewählten Regierung der DDR, und von 1990 bis 2002 Sächsischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, engagierte sich aus tiefer Überzeugung über einen längeren Zeit-

raum parallel im Amt des ZdK-Präsidenten: „Er wollte die neu gewonnenen Energien zur Verwirklichung von Demokratie, für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einsetzen“, sagte Stetter-Karp.

Die ZdK-Präsidentin nannte Meyer „einen kritischen Versöhner, gerade dort, wo die Wunden der über vierzig Jahren währenden deutsch-deutschen Teilung besonders zu spüren waren. Sein Glaube half ihm, herrschaftsfreie Räume zu schaffen und sie zu schätzen, wo er sie bereits vorfand. Für ihn zählte immer die Kraft des besseren Arguments. Wie gut wäre es, diese Haltung heute neu als selbstverständliche Basis der Auseinandersetzungen in Politik und Gesellschaft zu erleben.“

Stetter-Karp sagte, das ZdK sei Hans Joachim Meyer „für so vieles unendlich dankbar. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren und uns an den Mann erinnern, der uns als Ostdeutscher lehrte, wie wir gemeinsam und versöhnt in diesem Land in eine gute Zukunft gehen können. Mögen sich viele an seine Worte und Taten erinnern.“

In Potsdam würdigten heute auch der Ministerpräsident von Sachsen, Michael Kretschmer, der Berliner Erzbischof Dr. Heiner Koch und die Vorsitzende des Diözesanrats der Katholiken im Erzbistum Berlin, Dr. Karlies Abmeier, den Verstorbenen.

Montag, 15. April 2024

„Leben muss von Anfang an geschützt werden“

Stetter-Karp erinnert nach Kommissionsbericht an „verfassungsrechtliche Verantwortung“

Mit Sorge schaut die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, auf den heute veröffentlichten Abschlussbericht der Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungs-

medizin. „Die Kommission stellt in den Raum, den Schwangerschaftsabbruch in der Frühphase zu legalisieren. Das würde das Ende eines klaren Lebensschutzkonzepts bedeuten. Menschliche Würde besteht von Anfang an. Aus Sicht des ZdK ist eine Fristenlösung von daher nicht akzeptabel.“

Stetter-Karp würdigt die ausführliche Abwägung der Kommission in Fragen des Lebensschutzes und der Frauenrechte. „Wir sehen eine sehr differenzierte Analyse, eine sorgfältige Betrachtung der komplexen Situation. Der Kommissionsbericht lässt politischen Gestaltungsspielraum. Vor einer Entscheidung im Parlament erwarten wir deshalb eine ausführliche öffentliche Debatte in einem der Bedeutung der Kontroverse angemessenen Zeitraum.“

Insgesamt sei sie „irritiert“, so die ZdK-Präsidentin weiter, „dass ohne Not an den Pfeilern des Paragraphen 218 StGB gesägt wird. Das Konzept der doppelten Anwaltschaft für Frau und Kind, das diesem Paragraphen zugrunde liegt, hat sich bewährt. Das ZdK fordert die Beibehaltung des bestehenden Rechts und der damit verbundenen Beratungspflicht. Die Kommission hat ja erfreulicherweise auch deutlich gemacht, wie wichtig gerade im Schwangerschaftskonflikt Beratung ist und dass ein Abbau des Beratungsangebots ein No-Go wäre.“

Dass in der zurückliegenden Woche das Europaparlament mehrheitlich dafür gestimmt habe, den Europäischen Rat aufzufordern „ein Recht auf Abtreibung in die Charta der Grundrechte der EU aufzunehmen“, zeige allerdings, „dass die Debatte nicht nur in Deutschland kontrovers geführt wird. Das Lebensrecht des Kindes tritt argumentativ immer mehr in den Hintergrund. Das können wir nicht einfach hinnehmen.“ Stetter-Karp fährt fort: „Hierzulande müssen wir an die verfassungsrechtliche Verantwortung für das Leben in allen seinen Phasen erinnern. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland schützt die unbedingte Würde eines jeden Menschen. Dieser Gedanke ist in die rechtliche Regelung zum Schwangerschaftsabbruch eingeflossen. Der be-

stehende Paragraf 218 ist das Ergebnis eines in den 1990er Jahren mühsam errungenen Kompromisses, der nicht preisgegeben werden darf.“

Die ZdK-Präsidentin sieht im Blick auf den Kommissionsbericht auch „die Notwendigkeit, die Themen ‚Eizellenspende‘ und ‚Leihmutterschaft‘ weiter zu diskutieren“. Dass die Kommission die Leihmutterschaft skeptisch betrachte, entspreche der Position des ZdK. „Zunächst müssen die Risiken genau in den Blick genommen werden. Die Gefahr der Ausbeutung von Frauen sowie die Frage, welche rechtlichen Konflikte entstehen, bedürfen einer groß angelegten gesellschaftlichen Befassung mit der Frage.“ Der Empfehlung der Kommission, die Eizellenspende vom Prinzip her zu legalisieren, könne das ZdK nicht folgen. „Eine Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt erscheint verfrüht. Auch hier muss eine breite gesellschaftliche Debatte geführt werden. Die zugrundeliegenden Studien zeigen, dass es mehr Daten braucht, um klarer zu sehen.“

Die ZdK-Präsidentin macht deutlich, wie zentral die ethische Debatte um reproduktive Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin ist: „Wir haben es hier mit elementaren Fragen des Lebens zu tun. Sie betreffen Menschen unmittelbar. Deshalb sind wir mit dem Verfahren nicht zufrieden. Die Bundesregierung hat vor allem juristische Fachexpertise versammeln wollen. Eine Anhörung fand während der Kommissionsarbeit statt, aber das ersetzt nicht die umfangreiche Expertise, die gerade die Kirchen – nicht zuletzt vor der Praxiserfahrung hunderter Beratungsstellen – hier mitbringen und die gehört werden sollte.“

Dienstag, 16. April 2024

Auflösung der „Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle e. V.“

Mitgliederversammlung beschließt Ende der Arbeit zum 31. Dezember 2024

Gestern (15. April 2024) hat in Bonn die Mitgliederversammlung der „Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle e. V.“ beschlossen, den Verein als Trägerorganisation der „Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle“ (KSZ) in Mönchengladbach aufzulösen. Die KSZ wird entsprechend mit Ablauf des 31. Dezember 2024 ihre Arbeit einstellen.

Die KSZ ist eine 1963 errichtete, überdiözesane Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK). Kernaufgabe ist die Auseinandersetzung mit sozial- und gesellschaftspolitischen Fragen auf der Grundlage der Katholischen Soziallehre und der Christlichen Sozialethik.

Hauptgrund für die geplante Schließung der KSZ ist die veränderte gesellschaftliche Situation: In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Christliche Sozialethik immer stärker als eigenständiger Fachbereich an den katholisch-theologischen Fakultäten etabliert. Auch in katholischen Akademien der (Erz-) Diözesen werden sozial- und gesellschaftspolitische Fragestellungen intensiv reflektiert. Die theologische Auseinandersetzung mit katholischen und sozialwissenschaftlichen Fragestellungen hat sich pluralisiert und findet heute an ganz unterschiedlichen Orten statt, was der wissenschaftlichen Auseinandersetzung zuträglich ist. Hinzu kommt der Rückgang finanzieller Ressourcen.

Den deutschen Bischöfen und dem ZdK ist bewusst, dass die geplante Schließung der KSZ ein Einschnitt ist. Dieser Schritt bedeutet nicht, die Sozialethik als Thema aufzugeben. Es ist vielmehr das Ziel, die Besorgung der vielen Auf-

gaben der Kirche zukunftsfest zu machen. Die Auseinandersetzung mit sozial- und gesellschaftspolitischen Fragen wird auch in Zukunft eine zentrale Aufgabe sein.

Die Bischöfe und das ZdK danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der KSZ für ihre große Fachexpertise und die ebenso große Loyalität. Über Jahrzehnte haben sie dazu beigetragen, die Katholische Soziallehre in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen und in politischen Angelegenheiten einen sozialetischen Maßstab anzulegen. Der verstorbene Pater Prof. Dr. Anton Rauscher SJ hat über mehr als vier Jahrzehnte die Geschicke der KSZ geleitet. Ihm und seinem Nachfolger Msgr. Prof. Dr. Peter Schallenberg gilt der Dank für das Engagement, das sie für die KSZ aufgebracht haben. Es ist den Verantwortlichen ein großes Anliegen, die fünf Beschäftigten der KSZ bei ihrer beruflichen Neuorientierung aktiv zu unterstützen, damit gute und sozialverträgliche Lösungen gefunden werden.

Hintergrund

Die Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle (KSZ) ist eine überdiözesane Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK). Sie versteht sich als kommunikative Schnittstelle zwischen den verschiedenen kirchlichen und wissenschaftlichen Akteuren, die sich vor dem Hintergrund der Katholischen Soziallehre und der Christlichen Sozialethik mit sozialen Fragestellungen auseinandersetzen. Die KSZ besteht seit 1963 mit Sitz in Mönchengladbach.

Mittwoch, 17. April 2024

Tag der Diakonin +plus: Forderung nach Öffnung aller Ämter

„Lasst die Fülle zu!“

Seit 1998 gibt es den „Tag der Diakonin“. Immer am 29. April, dem Festtag der Hl. Katharina von Siena, fordern vier Organisationen gemeinsam die Öffnung des sakramentalen Diakonats für Frauen in der römisch-katholischen Kirche. In diesem Jahr setzen die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB), das Netzwerk Diakoniat der Frau und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) ein neues Zeichen: Die Veranstaltung heißt dieses Jahr „Tag der Diakonin +plus“ und steht unter dem Motto „Lasst die Fülle zu!“.

Das „+plus“ macht deutlich: Eine glaubwürdige Kirche ist diakonisch – einladend, teilend, solidarisch. Gerade Frauen stehen durch ihr vielfältiges Engagement für diese diakonische Kirche. Die Organisationen verlangen daher, allen Menschen, unabhängig ihres Geschlechts, den Zugang zu allen Diensten und Ämtern zu öffnen. „Wir fordern, endlich die von Gott geschenkte Fülle an Begabungen und Berufungen und somit die Vielfalt in der Kirche anzuerkennen!“, betonen die Veranstalter*innen. Es ist längst Zeit, nicht noch weitere Jahrzehnte auf die sakramentale Weihe für alle zu warten.

Viele Bischöfe in Deutschland unterstützen das Anliegen, so auch Bischof Dr. Karl-Heinz Wiesemann, in dessen Bistum Speyer der diesjährige „Tag der Diakonin +plus“ stattfindet. Er sagt: „Die Synodalversammlung des Synodalen Weges hat sich im März 2023 mit großer Mehrheit für eine Öffnung des sakramentalen Diakonats für Frauen ausgesprochen. Auch ich habe diesem Text mit seinen Voten aus Überzeugung zugestimmt. Und auch die wissenschaftliche Theologie verdeutlicht: Nicht mehr die Zulassung von Frauen zum Diakoniat bedarf einer Begründung, sondern ihr Ausschluss.“

Der „Tag der Diakonin +plus“ am 29. April beginnt mit einem zentralen Gottesdienst im Dom zu Speyer um 16 Uhr. Im Anschluss gibt es ein buntes, vielfältiges Programm, das bei Aktionen und Musik, Essen und Trinken zum Austausch im Domgarten an der Steinbühne einlädt. Alle Interessierten können sich für die Bundesveranstaltung in Speyer noch bis zum 21. April 2024 anmelden unter: [anmeldungbv-tpb\(at\)kfd.de](mailto:anmeldungbv-tpb(at)kfd.de). Ferner laden die Organisator*innen dazu ein, in den Gemeinden und Gruppen vor Ort mit einem Gottesdienst den Tag der Diakonin +plus zu feiern. Eine Arbeitshilfe für einen Gottesdienst steht hier zur Verfügung: <https://www.zdk.de/tag-der-diakonin-plus>.

Mittwoch, 24. April 2024

„Ein zu kleiner Schritt zu einer gerechteren Globalisierung“

ZdK und Französische Sozialwochen sehen für Europa „halbherzige Fortschreibung nationaler Lieferkettengesetze“

Mit der Abstimmung im Europäischen Parlament hat das Lieferkettengesetz die letzte Hürde genommen. Im Plenum votierte heute eine Mehrheit für die sogenannte Sorgfaltspflichtenrichtlinie. „Es ist ein Lieferkettengesetz, das in vielerlei Hinsicht weit hinter dem zurückbleibt, wofür wir uns eingesetzt haben“, sagt Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK).

Das ZdK und die Semaines Sociales de France (SSF), eine soziale Initiative in Frankreich, die seit langem mit dem ZdK kooperiert, blicken mit gemischten Gefühlen auf den europäischen Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens. „Lieferketten sind nur dann krisenfest, wenn sie fair sind. Wir hätten uns deshalb gewünscht, dass das Gesetz mehr Unternehmen adressiert. Die nationalen Lieferkettengesetze, die es in Frankreich und Deutschland bereits gibt, werden damit nur halbherzig fortgeschrieben“, kritisiert die ZdK-Präsidentin.

„Katholische Stimmen aus Deutschland und Frankreich haben seit Jahren vehement für das EU-Lieferkettengesetz gekämpft. Wir sind froh darüber, dass

dieser Schritt kurz vor der Europawahl gelungen ist, um Menschenrechte und Umwelt entlang von Wertschöpfungsketten besser zu schützen. Wir sind aber zugleich enttäuscht darüber, dass die Hebelwirkung, die dieses Gesetz haben könnte, nun nur teilweise abgerufen wird. Es hätte viel effektiver sein können in der Durchsetzung der Menschenrechte“, kommentiert Isabelle de Gaulmyn, Präsidentin der SSF.

Gemeinsam mit dem von beiden Partnern getragenen europäischen Netzwerk Initiative Christen für Europa (IXE) hatten SSF und ZdK im September 2023 in einer Erklärung gefordert, den Finanzsektor aufgrund seiner Schlüsselrolle bei der Finanzierung wirtschaftlicher Aktivitäten einzubeziehen. „Es ist eine vertane Chance, dass der Finanzsektor im Lieferkettengesetz außen vor bleibt. Damit wurde ein Instrument, um Finanzströme sozial-ökologisch umzuleiten, aus der Hand gegeben. Das Lieferkettengesetz leistet in dieser Hinsicht leider keinen Beitrag“, kritisiert de Gaulmyn.

Stetter-Karp würdigt die Haftungsregelungen, für die sich SSF und ZdK ausgesprochen hatten und die mit dem Gesetz nun geschaffen werden: „Betroffenen wird erstmals ein Zugang zu Gerichten in Europa eröffnet. Das ist der eigentliche Paradigmenwechsel, der trotz aller Verwässerung in diesem Frühjahr nicht angetastet wurde. Es ist ein kleiner Schritt zu einer gerechteren Globalisierung.“

Kritisch blickt die ZdK-Präsidentin auf die Rolle der Mitgliedstaaten im Aushandlungsprozess: „Ich bedauere, dass der Rat der EU den im Dezember bereits ausgehandelten, ausgewogenen Kompromiss aufgeschnürt und abgeschwächt hat. Gerade die Bundesregierung hat ein entschiedenes Eintreten für die Menschenrechte vermissen lassen, ihre Uneinigkeit stattdessen in Form von Enthaltungen demonstriert und die Nachverhandlungen damit erst in Gang gesetzt.“ Isabelle de Gaulmyn plädiert für eine übergreifende Verständigung: „Die EU-Mitgliedsstaaten müssen die Umsetzung dessen, was vom

Lieferkettengesetz übrig geblieben ist, nun rasch auf den Weg bringen. In der Praxis braucht es gezielte Unterstützung für kleinbäuerliche Betriebe im Globalen Süden. Der Dialog darüber, wie Schöpfungsverantwortung und Menschenwürde in unternehmerisches Handeln zu übersetzen ist, muss weitergehen – in Europa und weltweit.“

Mittwoch, 24. April 2024

„Un trop petit pas vers une mondialisation plus juste“

Le Comité central des catholiques allemands, ZdK et les Semaines sociales de France (SSF) regrettent que la directive de l'Union européenne sur le devoir de vigilance des entreprises « soit restée au milieu du gué »

Avec le vote du Parlement européen, la directive sur le devoir de vigilance des entreprises en matière de durabilité (CSDDD) a franchi le dernier obstacle. En séance plénière, une majorité a voté en faveur de la directive sur le devoir de vigilance. „C'est une loi concernant les chaînes d'approvisionnement qui, à bien des égards, est nettement en deçà de ce pour quoi nous nous sommes battus“, déclare le Dr Irme Stetter-Karp, présidente du Comité central des catholiques allemands (ZdK).

Le ZdK et les Semaines Sociales de France (SSF), qui promeuvent la doctrine sociale de l'Église en France, et qui coopèrent depuis longtemps avec le ZdK, portent un regard mitigé sur la conclusion européenne du processus législatif. „Les chaînes d'approvisionnement ne peuvent résister aux crises que si elles sont équitables. Nous aurions donc souhaité que la directive s'adresse à davantage d'entreprises. Les lois nationales sur les chaînes d'approvisionnement, qui existent déjà en France et en Allemagne, ne sont ainsi prolongées qu'à moitié“, critique la présidente du ZdK.

„Les voix catholiques d'Allemagne et de France se sont battues avec vigueur depuis des années pour une législation européenne sur les chaînes d'appro-

visionnement. Nous sommes heureux que cette étape ait été franchie juste avant les élections européennes, afin de mieux protéger les droits de l'homme et l'environnement tout au long des chaînes de valeur. Mais nous sommes dans le même temps déçus que l'effet de levier que cette loi aurait pu avoir ne soit que partiellement exploité. Elle aurait pu être beaucoup plus efficace dans la protection effective des droits de l'homme", commente Isabelle de Gaulmyn, présidente des SSF.

Avec le réseau européen Initiative des chrétiens pour l'Europe (IXE), soutenu par les deux partenaires, les SSF et le ZdK avaient demandé en septembre 2023, dans une déclaration, que le secteur financier soit inclus en raison de son rôle clé dans le financement des activités économiques. „C'est une occasion manquée que le secteur financier reste en dehors de la législation sur le devoir de vigilance. Un instrument permettant de réorienter les flux financiers de manière socio-écologique a ainsi été négligé. Cette législation sur la chaîne d'approvisionnement n'apporte malheureusement aucune contribution à cet égard", critique Isabelle de Gaulmyn.

Le Dr Stetter-Karp apprécie que les règles de responsabilité en faveur desquelles les SSF et le ZdK s'étaient prononcés, sont désormais créées par la directive : „Les personnes affectées se voient offrir pour la première fois un accès aux tribunaux en Europe. C'est le véritable changement de paradigme, auquel on n'a pas touché malgré toutes les édulcorations de ce printemps. C'est un petit pas vers une mondialisation plus juste”.

La présidente du ZdK porte un regard critique sur le rôle des États membres dans le processus de négociation : „Je regrette que le Conseil de l'UE ait détricoté et affaibli le compromis équilibré déjà négocié en décembre 2023. Le gouvernement allemand, en particulier, a manqué l'engagement ferme en faveur des droits de l'homme et a préféré manifester son désaccord sous forme d'abstention, déclenchant ainsi les renégociations”. Isabelle de Gaulmyn plaide

pour une entente générale au sein de l'UE: „Les États membres de l'UE doivent maintenant mettre rapidement en œuvre ce qui reste de l'ambition législative en matière de devoir de vigilance. Concrètement, il convient notamment de soutenir de façon ciblée les petites exploitations agricoles dans les pays du Sud. Le dialogue sur la manière de traduire la responsabilité de l'action des entreprises à l'égard de la création et de la dignité humaine doit se poursuivre - en Europe et dans le monde“.

Donnerstag, 25. April 2024

Aggiornamento-Preis für Bildungsarbeit am Rande der Gesellschaft Katholikentag vergibt Auszeichnung an vier Preisträger

Eine Straßenuni für Obdachlose in Frankfurt und ein katholisches Bildungswerk am Fuß der Alpen erhalten den diesjährigen Aggiornamento-Preis des Deutschen Katholikentags.

Gleich zweimal wird in diesem Jahr der erste und auch der zweite Platz des Aggiornamento-Preises des Deutschen Katholikentags vergeben. „Da jeweils zwei Bewerbungen in der Bewertung gleich auflagen und die Jurymitglieder gleichermaßen überzeugten, haben wir uns entschlossen, in diesem Jahr den ersten und zweiten Platz zweimal zu vergeben und auf den Dritten zu verzichten“, erläutert das Jurymitglied Reinhard Salzmann, Vorsitzender des Erfurter Katholikenrates.

Den ersten Platz teilen sich zwei Projekte katholischer Bildungswerke mit unterschiedlicher Ausrichtung. Beide erhalten 3.000 EUR Preisgeld. Die Straßenuni der Katholischen Erwachsenenbildung Frankfurt bietet niedrigschwellig in kleinen Einheiten und kostenfrei Vorlesungen zu verschiedensten Themen für Obdachlose. Das Katholische Kreisbildungswerk Garmisch-Patenkirchen punktete vor allem mit seinen Angeboten zur Ausbildung für Gipfelexerziten, Bergspiritualität und Pilgern sowie der Unterstützung Geflüchteter. „Wir wollten an

die Ränder gehen, die findet man in der Straße einer Großstadt genauso wie in einer Flüchtlingsunterkunft oder auch auf dem Berggipfel“, so Salzmann.

Der zweite Platz mit je 2.000 EUR Preisgeld entfiel auf ANDANTE, die europäische Allianz der katholischen Frauenverbände, und den Weltladen A Janela, der seit 25 Jahren in Berlin-Wilmersdorf von Ehrenamtlichen der Pfarrei St. Ludwig betrieben wird. „Bei A Janela hatten wir vor allem das langjährige und konstante ehrenamtliche Engagement im Blick. Es geht um den Einsatz für Menschen am Rande der Gesellschaft im Globalen Süden“, erklärt Salzmann. ANDANTE habe die Jury durch das schlüssige Konzept der jährlichen Studientage zu aktuellen sozialpolitischen, ökologischen und auch technologischen Themen und Entwicklungen im europäischen Kontext überzeugt. Dabei stehe das Empowerment von Frauen und die weibliche Perspektive auf Gesellschaft, Politik und Kirche im besonderen Maße im Vordergrund.

Weiter Informationen zu den ausgezeichneten Projekten erhalten Sie in den unten angegebenen Links.

Die Preisverleihung findet im Rahmen des 103. Deutschen Katholikentags in Erfurt am Samstag, 1. Juni 2024, 16.30 bis 17.00 Uhr im Beisein von Ministerpräsident Bodo Ramelow und ZdK-Präsidentin Irme Stetter-Karp auf der Willkommensbühne am Willy-Brandt-Platz statt.

Seit 2012 wird auf den Katholikentagen der „Aggiornamento-Preis“ verliehen. Dieser Preis der Deutschen Katholikentage wurde anlässlich des 50. Jahrestages der Eröffnung des Zweiten Vatikanischen Konzils durch das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken gestiftet. Er geht an Initiativen und Projekte katholischer Christinnen und Christen, die sich couragiert und innovativ in Kirche und Gesellschaft einbringen.

Straßenuni Frankfurt: [flyer_strassenuni_programm_4_2023.pdf](#)

Kath. Kreisbildungswerk Garmisch-Patenkirchen: www.kreisbildungswerk-gap.de

Weltladen A Janela: www.ajanela.de

ANDANTE: www.andante-europa.net/de/

Dienstag, 30. April 2024

„Lasst die Fülle zu!“

Deutliche Forderungen beim Tag der Diakonin +plus

Über 350 Frauen kamen zum „Tag der Diakonin +plus“ nach Speyer. Sie alle forderten gemeinsam mit den Organisator*innen ein kirchenpolitisches und theologisches Umdenken: Die von Gott geschenkte Fülle an Begabungen und Berufungen von Frauen muss endlich in der römisch-katholischen Kirche anerkannt werden.

Mit einem Gottesdienst im Dom zu Speyer begann die Veranstaltung. Unter dem diesjährigen Motto „Lasst die Fülle zu!“ wurde der Ruf nach einer Öffnung von allen Diensten und Ämtern für alle Menschen gleich welchen Geschlechts laut. Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB), das Netzwerk Diakoniat der Frau und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) als Veranstalter*innen gaben deutliche Statements* im Umgang mit dem Diakoniat ab:

„Es ist unverständlich und nicht mehr nachvollziehbar, dass die Entscheidungsträger in unserer Kirche so lange untätig geblieben sind. Ja, es ist eine Form des Machtmissbrauchs, wenn nicht männliche Menschen aufgrund ihres Geschlechts ausgeschlossen bleiben.“

Ulrike Göken-Huisman, Geistliche Leitung der kfd

„Aus Verantwortung für eine glaubwürdige diakonische Kirchenentwicklung brauchen wir Menschen, die gut ausgebildet sind. Sie müssen theologisch und diakonisch gebildet sein, um nicht nur selbst diakonisch tätig zu werden, sondern auch um andere zuzurüsten und zu begleiten.“

Gabriele Greef, Vorstandsmitglied im Netzwerk Diakoniat der Frau

„Der Tag der Diakonin +plus weist schmerzlich auch darauf hin, dass Männern ein Plus von sakramentalem Zuspruch, bischöflicher Unterstützung, göttlichem Segen vermeintlich zusteht, eine Fülle, ein Plus, das Frauen, Inter-, Trans- und nicht-binären Personen verwehrt bleibt.“

Dr. Ute Zeilmann, Vizepräsidentin des KDFB-Bundesvorstands

„Frauen geben der diakonischen Kirche heute schon ein Gesicht. In der formalen und sakramentalen Struktur unserer Kirche bleibt dies aber immer noch unsichtbar. Wir wollen, dass das reale Tun und die Zeichen dafür wieder zusammenpassen!“

Birgit Mock, Vizepräsidentin des ZdK

Über die Statements tauschten sich die Teilnehmerinnen nach dem Gottesdienst im Domgarten im Rahmen eines Fests aus. Dort wurde die Fülle der Berufungen von Frauen gefeiert. Einige Absolventinnen der gerade zu Ende gegangenen umfangreichen Fortbildung „Diakonische Leitungsdienste für Frauen“ waren in Speyer dabei und gaben bereitwillig über ihre persönliche Berufung Auskunft. Die Organisator*innen werden sich weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen, dass diese berufenen und bestens qualifizierten Frauen zu Diakoninnen geweiht werden können.

Donnerstag, 02. Mai 2024

„Suizidprävention muss schnell gesetzlich geregelt werden“

ZdK fordert mehr als einen Strategieplan

Mit Nachdruck fordert das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) ein verbindliches Suizidpräventionsgesetz. „Die heute veröffentlichte Strategie des Bundes zur Suizidprävention liefert zwar erste wichtige Bausteine für die Stärkung der Prävention in Deutschland. Ein Strategieplan ersetzt aber keine gesetzlichen Regelungen“, sagt ZdK-Präsidentin Dr. Irme Stetter-Karp. „Das ist zum Nachteil all jener, die dringend auf eine flächendeckend ausgebaute Beratung und Präventionsarbeit angewiesen sind.“

Das ZdK erwarte, so Stetter-Karp, „dass Herr Lauterbach bis zum Sommer ein Gesetz zur Suizidprävention vorlegt, wie es der Deutsche Bundestag im Juli 2023 mit großer Mehrheit gefordert hat“. In einem entsprechenden Antrag von Juli 2023 hatten sich die Abgeordneten fast einstimmig für ein Gesetz zur Suizidprävention bis zum 30. Juni 2024 ausgesprochen. „Diesen parlamentarischen Auftrag kann der Bundesgesundheitsminister nicht übergehen“, ist die ZdK-Präsidentin überzeugt. „Er hat ja heute auch ein Gesetz angekündigt – wenn auch ohne klare zeitliche Perspektive.“

Aus Sicht des ZdK ist ein nachhaltiger Ausbau von professionellen sowie ehrenamtlichen Beratungs- und Hilfsangeboten wesentlich. Dazu zählt ein deutschlandweiter Präventionsdienst unter Einbezug von Telefonseelsorge, sozialpsychiatrischen Diensten und weiteren Versorgungseinrichtungen. Menschen mit Suizidgedanken und ihre Angehörigen sollten aus Sicht des ZdK rund um die Uhr Anlaufstellen haben, die online und telefonisch erreichbar sind. Für Menschen mit schwersten, todbringenden Erkrankungen muss das Palliativangebot ausgebaut werden.

Sich für vulnerable Personen in suizidalen Lebenskrisen einzusetzen, bedeute auch, die Suizidassistenz in Deutschland endlich gesetzlich zu regeln. „Im

Juli 2023 wurden beide Gesetzentwürfe dazu im Bundestag abgelehnt. Eine gesetzliche Regelung bleibt deshalb weiter wichtig und dringend“, sagt Stetter-Karp. „Ansonsten bleibt für suizidale Menschen, für ihre Ärzt*innen und Pflegenden eine fatale rechtliche Unsicherheit“, hatte sie bereits im Juli 2023 formuliert. „Für kirchliche Einrichtungen bedeutet dies, die Sichtachse auf das Leben ohne gesetzlichen Rahmen offenhalten zu müssen.“

Montag, 06. Mai 2024

103. Deutscher Katholikentag in Erfurt

Aufruf zur Sonderkollekte in den Gottesdiensten

Vom 29. Mai bis 2. Juni 2024 findet in Erfurt der 103. Deutsche Katholikentag statt. Das Treffen steht in diesem Jahr unter dem Leitwort „Zukunft hat der Mensch des Friedens“ (Ps 37, 37). Anlässlich des Katholikentags rufen die deutschen Bischöfe zur Teilnahme und zu einer Sonderkollekte auf.

„Das Psalmwort scheint passender denn je. Konfrontiert mit den andauernden Kriegen in der Ukraine, im Nahen Osten und an vielen anderen Orten ist der Ruf nach einem friedlichen Miteinander so drängend wie selten in der jüngeren Vergangenheit. Zugleich fordern uns die Krisen in unserem eigenen Land heraus. All dies lässt die Zukunft ungewiss erscheinen. Christinnen und Christen der mitteldeutschen Diaspora werden mit Gästen aus ganz Deutschland im gemeinsamen Diskutieren und Zuhören nach Wegen für eine gerechte und friedliche Zukunft suchen“, schreiben die deutschen Bischöfe in einem Aufruf. In der Feier der Gottesdienste, in der Begegnung und im Hören auf das Wort Gottes werde der Katholikentag auch in diesem Jahr ein Fest des Glaubens und der gegenseitigen Stärkung.

Weiter schreiben die Bischöfe: „Die Katholikinnen und Katholiken in Mitteldeutschland sind treue Zeugen des Evangeliums. Viele engagierten sich auch in Zeiten der Unterdrückung für eine gerechte Gesellschaft und verkündeten so die frohe Botschaft. Schließlich hatten viele Christinnen und Christen maß-

geblich Anteil an der friedlichen Revolution vor fast genau 35 Jahren. Zwar leben die Katholikinnen und Katholiken im Bistum heute in der Diaspora, sie sind dennoch engagierte und frohe Botschafterinnen und Botschafter unseres Glaubens.“

Die Bischöfe ermutigen die Gläubigen zur Teilnahme am Katholikentag, der alle zwei Jahre vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) veranstaltet und mit dem jeweils gastgebenden Bistum koordiniert wird. Gleichzeitig bitten Sie um eine finanzielle Unterstützung mit einer Spende in den Gottesdiensten am 25./26. Mai 2024: „Der Katholikentag ist ein sichtbarer Ausdruck der Verantwortung aller Katholikinnen und Katholiken für Kirche und Gesellschaft. Durch Ihr Gebet und Ihre Spende helfen Sie, dass der Katholikentag weit über die Grenzen Thüringens ein Zeugnis für unseren Glauben werden kann.“

Hinweise: Der Aufruf der deutschen Bischöfe zum 103. Deutschen Katholikentag ist als PDF-Datei auf www.dbk.de unter [Aufrufe der deutschen Bischöfe](#) verfügbar. Er wird in den Gottesdiensten am 18./19. Mai 2024 verlesen. Weitere Informationen und Anmeldemöglichkeiten zum Katholikentag finden Sie unter www.katholikentag.de

Mittwoch, 22. Mai 2024

„Das Vertrauen in die Demokratie neu stärken“

ZdK-Präsidentin würdigt den Wert des Grundgesetzes

Aus Anlass des 75-jährigen Bestehens des Grundgesetzes erinnert die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, an dessen Bedeutung für unsere Demokratie. „In Zeiten, in denen rechtsradikale Kräfte die Sehnsucht nach einem autoritären Staat befeuern, ist es wichtiger denn je, das Grundgesetz zu verteidigen und zu feiern. Es ist ein Manifest für die Menschenrechte und für die Existenz demokratischer Verfassungsorgane.“

Das Engagement des ZdK fuße sehr wesentlich auf dem Grundgesetz. „Wenn wir uns für den Schutz des menschlichen Lebens einsetzen, für das Recht auf Asyl, für die gleiche Würde und die gleichen Rechte aller Menschen, beziehen wir uns faktisch immer auch auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.“

Es begründe ebenso die Existenz einer organisierten katholischen Zivilgesellschaft. „Artikel 8 und Artikel 9 sind Grundlage für unsere Arbeit. Das ZdK als Dachorganisation von katholischen Organisationen, Diözesanräten und engagierten Einzelpersonlichkeiten in Deutschland profitiert nicht nur von der Versammlungsfreiheit, sondern trägt mit seinen synodal-demokratischen Strukturen wesentlich zur Akzeptanz der Kirche in der Gesellschaft bei. Wir setzen auf Beteiligung, Transparenz und demokratische Kontrolle“, sagt die ZdK-Präsidentin. „Es ist hohe Zeit, diesen Gleichheitsgrundsatz in der Kirche insgesamt zu verwirklichen.“

Bereits in früher Jugend habe sie das Grundgesetz beeindruckt, so Stetter-Karp. „Als katholisches Mädchen vom Land war Gleichberechtigung, wie sie in Artikel 3 formuliert wird, Grundlage meiner Bildungsbiografie. Später wurde dieser Artikel zur Leitlinie meines Denkens in Fragen der Sozialpolitik.“

Das 75-jährige Bestehen des Grundgesetzes am morgigen 23. Mai könne zum Anlass genommen werden, über Artikel 146 neu nachzudenken. „Im Mai 1949 haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes dessen Vorläufigkeit beschrieben, weil sie den Weg zu einer gemeinsamen Verfassung aller Deutschen offenhalten wollten. 34 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands ist ein guter Zeitpunkt gekommen, das Grundgesetz durch die Bürgerinnen und Bürger zu bestätigen.“

Dienstag, 28. Mai 2024

„Zukunft hat der Mensch des Friedens“

Leitwort des Katholikentags prägt die Vollversammlung des ZdK

Als „Bild für die Zukunft der Kirche in ganz Deutschland“ hat die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, die Vorbereitungen auf den 103. Deutschen Katholikentag gewürdigt. Zur Eröffnung der Vollversammlung des ZdK in Erfurt sagte sie, von einer „Minderheit, die mit wenig Ressourcen engagiert und in starker Gemeinschaft ihren Glauben lebt und die Gesellschaft mitgestaltet, können wir lernen“.

Stetter-Karp erinnerte daran, dass der Katholikentag in einer Zeit großer Herausforderungen für Kirche und Gesellschaft stattfindet. „Vorgestern fanden hier in Thüringen Kommunalwahlen statt. Ein Stimmungsbarometer in einem Superwahljahr, das es in sich hat.“ Die Hochzeit der Demokratie – 2024 nicht nur mit Kommunalwahlen, sondern auch drei Landtagswahlen im Osten Deutschland und der Europawahl – sei gleichzeitig ihr Härtestest: „Ich nehme mit großer Sorge wahr, dass die freiheitliche Grundordnung in Europa und auch bei uns unter Druck gerät. Wir spüren es wohl alle: Die Demokratie und auch faire Wahlen sind keine Selbstverständlichkeit mehr, sie müssen geschützt und aktiv verteidigt werden.“

Ähnlich äußerte sich der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow in seinem Grußwort an die Vollversammlung. „Das ZdK repräsentiert katholische Zivilgesellschaft, die es in organisierter Form seit nunmehr 175 Jahren gibt. Es ist damit eine der ältesten zivilgesellschaftlichen Organisationen in unserem Land. Ich bin dem ZdK dankbar, vor allem für seine aktuellen Wortmeldungen und Debattenbeiträge in den gegenwärtig schwierigen Zeiten – zu den Europawahlen, zur Demokratie und deren Gefährdung, zur Klimakrise sowie zu Fragen von Armut und gesellschaftlicher Gerechtigkeit“, sagte er.

Die ZdK-Präsidentin verwies auch auf das Jubiläum des Grundgesetzes, das am 23. Mai vor 75 Jahre ausgerufen wurde. ZdK und Katholikentag sähen in diesen Zeiten die Menschenwürde, die der Artikel 1 schütze, als gefährdet an. „Wir halten nicht still, wenn die Axt an die Grundfesten unseres Zusammenlebens gelegt und die menschliche Würde relativiert wird.“ Es brauche „klare Haltung – und konkretes Engagement vor Ort“. In schwelenden internationalen Konflikten und Kriegen zeige sich ebenfalls, dass „Demokratie und zivilgesellschaftliche Spielräume“ massiv unter Druck gerieten. Leid und Tod Hunderttausender Menschen in Israel, in Gaza, ebenso in der Ukraine machten fassungslos.

Im Blick auf die deutsche Innenpolitik bezeichnete es Stetter-Karp „als Desaster, dass es der Bundesregierung nicht gelingt, die geplanten und dringenden Reformprojekte, allen voran die Kindergrundsicherung, voranzutreiben“. Wo die Würde des Menschen die Richtschnur sein müsse, sei es ebenso nicht hinnehmbar, dass es „an klimapolitischem Ehrgeiz“ mangle, gerechte Arbeitsbedingen für viele fehlten, Lebensschutz am Anfang und am Ende des Lebens nicht konsequent umgesetzt und Gesetzesvorhaben auf die lange Bank geschoben würden. Zur fortlaufenden Debatte um den Paragraphen 218 sagte Stetter-Karp, die aktuelle Regelung solle nicht infrage gestellt werden. „Sie stellt einen guten gesellschaftlichen Kompromiss dar.“

Im Blick auf kirchliche Transformationsprozesse betonte Stetter-Karp, diese seien „ein dringendes Anliegen des ZdK“. Wichtig sei dabei auch, „wie die Weltkirche auf den synodalen Prozess in Deutschland blickt“. Das ZdK habe deshalb Berater*innen der Weltsynode zur Vollversammlung eingeladen, um deren Eindrücke wahrzunehmen.

Mittwoch, 29. Mai 2024

„Zukunft hat der Mensch des Friedens“

103. Deutscher Katholikentag in Erfurt beginnt heute

Zur Eröffnung kommt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Auch der Bundeskanzler hat sich zum Katholikentag in Erfurt angesagt. Zahlreiche engagierte Menschen aus Politik, Kultur, Wissenschaft, Kirche und Gesellschaft sind beim 103. Deutschen Katholikentag vertreten. Er beginnt am heutigen 29. Mai und dauert bis zum Sonntag, 2. Juni 2024.

Mitglieder katholischer Organisationen und Räte haben die Veranstaltung maßgeblich mit vorbereitet. Viele präsentieren sich an ihren Ständen auf der Kirchenmeile in der Erfurter Innenstadt. Zahlreiche Podien, Gespräche und Workshops gehen auf Ideen von Christinnen und Christen an der Basis der Kirche zurück. Es werden rund 20.000 aktiv Teilnehmende erwartet.

„Unser Leitwort stammt aus Psalm 37. Es ist unsere Richtschnur“, sagt Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), das den Katholikentag veranstaltet. „Zukunft hat der Mensch des Friedens!“ Wer dieses Wort ernst nehme, müsse nach dem Frieden suchen. „Wir müssen uns stark machen für Frieden! Gerade in Zeiten, in denen Krieg in Europa und an anderen Orten der Welt stattfindet. Wir müssen uns fragen: Was können wir beitragen, um Dinge zu verändern? Katholikentage mischen sich ein in die virulenten Themen in Kirche und Gesellschaft. Der 103. Deutsche Katholikentag in Erfurt hat sich zum Ziel gesetzt, den Frieden zu fördern, die gefährdete Demokratie zu stärken, Gemeinwohl und Gemeinschaft in Vielfalt in den Mittelpunkt zu rücken.“

Der Bischof des gastgebenden Bistums Erfurt, Dr. Ulrich Neymeyr, sagt: „Seit mehr als zwei Jahren bereiten wir uns intensiv auf diesen Katholikentag vor. Heute fühlen wir uns wie Sportler, die lange trainiert haben und jetzt auf den

Startschuss warten. Wir freuen uns auf viele Begegnungen mit den Gästen aus nah und fern und mit den Erfurterinnen und Erfurtern. Wir freuen uns auf viele Veranstaltungen, Konzerte und Ausstellungen und wir freuen uns auf schöne, inspirierende Gottesdienste. Danke allen Mitwirkenden!“ Neymeyr hebt besonders die Ökumene hervor, ohne die dieser Katholikentag nicht denkbar sei: „Wir feiern eigentlich einen Ökumenischen Kirchentag.“ Seine Hoffnung sei, dass „von diesen Tagen Impulse ausgehen für den Frieden in unserer Welt, in unserer Gesellschaft und in unserer Kirche.“

Der 103. Deutsche Katholikentag ist der erste in einem ostdeutschen Bundesland nach dem 100. Deutschen Katholikentag in Leipzig 2016.

Mittwoch, 29. Mai 2024

„Brückenbauerin in alle Schichten“

Göring-Eckardt würdigt 175 Jahre katholische Zivilgesellschaft

Mit einem Aufruf zur Europawahl und einem Beschluss zum verstärkten Engagement für Friedensethik in Kriegszeiten ist die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) heute zu Ende gegangen. Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt würdigte in einer Rede 175 Jahre organisierte katholische Zivilgesellschaft in Deutschland – im Vorfeld des heute in Erfurt beginnenden 103. Deutschen Katholikentags.

„Ich empfinde es als ein schönes Zeichen, den Katholikentag, dieses katholische Fest, 2024 hier in Erfurt auszurichten: 35 Jahre nach der Friedlichen Revolution“, sagte sie. „1989 waren hier und überall in Ostdeutschland viele auf den Straßen, um für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte zu demonstrieren. Viele der Menschen auf diesen Demonstrationen kamen aus den Kirchen.“ Göring-Eckardt verglich dies mit der Entstehungsgeschichte der organisierten katholischen Zivilgesellschaft in Deutschland: „Auch hier gab eine Revolution den Anfang. Die Wurzeln der katholischen Zivilgesellschaft reichen in die Revolutionsjahre 1848/49 zurück – sie waren ein Katalysator der politischen

Öffentlichkeit. Was lange unvorstellbar war, schien plötzlich möglich: demokratische Mitbestimmung, mündiges Bürgertum. Eine vielfältige Interessenorganisation.“ Die Emanzipation katholischer Bürger*innen sei einhergegangen mit der anderer Bewegungen, etwa der Arbeiterbewegung – „im katholischen Bereich vor allem mit Namen wie dem Mainzer Bischof von Ketteler, später mit Adolph Kolping oder Franz Hitze verbunden“. Damals habe aber auch die politische Emanzipation der Frauen begonnen: „Die katholische Frauenbewegung entstand ebenfalls in dieser Zeit.“

Göring-Eckardt würdigte Christi*innen und Kirchen heute als „Brückenbauer*innen in alle Schichten“. Sie zeigten „Haltung, immer wieder“. Das ZdK sei mit seinem Katholikentag „ein Ort für das Rausgehen und Beieinanderbleiben“. Es sei in Zeiten der Gefährdung der Demokratie wichtiger denn je, dass es eine organisierte katholische Zivilgesellschaft gebe, die sich für eine offene Diskussionskultur, Menschenrechte und Gemeinwohl stark mache.

Im Beschluss der Vollversammlung „Zukunft hat die Welt des Friedens“ nahm das Gremium am Ende Bezug zum Leitwort des Katholikentags „Zukunft hat der Mensch des Friedens“. Die Mitglieder des ZdK bekennen sich darin zum „Recht auf Verteidigung“, bezeichnen aber Gewaltmittel nur dann als legitim, „wenn sie durch Völkerrecht legitimiert sind und sich auf dem Boden internationaler Vereinbarungen bewegen“. Friede definiere sich nicht allein durch die Abwesenheit von Krieg: „Kein Friede ohne globale Gerechtigkeit. Ein umfassender Frieden ist in erster Linie politisch, sozial und ökologisch.“ Im Fazit heißt es: „Eine Welt des Friedens beginnt beim Individuum, beim Menschen des Friedens.“ Zum Auftakt des 103. Deutschen Katholikentags in Erfurt wurde damit nochmals die enge Verbindung zwischen dem ZdK und diesem großen christlichen Treffen hergestellt – das ZdK ist Veranstalter der Katholikentage.

Die Vollversammlung beschloss ebenfalls, sich für die öffentlichen Rehabilitierung homosexueller Menschen zu engagieren und eine unabhängige „Aufar-

beitung der Mitschuld der Kirche bei der Kriminalisierung queerer Identitäten“ in Auftrag zu geben. Dreißig Jahre nach Abschaffung des Strafrechtsparagrafen 175 in Deutschland sei es für das ZdK überfällig, die Entscheidung von 1994 zu würdigen. Damals habe das ZdK der Entkriminalisierung von Homosexualität „keinerlei öffentliche Beachtung und Würdigung“ entgegengebracht. Es gebe „die historische Mitschuld von Katholik*innen gegenüber ihren Geschwistern im Glauben und allen anderen Verfolgten.“ Das ZdK müsse dazu auch seine eigene Geschichte unabhängig erforschen lassen.

Mittwoch, 29. Mai 2024

ZdK wirbt um ein starkes demokratisches Votum bei Europawahl

“Für einen in Vielfalt geeinten, freien und gerechten Kontinent“

Eine Woche, bevor in Europa die ersten Wahlberechtigten zu den Wahlen schreiten, ruft das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) zur Teilnahme auf. „Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt die Legitimität des Europäischen Parlaments und die Handlungsfähigkeit der EU. Mit einem starken demokratischen Votum können wir die Menschenwürde, die Rechtsstaatlichkeit und die Demokratie schützen. Das ist gerade in diesen Zeiten geboten“, sagt ZdK-Präsidentin Dr. Irme Stetter-Karp.

In dem Beschluss „Demokratie wählen. Europa weiterbauen“ hebt die ZdK-Vollversammlung hervor, die Europawahl sei eine „Richtungsentscheidung für den Kontinent, in welcher der politische Gestaltungsspielraum der nächsten fünf Jahre markiert wird“. Auch zukünftig müssten die Eckpfeiler der katholischen Sozialethik - Personalität, Solidarität, Subsidiarität, Gemeinwohl und Nachhaltigkeit - die europapolitischen Leitplanken darstellen. Es brauche „nach der Wahl eine auf diesen Werten fußende stabile parlamentarische Mehrheit und eine handlungsfähige Europäische Kommission“.

Die Mitglieder des ZdK formulieren in ihrem Beschluss Forderungen zu mehreren Politikfeldern. Auf dem Weg in die Europäische Union, den die Ukraine, Georgien, Moldau und die Länder des Westbalkans eingeschlagen haben, wirbt das ZdK dafür, „die Unterstützung der Beitrittskandidaten mit einer auf Raten ausgelegten, schrittweisen Integration gezielt fortzusetzen und die angestoßenen Dialoge engagiert zu Erfolgen zu führen“. Außerdem müsse die Erweiterung der EU „Hand in Hand mit institutionellen Reformen gehen“, auch um gerade angesichts der geopolitischen Lage „in der Außen- und Sicherheitspolitik Handlungsfähigkeit durch mehr qualifizierte Mehrheitsentscheidungen“ sicherzustellen. Die ZdK-Vollversammlung drängt zudem darauf, dass die EU auch künftig bei Verstößen gegen rechtsstaatliche Standards konsequent sanktionierende Instrumente nutzt: „Wenn die Rechtsstaatlichkeit erodiert, ist das Fundament der Europäischen Union bedroht.“

In der Klimapolitik bekennt sich das ZdK zur Fortführung des „Green Deal“, mit dem die EU bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent werden möchte. Schöpfungsverantwortung bedeute auf europäischer Ebene, „den Green Deal nicht zur Disposition zu stellen, sondern zu vollenden“. Dazu brauche es eine rasche Einigung auf ein Etappenziel hinsichtlich der Emissionsenkung bis 2040 und eine effektive Verzahnung „von klimapolitischer Konsequenz, ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit und wirksamer Armutsbekämpfung“. In der Asylpolitik plädiert das ZdK dafür, die solidarische Verteilung der Geflüchteten auszubauen und die bis 2026 vorgesehene Umsetzung des neuen Asylsystems unbedingt menschenrechtskonform zu gestalten.

„In unserem Beschluss formulieren wir die Wahrnehmung, dass sich die Wertebindungen in den europäischen Gesellschaften grundlegend verändern und verpflichten uns dazu, als glaubens- und wertebasierter Akteur weiter aktiv im gesellschaftlichen Dialog mitzuwirken“, kommentiert Marie von Manteuffel, europapolitische Sprecherin des ZdK. „Wir stellen uns gegen Menschenfeindlichkeit und Demokratieverachtung und setzen uns dafür ein, dass das Gemeinwohl und die Würde jedes Menschen die Kriterien sind, welche die

Politik maßgeblich bestimmen. Die Europäische Union muss den großen Herausforderungen der Gegenwart begegnen und sich noch stärker aufstellen.“

Sonntag, 02. Juni 2024

„Kirche für andere sein“

103. Deutscher Katholikentag geht mit großem Gottesdienst zu Ende

Unter dem Leitwort „Zukunft hat der Mensch des Friedens“ ist der 103. Deutsche Katholikentag heute in Erfurt noch einmal mit einem großen Gottesdienst gefeiert worden. Rund 23.000 Menschen waren über fünf Tage in Thüringens Landeshauptstadt dabei, als der Katholikentag sich für die gefährdete Demokratie stark machte, nach Friedensoptionen in internationalen Konflikten suchte und den Willen zur Kirchenreform bestärkte.

„Wir haben eine Ahnung davon bekommen, wie wir heute und morgen Kirche für andere sein können“, sagte die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp. Das ZdK als Veranstalter der Katholikentage in Deutschland habe eine Zukunftsaufgabe mitgenommen: „Weil uns eben andere – darunter viele Menschen, die keine Berührung mit den verfassten Kirchen haben – hier in Erfurt gesagt und gezeigt haben, warum sie die frohe Botschaft für uns sind, warum Gott aus ihnen zu uns spricht, können wir das Evangelium neu verstehen lernen. Wir gehen in eine neue Zeit hinein.“ In Erfurt sei ein „Ökumenischer Katholikentag“ gelungen, der sich gleichermaßen „den evangelischen Geschwistern, den Freundinnen und Freunden anderer Konfessionen, Juden und Muslimen, Gottgläubigen und säkularen Menschen“ geöffnet habe. Gleichzeitig habe der Katholikentag von der Zivilcourage der Katholik*innen gezeugt: „Wir haben gezeigt, dass der öffentliche Raum – die Heimat der Demokratie und der Freiheit – auch der Raum der Christen ist. Demokratie und Christsein passen gut zusammen.“

„Danke, Erfurt!“, sagte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Georg Bätzing. „Wir haben erleben dürfen, dass der Glaube in diesem

Land – bei allen Herausforderungen – lebendig ist. Der Katholikentag hat gezeigt, dass sich Menschen mit dem Zeugnis ihres Glaubens engagieren: in Politik und Gesellschaft, in vielen Bereichen des täglichen Lebens und in der Kirche. Die Tage in Erfurt waren eine sichtbare Ortsbestimmung, wo wir als Kirche derzeit in unseren innerkirchlichen und gesellschaftlichen Debatten stehen.“

Der Bischof des gastgebenden Bistums Erfurt, Dr. Ulrich Neymeyr, erklärte, er freue sich, „dass hier in diesen Tagen für alle Teilnehmenden des Katholikentags sichtbar war, dass in unserem Bistum die Ökumene nicht nur ein Wort ist, sondern gelebt wird. Und wie wichtig sie hier für unser Christsein ist. Auch mein Anliegen, gemeinsam in großer Zahl um den Frieden zu beten, hat sich erfüllt. Ich bin sehr dankbar für die wirklich sehr gut vorbereiteten Gottesdienste und Andachten, die die Kirchen bis auf den letzten Platz füllten.“

Marc Frings, Generalsekretär des ZdK, wies darauf hin, der Katholikentag sei bewusst „raus aus der Komfortzone, mitten hinein in die katholische Diaspora gegangen. Die vielen Begegnungen und der hohe Anteil Thüringer Besucher*innen zeigen, dass wir angenommen worden sind.“ In vielen Formaten habe man „von den kirchlichen, politischen und gesellschaftlichen Erfahrungen der Menschen hier in Thüringen und im Osten der Republik“ lernen dürfen. „75 Jahre Grundgesetz und 35 Jahre Friedliche Revolution gehören zusammengedacht – das wurde immer wieder im Verlauf der fünf Tage betont. Gerade hier in Erfurt gilt es auch daran zu erinnern, dass im Osten das Grundgesetz noch nicht seit 75 Jahren gilt.“ Der Katholikentag habe das Thema Frieden intensiv bearbeiten können. „Für mich steht fest: nur ein breiter Friedensbegriff, der auch den gesellschaftlichen Frieden und die Bewahrung der Schöpfung berücksichtigt, kann unser Anspruch sein. Frieden ist nur möglich, wenn unsere Demokratie wehrhaft bleibt. Bei vielen Veranstaltungen wurde vor der Gefahr des Rechtsradikalismus gewarnt und an die Bürger*innen appelliert, aktiv für die Errungenschaften des Grundgesetzes einzutreten. Hier herrschte durchweg Konsens, denn allen Mitwirkenden lag die Verteidigung unserer Demokratie am Herzen. Gleichzeitig konnten wir aber auch zivilisiert und nach vereinbarten Regeln streiten. Das hat gutgetan.“

Montag, 10. Juni 2024

„Menschen brauchen Menschen, die hinschauen“

Katholische Organisationen fordern mehr Einsatz für Suizidprävention und eine gesetzliche Regelung für Suizidassistenten

Fachleute aus Praxis und Wissenschaft fordern die Bundesregierung auf, deutlich mehr Tempo beim Kampf gegen die hohe Zahl der Suizide und Suizidversuche an den Tag zu legen. Außerdem müsse der assistierte Suizid gesetzlich geregelt werden.

Auf einer von den Maltesern und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) organisierten Tagung in Berlin, die zusammen mit der VRK-Akademie durchgeführt wird, diskutieren Expertinnen und Experten heute mit Bundestagsabgeordneten verschiedener Parteien über die Frage, welche Maßnahmen zur Suizidprävention Erfolg versprechen. „Dass wir eine mit Profis besetzte zentrale Informations- und Koordinierungsstelle mit einer einheitlichen Rufnummer für ganz Deutschland benötigen, an die sich Menschen mit Suizidgedanken sowie deren Angehörige oder auch Pflegende wenden können, ist Konsens. Warum der Bundesgesundheitsminister so lange braucht, einen Gesetzesvorschlag zu machen, der unter anderem diese Maßnahme festschreibt, ist unerklärlich. Der Bundestag hat im vergangenen Jahr eine Gesetzesinitiative zur Suizidprävention bis Ende Juni 2024 verlangt, aber einen Entwurf gibt es bis drei Wochen vor Ablauf der Frist nicht“, kritisiert Georg Khevenhüller, Präsident des Malteser Hilfsdienstes.

Fachpersonen aus Medizin, Seelsorge, Hospizarbeit und Ethik weisen auch auf die unklare Rechtslage beim assistierten Suizid hin. Die Präsidentin des ZdK, Dr. Irme Stetter-Karp, sagt: „Die jetzige Rechtslage sorgt dafür, dass ethische Grenzen überschritten werden. Mit Präzedenzfällen wird versucht, Recht zu schaffen. Der Bundestag ist aber gefordert, ein Gesetz zu verabschieden. Dieser Verantwortung dürfen sich die Abgeordnete nicht entziehen.“ Konkret

fordern die katholischen Laien, dass es etwa kirchlichen Senioren- und Pflegeeinrichtungen erlaubt sein müsse, kein Angebot für assistierten Suizid zu machen. Stetter-Karp: „Es muss auch Orte und Räume geben, wo Sie geschützt werden vor einem möglicherweise empfundenen Druck, der Gesellschaft nicht mehr zur Last zu fallen.“

Auch die Bedeutung von Gatekeepern für Menschen in lebensbedrohlichen Krisen beleuchtet die Tagung. Pflegekräfte, aber auch Lehrerinnen und Lehrer, die viel in Kontakt mit jungen Menschen sind, sollten sensibilisiert werden, suizidale Absichten zu erkennen und mit ihnen umzugehen. Der Geschäftsführer der Akademie des Versicherers im Raum der Kirchen (VRK), Dr. Georg Hofmeister, hebt die Bedeutung solcher Personen für die Suizidprävention hervor: „Menschen, die in schweren Lebenskrisen suizidale Gedanken entwickeln, brauchen Personen, die hinschauen, zuhören und weiterführende Hilfe anbieten. Wenn wir gezielt Menschen in Schlüsselpositionen befähigen, im alltäglichen Umgang mit betroffenen Menschen aktiv Unterstützung zu organisieren, können wir die Zahl der Suizide reduzieren. Oft sind Suizidwünsche ein Schrei nach Hilfe in gefühlter Ausweglosigkeit.“

Professorin Ute Lewitzka, Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Suizidprävention, betont, „dass die Suizidprävention eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt, deren Förderung auch als demokratiestärkend anzusehen ist und damit besonders in den aktuellen Zeiten einer sich immer mehr ent-solidarisierenden Gesellschaft enorme Relevanz hat“.

Am Abend wird in einer öffentlichen Podiumsdiskussion die politische Entwicklung von Suizidprävention und Suizidassistenz erörtert. Caritas-Präsidentin Eva-Maria Welskop-Deffaa, Kirsten Kappert-Gonther, Grünen-Bundestagsabgeordnete und Mitglied des interfraktionellen Arbeitskreises Suizidprävention, die Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Suizidprävention, Ute Lewitzka, das ZdK-Mitglied und Mitglied des Deutschen Ethikrates, Professor Andreas Lob-Hüdepohl, sowie die Leiterin des Malteser Hospizdienstes in Berlin, Kerstin Kurzke, benennen Chancen und Risiken im anstehenden Gesetzesprozess.

Montag, 10. Juni 2024

“Hohe Wahlbeteiligung als Zeichen demokratischer Stärke“

ZdK-Präsidentin blickt mit Zuversicht auf die europäischen Herausforderungen

Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), wertet die gestiegene Wahlbeteiligung bei der Europawahl in den 27 EU-Mitgliedstaaten als Erfolg: „Die Demokratie steht in vielen Ländern unter Beschuss. Es stimmt mich zuversichtlich, dass so viele Menschen ihr Wahlrecht genutzt und somit mitbestimmt haben, welche Politik in den nächsten fünf Jahren in der Europäischen Union gemacht wird.“ Gleichzeitig zeigt sich Stetter-Karp sehr besorgt über das Erstarren der Rechtsaußen-Parteien in ganz Europa. „Dass die AfD in Deutschland als zweitstärkste Kraft aus den Europawahlen hervorgegangen ist, im Osten der Republik sogar als stärkste, ist ein Krisenzeichen für die liberale Demokratie.“

In Deutschland lag die Quote der Wähler*innen bei fast 65 Prozent und damit so hoch wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Es durften auch erstmals 16- und 17-Jährige teilnehmen. „Ich freue mich, dass dies in Deutschland bei der Europawahl nun Wirklichkeit geworden ist. Es entspricht einer [Forderung des ZdK von November 2020](#). Bei der Generationengerechtigkeit gehen wir damit einen Schritt nach vorn“, so Stetter-Karp. „Dass Erstwähler*innen in Deutschland allerdings zu 17 Prozent ihr Kreuz bei der AfD gemacht haben, bestürzt mich. Wir müssen die demokratische Bildung an den Schulen stärken und alles tun, um ein dauerhaftes Netzwerk für Zivilcourage und gegen Rechtsextremismus zu knüpfen.“

Stetter-Karp erwartet, dass es nun zu einer europäischen Regierungsbildung demokratischer Parteien kommt: „Meine Glückwünsche zur Wiederwahl gehen nach Niederbayern an Manfred Weber, ins Sauerland an Dr. Peter Liese und nach Niedersachsen an Lena Düpont.“ Mit den ZdK-Mitgliedern Manfred

Weber und Peter Liese wurden zwei einflussreiche und erfahrene Abgeordnete erneut ins Parlament gewählt. Auch Lena Düpont, Beraterin im ZdK-Arbeitskreis „Europäische Zusammenarbeit und Migration“, gelang der Wiedereinzug.

Marie von Manteuffel, europapolitische Sprecherin des ZdK, ist angesichts des Erstarkens rechtsradikaler und rechtsextremer Kräfte, die nach den Wahlerfolgen zahlreicher als bislang im Europäischen Parlament vertreten sein werden, alarmiert: „In unserem Wahlauftritt hatten wir auf eine Europapolitik gedrängt, die die Menschenwürde, die Rechtsstaatlichkeit und die Demokratie verteidigt. Dies geht nur jenseits rechtsradikaler und rechtsextremistischer Kräfte, welche die Europäische Integration rückgängig machen wollen. Die proeuropäische Mehrheit der Mitte steht nun umso mehr in der Verantwortung, die EU stärker und zukunftssicher aufzustellen und eine handlungsfähige Europäische Kommission ins Amt zu bringen.“ Angesichts der massiven Herausforderungen seien die Prinzipien der christlichen Sozialethik - Personalität, Solidarität, Subsidiarität und Nachhaltigkeit – weiterhin zukunftsfähige europapolitische Leitplanken.

Irme Stetter-Karp betont: „In dieser Legislaturperiode muss die EU die Beitrittskandidaten weiterhin unterstützen. Ob Georgien, Moldau, die Länder des Westbalkans oder die Ukraine: Es ist Zeit für Erweiterungen und institutionelle Reformen. Die Antwort auf die geopolitischen Herausforderungen ist eine gestärkte europäische Handlungsfähigkeit. Dazu gehören insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik mehr qualifizierte Mehrheitsentscheidungen.“ Marie von Manteuffel sagt klar: „Der Green Deal steht für uns nicht zur Disposition. Wir stehen dafür ein, dass Europa klimapolitisch konsequent vorangeht, Armut wirksam bekämpft und ökonomisch wettbewerbsfähig bleibt. In der Migrationspolitik werden wir unsere Stimme erheben, sobald bei der Einführung des neuen Gemeinsamen Europäischen Asylsystems Menschenrechte missachtet werden. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass das Gemeinwohl und die Würde jedes Menschen maßgebend sind. Um Generationengerechtigkeit auf Dauer zu stellen, müssen Jugendverbände finanziell gefördert und in Gesetzgebungsverfahren gehört werden.“

In einem [Wahlaufruf](#) hatte das ZdK die Europawahl „als die Richtungsentscheidung für den Kontinent“ bezeichnet und „für ein starkes demokratisches Votum, mit dem das Projekt eines in Vielfalt geeinten, freien und gerechten Europas eine Zukunft hat“, geworben.

Dienstag, 11. Juni 2024

„Wir tragen Mitschuld an der Diskriminierung homosexueller Menschen“

ZdK würdigt 30. Jahrestag der Abschaffung des Strafrechtsparagrafen 175

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) nimmt den heutigen 30. Jahrestag der Streichung des Strafrechtsparagrafen 175 zum Anlass, die historische Entscheidung des Deutschen Bundestages ausdrücklich zu begrüßen. „Es ist überfällig, das Ende der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Menschen zu würdigen“, sagt die Präsidentin des ZdK, Dr. Irme Stetter-Karp. Die Vollversammlung des ZdK hatte Ende Mai erklärt, das ZdK habe „zur Diskriminierung homosexueller Mitschist*innen inmitten der eigenen Kirche beigetragen“. Es trage „eine Mitschuld an deren Ausgrenzung“ sowie an der gesellschaftlichen Diskriminierung homosexueller Menschen insgesamt.

Für viele ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter*innen in der Kirche und auch in den Verbänden habe der Paragraf 175 StGB erhebliche Konsequenzen gehabt. „Verurteilte Männer und jene, die des homosexuellen Lebens beschuldigt wurden, aber auch lesbische Frauen wurden an kirchlichem Engagement und beruflicher Tätigkeit in der Kirche gehindert,“ so die ZdK-Präsidentin. Unter anderem wurde die Ökumenische Initiative ‚Homosexuelle und Kirche‘ (HuK), die sich für Sichtbarkeit und Akzeptanz queerer Menschen innerhalb der christlichen Kirchen einsetzt, bis in die 1990er Jahre von Katholikentagen ausgeschlossen.

„Das ZdK kann die Vergangenheit nicht ungeschehen machen, es kann aber dazu beitragen, dass die Erinnerung lebendig bleibt und die Zukunft verändert“, sagt ZdK-Mitglied Dr. Andreas Heek vom Forum katholischer Männer. „Unser Forum als Mitgliedsverband des ZdK wird als Clearingstelle fungieren, an die sich Betroffene, Angehörige und Freund*innen von Betroffenen wenden können. Auf dieser Basis sollen die Bischöfe aller Diözesen betroffene Personen offiziell rehabilitieren“, so Heek weiter, der hauptamtlicher Leiter der Fachstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit der Deutschen Bischofskonferenz ist.

Das ZdK initiiert unter Federführung der Kommission für Zeitgeschichte in Bonn eine unabhängige wissenschaftliche Studie zur historischen Erforschung der Rolle der katholischen Kirche im Blick auf den Strafrechtsparagrafen 175. Für dieses Projekt werden gegenwärtig Drittmittel eingeworben.

„Auch 30 Jahre nach der Streichung des Paragrafen 175 StGB ist es weiter absolut wichtig und nötig, dass Christ*innen sich entschieden gegen Queerfeindlichkeit innerhalb von Kirche und Gesellschaft einsetzen“, sagt Stetter-Karp. „Menschsein heißt Leben in Vielfalt. Wir alle müssen daran mitwirken, dass die Kirche ein sicherer und heimatlicher Ort für queere Menschen ist.“

Donnerstag, 13. Juni 2024

„Ein Menschenfreund mit klarer Haltung“

ZdK-Präsidentin gratuliert Erzbischof Heiner Koch zum 70. Geburtstag

Aus Anlass des 70. Geburtstags des Berliner Erzbischofs Dr. Heiner Koch gratuliert die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, und würdigt Kochs „engagierten Einsatz für das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, unsere Kirche und unsere Gesellschaft“. Seit September 2023 Geistlicher Assistent des ZdK, zeichne der Erzbischof sich

durch seine besondere Fähigkeit aus, „möglichst jeden und jede zu verstehen und einzubinden“.

„Das prägte nicht zuletzt Ihr vielfältiges Engagement für den Synodalen Weg, den Synodalen Ausschuss, die Gemeinsame Konferenz und die Vollversammlung des ZdK“, heißt es im Glückwunschschreiben. Koch vermittele nicht nur zwischen widerstreitenden Parteien, sondern zeige dabei eine klare und sichtbare Haltung. „Ich bin dankbar, Sie mit Ihrer menschenfreundlichen Art an unserer Seite zu wissen“, schreibt Stetter-Karp.

Heiner Koch, in den ersten Jahren als Priester vor allem als Jugendseelsorger engagiert, war später unter anderem Generalsekretär des Weltjugendtags in Köln 2005. 2013 wurde er zum Bischof des Bistums Dresden-Meißen ernannt, 2015 zum Erzbischof des Erzbistums Berlin. Er steht dem Aktionsrat des Ost-europa-Hilfswerks Renovabis vor, das intensiv mit dem ZdK zusammenarbeitet. Koch gilt als engagierter Streiter gegen den grassierenden Rechtspopulismus in der Gesellschaft und innerkirchlich als Befürworter der Fortsetzung des Synodalen Weges. Bei der jüngsten Vollversammlung des ZdK im Mai 2024 hatte er gesagt: „Es gibt offene Fragen, und der Synodale Ausschuss ist genau der Ort dafür.“

Freitag, 14. Juni 2024

Synodal Kirche sein

Zweite Sitzung des Synodalen Ausschusses hat begonnen

Nach der konstituierenden Sitzung des Synodalen Ausschusses im November vergangenen Jahres in Essen hat heute (14. Juni 2024) die zweite Sitzung in Mainz begonnen. An ihr nehmen 64 Mitglieder teil. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen Wahlen zu den Kommissionen des Ausschusses sowie die Frage: Was heißt „synodal Kirche sein“?

Das Gremium wird eine erste Annäherung an seine vier zentralen Aufgaben vornehmen:

1. Verständigung über den Begriff der Synodalität als Grundvollzug der Kirche. Dabei werden die Erfahrungen der Weltsynode einbezogen;
2. Vorbereitung einer Evaluation der Umsetzung der Beschlüsse der Synodalversammlung;
3. Weiterentwicklung von Initiativen, die auf dem Synodalen Weg in den Synodalforen und der Synodalversammlung beraten worden sind;
4. Vorbereitung eines bundesweiten synodalen Gremiums, das kirchenrechtlichen Maßgaben entspricht.

Zum Auftakt betonten die Präsidenten des Synodalen Weges, Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), und Bischof Dr. Georg Bätzing, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, dass es wichtig sei, den in Essen gut begonnenen gemeinsamen Weg fortzusetzen, auch im Lichte der Gespräche von Mitgliedern der Bischofskonferenz in Rom am 22. März 2024. Dabei erinnerten sie auch an die guten Erfahrungen des 103. Deutschen Katholikentags in Erfurt.

Stetter-Karp sagte: „Wie hoch die Motivation hier in Mainz ist, können Sie nicht zuletzt daran ablesen, dass die Mitglieder des Synodalen Ausschusses nahezu vollzählig anwesend sind. Wir begrüßen auch vier Gäste aus den Diözesanräten jener Bistümer, deren Bischöfe nicht dabei sind. So versuchen wir gemeinsam, eine Rückbindung unserer Beratungen an die Lebenswelt der Katholikinnen und Katholiken vor Ort zu leisten – auch dort.“ In Mainz wolle man inhaltlich und strukturell vorankommen, so Stetter-Karp. „Wir werden uns – wie die Weltsynode in Rom es ja auch intensiv tut – mit der Frage beschäftigen: Was heißt ‚synodal sein‘ als Strukturprinzip? Wir tun das, weil wir die Vision einer menschenfreundlichen, glaubwürdigen und teilhabegerechten Kirche haben. Einer Kirche, die sich an ihre Anfänge erinnert und deren

Leuchtkraft weit in die Zukunft reicht. Ich bin fest überzeugt, dass wir eine solch leuchtende, lebendige Kirche in dieser Welt dringend brauchen.“

Bischof Bätzing betonte, dass es jetzt darauf ankomme, mit Ruhe und Bedachtsamkeit den weiteren Weg zu gehen. „Wir brauchen keine Schnellschüsse, wir wollen die reichen Früchte der fünf Synodalversammlungen umsetzen und weiterentwickeln. Das geschieht auf der Ebene der Kirche in Deutschland, das geschieht auch in Verbindung mit der weltkirchlichen Ebene. Nicht zuletzt bringen wir unsere Erfahrungen und Anliegen in die laufende Weltsynode ein.“ Gerade die zweite Vollversammlung der Weltsynode im Oktober 2024 sieht Bischof Bätzing als Chance: „Beide Wege – in Deutschland und der synodale Prozess in der Welt – haben ein gemeinsames Ziel: Wie können wir in einer sich rasant verändernden Welt das Evangelium glaubwürdig verkünden? Wo können wir Kirche für die Menschen sein, die den Suchenden und Gläubigen hilft und für sie da ist?“ Bischof Bätzing fügte hinzu: „Mir ist es wichtig, dass wir einen Weg gehen, bei dem wir uns um eine angemessene Hermeneutik von Einheit bemühen, die Vielfalt und den Anschluss von katholischer Lehre und Praxis an gesellschaftliche Wirklichkeiten ermöglicht, wo sie nicht wirklich das Zentrum des Glaubens berühren. Das ist auch unser Ziel bei den weiteren Gesprächen, die wir in Rom als Bischofskonferenz führen werden.“

Hinweis:

Informationen zum Synodalen Ausschuss, zu den Mitgliedern, der Satzung und der Geschäftsordnung sind unter www.synodalerweg.de verfügbar.

Samstag, 15. Juni 2024

„Wir gehen voran auf dem Synodalen Weg“

Synodaler Ausschuss richtet Kommissionen ein

Mit der Einrichtung von drei Kommissionen ist heute Mittag (15. Juni 2024) die zweite Plenarversammlung des Synodalen Ausschusses in Mainz zu Ende gegangen. Die Kommissionen werden Aufgaben und Fragen behandeln, die

auf dem Synodalen Weg der Kirche in Deutschland fortgesetzt beraten werden sollen. Zuvor hatte der Ausschuss sich engagiert damit auseinandergesetzt, was es heißt, Synodalität als Strukturprinzip der Kirche zu verstehen.

Der Dogmatiker P. Prof. Bernhard Knorn SJ und die Kirchenrechtler Prof. Bernhard Anuth und Prof. Thomas Schüller gaben in ihren Impulsreferaten Anstöße zur Debatte. Sie wiesen auf die enge Verflechtung des Zweiten Vatikanischen Konzils mit dem derzeit laufenden synodalen Prozess der Weltkirche hin, ebenso auf die Bindung des Kirchenrechts an die Lehre der Kirche. Diskutiert wurde anschließend, was dies für die synodalen Prozesse in Deutschland und weltweit heißt. Dass das Generalsekretariat der Bischofssynode in Rom in der jüngsten Vergangenheit betont hat, „die Rezeption des konziliaren Lehramts“ stecke „in mancher Hinsicht noch in den Kinderschuhen“ wurde aufgegriffen und löste die Frage aus, wie das Kirchenvolk in diesen Prozessen besser repräsentiert sein könne. Ebenso wurde an den Missbrauchsskandal als Beweggrund des Synodalen Weges in Deutschland erinnert. Die systemischen Ursachen dieses Skandals müssten in logischer Konsequenz die Frage nach systemischen Veränderungen in der Kirche hervorrufen. Damit gehe auch die Frage einher, wie das Kirchenrecht auf diese Notwendigkeiten reagiere.

In die drei Kommissionen wurden jeweils zehn Mitglieder des Synodalen Ausschusses gewählt. Kommission I berät zur Synodalität als Strukturprinzip der Kirche und zur möglichen Ordnung eines Synodalen Rates. Kommission II fragt nach Evaluation und Monitoring der Umsetzung der Beschlüsse des Synodalen Weges. Kommission III kümmert sich um die Weiterentwicklung der Initiativen des Synodalen Weges. Die Mitglieder der Kommissionen finden sich unter www.synodalerweg.de/synodaler-ausschuss.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Georg Bätzing, zeigt sich zufrieden mit dem Verlauf der Beratungen: „Wir gehen voran auf dem Synodalen Weg, sehr bewusst in Verbindung mit der weltkirchlichen Ebene. Wenn im Herbst die Weltsynode in Rom erneut tagt, werden unsere An-

liegen zuvor von uns eingebracht worden sein. Eine Delegation der deutschen Bischöfe wird in nächster Zeit erneut zu Gesprächen in den Vatikan reisen.“ Bätzing betont, es sei wichtig, konkrete Veränderungen sichtbar zu machen: „Die Menschen müssen sehen können, dass sich das Handeln der Kirche vor Ort verändert.“

Die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Dr. Irme Stetter-Karp, sagt: „Wir haben den Synodalen Weg in Deutschland begonnen, als das Ausmaß des Missbrauchsskandals überdeutlich wurde. Ich sehe klar: Wir müssen unsere Verantwortung für strukturelle Veränderungen in unserer Kirche wahrnehmen. Der Synodale Ausschuss ist nun als Arbeitsinstrument eingeführt. Die vertrauensvollen Beratungen sind nach mehr als drei Jahren auf dem Synodalen Weg ein Zeichen für das gewachsene Miteinander zwischen Bischöfen und Laien. Das macht mir immer wieder neu Mut auf diesem Weg.“

Die nächste Plenarversammlung des Synodalen Ausschusses wird am 13./14. Dezember 2024 in Wiesbaden-Naurod stattfinden.

Hinweise:

Die Liste der Mitglieder der Kommissionen findet sich unter www.synodaler-weg.de/synodaler-ausschuss.

Fotos von der zweiten Tagung des Synodalen Ausschusses sind kostenfrei in der [DBK-Mediendatenbank](#) unter Angabe des jeweiligen Copyrights verfügbar.

Dienstag, 09. Juli 2024

„Das Leben der Kirche ändert sich“

ZdK-Präsidentin Irme Stetter-Karp würdigt das Arbeitspapier für die Weltsynode

„Das heute vorgestellte Arbeitspapier für den zweiten Teil der Weltsynode in Rom zeigt, dass die Kirche in Bewegung ist“, sagt die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp. „Das Instrumentum laboris für Oktober gibt zwei zentrale Signale: Die Kirche will sich tiefgreifend verändern, sie will synodal werden. Und sie ringt in diesem Prozess mit der Transformation ihrer Tradition.“

Das Arbeitspapier sei geprägt von dieser „Botschaft der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“, so die ZdK-Präsidentin. „Es wird darin noch einmal verdeutlicht: Der Papst ist das Oberhaupt unserer Kirche, die Bischöfe nehmen ihre bischöfliche Verantwortung wahr. Aber eine Kirche im Heute braucht Reformen. Sie braucht mehr gemeinsames Beraten und Entscheiden. Die Weltkirche nimmt – so zeigt es das vorliegende Papier – wieder intensiver wahr, dass sie in sehr verschiedenen Kontexten unterwegs ist. Und sie erkennt, dass ein Lehramt nicht gegen die kulturelle Vielfalt und die Hierarchie nicht gegen die Basis ausgespielt werden darf.“

So würden die „partizipativen Körperschaften der lokalen Kirche“ im selben Absatz gewürdigt, in dem von der hierarchischen Struktur der Kirche die Rede sei, sagt Stetter-Karp. „Dort wird gesagt, dass ein konsultativer Prozess nötig sei, damit die Kirche zu guten Entscheidungen finde. Genau das berücksichtigen wir auf dem Synodalen Weg der katholischen Kirche in Deutschland. Wir verstetigen diesen konsultativen Prozess. Wir bieten ihn als Instrument an, um Krisen zu bewältigen und Visionen einer geschwisterlichen Kirche zu entwickeln.“

„Eine synodale Kirche ist eine Kirche der Gleichberechtigung, der vielen Charismen und der gemeinsamen Mission“, sagt auch ZdK-Vizepräsident Prof. Thomas Söding. „Das heißt, dass sich vieles verändern muss. Auch das Kirchenrecht kann nicht bleiben, wie es ist, wenn mehr Partizipation garantiert werden soll. Das Instrumentum laboris geht einen vorsichtigen Schritt auf genau diese Öffnung zu. Der Text soll dabei erkennbar alle mitnehmen. So baut er auf produktive Weise Spannungen auf, die für die Energiegewinnung genutzt werden müssen.“

Das Ziel sei klar zu erkennen: „Das Instrumentum laboris will die Weltsynode auf die Aufgabe konzentrieren, Synodalität nachhaltig werden zu lassen“, resümiert der Theologe Söding. „Ein Schlüssel dafür sind die Rechte von Frauen. Es ist zentral wichtig, was auf diesem Feld geschieht. Zwar ist die Frage des Diakonates in eine Studiengruppe ausgelagert worden, die bis 2025 Ergebnisse vorlegen soll. Aber ich bin überzeugt, dass es nicht gelingen wird, das Thema im Oktober auszugrenzen.“

Donnerstag, 18. Juli 2024

„Stabilität in herausfordernden Zeiten“

ZdK-Präsidentin gratuliert EU-Kommissionspräsidentin zur Wiederwahl

Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), hält die erstmalige Umsetzung des Spitzenkandidatenprinzips in den Institutionen der Europäischen Union für einen demokratischen Erfolg: „Mit Ursula von der Leyen wurde heute die Kandidatin jener Parteienfamilie zur Kommissionspräsidentin gewählt, die bei der Europawahl die meisten Stimmen erhalten hat. Das Europäische Parlament schafft damit nicht nur politische Stabilität in herausfordernden Zeiten, sondern sendet auch ein Signal für demokratische Verlässlichkeit.“

In einem Brief, in dem die ZdK-Präsidentin der alten und neuen Kommissionspräsidentin zur Wahl gratuliert, heißt es: „Europa bleibt handlungsfähig. Das ist die Botschaft, die an diesem Nachmittag von Straßburg ausgeht.“ Es gelte nun, die „Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu verteidigen und dabei die Prinzipien der christlichen Sozialethik – Personalität, Solidarität, Subsidiarität und Nachhaltigkeit – als europapolitische Leitplanken zu berücksichtigen“. Deshalb dürfe es keine Einbindung der neuen Fraktionen „Europa souveräner Nationen“ und „Patrioten für Europa“ geben. Irme Stetter-Karp warnt in dem Schreiben auch davor, verstärkt auf die Einbindung der dritten rechtspopulistischen Fraktion – der „Europäischen Konservativen und Reformen“ zu setzen.

Marie von Manteuffel, europapolitische Sprecherin des ZdK, kommentiert die neue Zusammensetzung des Parlaments: „Die Parteien rechts der Europäischen Volkspartei sind mit mehr Abgeordneten vertreten als je zuvor. Sie werden aber nicht als geeinte Gruppe agieren, sondern in drei Fraktionen.“ Sie nennt zentrale europapolitische Anliegen des ZdK: „Die kürzlich vom Europäischen Rat vorgelegte Strategische Agenda formuliert mit Demokratie und Freiheit, Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit wichtige Zielmarken für die nächsten fünf Jahre. Die Kommissionspräsidentin sollte dafür sorgen, dass Europa auch nachhaltiger, solidarischer und jugendgerechter wird. Jugendverbände müssen finanziell gefördert und in Gesetzgebungsverfahren gehört werden, um Generationengerechtigkeit dauerhaft sicherzustellen.“

Zudem müsse der Green Deal konsequent fortgeschrieben werden. Es brauche dazu faire Lieferketten, eine gemeinwohlorientiertere Neuaufstellung der Europäischen Agrarpolitik sowie in allen Sektoren weiterhin starke Anreize für die sozial-ökologische Transformation.

„In der Migrationspolitik fordert das ZdK, den Zugang zu individuellem Flüchtlingsschutz in der EU zu erhalten. Die Europäische Kommission muss die Men-

schenrechtsverstöße an den Außengrenzen konsequent ahnden und endlich dafür sorgen, dass die oftmals tödlichen Pushbacks an den EU-Außengrenzen aufhören.“

In ihrem [Beschluss „Demokratie wählen. Europa weiterbauen“](#) hatte die ZdK-Vollversammlung die Europawahl wenige Tage vor dem Urnengang „als die Richtungsentscheidung für den Kontinent“ bezeichnet und für ein „in Vielfalt geeintes, freies und gerechtes Europa“ geworben.

Montag, 26. August 2024

„Wir müssen aufstehen für Demokratie und Vielfalt“

ZdK-Präsidentin Stetter-Karp sieht Prognosen zu Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen als „Weckruf“

Mit einem Appell, die Demokratie zu stärken, wendet sich die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, an die Wähler*innen in Sachsen und Thüringen. „Wer sich die Wahlprognosen für den 1. September anschaut, muss den Weckruf hören. Die Landtagswahlen im Osten Deutschlands sind ein Seismograf für die ganze Republik. Mehrheiten jenseits der AfD sind zentral wichtig.“

In beiden Bundesländern sei die AfD vom Verfassungsschutz als ‚gesichert rechtsextrem‘ eingestuft, ebenso deren Jugendorganisation, die Junge Alternative. „Es erschreckt mich, dass nach Umfragen etwa 30 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme dieser Partei geben wollen. Ich appelliere an alle Demokratinnen und Demokraten, ein weiteres Erstarken der AfD zu verhindern. Leisetreteri bannt die Gefahr nicht. Wir müssen entschieden und laut sein für die Demokratie, denn sie ist akut gefährdet.“

Stetter-Karp erinnert an den 103. Deutschen Katholikentag in Erfurt vor drei Monaten, der mit seinem Programm unter dem Leitwort „Zukunft hat der

Mensch des Friedens“ auch die Demokratie gestärkt habe. „Bischof Ulrich Neymeyr und ich haben damals klar gesagt: Demokratieverachtung greift um sich. Dazu kann der Katholikentag nicht schweigen.“

Deshalb würden der Katholikentag und das ZdK am Dienstag, 27. August, 15-18 Uhr, noch einmal nach Erfurt zurückkehren, um ein Zeichen zu setzen, so die ZdK-Präsidentin weiter. „Unter dem Motto ‚Aufstehen für Demokratie und Vielfalt!‘ soll es auf dem Anger eine Straßenaktion geben, bei der ein ‚Netz der Demokratie‘ geknüpft wird. Wir wollen möglichst viele Menschen ermutigen, am kommenden Sonntag zur Wahl zu gehen und damit die Zukunft der Demokratie zu sichern.“ Mit dabei ist auch der Generalsekretär des ZdK, Marc Frings, der mit Inken Gallner, Präsidentin des Bundesarbeitsgerichts in Erfurt, ein öffentliches Gespräch zum Thema führen wird.

Merkmale für ein demokratisches Land seien „Meinungsfreiheit, der Schutz von Minderheiten und ein öffentlicher Raum, der Begegnung, Debatten und ein gesellschaftliches Miteinander in Vielfalt ermöglicht“, so die ZdK-Präsidentin. Straßen und Plätze dürften auch in Zeiten der Krise nicht jenen preisgegeben werden, die einschüchterten oder gar Gewalt ausübten.

In jüngster Zeit werde leider immer deutlicher, wie gespalten die Gesellschaft vielerorts bereits sei. „Nur zwei konkrete Beispiele: In Thüringen wird der Leiter der NS-Gedenkstätten bedroht, weil er vor der AfD warnt. Und mehrere Medienhäuser in Deutschland mussten erst vor Gericht erstreiten, dass ihre berichtenden Teams Zugang zu einer AfD-Wahlparty am Tag der Thüringen-Wahl bekommen. Das sind die Zeichen, die wir lesen müssen. Unsere liberale Demokratie braucht offene Räume und offene Worte. Jetzt ist die Zeit, sich dafür stark zu machen!“

Donnerstag, 30. August 2024

„Rom verstehen und von Rom verstanden werden“

ZdK-Präsidium geht auf Dialogreise in den Vatikan

Das Präsidium des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) reist vom 2. bis zum 4. September zu einer Reihe von Gesprächen nach Rom. Auf der Agenda stehen Begegnungen mit dem Deutschen Botschafter beim Heiligen Stuhl sowie Expertinnen und Experten für Themen aus Politik, Gesellschaft und Kirche. Ein Austausch findet auch in verschiedenen vatikanischen Dikasterien statt.

„Wir wollen unsere Kontakte in den Vatikan festigen und auch neue knüpfen. Ein dichtes Dialogprogramm führt uns für drei Tage mit Menschen zusammen, mit denen wir unsere Themen debattieren können. Darauf freuen sich alle im Präsidium“, sagt Marc Frings, Generalsekretär des ZdK. Für die Vertretung der organisierten katholischen Zivilgesellschaft in Deutschland sei es wichtig, „in Rom verstanden zu werden und Rom zu verstehen“.

Das Arbeits- und Dialogprogramm, an dessen Zustandekommen die Konrad-Adenauer-Stiftung in Rom maßgeblich beteiligt war, ist ein anspruchsvoller thematischer Parcours. Es geht um globale Herausforderungen wie Krieg und Frieden, Klimaschutz, Welternährung, Lebensschutz, gesellschaftliche Spaltung und die Rolle der Kirche in der Gesellschaft. „Das sind Themen, derer sich das ZdK immer schon annimmt und weiter annehmen wird“, so Marc Frings. Selbstverständlich spielen auch die aktuelle kirchliche Lage eine Rolle: „Wir sprechen über den Verlauf der Weltsynode, über Veränderungen in der Kirche weltweit, über die Zukunft einer synodalen Kirche, über den Dialog mit dem Judentum. Wichtig ist uns auch, uns über den Stand der Auseinandersetzung mit dem Missbrauchsskandal in der Kirche zu informieren.“

Die Delegation wird geleitet von der ZdK-Präsidentin Dr. Irme Stetter-Karp. Mit ihr reisen die Vizepräsident*innen Prof. Claudia Nothelle und Prof. Thomas

Söding sowie Generalsekretär Marc Frings. Birgit Mock und Wolfgang Klose sind aus persönlichen Gründen nicht dabei.

Gespräche führt das Präsidium unter anderem mit dem Botschafter beim Heiligen Stuhl, Dr. Bernhard Kotsch, mit dem deutschen Botschafter in Italien, Dr. Hans-Dieter Lucas, mit dem Experten für Missbrauchsaufarbeitung, Monsignore Prof. Hans Zollner SJ sowie dem Sekretär des Dikasteriums für die Glaubenslehre, Erzbischof John Joseph Kennedy. Der Blick Roms auf die Kirche in Deutschland ist ebenso ein Thema wie die Vermittlung der Arbeit des ZdK.

Montag, 02. September 2024

Wahlausgang in Thüringen und Sachsen stellt demokratische Parteien vor Herausforderung

ZdK-Präsidentin warnt: „AfD tritt liberale Demokratie mit Füßen“

„Der Ausgang der Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen zeigt, dass die Saat populistischer und extremistischer Kräfte immer mehr aufgeht“, sagt die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp. Es komme jetzt „zentral darauf an, demokratische Mehrheiten jenseits der AfD für Regierungsbündnisse zu nutzen. Über 30 Prozent für die AfD in Sachsen und Thüringen sind erschreckende Ergebnisse. Sie müssen ganz Deutschland beschäftigen.“

Dass auch das neue Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) bei Regierungsbildungen eine Rolle spielen könnte, betrachtet die ZdK-Präsidentin mit Skepsis: „Das BSW muss dringend sein Demokratieverständnis klären: Handelt es sich um eine Partei im Sinne des Grundgesetzes oder um das Projekt einer Einzelpersonlichkeit, die auf Bundes- und Landesebene gleichermaßen das Zepter in der Hand behalten will?“ Für Stetter-Karp ist insbesondere die Haltung des BSW zum völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie die populistische Systemkritik an der liberalen Demokratie fragwürdig.

„Das BSW befördert das Narrativ von der betrogenen Gesellschaft, die von der herrschenden politischen Klasse nicht gewürdigt wird. Wie man sieht, hat das aus dem Stand zu zweistelligen Ergebnissen geführt. Mit Sorge blicken wir nicht nur auf die russlandfreundlichen Einlassungen, sondern auch auf antisemitische Positionen, die Mitglieder und Sympathisanten des BSW teilweise verbreiten. Als Namensgeberin dieser neuen Partei hat Sahra Wagenknecht die dringende Aufgabe, auf diese kritischen Anfragen zu reagieren.“

Mit Blick auf die AfD sagt die ZdK-Präsidentin: „Diese Partei tritt die liberale Demokratie, die das politische System der Bundesrepublik prägt, mit Füßen. Die AfD will keine Kompromisse, nicht das Aushandeln des Möglichen. Es handelt sich in Sachsen und Thüringen um gesichert rechtsextreme Landesverbände, die das Ende der Demokratie, wie wir sie kennen, zum Ziel haben.“ Sie hoffe, so Stetter-Karp, „dass sich alle demokratischen Kräfte in den schwierigen Koalitionsverhandlungen, die insbesondere in Thüringen ins Haus stehen, auf die Stärke der liberalen Demokratie besinnen.“

Die Präsidentin ruft den 103. Deutschen Katholikentag in Erinnerung, den das ZdK vom 29. Mai bis 2. Juni 2024 in Thüringens Hauptstadt Erfurt veranstaltete. „Dieser Katholikentag hat sich in besonderer Weise stark gemacht für Demokratie und Vielfalt“, sagt Stetter-Karp. „Es reicht aber nicht, gut über die Demokratie zu sprechen und sie zu feiern. Sie muss auch wehrhaft bleiben. Das ZdK steht an der Seite jener, die dafür vor Ort mutig kämpfen.“

Um das deutlich zu machen, habe der Generalsekretär des ZdK am 27. August bei einer Straßenaktion den Direktor der KZ-Gedenkstätte Buchenwald interviewt. Mit viel Verve habe Prof. Jens-Christian Wagner vor dem Geschichtsrevanchismus der AfD gewarnt. „Einer Partei, die zutiefst antisemitische und menschenfeindliche Positionen vertritt, darf nicht die Macht zufallen, Landesmittel für die Erinnerungskultur zu streichen“, mahnt die ZdK-Präsidentin.

Donnerstag, 05. September 2024

Ausschreibung des Katholischen Preises gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus 2025

ZdK-Präsidentin Stetter-Karp: „Mut, Kreativität und Herz. Darauf kommt es an.“

Am 6. Mai 2025 verleihen die Deutsche Bischofskonferenz und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) den sechsten Katholischen Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Bewerbungen und Vorschläge können bis zum 21. November 2024 beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz eingereicht werden. 2015 wurde die Auszeichnung erstmals vergeben.

Mit dem Preis werden Personen, Gruppen oder Organisationen ausgezeichnet, die sich in Deutschland aus dem katholischen Glauben heraus gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus engagieren oder sich prägend an ökumenischen bzw. gesellschaftlichen Initiativen gegen Rassismus beteiligen.

„Rassismus fügt Menschen Tag für Tag Leid zu, in Worten wie in Taten. Mit der Erklärung gegen völkischen Nationalismus haben die deutschen Bischöfe im Februar 2024 ein klares Zeichen gegen Hass und Hetze gesetzt. Rassistische Ideologien haben keinen Platz in der Kirche! Wir sind dankbar, dass zahlreiche Menschen aus dem Glauben heraus dem Rassismus entgegenwirken. Dieses Engagement wollen wir mit dem Preis stärken und sichtbar machen“, betont der Vorsitzende der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz und Co-Vorsitzende der Jury, Erzbischof Dr. Stefan Heße (Hamburg).

Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des ZdK und Co-Vorsitzende der Jury, sagt: „Die Ergebnisse der jüngsten Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen zeigen, dass in Parteiprogramme gegossener Rassismus für immer mehr Wahlberechtigte kein Ausschlusskriterium bei ihrem Votum darstellt. Unser aller Einsatz für die Menschenwürde in Politik und Gesellschaft ist deshalb wichtiger denn je. Wir wollen mit diesem Preis Menschen in den Mittelpunkt rücken,

die sich aus einer christlichen Haltung heraus gegen grassierenden Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wenden. Was sie tun, erfordert Mut, Kreativität und Herz. Darauf kommt es an.“

Ein besonderes Augenmerk liegt in dieser Bewerbungsrunde auf dem Engagement junger Menschen, für das ein Sonderpreis ausgeschrieben ist: „In den vergangenen Jahren hat uns der Einfallsreichtum in Schulen und Jugendverbänden sehr beeindruckt. Wir ermutigen deshalb vor allem Jugendliche und junge Erwachsene, sich mit ihrem Engagement zu bewerben“, so die beiden Vorsitzenden der Jury. Daher wurde für die Werbung ein eigenes Jugendplakat gestaltet, das bei der Deutschen Bischofskonferenz bestellt werden kann. Über die Vergabe des Preises entscheidet eine fachkundige Jury. Zu ihr gehören neben Dr. Stetter-Karp und Erzbischof Dr. Heße Staatsministerin Reem Alabali-Radovan (Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus), Dr. Emeka Ani (Mitglied im Sachbereich „Europäische Zusammenarbeit und Migration“ des ZdK), Franziska Hoppermann MdB (Hamburg), Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl (Lehrstuhl für Theologische Ethik der Katholischen Hochschule für Sozialwesen, Berlin, und bis April 2024 Mitglied des Deutschen Ethikrates), Franziska Schubert MdL (Sächsischer Landtag), Regens Regamy Thillainathan (Regens im Erzbistum Köln) und Eva Maria Welskop-Deffaa (Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes).

Hintergrund

Personen, Gruppen oder Initiativen können sich entweder selbst um den Preis bewerben oder vorgeschlagen werden. Die Auszeichnung ist mit einem Preisgeld von maximal 12.000 Euro dotiert und kann auf bis zu vier Preisträger aufgeteilt werden. Ein Sonderpreis ist für Initiativen von Schulen und jungen Menschen vorgesehen. Bewerbungen oder Vorschläge sind bis zum

21. November 2024 per E-Mail an das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz zu senden ([preis-gegen-rassismus\(at\)dbk.de](mailto:preis-gegen-rassismus(at)dbk.de)). Für die Einreichung ist unter www.dbk.de/katholischer-preis-gegen-fremdenfeindlichkeit/ausschreibung-2025 ein beschreibbares PDF-Formular verfügbar, das Sie für die Bewerbung nutzen sollten. Sie können der Bewerbung ggf. noch weitere Materialien (Bildern, elektronische Publikationen) hinzufügen.

Hinweise:

Der Flyer zur Ausschreibung, zwei verschiedene Plakate sowie weitere Informationen sind unter www.dbk.de/katholischer-preis-gegen-fremdenfeindlichkeit als PDF-Dateien verfügbar. Gedruckte Versionen des [Flyers](#) und der Plakate ([Jugendplakat](#) A2-Format und [Plakat](#) A3-Format) können kostenfrei unter www.dbk.de in der Rubrik [Publikationen](#) bestellt werden.

Montag, 23. September 2024

„Verantwortung übernehmen im Konflikt“

ZdK gratuliert Donum Vitae zum 25-jährigen Jubiläum

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) gratuliert dem Verein Donum Vitae herzlich zu seinem 25-jährigen Bestehen. Seit seiner Gründung am 24. September 1999 hat sich Donum Vitae zu einem zentralen Akteur der Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung in Deutschland entwickelt und bietet bundesweit an über 200 Standorten Beratung und Unterstützung für Frauen, Paare und Familien.

„Donum Vitae ist ein leuchtendes Beispiel dafür, wie engagierte Katholikinnen und Katholiken Verantwortung übernommen haben, als die katholischen Bischöfe sich auf Geheiß von Papst Johannes Paul II. aus der staatlich anerkannten Schwangerenkonfliktberatung zurückzogen“, betont Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des ZdK. „Auch 25 Jahre nach der Gründung steht Donum Vitae weiterhin fest an der Seite von Menschen in schwierigen Lebenssituationen, gibt ihnen Orientierung und begleitet sie auf ihrem Weg.“

Stetter-Karp hebt die enge Verbindung zwischen Donum Vitae und dem ZdK seit der Gründung hervor: „Viele engagierte Laiinnen und Laien aus dem ZdK haben 1999 maßgeblich zur Gründung von Donum Vitae beigetragen. Auch mir als Gründungsmitglied liegt Donum Vitae bis heute besonders am Herzen.“

Donum Vitae wurde aus der Überzeugung heraus gegründet, dass der Schutz des ungeborenen Lebens und der Respekt vor dem Selbstbestimmungsrecht von Frauen in Konfliktsituationen Hand in Hand gehen müssen. Diese doppelte Anwaltschaft prägt die Arbeit des Vereins bis heute.

„Ich habe mich sehr gefreut, dass Donum Vitae sein Silberjubiläum im Rahmen des Katholikentags in Erfurt gefeiert hat“, so Stetter-Karp weiter. In einer Zeit, in der gesellschaftliche und globale Krisen viele Menschen zusätzlich belasten, bleibt die Arbeit von Donum Vitae von großer Bedeutung. „Der Beitrag zur Unterstützung von Frauen, Familien und ungeborenem Leben ist unverzichtbar – heute mehr denn je“, betont Stetter-Karp.

Aktuell steht der Verein Donum Vitae vor finanziellen Herausforderungen, da eine seit 2020 erforderliche Erhöhung der staatlichen Fördermittel bislang trotz erheblicher Tarifsteigerungen bei den Personalausgaben ausbleibt. Donum Vitae stellt mit über 200 Standorten einen unverzichtbaren Träger der staatlich anerkannten Konfliktberatung dar und bietet darüber hinaus aus christlicher Überzeugung auch Beratungen in den Bereichen Familienplanung, Kinderwunsch, Inklusion und Geflüchtetenhilfe an. Es ist dringend notwendig, dass die Finanzierung des Vereins auch zukünftig sichergestellt ist.

Freitag, 04. Oktober 2024

ZdK-Präsidentin erinnert an „Trauma des 7. Oktobers“

„Israel und Palästina brauchen eine Politik der Entfeindung“

Zum Jahrestag des Überfalls der Hamas auf Israel am 7. Oktober appelliert die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, an die Verantwortlichen, „alle noch in ihrer Gewalt befindlichen Geiseln unverzüglich freizulassen“. Sie seien „unschuldige Opfer eines Machtspiels.“

Der Terror der Hamas bedrohe die Stabilität in der Region fortwährend, so die Präsidentin. „Diese Organisation ist nicht nur für den terroristischen Überfall am 7. Oktober 2023 verantwortlich, sondern hält die palästinensische Bevölkerung in kollektiver Geiselhaft ihrer unversöhnlichen Positionen gegenüber Israel. Täglich sterben Menschen, die diese Auseinandersetzung weder befeuern wollen noch lösen können. Sie möchten in Frieden leben.“

„An diesem Jahrestag gehen unsere Gedanken zuerst zu den Todesopfern des grausamen Überfalls. Wir denken an die Hinterbliebenen, an die noch immer gequälten Geiseln und an die Angehörigen“, so Stetter-Karp weiter. „Seit dem Ende der Schoah sind bei keinem singulären Ereignis so viele Jüdinnen und Juden verschleppt und ermordet worden. Dieser Tag hat uns gezeigt, dass jüdisches Leben immer neu gefährdet ist.“

Die Gesprächskreise „Juden und Christen“ und „Christen und Muslime“ beim ZdK sowie die ZdK-Präsidentin hatten unmittelbar nach dem 7. Oktober 2023 den terroristischen Angriff der Hamas verurteilt, Israel verächtlich machende Demonstrationen scharf kritisiert und ihrer Sorge vor wachsendem Antisemitismus in Deutschland und weltweit Ausdruck verliehen.

„Hierzulande ist die Zahl antisemitischer Übergriffe nach dem 7. Oktober sprunghaft angestiegen und seitdem auf einem alarmierend hohen Niveau“,

so Stetter-Karp. „Das dürfen wir nicht hinnehmen. Ebenso wenig dürfen wir zulassen, dass der Diskurs über die Situation in Israel und Palästina durch polemisch-verzerrte und einseitige Stimmen dominiert wird. Als ZdK möchten wir einen differenzierten, kritischen Diskurs befördern und sind dankbar für das Engagement und die klaren Positionierungen aus den beiden Gesprächskreisen ‚Juden und Christen‘ und ‚Christen und Muslime‘ beim ZdK. Sie unterstreichen die Notwendigkeit des Dialogs gerade jetzt“, so die ZdK-Präsidentin.

Gemeinsam lenken die Gesprächskreise den Blick auf die weltweiten Folgen des 7. Oktobers. „Antisemitismus ist wieder allgegenwärtig“, stellen Dagmar Mensink und Rabbiner Prof. Andreas Nachama, Vorsitzende des Gesprächskreises „Juden und Christen“, fest. „Es erschreckt uns zutiefst, wie seit dem 7. Oktober 2023 allein in Deutschland Fälle von Hasskriminalität mit antisemitischem Hintergrund massiv zugenommen haben. Es scheint, als habe der Terror der Hamas gegen Israel die Schleusen geöffnet, um tief sitzenden Resentiments gegen Juden und Jüdinnen und gegen Israel durch verbale und körperliche Gewalt Ausdruck zu verleihen.“

Auch die Vorsitzende des Gesprächskreises „Christen und Muslime“ beim ZdK, Prof. Anja Middelbeck-Varwick, weist auf den Zusammenhang zwischen dem Überfall auf Israel und dem wachsenden Antisemitismus hin. „Wir als Muslime und Christen sagen jenen, die Jüdinnen und Juden bedrohen: Es muss Schluss sein damit! Wenden wir uns gemeinsam gegen die zunehmende Bedrohung. Niemand soll hier in Angst leben.“

Bei einem Treffen am 30. September 2024 in Frankfurt a.M. hatten sich Mitglieder beider Gesprächskreise über ihre Erfahrungen im interreligiösen Dialog nach dem 7. Oktober 2023 und zur Situation in Deutschland ausgetauscht. Es wurde deutlich, wie wichtig es ist, Gesprächsräume zu schaffen und offen zu halten, in denen ein Miteinander, getragen von Empathie und Respekt, religionsübergreifend weiter möglich ist. Die Gesprächskreise wollen diesen Aus-

tausch bei regelmäßigen Treffen fortsetzen, um gerade jetzt im Dialog zu bleiben. Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bedrohten den gesellschaftlichen Frieden akut, hieß es in Frankfurt. „Beide Gesprächskreise beim ZdK arbeiten gemeinsam gegen diese Entwicklungen an. In Deutschland grassiert nicht nur der Antisemitismus, sondern auch der antimuslimische Rassismus. Wir sind uns dieser Lage bewusst und unterstützen uns als Gesprächskreise wechselseitig.“

Das ZdK insgesamt schaut besorgt auf die politische Wirklichkeit des Nahen Ostens. „In der gegenwärtigen Lage gilt es, jene Kräfte in der Region zu stärken, die den Glauben an einen dauerhaften Frieden nicht aufgeben“, so die ZdK-Präsidentin. „Diese Stimmen haben es schwer genug, denn einer im September veröffentlichten [Umfrage](#) zufolge glauben 68 Prozent der Israelis und 62 Prozent der Palästinenser nicht, dass eine Zwei-Staaten-Lösung in den nächsten fünf Jahren Wirklichkeit wird. Sie hoffen mehrheitlich nicht einmal mehr darauf.“ Stetter-Karp würdigt in diesem Zusammenhang „die vielen internationalen, darunter auch katholischen Hilfswerke, die entgegen der vorherrschenden Stimmung gerade jetzt einen unermüdlichen Beitrag zur Verständigung leisten.“ Sie ist überzeugt: „Wer den Bogen vom 7. Oktober 2023 zum 7. Oktober 2024 spannt, kann sehen: Israel und Palästina brauchen jetzt eine Politik der Entfeindung – mit starker Unterstützung der Internationalen Gemeinschaft. Humanitäre und politische Arbeit ist wichtig, gerade mit Blick auf eine Nachkriegsordnung in Gaza.“

Das Trauma des 7. Oktobers sei Juden und Jüdinnen überall auf der Welt gegenwärtig. „Ich kann nur ahnen, welche Trauer, welches Leid, welche Sorgen und Ängste für alle damit verbunden sind“, sagt die ZdK-Präsidentin. Was vor einem Jahr geschehen sei, habe deshalb auch das ZdK zur konsequenten Beschäftigung mit den Folgen getrieben. Die Vollversammlung habe im Mai 2024 einen [Friedensbeschluss](#) gefasst, dessen Schlusskapitel festhalte: „Eine Welt des Friedens beginnt beim Individuum, beim Menschen des Friedens.“ In diesem Geist habe auch der 103. Deutsche Katholikentag in Erfurt den Nahost-

konflikt thematisiert, unter anderem auf einem Podium des Generalsekretärs mit Außenministerin Annalena Baerbock. Anfang September habe das ZdK-Präsidium bei seinem Arbeitsbesuch in Rom den jüdisch-christlichen Dialog mit dem World Jewish Congress fortgesetzt. Im Oktober werde der ZdK-Hauptausschuss den Direktor der Berliner Vertretung des World Jewish Congress zu Gast haben. Ebenso werde es in einem Gespräch mit dem Malteser-Orden um die humanitäre Lage in Gaza gehen.

Montag, 07. Oktober 2024

„In der Anerkennung des Leids darf es kein Entweder-Oder geben“
Gesprächskreis „Juden und Christen“ beim ZdK ruft am Jahrestag des Hamas-Angriffs zu Gedenken und Dialog auf

Zum heutigen Jahrestag des terroristischen Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat der Gesprächskreis „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) erklärt, „mit ihrer Fassungslosigkeit, Trauer und Wut“ stünden Jüdinnen und Juden oft allein. „Es gibt keine breite Solidarität mit Israel und den Angehörigen der Ermordeten und Verschleppten. Sondern eine erschreckende Zunahme an Juden- und Israelhass.“

„Als katholische Mitglieder des Gesprächskreises ‚Juden und Christen‘ beim ZdK bedrückt uns der Schmerz unserer jüdischen Kolleg*innen und Freund*innen zutiefst“, heißt es in der [Erklärung](#) weiter. „Viele haben Angehörige und Freunde in Israel, trauern um die Opfer, bangen mit den Familien der Geiseln. Die bohrende Frage ist: Warum lässt das Leid von Juden und von Israelis die Mehrheit in Deutschland so kalt?“

Der Gesprächskreis bezeichnet es als „ein Gebot der Menschlichkeit, Empathie mit den Opfern des Krieges und mit den Menschen im Gazastreifen und im Libanon zu empfinden und Mitgefühl mit denen, die in Deutschland um palästinensische Verwandte und Freunde trauern und bangen“. Ebenso sei es

aber „ein Gebot der Menschlichkeit, Mitgefühl mit den Opfern des 7. Oktobers 2023 und Solidarität mit Juden und Jüdinnen zu zeigen. In der Anerkennung des Leids der Menschen darf es kein Entweder-Oder geben“.

Alle drei abrahamitischen Religionen verpflichteten die Gläubigen darauf, sich für Frieden, Gerechtigkeit und barmherzige Liebe einzusetzen. „Als Gesprächskreis ‚Juden und Christen‘ suchen wir deshalb auch das Gespräch mit unserem Nachbargesprächskreis ‚Christen und Muslime‘. Wir können den Nahostkonflikt in Deutschland nicht lösen – aber wir können gemeinsam der Logik der Verfeindung hier entgegentreten und miteinander im Gespräch sein.“

Den Wortlaut der Erklärung finden Sie [hier](#).

Freitag, 11. Oktober 2024

„Hab Mut, steh auf!“

Leitwort für den 104. Deutschen Katholikentag 2026 in Würzburg beschlossen

„Hab Mut, steh auf!“ lautet das Leitwort des 104. Deutschen Katholikentags, der vom 13. bis zum 17. Mai 2026 in Würzburg stattfindet. Der Hauptausschuss des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) stimmte dem Vorschlag der Katholikentagsleitung heute in Berlin mit überwältigender Mehrheit zu. Das ZdK als Veranstalter des Katholikentags und das gastgebende Bistum Würzburg steigen damit in die nächste Phase der Vorbereitung ein.

„Der Katholikentag will Menschen mit der dem Markusevangelium (MK 10,49) entnommenen Aufforderung Mut machen, ihrem Glauben zu folgen“, sagt Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des ZdK und Vorsitzende der Katholikentagsleitung. „Das ganze Leben ist in Bewegung. Auf Möglichkeiten der Veränderung zu vertrauen, darauf kommt es sehr an.“ Der blinde Bartimäus sei ein Beispiel dafür. „In der Begegnung mit Jesus gehen ihm die Augen auf.“ Es sei von zen-

traler Bedeutung, dass die Umstehenden sagten: ‚Hab nur Mut, steh auf! Er ruft dich!‘ „So nämlich geschieht, was er sich ersehnt. Was für eine Botschaft! Für mich steckt darin Mutmachendes und eine Aufforderung an die Kirche von heute: Werde zu einer Gemeinschaft der Ermutigung!“

Die ZdK-Präsidentin weist auch auf die gesellschaftspolitische Situation hin, der sich der Katholikentag stellt: „Als Veranstalter ist es uns ein Anliegen, vielen Mut zu machen, die Menschenwürde zu verteidigen. Wir stellen uns gegen Hass und Hetze, die das Klima in unserem Land zu vergiften drohen. Es ist christliches Profil, wenn wir sagen: Nicht mit uns!“

Dr. Franz Jung, Bischof von Würzburg, ist überzeugt: „Als Christinnen und Christen leben wir mitten in der Gesellschaft, die wir aus unserem frohmachenden und befreienden Glauben mitgestalten. Wir brauchen Mut, um uns den Herausforderungen unserer Zeit in Gesellschaft und Kirche zu stellen und Zeuginnen und Zeugen unserer christlichen Hoffnung zu sein. Wir suchen jeden Tag nach Verbündeten, mit denen wir gemeinsam aufstehen für ein Leben in Fülle und eine menschenfreundliche Gesellschaft. Wir wollen nicht, dass Menschen am Rande stehen.“ Jesus Christus sei an die Ränder gegangen, betont der Bischof. Ihm zu folgen bedeute, auch heute Grenzen im Denken und Handeln zu überwinden, auf den Menschen in seiner Situation zu schauen und diese zum Guten zu verändern. „Das Leitwort des 104. Deutschen Katholikentags will genau diese Botschaft vermitteln.“

Er hoffe, „dass möglichst viele Menschen aus ganz Deutschland, aber auch aus anderen Ländern nach Würzburg kommen“, so der Bischof. „Die Gastfreundschaft unserer Stadt, unserer Gemeinden, unserer Verbände und Räte wird diesen Katholikentag zu einem Erlebnis machen. Wir freuen uns sehr auf den Mai 2026 und alle Begegnungen!“

Freitag, 11. Oktober 2024**Ein Jahr nach dem 7. Oktober**

ZdK-Hauptausschuss im Austausch mit Jüdischem Weltkongress und Malteserorden

Ein Jahr nach dem terroristischen Überfall der Hamas auf Israel hat der Hauptausschuss des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) sich über die Lage in jüdischen Gemeinden in Deutschland sowie über die Herausforderungen humanitärer Hilfe in Nahost informiert. Zu Gast waren Frank Fischer, Leiter des Büros des Jüdischen Weltkongresses in Deutschland, und Ivo Graziani, Kabinettschef des Großhospitaliers des Malteserordens.

Fischer berichtete über die Arbeit des Jüdischen Weltkongresses (World Jewish Congress, WJC), der weltweit mehr als hundert jüdische Gemeinschaften und Organisationen vertritt und sich insbesondere der Belange all jener annimmt, die außerhalb des Staates Israel leben. Zu den Schwerpunkten des WJC gehört auch das interreligiöse Gespräch mit christlichen und muslimischen Gruppen. Aktuell sei seine Arbeit von den Folgen des 7. Oktobers 2023 geprägt, sagte Fischer: „Juden auf der ganzen Welt fühlen sich traumatisiert und spüren eine neue Bedrohung. Viele reagieren darauf, indem sie sich zurückziehen und sich unsichtbar machen. Dabei handelt es sich um einen Schutzmechanismus. Aber dieser Mechanismus hat Folgen. Viele Juden verlieren ihr Zugehörigkeitsgefühl und ihre Verbundenheit mit den Orten, die sie ihre Heimat nennen. Das gilt insbesondere für viele in der Jüdischen Gemeinde Deutschlands. Sie fühlen sich allein in einer Wüste und Leere, aus der es keinen Ausweg zu geben scheint.“

Fischer nahm Bezug auf das aktuelle Lagebild aus den jüdischen Gemeinden hierzulande, das der Zentralrat der Juden in Deutschland am Jahrestag des Hamas-Massakers veröffentlicht hatte. „Es ist zu sehen, dass die Gemeinden in dieser psychischen Extremsituation für Jüdinnen und Juden ein Halt sind.“

Zugleich wird aber auch von den negativen Auswirkungen des Krieges im Nahen Osten berichtet, von Ängsten, Konflikten und tiefem Schmerz. Und fast die Hälfte der Gemeinden sind 2024 von antisemitischen Vorfällen betroffen.“ Fischer sagte, ihn erschütterte es, „wie der 7. Oktober 2023 Hass und Gewalt gegen Juden auch in Deutschland Tür und Tor geöffnet hat“.

Ivo Graziani, Kabinettschef des Großhospitaliers des Malteserordens, berichtete von der humanitären Situation in Nahost. „Es ist eine Krise, die Israel und den Libanon, Gaza und das Westjordanland gleichermaßen betrifft. Wir können die Krisen dieser Länder und Gebiete nicht getrennt voneinander betrachten. Sie sind eins. Und so helfen wir, wo es uns möglich ist.“ Der Lateinische Patriarch von Jerusalem, Pierbattista Pizzaballa, habe nach einem Besuch im Gazastreifen im Mai ein Projekt mit dem Malteserorden und dessen Hilfswerk „[Malteser International](#)“ ins Leben gerufen. „Seit Juni bringen wir Essen für 5000 Menschen in den Gazastreifen, außerdem Früchte für 20.000 Menschen, denn gerade Früchte gibt es durch die Zerstörungen vor Ort fast gar nicht mehr. Wir wollen noch in diesem Jahr ein Gesundheitszentrum eröffnen und 2025 auch ein Feldkrankenhaus.“

Graziani hofft auf Frieden – wider alle Hoffnung. „Die Eskalationsspirale muss durchbrochen werden. Wenn das nicht gelingt, ist die Katastrophe perfekt. Aber die Welt schaut zu! Der Nahe Osten braucht dringend internationale Hilfe, um diesen mörderischen Konflikt zu lösen.“

ZdK-Präsidentin Irme Stetter-Karp dankte Fischer und Graziani für deren Einblicke und offenen Worte. „Es ist erschütternd, dass keine politische Ordnungsmacht sich bislang anschickt, dem Leid der Menschen in Gaza ein Ende zu setzen. Über 40.000 Tote und flächendeckender Hunger sind eine schreckliche Bilanz“, sagte Stetter-Karp. „Auch wenn wir den Konflikt von hier aus nicht lösen können, können wir eine Haltung der Entfeindung fördern, über die Grenzen des Unfassbaren hinweg. Es ist erkennbar wichtig, das Miteinander

zu suchen. Ich danke in diesem Zusammenhang den Gesprächskreisen ‚Juden und Christen‘ und ‚Christen und Muslime‘ beim ZdK für ihr fortgesetztes Engagement im Dialog. Sie sind stark darin, Gesprächsräume zu schaffen und offen zu halten. Wir brauchen das! Es führt nicht zuletzt zu gemeinsamem Engagement gegen den grassierenden Antisemitismus hierzulande, aber auch gegen den erstarkten antimuslimischen Rassismus in Deutschland.“

Montag, 21. Oktober 2024

ZdK fördert wissenschaftliche Aufarbeitung der Causa Hengsbach

Aufruf an Betroffene und Zeitzeugen, sich zu melden

Die im September 2023 öffentlich gewordenen Missbrauchsvorwürfe gegen Kardinal Franz Hengsbach haben fünf Institutionen veranlasst, eine unabhängige wissenschaftliche Studie in Auftrag zu geben. Wie die Forschungsteams die Causa Hengsbach untersuchen, gaben sie heute in einer Pressekonferenz bekannt. Der 1991 verstorbene Kardinal wird des sexuellen Missbrauchs während seiner Amtszeit im Bistum Essen (1958-1990) sowie zuvor im Erzbistum Paderborn (bis 1958) beschuldigt.

Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Vorwürfe gegen den Kardinal erfolgt durch das Institut für Praxisforschung und Projektberatung in München (IPP) in Kooperation mit dem Forschungsinstitut „Dissens“ in Berlin sowie durch die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH). Die unabhängige sozialwissenschaftliche und historische Untersuchung ist vom Erzbistum Paderborn, vom Bistum Essen, der Bischöfliche Aktion Adveniat, dem Militärbischofsamt sowie dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) beauftragt.

Der Essener Kardinal, zuvor Weihbischof in Paderborn, war kirchlich vielfältig engagiert. So war er von 1961 bis 1978 auch katholischer Militärbischof und von 1961 bis 1988 erster Vorsitzender des Bischöflichen Hilfswerks Adveniat. Im ZdK bekleidete er zunächst ab 1947 die Position des Generalsekretärs und

war später, von 1953 bis 1968, Bischöflicher Generalassistent beim ZdK. In seiner Rolle als Generalsekretär war er unter anderem verantwortlich für den 73. Deutschen Katholikentag in Bochum 1949.

Das ZdK unterstützt den [Aufruf des Forschungsteams](#) an mögliche Betroffene von sexuellem Missbrauch und Gewalt im Zusammenhang mit der Causa Hengsbach, [sich an der Studie zu beteiligen](#). Ebenso können sich Personen melden, die zur Aufarbeitung durch ihr persönliches Wissen beitragen können. „Das Forschungsteam ist darauf angewiesen, dass Menschen, die etwas zur Aufklärung beitragen können, mit ihm Kontakt aufnehmen“, sagt ZdK-Generalsekretär Marc Frings. Johannes Norpoth, als Betroffener Mitglied der Studienbegleitgruppe, erklärte, „die Breite des Wirkungsfeldes Hengsbachs über Bistumsgrenzen und Handlungsfelder der katholischen Kirche hinweg ergibt die Verpflichtung, die unterschiedlichen Zusammenhänge, Vernetzungen, wechselseitigen Abhängigkeiten historisch und soziologisch zu betrachten“.

Die ZdK-Vollversammlung hatte das ZdK-Präsidium am 25. November 2023 aufgefordert, „bei einer geeigneten Forschungseinrichtung eine unabhängige Analyse und Bewertung der Tätigkeiten von Franz Hengsbach mit direktem ZdK-Bezug in Auftrag zu geben“. Die Vollversammlung forderte in ihrem [Beschluss zur „Causa Hengsbach“](#) zudem, eine „vernetzte Aufarbeitungssystematik zwischen Bistümern untereinander und weiteren Organisationen“ anzustreben.

Donnerstag, 24. Oktober 2024

„Mit dem Herzen sprechen“

Papst Franziskus bekennt sich in der Enzyklika „Dilexit nos“ zur sozialen Verantwortung des Glaubens

In seiner heute veröffentlichten Enzyklika „Dilexit nos“ („Er hat uns geliebt“) deutet Papst Franziskus sein Pontifikat im 12. Jahr als immer neuen Versuch, „mit dem Herzen zu sprechen“ und aus dieser Haltung heraus für Menschenwürde einzustehen.

„Daran wird deutlich, wie sehr der Papst in seine religiösen, politischen, ökologischen Initiativen ein heißes Herz eingebracht hat“, sagt Prof. Thomas Söding, Vizepräsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK). „Die Sozialenzykliken vergangener Jahre – ‚Fratelli Tutti‘ über Geschwisterlichkeit und soziale Freundschaft und ‚Laudato si‘ zum Umwelt- und Klimaschutz – setzten Zeichen. Nie sprach der Papst dabei nur über Zahlen und Fakten, sondern immer auch mit dem Herzen, von Mensch zu Mensch.“ Es sei klar zu erkennen, so Söding weiter, „dass Franziskus dies nun nochmals einordnet und damit den Gesamtzusammenhang seines Denkens und Handelns und seine Du-Bezogenheit markiert.“ Der Pontifex hatte in der aktuellen Enzyklika u.a. geschrieben: „Wenn man das Herz abwertet, verliert auch das Mit-dem-Herzen-sprechen, das Mit-dem-Herzen-handeln an Bedeutung.“

Wie zu erwarten, sagt Söding weiter, sehe Papst Franziskus den großen Wert gelebter Herzensfrömmigkeit darin, der Welt widerstehen zu können und zugleich in ihr Frieden und Liebe zu stiften. Der Papst spreche von einem „Anti-Herz“, das sich in einer Gesellschaft manifestiere, „die zunehmend von Narzissmus und Selbstbezogenheit beherrscht wird“. Dies führe zum „Verlust der Sehnsucht, weil der andere aus dem Blickfeld gerät und wir uns in uns selbst verschließen“.

„Dass Franziskus diese Enzyklika in die zu Ende gehende Weltsynode hinein veröffentlicht“, so der Theologe Söding abschließend, „macht deutlich, wie er selbst diese Synode betrachtet. Ihm ging und geht es darum, geschwisterliche Bande in der Weltkirche zu knüpfen und mit vielen gemeinsam für die Zukunft der Kirche und der Welt Sorge zu tragen. Inwieweit dies gelungen ist, wird das Abschlussdokument am Samstag zeigen.“

Sonntag, 27. Oktober 2024

„Weltsynode gibt notwendigen Veränderungen Rückenwind“

ZdK-Präsidentin würdigt Abschluss text als „Dokument eines Prozesses“

Mit der Zustimmung des Papstes zum Abschlussdokument der Weltsynode sind die Beratungen in Rom gestern Abend zu Ende gegangen. „Es ist eine kleine Sensation, dass Papst Franziskus so gehandelt hat“, sagt Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK). „Indem er auf ein Nachsynodales Schreiben verzichtet, gibt er der Weltsynode eine große Bedeutung im synodalen Prozess. Ihre Beschlüsse sollen in der Weltkirche direkt umgesetzt werden.“

Symbolisch stehe dieses Handeln „für die neue Wertschätzung der Synodalität, die Papst Franziskus zu einem Schlüsselbegriff seines Pontifikats gemacht hat. Deutlich zu erkennen ist aber nach wie vor, dass auch diese Weltsynode eine Bischofssynode war“, sagt Stetter-Karp. „Die Beteiligung von Laien, wie sie der Papst angeordnet hatte, hat die Gesprächskultur verändert und die Vielfalt der Welt stark gemacht. Aber sie ging nicht so weit, aus der unveräußerlichen Würde jedes Menschen auch eine konsequente Gleichrangigkeit der Geschlechter abzuleiten. Es verwundert daher nicht, dass es zu den Formulierungen des Schussdokuments in dieser Frage sehr viele Gegenstimmen gab.“

Konkret nennt Stetter-Karp „die noch immer unveränderte Anthropologie der Kirche, die Frauen für ihre Mütterlichkeit, ihre Leidenschaft und Warmherzigkeit wertschätzt, nicht aber für Fähigkeiten des Führens, des Entscheidens, der Bekleidung kirchlicher Weiheämter“. Für sie sei es „eine Enttäuschung, dass sich der große Anspruch, die Kirche wolle zuhören lernen, an dieser Stelle als Leerformel erweist. Es ist offenbar kein ausreichender Wille da, die offene Diskriminierung zu beenden.“

Prof. Thomas Söding, Vizepräsident des ZdK und als theologischer Experte Begleiter und Beobachter der Weltsynode, sieht hier trotz allem eine Veränderung auf dem Weg. „Im Abschlussdokument wird eingeräumt, dass Frauen in der Kirche weiter auf Hindernisse für eine umfängliche Anerkennung stoßen. Zugleich heißt es darin aber auch, es gebe keinen Grund, warum sie nicht ‚führende Rollen in der Kirche‘ übernehmen sollten. Es sei ein Verdienst der Synode, dass die Frage der Weihe von Diakoninnen offengehalten worden sei. „Es gab den Versuch, den Zugang von Frauen zu Weiheämtern endgültig zu verschließen. Damit kamen jene, die das wollten, aber nicht durch. Und sie werden damit niemals mehr durchkommen. Das Thema steht auf der Agenda, und es wird zu einem Ergebnis führen.“

Söding sieht in der intensiven Auseinandersetzung der Synode mit den Beteiligungsrechten der Laien und den Rechenschaftspflichten der Bischöfe einen „großen Schritt zu einer synodalen Kirche“. Allerdings seien unterschiedliche Formen des Miteinanders weltweit schon deshalb zu erwarten, „weil das Dokument hier Interpretationsspielraum lässt“. Es sei für die katholische Kirche in Deutschland, die einen mehrjährigen synodalen Weg zurückgelegt habe und ihn weiter gehe, naheliegend, „dass wir nicht dabei stehen bleiben, dass Bischöfe Laien konsultieren, bevor sie Entscheidungen treffen. Wir sind im Prozess des Synodale-Kirche-Werdens an einer Stelle, an der wir sagen: Wir wollen gemeinsam beraten und entscheiden.“

Stetter-Karp sieht dies ebenso und erinnert an den Beginn des Synodalen Weges in Deutschland. „Das Grauen des Missbrauchsskandals war der Auslöser für gemeinsame Beratungen und Beschlüsse. Wir sehen uns hierzulande in der Pflicht, auch die Strukturen der Kirche anzuschauen. Sie sind mit eine Ursache dafür, dass Machtmissbrauch, sexuelle Gewalt und Vertuschung so lange geschehen konnten. Auf der Weltsynode ist dieses Thema aber so gut wie gar nicht durchleuchtet worden. Das ist ein wirklicher Mangel, und es beunruhigt mich. Denn es heißt, dass aus Rom keine Aufforderung in die Welt gesandt wird, den Zusammenhang zu sehen und entsprechenden Veränderungen herbeizuführen.“

Stetter-Karp und Söding sind sich einig darin, dass auch Nicht-Erreichtes nicht darüber hinwegtäuschen dürfe, dass die Weltsynode dem synodalen Prozess insgesamt einen deutlichen Schub gegeben habe. „Überall auf der Welt heißt es nun, aus den Worten Taten werden zu lassen. Es hat mich sehr gefreut, dass der Papst in seiner Abschlussrede an markanter Stelle Madeleine Delbrel zitiert hat. Für mich ist sie ein leuchtendes Beispiel dafür, dass Wort und Tat, Herz und Hand gebraucht werden, um die Welt zum Besseren zu verändern“, sagt die ZdK-Präsidentin. Und Vizepräsident Thomas Söding sieht im Text der Weltsynode „schon deshalb etwas Gelungenes, weil er den Prozesscharakter des synodalen Weges betont. Er fasst die gemeinsame Verantwortung ins Wort, die alle einbindet.“

Montag, 28. Oktober 2024

„Die Ukraine braucht mehr Unterstützung“

ZdK-Präsidentin würdigt Abschlusstext als „Dokument eines Prozesses“

Die Initiative [Christen für Europa \(IXE\)](#) wirbt dafür, die Verteidigungspolitik europäischer zu gestalten. Gleichzeitig unterstreicht der politische Dachverband europäischer Laien den Wert ziviler Konfliktbearbeitung und lehnt es ab, „diplomatische und militärische Mittel gegeneinander auszuspielen“. Beide Elemente seien „zwei Hälften einer Strategie für den Frieden“, heißt es in einer Erklärung, die die Initiative bei einem Treffen in Prag am Wochenende abstimmte. Sie fordert, dass es keine Brüche in der europäischen Solidarität mit der Ukraine geben darf.

„Die katholische Zivilgesellschaft wirbt für einen gerechten und dauerhaften Frieden, der auf den Grundsätzen des Völkerrechts basiert und die Souveränität der Ukraine und ihre territoriale Integrität respektiert“, sagt Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK). „Ich begrüße daher die Prager Erklärung, die uns als ZdK mit anderen christlichen Stimmen aus ganz Europa verbindet.“

Im Text der Initiative heißt es, die EU solle „nicht nur eine wirtschaftliche und politische, sondern auch eine sicherheitspolitische Union sein“ und eine neue Friedens- und Sicherheitsarchitektur mitgestalten, „in der Abschreckung, Rüstungskontrolle, Koexistenz und Kooperation austariert werden“. Dass Russland den Krieg gegen die Ukraine weder gewinnen noch einen neuen beginnen dürfe, sei die geopolitische Priorität dieses Jahrzehnts. Dr. Stefan Eschbach, stellvertretender europapolitischer Sprecher des ZdK und Mitglied der Initiative Christen für Europa, sagt: „Wenn wir in der Europäischen Union angesichts sicherheitspolitischer Herausforderungen Uneinigkeit demonstrieren, ebnen wir autokratischer Aggression den Weg. Deshalb drängen wir als ZdK gemeinsam mit unseren europäischen Partnerorganisationen darauf, das Einstimmigkeitsprinzip bei außenpolitischen Beschlüssen im Rat der Europäischen Union aufzugeben.“

In einem umfassenden Verständnis von Sicherheit fordert die Initiative Christen für Europa [in ihrer Erklärung](#) auch eine anzuzielende „Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern“ – nicht zuletzt, um eine wichtige Finanzquelle vieler autokratischer Systeme auszutrocknen.

*Die Initiative [Christen für Europa \(IXE\)](#) ist ein Zusammenschluss von Laienorganisationen und engagierten Christen aus verschiedenen europäischen Ländern. Ihr Anliegen ist es, ein lebendiges Bewusstsein für ein vereintes Europa in die nationalen Debatten einzubringen. IXE fördert die Begegnung von Christen in Europa und die Umsetzung der Soziallehre der Kirche. Das ZdK trägt die Initiative gemeinsam mit den *Semaines Sociales de France*.*

Montag, 18. November 2024

„Ein leidenschaftlicher Brückenbauer im jüdisch-christlichen Dialog“

ZdK und Gesprächskreis „Juden und Christen“ gratulieren Hanspeter Heinz zum 85. Geburtstag

„Für wegweisende Impulse, Ausdauer und Brückenbau im jüdisch-christlichen Dialog“ dankt die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, dem Gründer des Gesprächskreises „Juden und Christen“ beim ZdK, Prof. Hanspeter Heinz. „Am heutigen Tag feiern Sie Ihren 85. Geburtstag“, so Stetter-Karp. „Ich gratuliere Ihnen dazu sehr herzlich. Das ZdK blickt voller Dankbarkeit und Hochachtung auf Ihr Lebenswerk.“

Hanspeter Heinz, Theologe und Priester, war 1971 Motor der Gründung des Gesprächskreises „Juden und Christen“. Als Geistlicher Rektor des ZdK von 1974 bis 1980 wurde er Vorsitzender des Gesprächskreises, den er bis 2016 leitete; bis zum heutigen Tag ist er dessen Mitglied. Er setzte Wegmarken, die das Verhältnis zwischen den Religionen veränderten. In zentraler Weise gilt dies für das Jahr 2009. Seiner Anregung zu und Mitarbeit an der Erklärung des Gesprächskreises „Nein zur Judenmission – Ja zum Dialog zwischen Juden und Christen“ ist es mit zu verdanken, dass deutliche Kritik an der 2008 erfolgten Umformulierung der sogenannten „Karfreitagsbitte“ durch Papst Benedikt XVI. laut wurde. Eine „Erleuchtung der Juden, damit sie Jesus Christus als den Retter aller Menschen erkennen“ – so die Formulierung Benedikts – empfand Hanspeter Heinz als Skandal. Dafür wiederum war er – wie auch der Gesprächskreis insgesamt – von traditionalistischer Seite scharfer Kritik ausgesetzt. „Ihre Standfestigkeit beeindruckt mich“, schreibt Stetter-Karp an den Jubilar, der bis zu seiner Emeritierung einen Lehrstuhl für Pastoraltheologie an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Augsburg innehatte.

Rabbiner Prof. Andreas Nachama und Dagmar Mensink, in der Nachfolge von Heinz heute Vorsitzende des Gesprächskreises, würdigen dessen „unermüd-

liches Engagement für den jüdisch-christlichen Dialog in Deutschland“. Hanspeter Heinz habe die Konzilerklärung „Nostra Aetate“ über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen mit Leben gefüllt. Völlig zurecht habe der christliche Theologe im März 2015 die Buber-Rosenzweig-Medaille erhalten, weil er sich über Jahrzehnte um die Verständigung zwischen Christen und Juden verdient gemacht habe. „Im November 2023 in Frankfurt am Main – bei der Gedenkveranstaltung für die am 7. Oktober ermordeten Jüdinnen und Juden in Israel – war Hanspeter Heinz voller Trauer und Verzweiflung über das Geschehene. Zugleich gab er uns Hoffnung wider alle Hoffnung. Denn er sprach über ‚einen Weg miteinander für die Versöhnung in unserer Welt‘, erinnern sich die Gesprächskreisvorsitzenden.

„Hanspeter Heinz hat selbst wohl die schönsten Sätze über seine tiefen Beweggründe zum Dialog gesagt“, so die ZdK-Präsidentin. Vor Jahren habe er formuliert: „Etwas viel Größeres als ein Dialog auf Augenhöhe ist eine Begegnung, in der einer zum anderen aufschaut, ihn höher achtet als sich selbst. Genau diese Erfahrung habe ich oft mit jüdischen Freunden und Freundinnen gemacht. Durch sie hat Gott mich Neues hören lassen.“

Freitag, 22. November 2024

„Resignation ist keine Option“

ZdK-Präsidentin Stetter-Karp will „demokratisches Gemeinwesen stark machen“

Mit einem Appell, „das demokratische Gemeinwesen wieder resilient, stark und attraktiv zu machen“, hat die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, die Vollversammlung in Berlin eröffnet. Die Demokratie sei „doppelt und dreifach unter Druck“, sagte sie. Jetzt gehe es „um Großes und Grundsätzliches: darum, dass die Menschenwürde unantastbar bleibt, dass Teilhabe für alle Wirklichkeit wird und die sozial-ökologische Transformation gelingt.“

Der Bruch der Regierungskoalition in Deutschland, just am Abend des 6. Novembers, an dem Donald Trump die US-Wahl gewonnen habe, sei ein „Politbeben“, dessen Ausgang ungewiss sei, sagte die ZdK-Präsidentin in ihrer [Auf-takt-Rede](#). Für die europäische Sicherheitsarchitektur Sorge zu tragen, sei nun von deutscher Seite besonders wichtig. Innenpolitisch müsse damit gerechnet werden, dass wichtige Vorhaben nicht mehr vor den Neuwahlen realisiert würden. Das ZdK forcire deshalb unter anderem seine Anstrengungen für das „Gesetz zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen“. Der Generalsekretär des ZdK, Marc Frings, sei dazu Anfang November als Sachverständiger im Familienausschuss gehört worden. Umgekehrt sei auch Engagement zum Bremsen von „Eilverfahren“ gefragt. Dies betreffe etwa die Debatte um den Paragraphen 218 StGB, dessen Abschaffung immer wieder im Raum stehe, etwa jüngst durch den Entwurf einer interfraktionellen Abgeordnetengruppe, die den Schwangerschaftsabbruch außerhalb des Strafgesetzbuches regeln wolle. Die ZdK-Präsidentin warnte: „Für eine gesellschaftliche Debatte dazu bleibt bis zur Neuwahl nicht genügend Zeit. Für ein Hauruckverfahren ist der Lebensschutz denkbar ungeeignet! Die doppelte Anwaltschaft für das ungeborene Leben und die Frauen muss nach meiner Überzeugung unverändert bestehen bleiben.“

Kirchenpolitisch sei der Druck ebenfalls hoch, so Stetter-Karp. Mit dem Ende der Weltsynode sei deutlich geworden, dass „eine Veränderung der Gesprächskultur allein nicht ausreicht“, um den sichtbaren Herausforderungen zu begegnen. „Es bleibt für mich eine große Enttäuschung, dass die Gleichrangigkeit der Geschlechter weiter nicht beachtet wird. Der große Anspruch, die Kirche wolle zuhören lernen, erweist sich hier als Leerformel.“ Gleichzeitig gebe es Erfreuliches. Der Energie der Synode sei es zu verdanken, „dass wichtige Themen nicht in Arbeitsgruppen verschwunden sind“. So sei auch „die Frage der Weihe von Diakoninnen offengehalten worden“, sagte die ZdK-Präsidentin. „Nicht, dass das irgend hinreichend wäre. Dennoch: Das Thema Zugang von Frauen zu Weiheämtern lässt sich einfach nicht mehr von der Agenda streichen!“

Ein [Initiativantrag des ZdK-Präsidiums und der Sprecher*innen](#) der sieben ZdK-Sachbereiche unter dem Titel „Hab Mut, steh auf“ wurde von der Vollversammlung einstimmig angenommen. Die Antragstellenden wählten das Leitwort des 104. Deutschen Katholikentags 2026 in Würzburg, um auf die aktuelle politische Lage in Deutschland zu reagieren. „Das ZdK bekräftigt in dieser risikoreichen Situation seinen Einsatz für Demokratie, Vielfalt und den Schutz von Menschenrechten. Ein Abbau der Rechtsstaatlichkeit, Angriffe auf Minderheiten und eine völkische Ideologie sind menschenfeindlich und gefährden die freiheitlich-demokratische Grundordnung.“, heißt es in diesem Beschluss. Für Menschenrechte sei in Deutschland und weltweit konkreter Einsatz gefragt: „Wir leisten in den Gemeinden, durch unsere Organisationen und Hilfswerke mit über 700.000 Mitarbeitenden einen wirksamen Beitrag. Wir rufen alle Katholik*innen im Land dazu auf, die demokratischen Kräfte zu stärken und sich in den Wettstreit der politischen Programme aktiv einzumischen.“

Neue Denk-, Diskussions- und Planungsräume eröffnet die Vollversammlung anschließend mit einem Barcamp zum Thema Demokratie, das bis in den Nachmittag reicht. „Ziel ist die Stärkung des Zusammenhalts, das Sichtbarmachen unserer Demokratiearbeit und der Aufbau einer strategischen Allianz“, sagte ZdK-Generalsekretär Marc Frings. Dem Barcamp vorausgegangen war ein Gespräch zur Zukunft politischer Gestaltungsräume mit dem Bundestagspräsidenten a.D., Dr. Wolfgang Thierse (SPD), und dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann (Bündnis 90/Die Grünen). Daniel Günther, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein (CDU), hatte kurzfristig absagen müssen.

Freitag, 22. November 2024

„Wir geben katholischen Gläubigen in Deutschland eine Stimme“

ZdK-Vollversammlung beschließt Leitbild

In Berlin hat die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) heute mit großer Mehrheit ein [Leitbild](#) beschlossen. „Seit fast drei Jahren arbeitet das Generalsekretariat des ZdK in der Hauptstadt. Nach Jahrzehnten der Präsenz in Bonn hat uns der neue Standort herausgefordert, unsere Position in der sich ständig verändernden Gesellschaft durch dieses Leitbild klar zu bestimmen“, sagt Prof. Claudia Nothelle, Vizepräsidentin des ZdK und Mitglied der Leitbildkommission.

Der [Text](#) markiert Selbstverständnis und Ziele. Er hält fest, dass das ZdK „die Anliegen der katholischen Gläubigen in Deutschland“ vertritt. Aus dem christlichen Glauben leite es den Auftrag ab, „aktuelle Themen aus Gesellschaft und Kirche“ aufzugreifen. „Positionen werden in transparenten, demokratischen Meinungsbildungsprozessen entwickelt.“

Das ZdK erinnert im Leitbild an seine historischen Wurzeln im Jahr 1848. Das Gründungsjahr der Deutschen Katholikentage ist zugleich der Beginn eines Bündnisses katholischer Vereine in Deutschland, die sich bürgerschaftlich einbringen und eigene Positionen gesellschaftlich zur Debatte stellen. Schon damals – so heißt es im Leitbild – hätten sich politisch denkende Katholik*innen mit „sozialer Gerechtigkeit, Bildung, demokratischen Rechte und dem Verhältnis zwischen Kirche und Staat“ beschäftigt. „Heute setzen wir uns ein für die Freiheit des Menschen und den Schutz seiner unveräußerlichen Würde. Sie ist gefährdet durch Armut und Ungerechtigkeit, Gewalt und Rücksichtslosigkeit. Daraus folgt ein konsequenter Einsatz für die Menschenrechte.“ Unter anderem zeige sich dieser im Engagement „gegen Intoleranz, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und jegliche Form von Extremismus“. Das ZdK wertschätze Errungenschaften wie die „Europäische Union und andere internationale Organisationen, die für Frieden und Gerechtigkeit, Stabilität und Demokratie stehen“.

Aus dieser Haltung resultiere auch ein kirchenpolitisches Engagement, das auf Veränderung setze. Das ZdK stehe ein für „demokratische Strukturen und Geschlechtergerechtigkeit“. Im Leitbild heißt es weiter: „Für die katholische Kirche des dritten Jahrtausends sind Synodalität und Diakonie prägend. Synodalität realisiert sich in unserem gemeinsamen Beraten und Entscheiden mit den Bischöfen als Prinzip des kirchlichen Miteinanders. Mit dem Pontifikat von Papst Franziskus sind Wege in diese Richtung auch weltweit eröffnet.“

Dem neuen Leitbild soll im nächsten Schritt ein überarbeitetes Statut folgen. Eine Arbeitsgruppe hat Reformvorschläge gemacht, die nun in der Vollversammlung beraten werden.

Samstag, 23. November 2024

„Wir sind eine lernende Organisation“

ZdK arbeitet an Reform seiner Gremien

Mit einer lebhaften und konstruktiven Diskussion zur Reform des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) ist heute die Vollversammlung in Berlin zu Ende gegangen. Nachdem die Mitglieder am Freitag bereits ein [Leitbild](#) beschlossen hatten, das Selbstverständnis und Ziele des ZdK formuliert, stehen Entscheidungen über seine künftige Gestalt und Arbeitsweise an. Die Vollversammlung sprach sich am Samstag entschieden für Neuerungen in Statut und Geschäftsordnung aus. Mit großer Mehrheit stimmte sie dafür, eine Unvereinbarkeitsklausel der Mitgliedschaft für erklärte Feinde der Demokratie zu formulieren.

„Das ZdK engagiert sich für Demokratie und Menschenwürde. Was das in diesen politisch herausfordernden Zeiten heißt, erleben wir täglich“, sagt ZdK-Präsidentin Dr. Irme Stetter-Karp. „Wir sind uns sicher, dass Demokratie ernst zu nehmen auch bedeutet, Institutionen und Gremien von innen heraus zu verändern. Das ZdK ist eine lernende Organisation. Wir verändern unsere

Prozesse, unser Miteinander, unsere Strukturen, um den aktuellen Anforderungen gerecht zu werden. Damit hat diese Vollversammlung in großem Stil begonnen.“

In einer Reihe von Beschlüssen formulierte das ZdK zudem aktuelle politische Prioritäten sowie Erwartungen im kirchlichen Raum. Die Mitglieder forderten, Asyl- und Migrationspolitik gerade in Zeiten der Krise menschenwürdig zu gestalten, das von der Bundesregierung angekündigte Gewalthilfegesetz zügig zu verabschieden und den Bundestag aufzufordern, in Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes explizit die Rechte von LSBTIQ+-Personen zu stärken und diese Personengruppe vor Diskriminierung besser zu schützen. Zu einem Initiativantrag des ZdK-Präsidiums und der Sprecher*innen der ZdK-Sachbereiche, die Demokratie zu stärken und sich engagiert einzumischen, hatte es bereits zum Auftakt der Vollversammlung einhellige Zustimmung gegeben.

Auf dem kirchlichen Feld forderte die Vollversammlung, die Katholikentage forciert ökumenisch zu gestalten, den Dialog mit katholischen Gruppen außerhalb des ZdK auszubauen und die Öffentlichkeitsarbeit für die Ergebnisse des Synodalen Weges zu intensivieren. Zur Grundordnung des kirchlichen Dienstes – die von der ZdK-Vollversammlung nochmals ausdrücklich begrüßt wurde – werden die deutschen Bischöfe aufgefordert, im Blick auf ehrenamtlich für die Kirche Tätige [Nachbesserungen](#) vorzunehmen. Die ZdK-Vollversammlung stimmte zudem mehrheitlich einem Initiativantrag zu, der die deutschen Bischöfer auffordert, bei zivilrechtlichen Klagen von Betroffenen sexueller Gewalt auf die Einrede der Verjährung zu verzichten. Alle Beschlüsse sind auf <https://www.zdk.de/positionen> abrufbar.

In einem Barcamp zum Thema „Demokratie bewahren“ hatte die Vollversammlung am Freitag neue Denk-, Diskussions- und Planungsräume eröffnet. „Es ist gelungen, den Zusammenhalt zu stärken und die vielfältige Demokratiearbeit unserer Mitglieder sichtbar zu machen“, sagt ZdK-Generalsekretär

Marc Frings. „Daraus werden neue Allianzen erwachsen“, ist er sich sicher. „Es ist dem ZdK ein großes Anliegen, die parlamentarische Demokratie gerade in Zeiten ihrer Gefährdung durch radikale und demokratiefeindliche Kräfte zu stärken. Wir setzen auf verantwortliche Freiheit, auf gerechte Teilhabe und auf die unbedingte Wahrung der Menschenwürde.“

Montag, 25. November 2024

„Kein Signal für Klimagerechtigkeit“

ZdK reagiert enttäuscht auf die Ergebnisse der Klimakonferenz

Die Abschlusserklärung der Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen (COP29) bleibt für Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), hinter den Erwartungen zurück: „Bei den Verhandlungen in Aserbaidschan konnte nur ein Minimalkompromiss ausgehandelt werden, der den gigantischen Bedarfen nicht gerecht wird. Weltweit brauchen Staaten finanzielle Mittel, um Klimaschutz zu betreiben und sich an die Klimakrise anzupassen. Die vulnerabelsten Regionen sind auf Gelder angewiesen, um die Schäden und Verluste einigermaßen zu kompensieren.“

Vor diesem Hintergrund sei die Einigung darauf, die Mittel der Industrieländer bis 2035 auf jährlich 300 Milliarden US-Dollar zu erhöhen, unzureichend. „Allein für den Bereich Schäden und Verluste ist ein Finanzvolumen von 400 Milliarden US-Dollar im Jahr – gerade im Blick auf die Folgen zunehmender Wetterextreme – das Minimum“, so Stetter-Karp. Die Klimafinanzierung sei eine vertragliche Pflicht, die sich aus dem Pariser Klimaabkommen von 2015 ergebe: „Bei den Geldern geht es darum, ob globale Klimagerechtigkeit, für die wir als ZdK werben, gelingt. Emissionsminderung senkt die Anpassungsbedarfe. Mehr Anpassung vermeidet maßgeblich Schäden und Verluste. Die Klimafinanzierung ist deshalb letztlich auch eine Frage der ökonomischen Vernunft.“

Bereits in Ihrer [Rede vor der ZdK-Vollversammlung](#) hatte Stetter-Karp am vergangenen Freitag gesagt, die COP dürfe „nicht ohne ein neues Klimafinanzierungsziel enden, das alle drei Bereiche – Emissionsminderung, Klimaanpassung sowie Verluste und Schäden – adressiert“. Das Ergebnis von Baku enthält nun keine konkreten Verpflichtungen zur Bereitstellung von Geldern für Verluste und Schäden. Der dafür eingerichtete Loss-and-Damage-Fonds, für den sich das ZdK [in einer Erklärung](#) starkgemacht hatte, wuchs mit Blick auf das Finanzvolumen während der COP29 nur minimal. Stetter-Karp fordert zukunftsfähige Instrumente, um die Lücke zu schließen: „Es braucht eine gerechte globale Finanzarchitektur, um heute Gelder für die Welt von morgen bereitzustellen. Die Einführung einer Milliardärssteuer, auf die sich die G20-Staaten in der vergangenen Woche geeinigt haben, kann ein Baustein dafür sein.“

Bis zur nächsten Klimakonferenz sei mehr Ehrgeiz bei der Klimafinanzierung und den nationalen Zielen und Maßnahmen notwendig. Eine neue Bundesregierung, die Deutschland bei der COP30 in Brasilien vertreten werde, müsse engagierte Beiträge liefern. Dies müsse in der deutschen CO₂-Bilanz und im Bundeshaushalt sichtbar werden: „Wir werben für Klimaschutz als ein Projekt, bei dem die demokratischen Parteien entschlossen vorangehen.“

Donnerstag, 05. Dezember 2024

“Leben ist Leben – von Anfang an”

ZdK-Präsidentin Stetter-Karp warnt vor Änderung des Abtreibungsrechts “im Galopp”

Vor einer “Änderung der gesetzlichen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs” warnt die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp. “Im Galopp will eine interfraktionelle Gruppe offenbar ein neues Gesetz noch vor der Neuwahl des Bundestags durchbringen”, sagt sie. “Das halte ich für fatal. Die Debatte um den Paragraphen 218 muss gesellschaftlich breit geführt werden. Es geht um eine existenzielle Fra-

ge und die damit verbundenen ethischen Dilemmata.“ Der Gesetzentwurf, der auf eine Initiative von grünen, linken und sozialdemokratischen Abgeordneten zustande gekommen ist, wird heute in erster Lesung im Bundestag beraten.

„Wir als ZdK kritisieren nicht nur, dass hier eine breite gesellschaftliche und politische Debatte zu kurz kommt. Wir haben auch grundlegende inhaltliche Anfragen an den Entwurf“, so die ZdK-Präsidentin. „Wenn ein Abbruch bis zum Ende der 12. Schwangerschaftswoche künftig nicht mehr rechtswidrig sein soll, wird die doppelte Anwaltschaft für das ungeborene Leben und die Frauen aufgegeben. Ein abgestufter Lebensschutz – vor der 12. Woche geringer als danach – ist aus katholischer Sicht nicht zu akzeptieren. Leben ist Leben – von Anfang an.“

Die bestehende Regelung mit §218 StGB stelle „ein bewährtes Schutzkonzept dar“, ist Stetter-Karp überzeugt. „Das dagegen vorgebrachte Argument, diese Regelung diskriminiere Frauen, weil sie die Konfliktlage strafrechtlich behandle, unterschlägt, dass Frauen weder bestraft noch allein gelassen werden. Eine professionelle Beratung zeigt in dieser Situation Möglichkeiten auf. Der Beratungsschein, der dort ausgestellt wird, macht einen Abbruch straffrei möglich. Zugleich macht Paragraf 218 deutlich: Es geht hier auch um das Lebensrecht des werdenden Kindes.“

Erleichtert zeigt sich die ZdK-Präsidentin darüber, dass „die Beratung im Schwangerschaftskonflikt auch in einer möglichen gesetzlichen Neuregelung erhalten bleiben soll. Das nimmt die Frau in der besonderen Lage ernst, und zwar auch im frühen Stadium der Schwangerschaft. Eine gesetzlich verankerte Beratung ist die Voraussetzung dafür, dass alle Möglichkeiten, die es in der Konfliktlage akut gibt, tatsächlich zur Sprache kommen. Untersuchungen zeigen, dass Frauen und auch deren Partnern teils nicht bewusst ist, auf welche Hilfen sie in einer solchen Situation zählen können.“

Eine deutliche Abschwächung des staatlichen Schutzes für das ungeborene Kind dürfe keinesfalls das Ergebnis einer möglichen Neuregelung sein, so die ZdK-Präsidentin. "Der Bundestag und alle Parteien müssen die Tragweite einer gesetzlichen Neujustierung im Blick behalten. Wir müssen genügend Zeit haben, um insbesondere die verfassungsrechtlichen Auswirkungen einer solchen Gesetzesänderung angemessen diskutieren zu können."

Freitag, 13. Dezember 2024

Synodaler Ausschuss tagt in Wiesbaden-Naurod

Reflexion zur Weltsynode Schwerpunkt der Arbeit

In Wiesbaden-Naurod hat heute (13. Dezember 2024) die dritte Sitzung des Synodalen Ausschusses begonnen. An ihr nehmen 61 Mitglieder teil. Neben einem aktuellen Sachstand zur Arbeit der vom Ausschuss eingerichteten Kommissionen steht im Mittelpunkt der Beratungen die Frage, welche Schlussfolgerungen aus der Weltsynode in Rom für die weitere Arbeit auf dem Synodalen Weg zu ziehen sind. Der Synodale Ausschuss befasst sich dabei mit dem römischen Abschlussdokument *Für eine synodale Kirche: Gemeinschaft, Teilhabe und Sendung*, das von Papst Franziskus als Teil des ordentlichen Lehramtes bestätigt wurde.

Die Kommissionen des Synodalen Ausschusses, die jeweils aus zehn gewählten Mitgliedern sowie Beraterinnen und Beratern bestehen, behandeln Aufgaben und Fragen, die auf dem Synodalen Weg der Kirche in Deutschland fortgesetzt erörtert werden sollen. Kommission I berät zur Synodalität als Strukturprinzip der Kirche und zur möglichen Ordnung eines Synodalen Rates. Kommission II fragt nach Evaluation und Monitoring der Umsetzung der Beschlüsse des Synodalen Weges. Kommission III kümmert sich um die Weiterentwicklung der Initiativen des Synodalen Weges.

Zum Auftakt der Beratungen in Wiesbaden-Naurod betonte die Präsidentin des Synodalen Weges und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

(ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, dass die im Oktober zu Ende gegangene Weltsynode in Rom im Synodalen Ausschuss eine wichtige Rolle spiele. „Es war eine Synode, in der nicht nur Bischöfe stimmberechtigt waren, nicht nur Priester und Ordensleute – sondern auch Frauen und Männer aus dem Laienstand. Das hat die Abstimmungen durchaus beflügelt, wie mir scheint. Freilich hätte ich mir noch mehr gewünscht, zum Beispiel eine echte Parität von Menschen mit und ohne Weihe in diesen Abstimmungen.“ Sie sei überzeugt, so Stetter-Karp, dass Papst Franziskus mit seiner Bereitschaft, das Abschlussdokument als Teil des Lehramtes zu betrachten, klar vermittelt habe: „Ihr seid Synode! Ihr seid Kirche. Erneuert eure Gemeinschaft! Wir diskutieren deshalb in Wiesbaden-Naurod, wie wir dieses Zeichen in unserer Arbeit umsetzen.“ Der Arbeitsprozess im Synodalen Ausschuss fuße auf „Wertschätzung, Würde und Wandel“, sagte sie weiter. „Alle 70 Menschen im Synodalen Ausschuss sind sich bewusst, dass sie gemeinsam Lösungen finden müssen für die Zukunft des Kirche-Seins in unserem Land.“ Das Christentum sei „nicht zum Stehenbleiben gemacht. Es ist eine Religion der Bewegung und der Bewegten. Denen, die den Synodalen Ausschuss in der Vergangenheit gern totgesagt haben, sei erwidert: Totgesagte leben länger! In Wiesbaden-Naurod beschreiten wir ganz konkret den Weg in die Zukunft. Wir sind schon unterwegs.“

Bischof Dr. Georg Bätzing, ebenfalls Präsident des Synodalen Weges und Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, hob hervor: „Wir spüren durch die Ergebnisse der Weltsynode Rückenwind für unseren Weg in Deutschland. Synodalität ist – so lautet ja der Wunsch des Papstes – ein grundlegendes Handlungsprinzip im Leben der Kirche. Ich bin dankbar für die Spitzengespräche, die wir zwischen Vertretern der Kurie und der Deutschen Bischofskonferenz im März und Juni dieses Jahres führen konnten. Das hat viel zu gegenseitigem Vertrauen beigetragen und hilft, wichtige theologische Fragen in einem ernsthaften Dialog und Ringen zu durchdringen. Ich bin froh, dass das Synodendokument von der ‚lokalen Dimension‘ der Kirche spricht, die es zu wahren gilt. So wird es jetzt unsere Aufgabe sein, die Ergebnisse der römischen Synode mit unserem Weg in einen guten Einklang zu bringen. Ich bin zuversichtlich, dass uns das gelingt.“

Für die synodale missionarische Kirche habe Papst Franziskus selbst zum Abschluss der Synode mit dem Verzicht auf ein Nachsynodales Schreiben ein wichtiges Zeichen gesetzt, so Bischof Bätzing weiter. Er habe der Weltsynode eine große Bedeutung im synodalen Prozess zuerkannt: „Ihre Beschlüsse sollen in der Weltkirche direkt umgesetzt werden – mit allem Interpretationsspielraum, den dieses Dokument mit sich bringt. Dieses gewichtige Zeichen der Wertschätzung einer synodalen Kirche und der dafür notwendigen synodalen Prozesse – gerade weil das Synodendokument Teil des Lehramtes ist – wollen wir als Bestärkung für unser gemeinsames synodales Arbeiten sehen. Deutlich sagt der Papst: "Ich bitte Euch, dieses Dokument anzunehmen." Für uns ist klar, dass aktuell der Ort, an dem die Verstetigung von Synodalität für die katholische Kirche in Deutschland zu klären ist, der Synodale Ausschuss ist. Daher führen wir im Nachgang unseres Berichtes auch die Debatte über die Ergebnisse der Weltsynode. Der Synodale Ausschuss ist ein wichtiger Ort der Rezeption weltkirchlicher Erkenntnisse und wir stellen die Weichen einer synodaleren Kirche der Zukunft. Gleichzeitig üben wir das schon in unserem methodisch gestalteten Prozess, der selbstverständlich insgesamt ein geistlicher Prozess ist“, so Bischof Bätzing.

Hinweis:

Informationen zum Synodalen Ausschuss, zu den Mitgliedern, zur Satzung und Geschäftsordnung sind unter www.synodalerweg.de/synodaler-ausschuss verfügbar. Dort finden Sie auch die Tagesordnung und das Programm der Sitzung vom 13./14. Dezember 2024.

Samstag, 14. Dezember 2024**Synodaler Ausschuss in intensiver Arbeitsphase**

Bischof Bätzing und Irme Stetter-Karp sehen Gremium „auf sehr gutem Weg“

Mit einer konstruktiven Debatte zur künftigen Gestalt eines synodalen Gremiums auf Bundesebene ist die dritte Sitzung des Synodalen Ausschusses für die katholische Kirche in Deutschland heute (14. Dezember 2024) zu Ende gegangen. „Die Mitglieder des Ausschusses haben sich auf den Weg gemacht, ein Gremium des gemeinsamen Beratens und Entscheidens vorzudenken“, resümieren die Präsidenten des Synodalen Weges, Dr. Irme Stetter-Karp und Bischof Dr. Georg Bätzing. „Wir werden diesen Weg bei der vierten Sitzung des Ausschusses im Mai 2025 fortsetzen.“

Die Diskussion hatte Fragen nach der Zusammensetzung dieses Gremiums auf Bundesebene behandelt, ebenso dessen Kompetenzen und Modi der Beschlussfassung. Die Ergebnisse wurden festgehalten, um Grundlage des weiteren Beratens zu sein. Vorbereitet hatte diese Debatte die Kommission I des Synodalen Ausschusses, die sich mit der künftigen Ordnung eines synodalen Gremiums auf Bundesebene beschäftigt.

Aus der Arbeit der Kommission II kommt die konkrete Umsetzung einer Evaluation und eines Monitorings der Beschlüsse des Synodalen Weges. Die Bischöfe in Deutschland sollen im Zeitraum vom 12. Februar bis zum 21. März 2025 befragt werden, wie es um die Umsetzung der Synodalbeschlüsse vor Ort steht.

Kommission III befasst sich mit der Weiterentwicklung der Initiativen des Synodalen Weges. Der Synodale Ausschuss nahm einen Handlungstext aus der Synodalversammlung an, der dort aus Zeitgründen nur in 1. Lesung behandelt werden konnte. Er betrifft die Enttabuisierung der Situation nicht-heterosexu-

eller Kleriker. Zwei Handlungstexte — zu lehramtlichen Aussagen zur Empfängnisverhütung und zu Maßnahmen gegen den Missbrauch an Frauen in der Kirche — wurden zur Überarbeitung an die Kommission überwiesen und sollen erneut vorgelegt werden.

„Der Synodale Ausschuss ist in eine entscheidende Phase seiner Arbeit eingetreten“, sagt Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), das einer der beiden Träger dieses Ausschusses ist. „Für das künftige Gremium, das wir jetzt vorbereiten, erwarte ich eine Partizipation auf Augenhöhe, Beschlussfassungen unter Gleichberechtigten und ein gemeinsames Vertreten dieser Beschlüsse in der Öffentlichkeit.“ Wie die Regelungen im Einzelnen getroffen würden, müsse in Satzung und Geschäftsordnung festgehalten werden. „Darauf konzentrieren wir uns jetzt. Wir tun es in der klaren Erkenntnis dessen, was Kirche-Sein heute bedeutet. Christinnen und Christen sind in Deutschland in der Minderheit. Zugleich spielen sie in der Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat eine tragende Rolle. Sie sind überdurchschnittlich stark vertreten auf dem Feld des ehrenamtlichen Engagements. Sie sind gesellschaftspolitisch präsent, stehen für Demokratie und Menschenwürde ein. Das ist wichtiger denn je. Es fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und zugleich die Gemeinschaft in der Kirche selbst. Ein synodales Gremium auf Bundesebene wird dies bestärken. Es wird mit einer kraftvollen Stimme in die Gesellschaft hineinsprechen. Wir brauchen es, so schnell wie möglich.“

„Wir sind ein gutes Stück weitergekommen in der Arbeit des Synodalen Ausschusses“, sagt der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Georg Bätzing. „Ausdrücklich danke ich der Geistlichen Begleitung, die wir vor einer Woche ansprechen konnten, Sr. Dr. Katharina Kluitmann OSF und Dr. Konstantin Bischoff, die diese Verantwortung übernommen haben, da die bisherige Geistliche Begleitung von der Aufgabe zurückgetreten ist. Katharina Kluitmann und Konstantin Bischoff haben der Sitzung jene geistliche Dimen-

sion gegeben, die wir brauchen, um nicht nur hinter Papieren und Akten zu versinken.“

Dankbar sei er für die Arbeitsberichte der Kommissionen, so Bischof Bätzing. „Darin wurde deutlich, dass die Arbeit läuft. Wichtig war es ja diesmal, dass wir beginnen, jene Texte zu diskutieren, die bei der letzten Synodalversammlung zwar besprochen, aber — aus Zeitgründen — nicht mehr zur Beschlussfassung vorgelegt werden konnten. Dabei haben wir gemerkt, dass es Texte von 2023 gibt, die — gerade im Licht der Weltsynode und vieler synodaler Prozesse in den Bistümern — einer Bearbeitung bedürfen. Das heißt: Wir wincken nicht einfach etwas durch, sondern es gibt eine notwendige und fundierte theologische und oft auch seelsorgliche Durchdringung der Texte. Das setzen wir beim nächsten Synodalen Ausschuss fort.“ Dazu zähle auch, so Bischof Bätzing, „dass wir in Wiesbaden mit dem zweiten große Arbeitsauftrag begonnen haben, über die Grundlagen für die Gestaltung eines künftigen nationalen synodalen Gremiums zu sprechen, wozu die Fragen von Kompetenzen, Zusammensetzung, Mandat, Verfahren und Beschlussfassung gehören.“ Zu diesen Themen sei in Kleingruppen gearbeitet worden: „Hier habe ich ein aufmerksames Aufeinanderhören erlebt, das uns alle ins gemeinsame Denken hineingeführt hat.“

Er habe es „als äußerst positiv empfunden“, betont Bischof Bätzing, „wie intensiv wir über die Ergebnisse der Weltsynode gesprochen haben. Diesen Rückenwind nehmen wir mit. Die Geistliche Begleitung hat ja bewusst in ihren Impulsen aus dem Abschlussdokument der Weltsynode zitiert. Dieser Brückenschlag war symbolisch, denn es geht beim weiteren Synodalen Weg darum, dass wir arbeiten und bei dieser Arbeit die Früchte der Weltsynode integrieren.“

5. Mitglieder und Gremien des ZdK

I. Präsidium

1. Präsidentin

Dr. Irme Stetter-Karp

2. Vizepräsident*innen

Wolfgang Klose

Birgit Mock

Prof. Dr. Claudia Nothelle

Prof. Dr. Thomas Söding

3. Generalsekretär

Marc Frings

II. Hauptausschuss

1. Präsidentin

Dr. Irme Stetter-Karp

2. Vizepräsident*innen

Wolfgang Klose

Birgit Mock

Prof. Dr. Claudia Nothelle

Prof. Dr. Thomas Söding

3. Generalsekretär

Marc Frings

4. Mitglieder

Dr. Karlies Abmeier

Dr. Emeka Ani

Prof. Dr. Birgit Aschmann

Martin Buhl

Joachim Frank

Christian Gärtner

Staatsministerin a. D. Prof. Monika Grütters MdB

Prof. Dr. Dr. Ulrich Hemel

Prof. Dr. Julia Knop

Bundesministerin a. D. Annegret Kramp-Karrenbauer

Lucia Lagoda

Prof. Dr. Anja Middelbeck-Varwick

Hildegard Müller

Johannes Norpoth

Agnieszka Piotrowski

Gregor Podschun

Prof. Dr. Dorothea Sattler
Beate Schwittay (*ausgeschieden*)
Dirk Tänzler
Marie von Manteuffel
Michael Wedell
Eva Maria Welskop-Deffaa
Prof. Dr. Agnes Wuckelt

4. Geistlicher Assistent

Erzbischof Dr. Heiner Koch

5. Ständiger Gast

Prälat Dr. Karl Jüsten

III. Gemeinsame Konferenz

des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und der Deutschen Bischofskonferenz

Vertreter*innen des ZdK

Dr. Maria Flachsbarth
Wolfgang Klose
Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl
Dr. Claudia Lücking-Michel
Birgit Mock
Prof. Dr. Claudia Nothelle
Gregor Podschun
Prof. Dr. Dorothea Sattler
Prof. Dr. Thomas Söding
Dr. Irme Stetter-Karp

Vertreter der DBK

Bischof Dr. Georg Bätzing
Weihbischof Robert Brahm
Bischof Stefan Burger
Bischof Dr. Gebhard Fürst
Bischof Dr. Michael Gerber
Erzbischof Dr. Heiner Koch
Weihbischof Josef Holtkotte
Bischof Dr. Peter Kohlgraf
Erzbischof Reinhard Kardinal Marx
Weihbischof Wilfried Theising
Bischof Dr. Rudolf Voderholzer

Geschäftsführung

Marc Frings

Dr. Beate Gilles

Ständiger Gast

Prälat Dr. Karl Jüsten

IV. Sachbereiche

Sachbereich 1: „Theologie, Pastoral und Ökumene“

Sprecherin

Prof. Dr. Dorothea Sattler

Geschäftsführerin

Marie Raßmann

Mitglieder

Pfarrer Stefan-Bernhard Eirich (*ausgeschieden*)

Dr. Regina Heyder

Prof. Dr. Julia Knop

Dr. Martina Kreidler-Kos

Michaela Labudda (*ausgeschieden*)

Regina Masur

Alfred Streib

Dr. Valentina Sudić

Noah Walczuch

Prof. Dr. Agnes Wuckelt

Berater*innen

Kira Beer (*ausgeschieden*)

Prof. Dr. Wolfgang Beck

Pfarrer Dr. Jörg Bickelhaupt

Nils Gerets

Dr. Annette Jantzen

Schwester M. Scholastika Jurt

Michaela Labudda (*neu*)

Julia Meister

Erzpriester Constantin Miron

Dr. Burkhard Neumann

Prof. Dr. Ursula Nothelle-Wildfeuer

Sachbereich 2: „Politische und ethische Grundfragen“

Sprecherin

Prof. Dr. Birgit Aschmann

Geschäftsführerin

Barbara Ladenburger

Mitglieder

Dr. Thomas Arnold (*ausgeschieden*)

Lena Bloemacher

Nora Bossong

Matthias Dantlgraber

Dr. Maria Flachsbarth

Dr. Peter Frey

Christian Gärtner

Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl

Gudrun Lux

Generalleutnant a. D. Dr. Ansgar Rieks

Albrecht Prinz von Croÿ

Josef Philip Winkler MdL

Berater*innen

Dr. Thomas Arnold (*neu*)

Christian Hirte MdB

Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte

Dagmar Mensink

Prof. Dr. Paul Nolte

Dr. Elfriede Schießleder

Franziska Schubert MdL

Parlamentarischer Staatssekretär Benjamin Strasser MdB

Bundestagspräsident a. D. Dr. Wolfgang Thierse

Dr. Hubert Wissing

Sachbereich 3: „Wirtschaft, Soziales, Digitalisierung“

Sprecher:

Michael Wedell

Geschäftsführerin:

Prisca Patenge

Mitglieder:

Dr. Karlies Abmeier

Prof. Dr. Bernhard Emunds (*ausgeschieden*)

Dr. Anna Grebe

Mechthild Heil MdB

Dr. Harald Langenfeld

Brigitte Lehmann

Peter Niedergesäss (*ausgeschieden*)

Johannes Norpoth

Manfred Speck

Dirk Tänzler

Daniel Trutwin

Markus Ziganki

Berater*innen:

André Arenz

Eva Christiansen (*ausgeschieden*)

Roman Dyrschka

Dr. Nicole Grünewald

Franziska Hoppermann MdB (*neu*)

Dr. Frank Hensel

Andreas Kuhlmann

Uta Losem

Bianca Maley

Jürgen Mindel

Peter Niedergesäss (*neu*)

Silke Richter

Eugen Schlachter

Nicola Sommer

Dr. Hermann-Josef Tebroke MdB

Prof. Dr. Gregor Thüsing

Dr. Ansgar Tietmeyer

Peter Weiß

Sachbereich 4: „Bildung, Kultur, Medien“

Sprecher:

Martin Buhl

Geschäftsführerin:

Andrea Pingel

Mitglieder:

Dominik Blum

Nora Bossong

Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Detering

Anne Embser

Joachim Frank

Staatsministerin a. D. Prof. Monika Grütters MdB

Gabriele Klingberg

Winfried Quecke

Prof. Dr. Walter Raasch

Kurt Schanné

Dr. Hannah Schepers

Yvonne Willicks

Sachbereich 5: „Familie, Generationen, Geschlechtergerechtigkeit“

Sprecherin:

Lucia Lagoda

Geschäftsführerin:

Prisca Patenge

Mitglieder:

Dr. Cordula Brechmann

Martina Breyer

Stephan Buttgerit

Dr. Andreas Heek

Dagmar Heib MdL

Ulrich Hoffmann

Gregor Podschun

Dr. Olaf Tyllack

Berater*innen

Dr. Michael Brinkschröder

Dr. Karin Jurczyk

Christian Lee

Lisi Maier

Dr. Stefan Nacke MdB (*neu*)

Svenja Stadler MdB

Robert Wessels

Sachbereich 6: „Nachhaltige Entwicklung und globale Verantwortung“

Sprecherin:

Bundesministerin a. D. Annegret Kramp-Karrenbauer

Geschäftsführer:

Raphael de Araújo Bittner

Mitglieder:

Thomas Antkowiak (*ausgeschieden*)

Barbara Brockmann (*ausgeschieden*)

Prof. Dr. Ottmar Edenhofer

Claudia Friedrich

Bundesministerin a. D. Dr. Barabara Hendricks

Tanja Himer (*ausgeschieden*)

Karl Kautzsch

Gerold König

Dr. Claudia Lücking-Michel

Oberst Hans-Jürgen Neubauer

Nicole Podlinski

Monika von Palubicki

Berater*innen

Thomas Antkowiak (*neu*)

Detlef Herbers

Franziska Hoppermann MdB (*ausgeschieden*)

Milan Ivić

Prof. Dr. Matthias Kalkuhl

Mattias Kiefer

Dr. Lukas Köhler

Dr. Michael Lentze

Dr. Andreas Nick

Daniela Ordowski

Ansgar Pieroth (*neu*)

Georg Sauerwein

Lena Wallraff

Sachbereich 7: „Europäische Zusammenarbeit und Migration“

Sprecherin:

Marie von Manteuffel

Geschäftsführer:

Raphael de Araújo Bittner

Mitglieder:

Dr. Karlies Abmeier

Dr. Emeka Ani

Dr. Matthias Belafi

Dr. Stefan Eschbach

Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins

Prof. Dr. Clemens Ladenburger

Dr. Peter Liese MdEP

Maria Lohre

Katharina Norpoth

Agnieszka Piotrowski

Prof. Dr. Beate Rudolf

Pfarrer Prof. Dr. Thomas Schwartz

Sandra Uhlich

Manfred Weber MdEP

Berater*innen

Susanne Bühl

Lena Düpont MdEP

Dr. Andrea Schlenker

Dr. Linn Selle

Kai Wynands

V. Gesprächskreise

Gesprächskreis „Juden und Christen“

Vorsitzende

Dagmar Mensink

Rabbiner Prof. Dr. Andreas Nachama

Mitglieder

Prof. Dr. Sabine Bieberstein

Prof. Dr. Micha Brumlik

Maria Coors (*neu*)

Prof. Dr. René Dausner

Prof. Dr. Hanspeter Heinz

Prof.-Univ. Dr. Gregor Maria Hoff

Dr. Uri Kaufmann

Prof. Dr. Julia Knop

Prof. Dr. Daniel Krochmalnik

Petra Kunik

Prof. Dr. Hanna Liss

Dr. Matthias Müller

Prof. Dr. Ilse Müllner

Daniel Noa

Dr. Paul Petzel

Dr. Norbert Reck

Prof. Dr. Susanne Sandherr

Prof. Dr. Barbara Schmitz

Prof. Dr. Heinz-Günther Schöttler

Rabbiner Julian-Chaim Soussan

Prof. Dr. Susanne Talabardon

Prof. Dr. Joachim Valentin

Rabbiner Drs. Edward van Voolen

Rabbinerin Natalia Verzhbovska

Dr. Uta Zwingenberger

Gesprächskreis „Christen und Muslime“

Vorsitzende

Dr. Esnaf Begić (*neu*)

Prof. Dr. Anja Middelbeck-Varwick

Geschäftsführerin

Dr. Katrin Großmann

Mitglieder

Dr. Dina El Omari

Abdassamad El Yazidi

Cemile Giousouf

Dr. Timo Aytac Güzelmansur

Oberkirchenrat Dr. Andreas Herrmann

Dr. phil. Nora Kalbarczyk

Talat Kamran

Pfarrer Dr. Ludger Kaulig

Dr. Hamideh Mohagheghi

Rabeya Müller (†)

Rafet Öztürk

Iman Andrea Reimann

Dr. Andreas Renz

Pfarrer Johannes Stein

Dr. Christian Ströbele

Dr. Katrin Visse

Dr. Katja Voges

VI. Vollversammlung

Vertreter*innen der Diözesanräte

Aachen

Marie-Theres Jung

Matthias Koß

Heribert Rychert

Augsburg

Christian Hammer

Erich Mutter

Hildegard Schütz

Bamberg

Klaus Koschinsky

Astrid Schubert

Eva Russwurm

Berlin

Dr. Karlies Abmeier

Wolfgang Klose

Anja Pfeffermann

Dresden-Meißen

Martina Breyer

Clemens Kannegießer

Marko Schiemann

Eichstätt

Christian Gärtner

Karl Kautzsch

Maria Elisabeth Müller

Erfurt

Julia Günther (*neu*)

Sabine Maria Kuchta

Reinhard Salzmann

Aloys Wolf (*ausgeschieden*)

Essen

Stephanie Smolinski

Dirk Tänzler

Isabelle Wrede

Freiburg

Christoph Bayer

Dr. Stefan Eschbach

Dr. Klemens Gramlich

Fulda

Bettina Faber-Ruffing

Steffen Flicker

Marcus C. Leitschuh

Görlitz

Dr. Rainer Nomine

Sonja Rehor

Christine Schirmer

Hamburg

Ulla Kamps-Blass

Prof. Dr. Walter Raasch

Prof. Dr. Wolfgang Schareck

Hildesheim

Kathrin Brauner
Christian Leidner
Simon Westphal

Köln

Wiebke Harwardt
Tim-Oliver Kurzbach
Renate Röblitz

Limburg

Wiegand Otterbach
Christian Pulfrich
Dr. Barbara Wieland

Magdeburg

Dr. Dagobert Glanz
Torsten Kasimirek
Regina Masur

Mainz

Martin Buhl
Birgit Moskalenko
Michael Refflinghaus (*ausgeschieden*)
Peter Scheidel (*neu*)

München und Freising

Dr. Cordula Brechmann
Joachim Unterländer
Martin Utschneider

Münster

Cornelia Graßhoff

Jürgen Tausgraf

Ulrich Vollmer

Osnabrück

Katharina Abeln

Christoph Geffert

Ruth Kenkel

Paderborn

Jan Hilkenbach

Nadine Mersch

Markus Ziganki

Passau

Markus Biber

Dr. Anna Hengersperger

Dr. Hanna Seidl

Regensburg

Johanna Ostermeier

Monika Uhl

Noah Walczuch

Rottenburg-Stuttgart

Claudia Friedrich

Bernhard Göser

Pfarrer i. R. Martin Stöffelmaier

Speyer

Gerhard Frübis (*neu*)

Wiltrud Siepenkothen (*neu*)

Andreas W. Stellmann (*ausgeschieden*)

Theo Wieder

Trier

Herbert Caspar

Dr. Elfriede Franz (*neu*)

Dagmar Heib

Lena Kettel (*ausgeschieden*)

Würzburg

Martin Fleckenstein

Andreas Krumm

Alfred Streib

Katholikenrat beim kath. Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr

Oberstleutnant Dr. Michael Lippert

Oberst Hans-Jürgen Neubauer

Generalleutnant a. D. Dr. Ansgar Rieks

Bundespastoralrat der Katholiken anderer Muttersprache

Dr. Emeka Ani

Agnieszka Piotrowski

Dr. Valentina Sudić

Vertreter*innen aus katholischen Verbänden, Aktionen, geistlichen Gemeinschaften und Bewegungen sowie aus Säkularinstituten

Ackermann-Gemeinde

Martin Panten

Adveniat – Bischöfliche Aktion

Tanja Himer (*ausgeschieden*)

Agenda – Forum katholischer Theologinnen e. V.

Dr. Sabine Schößler

AGIAMONDI e. V.

Dr. Clara Braungart (*neu*)

Allgemeiner Cäcilienverband für Deutschland e. V. (ACV)

Monsignore Markus Bosbach (*neu*)

Arbeitsgemeinschaft katholischer Verbände Mittel- und Osteuropa

Dr. Elvira Spötter

Sandra Uhlich

Arbeitsgemeinschaft der Säkularinstitute in Deutschland

Maria Lohre

Arbeitsgemeinschaft kath. Studentenverbände (AGV)

Fabio Crynen (*neu*)

Johannes Winkel (*ausgeschieden*)

AKF - Arbeitsgemeinschaft für kath. Familienbildung e. V.

Dr. Holger Dörnemann

Arbeitsgemeinschaft katholischer Hochschulgemeinden

Barbara Brockmann (*ausgeschieden*)

Berufsgemeinschaft der Pfarrhaushälterinnen

Petra Leigers

Bonifatiuswerk der deutschen Katholiken

Monsignore Georg Austen

Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)

Lena Bloemacher

Daniela Hottenbacher

Annkathrin Meyer (*neu*)

Pfarrer Dr. Stefan Ottersbach

Gregor Podschun

Bund Katholischer Unternehmer (BKU)

Prof. Dr. Dr. Ulrich Hemel

Daniel Trutwin

Bundeskonferenz der katholischen Religionslehrerverbände (BKR)

Gabriele Klingberg

Bundesverband der Gemeindereferent/-innen Deutschlands e. V.

Sarah Henschke (*neu*)

Michaela Labudda (*ausgeschieden*)

Bundesverband Katholische Kirche an Hochschulen e. V. (BKKH)

Raphael Röwekamp (*neu*)

Bundesverband katholischer Kirchenmusikerinnen und Kirchenmusiker

Johannes Koop

Berufsverband der Pastoralreferent*innen Deutschlands (BVPR) e. V.

Theresia Härtel

Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV)Philipp van Gels (*neu*)**Charismatische Erneuerung in der Katholischen Kirche e. V.**Natalie Weis (*neu*)**Cursillo-Arbeitsgemeinschaft Deutschland (CAD)**

Alfred Zschau

Cusanuswerk – Bischöfliche StudienförderungDr. Birgitta Krumrey (*neu*)Thomas Scheidtweiler (*ausgeschieden*)**Deutscher Caritasverband (DCV)**Dr. Michael Groß (*neu*)Regina Hertlein (*ausgeschieden*)

Birgit Schaer

Eva Maria Welskop-Deffaa

Deutscher Katecheten-Verein (DKV)

Dominik Blum

DJK-Sportverband e. V.

Richard Eberl-Koschny

Claudia Jörder

Familienbund der Katholiken (FDK)

Matthias Dantlgraber

Ulrich Hoffmann

Gisela Rink

Fokolar-Bewegung

Dr. Gabi Ballweg

Gemeinschaft Christlichen Lebens (GCL)

Winfried Quecke

Gemeinschaft der Vinzenz-Konferenzen Deutschlands

Winfried Hupe

Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)

Oberst Rüdiger Attermeyer

Gemeinschaft Sant'Egidio

Pfarrer Dr. Matthias Leineweber

Gesellschaft Katholischer Publizisten Deutschlands (GKP)

Joachim Frank

Dr. Christian Klenk

Forum katholischer Männer

Dr. Andreas Heek

Stephan Buttgerit (*zuvor über SKM Bundesverband e. V.*)

HELIAND – Kreis Katholischer Frauen

Adelheid Singer-Luschka

Hildegardis-Verein

Dr. Hannah Schepers

IN VIA – Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit

Prof. Dr. Katrin Keller (*ausgeschieden*)

Andrea Redding (*neu*)

Kartellverband katholischer deutscher Studentenvereine (KV)

Dr. Matthias Belafi

Katholische Akademikerarbeit Deutschlands (KAD)

Manfred Speck

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB)

Pfarrer Stefan-Bernhard Eirich

Brigitte Lehmann

Andreas Luttmmer-Bensmann

Peter Niedergesäss (*ausgeschieden*)

Beate Schwittay (*ausgeschieden*)

Rüdiger Wala (*neu*)

Katholische Elternschaft Deutschlands (KED)

Anne Embser

Katholische Erwachsenenbildung Deutschlands (KEB)

Andrea Heim

Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd)

Jutta Flüthmann (*neu*)

Ulrike Göken-Huisman

Mechthild Heil MdB

Lucia Lagoda

Brigitte Vielhaus (*ausgeschieden*)

Monika von Palubicki

Prof. Dr. Agnes Wuckelt

Katholische Landvolkbewegung Deutschlands (KLB)

Nicole Podlinski

Hubert Wernsmann

Katholischer Akademischer Ausländer-Dienst e. V. (KAAD)

Dr. Nora Kalbarczyk (*neu*)

Katholischer Deutscher Frauenbund (KDFB)

Dr. Maria Flachsbarth

Christiane Fuchs-Pellmann

Dr. Regina Heyder

Birgit Kainz (*ausgeschieden*)

Anja Karliczek MdB

Birgit Mock

Lisa-Marie Singer (*neu*)

KM katholischermedienverband e. V.

Wolfgang Bullin

Katholischer Pflegeverband

M. Elisa Döschl (*ausgeschieden*)

Katholisches Bibelwerk e.V.

Dr. Kathrin Brockmüller

Kindermissionswerk - Die Sternsinger

Stefan Becker

Anne Wunden

KKF - Verband Katholischer Frauen in Wirtschaft und Verwaltung e. V.

Franca Perschen (*ausgeschieden*)

KKV - Bundesverband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung e. V.

Josef Ridders

Kolpingwerk Deutschland

Alexandra Horster

Harold Ries

Hans-Joachim Wahl

Rosalia Walte (*ausgeschieden*)

Malteser-Hilfsdienst (MHD)

Albrecht Prinz von Croÿ

Maximilian-Kolbe-Werk

Dr. Oliver Müller

Misereor – Bischöfliches Hilfswerk

Thomas Antkowiak (*ausgeschieden*)

Hannah Braucks (*neu*)

Dr. Andreas Frick (*neu*)

Dorothee Klüppel

Monsignore Pirmin Spiegel (*ausgeschieden*)

missio – Internationales Katholisches Missionswerk

Pfarrer Dirk Bingener (*zuvor über Kindermissionswerk - Die Sternsinger*)

Dr. Gregor Frhr. von Fürstenberg

ND

Kurt Schanné

Netzwerk Diakonat der Frau

Dr. Dorothea Reininger

Ordo Franciscanus Saecularis (OFS)

Diakon Joachim Keßler

Pax Christi

Gerold König

Renovabis

Dr. Markus Ingenlath

Prof. Dr. Thomas Schwartz

Schönstatt-Bewegung Deutschland

Pater Felix Geyer (*neu*)

Prof. Dr. Joachim Söder (*ausgeschieden*)

Sozialdienst katholischer Frauen (SkF)

Yvonne Fritz

Dr. Ursula Pantenburg

Sozialdienst katholischer Männer (SKM)

Florian Leimann (*neu*)

Ludger Urbic (*ausgeschieden*)

Technischer Cartell-Verband e. V.

Dr. Thomas Arnold (*ausgeschieden*)

Einzelpersönlichkeiten

Prof. Dr. Birgit Aschmann

Johanna Beck

Nora Bossong

Dr. Christoph Braß

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Detering

Ministerpräsidentin a. D. Malu Dreyer

Prof. Dr. Ottmar Edenhofer

Prof. Dr. Bernhard Edmunds

Prof. Dr. Alexander Filipović

Dr. Peter Frey

Dr. Anna Grebe

Staatsministerin a. D. Prof. Dr. Monika Grütters MdB

Ministerpräsident Daniel Günther MdL

Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins

Bundesministerin a. D. Dr. Barbara Hendricks

Bettina Jarasch MdA

Prof. Dr. Julia Knop

Karin Kortmann

Peter Kossen

Bundesministerin a. D. Annegret Kramp-Karrenbauer

Dr. Martina Kreidler-Kos

Prof. Dr. Clemens Ladenburger

Dr. Harald Langenfeld

Dr. Peter Liese MdEP

Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl

Dr. Claudia Lücking-Michel

Gudrun Lux

Prof. Dr. Anja Middelbeck-Varwick

Hildegard Müller

Johannes Norpoth
Katharina Norpoth
Prof. Dr. Claudia Nothelle
Prof. Dr. Johanna Rahner
Schwester Philippa Rath OSB
Prof. Dr. Beate Rudolf
Prof. Dr. Dorothea Sattler
Prof. Dr. Matthias Sellmann
Prof. Dr. Thomas Söding
Dr. Irme Stetter-Karp
Dr. Olaf Tyllack
Marie von Manteuffel
Manfred Weber MdEP
Michael Wedell
Yvonne Willicks
Josef Philip Winkler MdL

Mitglied gemäß Status § 3 (1f) des Status

Marc Frings

VI. Generalsekretariat

Generalsekretär

Marc Frings

Generalsekretär und Geschäftsführer

Claudia Abmeier

Persönliche Referentin des Generalsekretärs

Gabriele Weissbach

Teamassistentin des Generalsekretärs und der Präsidentin

Geschäftsstelle

Monika Bisterfeld

Leiterin der Abteilung, Stv. Geschäftsführerin des ZdK e.V., Geschäftsführung der Lumen Gentium Stiftung deutscher Katholiken

Zydrune Burbaite

Lohn- und Finanzbuchhaltung

Nikola Liebchen-Grittke

Assistentin der stellv. Geschäftsführung

Theologie und Glaube

Dr. Katrin Großmann

Abteilungsleitung, Geschäftsführerin des Sachbereichs 1 „Theologie, Pastoral, Ökumene“, Geschäftsführerin der Gesprächskreise „Juden und Christen“ und „Christen und Muslime“ beim ZdK

Pascal Bartelheimer

Werkstudent der Abteilung

Paulo Braganholli

Teamassistent der Abteilung Theologie & Glaube und Kirche & Gesellschaft

Marie Raßmann

Referentin in der Abteilung Theologie und Glaube, Geschäftsführerin des Sachbereichs 1 „Theologie, Pastoral und Ökumene“

Kirche und Gesellschaft

Claudia Gawrich

Leiterin der Abteilung, kommissarische Geschäftsführerin des Sachbereichs 2 „Politische und ethische Grundfragen“

Paulo Braganholli

Teamassistent der Abteilung Theologie & Glaube und Kirche & Gesellschaft

Raphael de Araújo Bittner

Referent, Geschäftsführer Konferenz d. Diözesanräte, des Sachbereichs 6 „Nachhaltige Entwicklung & globale Verantwortung“ und des Sachbereichs 7 „Europäische Zusammenarbeit & Migration“

Natascha Geistmann

Teamassistentin der Abteilung

Barbara Ladenburger

*Referentin, Geschäftsführerin Konferenz d. Diözesanräte und des Sachbereichs 2
„Politische und ethische Grundfragen“*

Julian Okpiz (*neu*)

Werkstudent der Abteilung

Prisca Patenge

*Referentin, Geschäftsführerin des Sachbereichs 3 „Wirtschaft, Soziales,
Digitalisierung“, des Sachbereichs 5 „Familien, Generationen, Geschlechtergerechtig-
keit“ und der AG kath. Frauenverbände und -gruppen, zuständig für den Themenbe-
reich „Ethisch-nachhaltiges Investment“*

Andrea Pingel

*Referentin, Geschäftsführerin des Sachbereichs 4 „Bildung, Kultur, Medien“ und der
AGKOD*

Katholikentage und Großveranstaltungen

Dr. Andreas Kratel

Abteilungsleitung

Charlotte Dietrich

Referentin und Leitung der Geschäftsstelle des Synodalen Ausschusses

Niklas Krieg

Referent

Jonas Kötter Hagedorn

Referent

Sujana Thevarajah (*neu*)

Teamassistentin der Abteilung

Roland Vilsmaier

Organisationsreferat, Geschäftsführer der Deutschen Katholikentage

Stabsstelle Synodaler Ausschuss

Charlotte Dietrich (*interner Wechsel*)

Referentin und Leitung der Geschäftsstelle des Synodalen Ausschusses

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Britta Baas

Abteilungsleitung und Pressesprecherin des ZdK und der Katholikentage

Konstantin Eschelbach

Werkstudent der Abteilung

Elsa Fiebig

Digitale Kommunikation, Social Media

Christopher Freese (*neu*)

Informations- und Datenmanagement

Philipp Hecker

Digitale Kommunikation, Social Media

Linus Müller (*neu; Elternzeitvertretung*)

Digitale Kommunikation, Social Media

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)
Generalsekretariat Schönhauser Allee 182 10119 Berlin

Tel. 49 (0) 30 166 380-600

Mail info@zdk.de **Web** www.zdk.de

ISBN 978-3-9816540-3-5